

# DAS ARGUMENT 120

## Dritte Welt und Erste Welt (III)

Roy Preiswerk	
Kulturelle Identität, Self-Reliance und Grundbedürfnisse	167
Tatjana Chahoud	
Die Weltbank über Stadtentwicklung und Industrialisierung	179
Werner Biermann	
Weltmacht USA. Kritik an P. Joseph	189
<u>Krisenverarbeitung im Alltag</u>	
Erich Wulff: Drogen, Sprache, Arbeit	194
<u>Spontaneismus</u>	
Bernd Gäbler: Neue Subjektivität oder alter Privatismus?	200
Ullrich Boehm: Die gesellschaftliche Alternative: dezentral und basisdemokratisch	208
<u>Sozialismus-Analyse</u>	
Ursula Rütten: Vereinigte Arbeit und kollektive Politik in Jugoslawien	211
<u>Diskussion</u>	
Detlev Albers: Gramsci ja — Bauer nein?	221
<u>Fachübersicht: Ökonomie</u>	
Detlev Ehrig: Sektorale Strukturpolitik — ein Ausweg aus der Krise?	225
<u>Kommentierte Bibliographie: Umweltfragen (3)</u>	
Arnim Bechmann: Ökonomie und Umwelt	235
<u>Kongreßankündigungen und -berichte</u>	
Exil und Solidarität; Erziehung in der 3. Welt; Marxismus in Frankreich; People's History; Austromarxismus; Datenschutz; Demokratische Psychiatrie	243
<u>Besprechungen</u>	
Geschichtsphilosophie; Theorien über kommunikatives Handeln; Massenmedien; Self-Reliance; Eurokommunismus; sektorale Strukturpolitik; Umweltökonomie	262
<u>Zeitschriftenschau</u>	III
<u>Über die Autoren</u>	X

# DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

Herausgeber: Frigga Haug und Wolfgang Fritz Haug

Ständige Mitarbeiter:

Wolfgang Abendroth (Frankfurt/M.), Detlev Albers (Bremen), Günther Anders (Wien), Frank Deppe (Marburg), Hans-Ulrich Deppe (Frankfurt/M.), Bruno Frei (Wien), Klaus Fritzsche (Gießen), Werner Goldschmidt (Hamburg), Helmut Gollwitzer (Berlin/West), Heiko Haumann (Freiburg), Klaus Holzkamp (Berlin/West), Urs Jaeggi (Berlin/West), Baber Johansen (Berlin/West), Arno Klönne (Paderborn), Thomas Metscher (Bremen), Reinhard Opitz (Köln), Wolfgang Pfaffenberger (Oldenburg), Helmut Ridder (Gießen), K.H. Tjaden (Kassel), Erich Wulff (Hannover)

Redaktion:

Dr. Heinz-Harald Abholz, Wieland Elfferding, Dr. Karl-Heinz Götze, Sibylle Haberdtztl, Dr. Frigga Haug, Prof. Dr. W.F. Haug, Rolf Nemitz

Redaktionssekretariat: August Soppe

Verlag, Redaktion und Anzeigen:

Altensteinstraße 48a, 1000 Berlin 33, Telefon ► 030/8314079 ◀

Auslieferung:

Argument-Vertrieb, Tegeler Str. 6, 1000 Berlin 65, Telefon 030/4619061

## Besprechungen

### Philosophie

<i>Paul, Lothar: Gesetze der Geschichte (U. Enderwitz)</i> .....	262
<i>Müller, Rudolf Wolfgang: Geld und Geist (W. Seppmann)</i> .....	263
<i>Rügemer, Werner: Philosophische Anthropologie und Epochenkrise (C. Knobloch)</i> .....	264
<i>Morris, Charles W.: Pragmatische Semiotik und Handlungstheorie (M. Geier)</i> .....	265
<i>Heringer, Hans Jürgen, u. a.: Einführung in die praktische Semantik (H. Woetzel)</i> .....	266

(Fortsetzung auf S. XII)

ISSN 0004-1157

Das Argument erscheint 1980 in 6 Hefen (alle 2 Monate) mit einem Jahresumfang von 924 Text-Seiten. Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. — Preis 9,80 DM; Schüler und Studenten 8,50 DM; im Abonnement 8,50 DM bzw. 7,— DM + Versandkosten. — Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit am Argument, kann aber für unverlangt eingesandte Beiträge keine Haftung übernehmen. Eingesandte Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinschrift einseitig beschrieben und mit einem Rand versehen sein. Aufsätze sollen nicht mehr als 25 Manuskriptseiten, Rezensionen nicht mehr als 2 Manuskriptseiten umfassen. Zitierweise wie in den Naturwissenschaften. — Für unverlangt eingesandte Besprechungsbücher kann keine Haftung übernommen werden. — Copyright © Argument-Verlag GmbH, Berlin. Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten. — Konten: Deutsche Bank Berlin AG 721/7722, BLZ 10070000; Bank für Gemeinwirtschaft 1114401300, BLZ 10010111; Postscheckkonto Berlin West 5745-108, BLZ 10010010. — Satz: Schmidt & Schmidt, Berlin; Herstellung: Oktoberdruck, Berlin.

1. — 9. Tausend März 1980.

Beilagenhinweis: Dieses Heft enthält das Gesamtverzeichnis des Argument-Verlages.

### Zum vorliegenden Heft

Die für dieses Heft angekündigte Fortführung des Themas *Faschismus und Ideologie* mußten wir auf das nächste Heft verschieben.

Erich Wulffs *Drogen, Sprache, Arbeit* analysiert bestimmte Formen der *Krisenverarbeitung im Alltag*. Zu diesem Problem bringen wir im nächsten Heft eine Themenaus-schreibung.

Mit dem Beitrag »Sektorale Strukturpolitik« von Detlev Ehrig bringen wir wieder eine *Fachübersicht*. In dieser Rubrik veröffentlichen wir, wie in Heft 116 angekündigt, an den Erfordernissen von Studium und Lehre orientierte Texte mit Einführungs- und Übersichtscharakter.

### Zum Themenschwerpunkt

Noch am Ende der 70er Jahre schien es, daß der nächste große Schritt in Richtung Sozialismus in der Dritten Welt getan wird. Der mit vielen Milliarden Dollar militärisch-polizeilich gepanzerte Vorposten der USA in Vorderasien, selbst stärkste Wirtschaftsmacht dieser Region, wurde von der iranischen Volksrevolution belagert, untergraben und eingenommen. Vor der Haustür der USA, in Nicaragua, übernahm die — nach Kuba — zweite sozialistisch orientierte Regierung die Macht. Gerade der Gegensatz der in ihre Stellungen eingegrabenen, sich gegenseitig stillhaltenden Blöcke — Kapitalismus und Sozialismus — setzte die Länder der Dritten Welt frei für revolutionäre Bewegung.

Auf der anderen Seite steht eine verstärkte Funktionalisierung der Dritten Welt für globale Konfrontationen: die anhaltende Bedrohung der vietnamesischen Revolution durch die Volksrepublik China mit Unterstützung der USA; die Eingriffe in die afghanische Revolution durch die USA aus Weltmachtinteresse und zur Sicherung des eigenen Blocks vonseiten der UdSSR. Wird jetzt der Raum für revolutionäre Bewegung in den Ländern der Dritten Welt wieder enger, ihre Handlungsmöglichkeiten auf die Anlehnung an die eine oder die andere Großmacht reduziert? Wird es den USA — wie in der UNO-Niederlage der Sowjetunion — gelingen, auf Dauer einen Block von Dritte-Welt-Ländern und »Blockfreien« gegen die UdSSR zu formieren? Wird sich die Volksrepublik China in einer grundsätzlichen Westwendung diesem Block einfügen oder eine eigenständige dritte Position beziehen?

Self-Reliance (»Auf-die-eigenen-Kräfte-bauen«): In den 60er Jahren hatte die Volksrepublik China diese Formel geprägt und praktiziert und damit Anziehungskraft auf viele Länder der Dritten Welt ausgeübt. Jetzt, da China den Kurs ändert, wird sie für diese Länder umso wichtiger. Auf die oben gestellte Frage, ob sie in einen auf ihrem Rücken ausgetragenen Krieg der Großmächte gerissen und der Möglichkeit eigenständigen Handelns beraubt werden, kann man vielleicht eine Teilantwort geben: in dem Maße, wie sie die Fähigkeit zur Mobilisierung der eigenen Kräfte entwickeln, zu einer autonomen sozialen, politischen und kulturellen Entwicklung bei relativer Abkoppe-

lung vom imperialistisch dominierten Weltmarkt, können sie sich im Kräftefeld des Systemgegensatzes mehr Bewegungsraum schaffen und einer bloßen Funktionalisierung widerstehen. Das im Befreiungskampf geübte vietnamesische Volk und das in Feudalismus und Unwissenheit gehaltene afghanische sind dafür konträre Beispiele.

*Roy Preiswerk* behandelt Kulturelle Identität, Self-Reliance und Befriedigung der Grundbedürfnisse als zusammenhängende und sich gegenseitig verstärkende Konzepte einer Befähigung zur Selbstentwicklung. Die Weltbank, größter Kreditgeber und damit wichtigste entwicklungspolitische Institution der imperialistischen Welt, empfiehlt den Ländern der Dritten Welt das Gegenteil zur Self-Reliance: Export- und Weltmarkt-orientierung, die weitere Öffnung für die Multinationalen Konzerne. *Tatjana Chahoud* zeigt in einer Analyse des zweiten Weltentwicklungsberichts der Weltbank, welche verheerenden Folgen eine außenorientierte Industrialisierung für die Länder der Dritten Welt vor allem auf dem Gebiet der Stadtentwicklung hat. *Werner Biermann* kritisiert die These von Paul Joseph (vgl. Argument 116), die USA hätten nach Vietnam an Weltmacht eingebüßt, und behauptet dagegen eine aufgrund besonderer historischer Umstände gleichsam »übertriebene« Expansion der USA-Macht in den 50er und 60er Jahren und eine Konsolidierung dieser Macht heute auf einem »realistischen« Niveau.

Bei Machtverschiebungen der Blöcke sind die dazwischenliegenden Länder einer Zerreißprobe ausgesetzt, so Jugoslawien, das Kernland der »Blockfreiheit«. Die Aktualisierung der nationalen und religiösen Gegensätze im Lande, die durch Naturkatastrophen in der jüngsten Vergangenheit verschärften strukturellen wirtschaftlichen Probleme und die notwendige Übergabe der politischen Führung an die nächste Kadergeneration bedingen besondere Empfindlichkeit. Wenn *Ursula Rütten* die Konzeption einer von unten nach oben sich aufbauenden Arbeiterselbstverwaltung und ihre Realisierung einer kritischen Prüfung unterzieht, so soll damit daran erinnert werden, wie wichtig die Festigung und Weiterentwicklung eines originären sozialistischen Weges zwischen den Großmächten für den internationalen Sozialismus ist, und daß seine Stabilisierung wesentlich von den inneren Regenerationskräften der Arbeiterselbstverwaltung abhängt.

### Verlagsmitteilung

*SH Programm*: Im April 1980 erscheinen vier neue Argument-Studienhefte (vgl. die Ankündigung auf S. 210), in denen schwer zugängliche oder vergriffene Texte zu wichtigen Themen für Schule und Hochschule wieder bereitgestellt werden. In SH 36 sind Texte zur *Emanzipation der Frau* gesammelt aus den frühen Argument-Heften zu *Sexualität und Herrschaft*. Vom *Projekt Automation und Qualifikation* bringt SH 37 Aufsätze zur Ökonomie und Reform des Bildungswesens. Aus dem Bereich Soziale Medizin erscheint als SH 38 von Dieter Henkel und Dorothee Roer: *Sozialepidemiologie psychischer Störungen*. Von Helmut Gollwitzer gibt es den ersten Teil einer Aufsatzsammlung zu *Christentum/Demokratie/Sozialismus* (SH 39), der zweite Teil erscheint im Herbst 1980. Ebenfalls für das Herbstprogramm vorgesehen ist der schon angekündigte *Grundkurs Materialistische Soziologie* von Werner Goldschmidt.

Roy Preiswerk

## Kulturelle Identität, Self-Reliance<sup>1</sup> und Grundbedürfnisse\*

Ein Großteil der Bemühungen, eine »andere Entwicklung« zu definieren, besteht von einem bestimmten Punkt an darin, dieses breite Konzept in möglichst viele Subkategorien aufzugliedern. Die daraus resultierende Vielfalt an Beiträgen zu analytisch unterschiedlichen Themen ist notwendig und hilfreich bis zu dem Moment, wo wieder Forderungen nach Gesamtheit und Ganzheitlichkeit laut werden.

Wie bei jedem sozialwissenschaftlichen Konzept kann sich sein »Erfinder« nie sicher sein, was andere Sozialwissenschaftler oder Politiker und Geschäftsleute damit tun werden. Früher oder später wird sich bei fast jedem beliebigen Vorschlag immer jemand finden, der genau die gegenteilige Intention herausliest. Um dies zu illustrieren, werden wir kurz die drei Subkategorien näher bestimmen, indem wir zeigen, wie unterschiedlich sie interpretiert bzw. in praktische Politik umgesetzt worden sind, um entweder dem Ziel der Befreiung oder der Beherrschung zu dienen (Tabelle 1).

### 1. Zum Problem der kulturellen Identität

In Anbetracht der Beiträge anderer zu den Theorien über Self-Reliance und Grundbedürfnisse werden wir hier nicht näher auf diese eingehen.<sup>2</sup> Es ist jedoch notwendig, den Begriff der kulturellen Identität ausführlicher zu behandeln und seine Einbeziehung in diese dreiteilige Kombination zu begründen.

Betrachtet man Entwicklung nicht nur als eine Angelegenheit von Wachstum und Produktion, sondern als einen Prozeß weitweiten sozialen Wandels, dann ist es unumgänglich, Veränderungen zu berücksichtigen, die in allen Bereichen menschlichen Lebens stattfinden. Trotz der Jahrhunderte andauernden europäischen Expansion existieren fortwährend Gesellschaften mit grundlegend anderen Werten, Verhaltensformen und Institutionen. Ausländisches Kapital, Technologie und »know-how« beeinflussen diese zwar, aber nicht unbedingt in allen Ländern in derselben Art und Weise. Was oft mit einer gewissen Arroganz als »Entwicklungshindernis« bezeichnet wird, ist in vielen Fällen ein harter Widerstand gegen eine sozio-kulturelle Transformation, die als unvereinbar mit dem Überleben des »Empfängers« angesehen wird. Was so oft höflich-beschönigend als »internationale Kooperation für Entwicklung« bezeichnet wird, ist nur allzu oft eine schmerzliche Konfrontation verschiedener Kulturen (nennen Sie es Zivilisationen, wenn Sie möchten), deren Resultate eher soziale Zersplitterung und kulturelle Entwurzelung als wirtschaftliche Vorteile sind.

Dieser Ansicht werden zweierlei Arten heftigen Widerstands entgegengebracht: In der industrialisierten Welt — Ost wie West — herrscht implizit, oft unbewußt, die Annahme über soziale Veränderung vor, daß alle Gesellschaften bestimmte vorgeschriebene Entwicklungsstufen durchschreiten müssen, um das gleiche Ziel zu erreichen (kultureller Evolutionismus). Die berühmte »Lücke« zwischen den »Entwickelten« und den »Untereentwickelten« wird lediglich als eine zeitliche Verzögerung begriffen, und somit besteht die Notwendigkeit der verschiedenartigsten Übertragungen auf die »unterent-

\* Von Christine Suchy und Andreas Rothkegel aus dem Englischen übersetzt: Identity and Development — Self-Reliance and Basis Needs; vorgetragen auf dem Burgos Symposium: Cultural Industries and Models of Society 3.-7.7.1979; ursprünglich verfaßt für die United Nations University in Tokio.

Tabelle 1

	Kulturelle Identität (KI)	Self-Reliance (SR)	Grundbedürfnisse (GB)
Verwendet als Mittel der Befreiung	Positive Haltung gegenüber eigenen historischen Werten, Institutionen und akkumuliertem Wissen  Widerstand gegen übermäßige Penetration von außen  Ablehnung von Werten, Institutionen und Verhaltensformen, die den sozialen Zusammenhalt zerstören  Anpassung der Produktionsweisen an die Besonderheiten der örtlichen menschlichen und sozialen Entwicklung	Nutzen der eigenen Ressourcen und Fähigkeiten  Akzeptieren von ausgewählten Eingaben von außen in Form von Kapital, Gütern und Technologie  Selbstvertrauen in die eigene Entwicklungsfähigkeit  Anpassung der Produktionsweisen an die örtliche Umgebung und die Ressourcen   Dezentralisierung der Macht	Ermöglichen eines angemessenen Lebensstandards -in materieller Hinsicht - für die gesamte Bevölkerung, nicht nur für wenige Privilegierte   Selbstbestimmung oder Emanzipation jedes Menschen   Teilnahme der Bedürftigsten an Entscheidungen über die Verteilung der Güter
Verwendet als Werkzeug zur Unterdrückung	Kulturelle Unterschiede dienen als Rechtfertigung für das Abschieben von Minderheiten in Reservate und als Legitimationsgrundlage für rassistische Praktiken sogar gegen Majoritäten  Verwendung des Konzepts des »Traditionellen« als logische Grundlage für die Ausgrenzung	Absprechen der Grundrechte und des Zugangs zu Ressourcen gegenüber ganzen Teilen einer Bevölkerung, unter dem Vorwand, daß sie sich selbst helfen können: wobei der wahre Grund das Vorhalten von Privilegien für andere Gruppen der Bevölkerung ist.	Versuch, die Konsumentenhaltung auf der ganzen Welt zu uniformieren und somit den bereits dominierenden Produzenten und Verteilern die Möglichkeit zu eröffnen, neue Märkte zu erobern, besonders in den ländlichen Gegenden und den Armutsvierteln der dritten Welt. Auch verstanden als globale Wohlfahrtsprogramme (Güter werden auf Kosten der Steuerzahler reicher Länder »unter die Leute geworfen«).

wickelten« Länder. Auf der anderen Seite ist unter den meisten Führern der Dritten Welt die Überzeugung weitverbreitet, daß das industrielle Modell das einzig erstrebenswerte und mögliche ist — wenn sie dies auch häufig dementieren. Es reicht jedoch, den Verbalismus einiger dieser Führer anhand ihrer konkreten Politik (z. B. zu Auslandsinvestitionen, Einfuhr von Technologie, sowie Konsumption von Gütern) zu überprüfen. Es wird manchmal in der Dritten Welt behauptet, daß Gegner der einfachen Übertragung des Industriemodells die armen Länder weiterhin »unten« halten wollen, während die Reichen immer reicher werden. Aber ist es nicht gerade dies, was durch die heutigen Entwicklungskonzepte erreicht wird?

Von einem normativen Standpunkt aus könnte eine Alternative zu den derzeit domi-

nierenden Entwicklungsstrategien auf das Akzeptieren kultureller Verschiedenheit gegründet sein. Gemäß diesem Prinzip würden die verschiedenen Gesellschaften die Ziele ihrer Entwicklung selbst setzen, unter Berücksichtigung ihrer Geschichte, ihrer Werte, Institutionen und Formen sozialer Interaktion. Dies heißt weder, daß eine statische Sichtweise angenommen werden soll, in der jede Tradition einer Veränderung vorgezogen wird; noch ist es ein Anknüpfen an das romantische Bild des »guten Wildens«.

Wenn der kulturellen Identität so viel Bedeutung beigemessen wird, ist es notwendig Kategorien zu umreißen, anhand deren es möglich ist festzustellen, wie ähnlich oder verschieden Gesellschaften sind. Diese Liste ist keineswegs vollständig, sondern stellt den Versuch dar, aufzuzeigen wie weitreichend das Konzept der Kultur verstanden werden kann (Tabelle 2).

Tabelle 2

Kategorien	Merkmale
<i>Werte und Anschauungen</i>	
Verhältnis Mensch - Mensch	hierarchisch, egalitär
Verhältnis Mensch - Natur	ausbeuterisch, harmonisch
Stellung der Gruppe in der Welt	Grad des Anthropozentrismus expansiv, defensiv
Stellung der Erde im Universum	Grad des Ethnozentrismus
Geschichtsbegriff	Grad des Kosmozentrismus
Vorstellungen über soziale Veränderungen	evolutionistisch, dialektisch
Zeitkonzept	evolutionär, revolutionär
religiöse Überzeugungen	linear, zyklisch
Wichtigkeit materieller Güter	monotheistisch, polytheistisch
	Materialismus, Spiritualismus
<i>Institutionen</i>	
Besitz der Produktionsmittel	kollektiv, staatlich, kommunal, privat
Verteilung der Güter	Markt, geplant
gemeinschaftliche und allgemeine Dienstleistungsinstitutionen	Grad der Kooperation, Niveau der Befriedigung
religiöse Institutionen	Kirchen, Sekten
Familie	Verhältnis zur politischen Macht Großfamilie, Kleinfamilie patriarchalisch, matriarchalisch
<i>Verhalten</i>	
Stellung von Frau und Mann in der Gesellschaft	Frau dominant, Mann dominant, egalitär
Verhältnis zwischen den Generationen	konfliktreich, hierarchisch, harmonisch
Behandlung von Behinderten, Alten und Waisen	Isolation, Integration
Verhältnisse im Produktionsbereich	privat, öffentlich
Arbeit, Freizeit, Zeremonien, Riten	mensch-, objektorientiert
Art der Konsumtion	hoch, gering
künstlerische und intellektuelle Produktion	intensiv, schwach
Form der Kommunikation	mündlich, schriftlich

Die Tabelle muß vorsichtig untersucht werden, da sie selbst ein kulturgebundenes Produkt ist. Es ist zu erwarten, daß eine Person aus einer völlig verschiedenen Gesell-

schaft eine ganz andere Tabelle angefertigt hätte. Weiterhin ist Vorsicht geboten in bezug auf die Merkmale, die zur Beschreibung der Kategorien herangezogen wurden. In den meisten Fällen sind lediglich extreme Gegensatzpaare angegeben. In einem genauer ausgearbeiteten Rahmen sollten diese Dichotomien überwunden und durch präzisere Begriffe ergänzt werden.

Bei dem Problem der Beschreibung kultureller Grenzen stellt sich die unumgängliche Frage: Wer ist in der Lage zu entscheiden, wo sie anfangen und wo sie aufhören? Sehen wir uns einige besondere Situationen an. In manchen Teilen der Erde können geteilte Interessen, historische Verbindungen und gemeinsame Werte zu staatsgrenzenübergreifenden Gruppierungen führen, welche eine regionale kulturelle Identität für sich beanspruchen. Oder aber der Fall, daß in einem bestimmten Staat die herrschende Klasse willkürlich eine selbst-festgelegte nationale Identität bestimmt und im Ausland als für die Gesamtbevölkerung repräsentativ darstellt. Auch revoltieren überall auf der Welt Mikroulturen gegen aufgezwungene nationale Identitäten und erklären ihre Besonderheit oft durch den Aufbau von Freiheitsbewegungen.

In jeder dieser Situationen ist es schwierig zu bestimmen, welche spezifische Entwicklungsstrategie für die jeweilige Bevölkerung am angemessensten ist. Außenseiter sind zunehmend unwillkommen oder unqualifiziert, dies zu beurteilen, während nationale Eliten oft vom Volk entfremdet sind. Wie wir alle wissen, bleibt die Massenbeteiligung an Auswahl- und Entscheidungsprozessen ein ungelöstes Problem in den meisten Teilen der Erde. Welche Kriterien haben wir, um Äußerungen über eine Region, ethnische Gruppe oder einen Staat daraufhin ernsthaft einzuschätzen, ob sie kulturell repräsentativ sind?

Die Fragestellung deutet schon an, daß wir an der Vorstellung des »absoluten kulturellen Relativismus« nicht festhalten können; eine Vorstellung, nach der jede Gruppe die Werte, Gesetze, sozialen Strukturen oder sonstige Kulturprodukte von allen anderen Gesellschaften für diese als gültig akzeptieren muß. Relativismus hat eine Grenze, wie sich, zumindest für die meisten Leute, an der Sklaverei, Apartheid oder dem Hitler-Faschismus beispielhaft zeigt. Der Begriff vom »relativen kulturellen Relativismus« ist daher kein abstraktes Produkt der Intellektuellen. Er bedeutet, daß es bestimmte minimale allgemeine Werte gibt, an denen sich Mitglieder einer Kultur orientieren, wenn sie eine andere Kultur betrachten, selbst auf das Risiko hin, als ethnozentrisch zu erscheinen. Solche Werte könnten sie beispielsweise davon abhalten, in ihrem *und* außerhalb ihres Kulturbereichs Verhaltensweisen wie Völkermord, Folter, Rassismus, offensichtliche Ausbeutung der Armen, Grausamkeit gegenüber Frauen, Mißhandlung von Kindern und Vernachlässigung der Alten nicht zu beachten. Es wurde mit einiger Berechtigung argumentiert, daß die Erklärung der Menschenrechte ein Produkt westlichen ethnozentrischen Denkens ist, insoweit, daß sie nicht genügend Raum für kulturelle Verschiedenartigkeit läßt. Selbst wenn das so ist, gibt es bestimmte minimale Standards, deren Anwendung bei der Analyse menschlichen Verhaltens legitim und notwendig ist, will man nicht all die Grausamkeiten akzeptieren, die von so vielen Menschen an so vielen anderen begangen werden. Das Konzept des »relativen kulturellen Relativismus« soll die Idee des Respektierens der kulturellen Identität jeder Gesellschaft verbinden mit einem Konzept der Grenzen, die bei ausbeuterischem und aggressivem Verhalten gesetzt werden sollten. Dadurch gewinnt es an Bedeutung für das Alltagsleben der meisten Menschen, obwohl die akademische Debatte über die Frage, wo die



Grenzen zu setzen sind, notwendigerweise eine endlose sein wird. Aber die Probleme wie »kulturelle Repräsentativität« oder »kultureller Relativismus« gehören nicht zu solchen, die die Wissenschaft im strengen Sinne wirklich »lösen« kann.

## 2. Hypothesen über die Wechselbeziehungen von kultureller Identität, Self-Reliance und Grundbedürfnissen

Der einfachste Weg, die drei Konzepte anzunähern und die Verbindung der sozialen Realitäten, welche sie getrennt versuchen zu analysieren, wieder herzustellen, ist, sie paarweise zu untersuchen. Das ergibt zunächst sechs Kombinationen.

### 2.1 Die Stärkung der kulturellen Identität begünstigt die Befriedigung der Grundbedürfnisse (KI → GB)

Da es sich nicht von selbst versteht, muß hier erneut betont werden, daß wir die Definition von Grundbedürfnissen als einen kulturspezifischen Vorgang, nicht als das Entwerfen einer universal gültigen Liste begreifen. Umfassende Listen sind akzeptabel, solange sie nicht normative Ansprüche erheben. Sie sind sogar nützlich, wenn sie uns Ideen vermitteln — ohne eine Rangordnung anzugeben —, wie eine universale Liste aussehen könnte, wenn jede Kultur ihren Teil beigetragen hat.

Paul Streeten erwähnt eine Anzahl von Ländern (darunter die Volksrepublik China und Taiwan, sowie Korea, Costa Rica und Japan), welche die KI → GB Hypothese bestätigen würden. »... der Erfolg dieser verschiedenen politischen Regime im Hinblick auf die Befriedigung der Grundbedürfnisse kann nicht dem Umstand zugeschrieben werden, daß sie Grundbedürfnisse auf ihr Banner geschrieben haben. Sondern ihnen sind gewisse 'Ausgangsbedingungen' gemein...«<sup>3</sup> Diese schließen die Vermögensverteilung und das Bildungsniveau mit ein. Allgemeiner könnten wir sagen: soziale Institutionen, Einstellungen und Werte. Derselbe Autor bezeichnet »Selbstbestimmung, Self-Reliance, politische Freiheit und Sicherheit, Teilnahme an Entscheidungsprozessen, welche Arbeiter und Bürger betreffen, nationale und kulturelle Identität und das Gefühl der Nützlichkeit in Arbeit und Leben (diese sind als 'nichtmaterielle' Bedürfnisse definiert) ... als Bedingungen dafür, die mehr materiellen Bedürfnisse anzugehen...«<sup>4</sup>

### 2.2 Die Stärkung der kulturellen Identität unterstützt die Durchführung einer Self-Reliance-Entwicklungsstrategie (KI → SR)

In bestimmten historischen Fällen ist diese Hypothese fast tautologisch. Akzeptieren wir, daß unterschiedliche Kulturen die »Ausgangsbedingungen« für was immer wir Entwicklung nennen liefern können, so dürfen wir uns nicht anmaßen, den ausschließlichen Typ von Kultur zu definieren, den wir (d.h. jeder Mensch, gleich welcher Kultur er angehört) als den »besten« erachten. Daher liegt die Betonung auf *Stärkung* der kulturellen Identität, worin auch deren Inhalt besteht. Bei kollektiver Selbstbestätigung bewegen wir uns, in einigen Fällen, sehr in die Nähe von Self-Reliance. Im Gegensatz dazu sehen wir in anderen (expansionistischen) Kulturen das gegenteilige Ergebnis.

Zwei negative Beispiele sollen diesen Punkt illustrieren. Kulturelle Arroganz, die Stadtbewohner gegen andere äußern, beraubt die Landbevölkerung ihres eigenen Stolzes (Religion, Wohnen, Kleidung, Nahrung), welches bei letzterer zu Widerstand, Haß und Apathie führen kann. Die Möglichkeiten, diese an einer kollektiven Anstrengung zu

beteiligen, um Self-Reliance für die gesamte Nation, inklusive der kulturell arroganten »Stadtgötter«, zu erreichen, sind daher reduziert. Dies geschieht sogar in Tansania.<sup>5</sup>

Das andere Beispiel ist Peter von Guntens Film »Der Schrei des Volkes« entnommen, in welchem ein indianischer Dorfbewohner aus den peruanischen Anden sagt: »Wir, die wir mit den Händen arbeiten können, unterstützen die, die nur mit ihrem Kopf zu arbeiten wissen und uns sagen, wie wir mit unseren Händen zu arbeiten haben.« In beiden Konfliktsituationen (Stadt/Land oder Kopf/Hand) besteht auf der einen Seite eine kulturelle Arroganz, welche zu Identitätsverlust auf der anderen Seite führt, die wiederum Apathie zur Folge hat. Ein extremer Fall kulturellen Widerstands, der der nord-amerikanischen und der karibischen Indianer, hat zur fast vollständigen Ausrottung geführt. Wo Völkermord versagt hat, war der Kulturmord erfolgreich. Einige Kulturen haben aber auch Widerstandsvermögen gezeigt (symbolisiert durch die chinesische Mauer), ohne dem gleichen Schicksal zum Opfer zu fallen.

In der heutigen Situation können wir sagen, daß eine Gesellschaft mit den folgenden kulturellen Attributen eine hervorragende Chance hat, eine Entwicklungsstrategie der Loslösung, wie z.B. die der Self-Reliance hervorzubringen (ausgewählte Punkte der Sozialkosmologie und politischer Institutionen):

- die Gruppe, der Ort, der Lebensraum ist wichtiger als der Einzelne,
- kollektives Interesse setzt sich gegenüber persönlicher Bereicherung durch,
- soziale Gerechtigkeit verhindert Vorteile einiger weniger Ausgewählter,
- die Mannigfaltigkeit der Kapazitäten für die Produktion lebensnotwendiger Güter wird der Überspezialisierung und der Abhängigkeit vom Gütertausch vorgezogen,
- gleichberechtigte Verteilung verhindert individuelle Anhäufung von Sachgütern,
- die Gruppe hat genügend Selbstbewußtsein, um ihre Abhängigkeit gegenüber anderen möglichst klein zu halten,
- Entscheidungen auf lokaler Ebene zu treffen ist mindestens ebenso wichtig wie zentralisierte Macht,
- Ideen, die die Basis hervorbringt, können nach oben geschleust und offen mit Ansichten und Werten der Elite konfrontiert werden,
- Selbsthilfe in örtlichen Gemeinden ist wichtiger als das Vorantreiben vom Ausland in Gang gesetzter sozialer Veränderungen oder paralyisierender Demonstrationseffekte,
- die Befriedigung örtlicher Bedürfnisse wird nicht sehr hoch eingeschätzt, wenn sie auf Kosten anderer geschieht.

Wir werden wahrscheinlich keine Gesellschaft mit all diesen Attributen finden, aber es ist manchmal sinnvoll, sich einen Typ von Gesellschaft vorzustellen, der von dem dominierenden Modell abweicht.

### 2.3 *Das Streben nach Befriedigung der Grundbedürfnisse stärkt die kulturelle Identität (GB → KI)*

Eine Regierung, oder, was wahrscheinlicher ist, eine starke Opposition, eine reformistische Gruppe oder eine revolutionäre Bewegung, die an einem an den Grundbedürfnissen orientierten Ansatz festhält, wird ihren Schwerpunkt von ausländischen Wirtschaftsverbindungen auf die Produktion für inländische Konsumtion verlagern müssen. Dies bedingt die notwendige Auseinandersetzung mit dem inneren sozialen Zusammenhalt und der Umorientierung der neokolonialen und selbst-kolonisierten Men-

sen. Dies bedingt die notwendige Auseinandersetzung mit dem inneren sozialen Zusammenhalt und der Umorientierung der neokolonialen und selbst-kolonisierten Mentalitäten hin zur Arbeit für das kollektive Wohlergehen. Solch eine Veränderung kann nicht durch Appelle oder Erlasse erreicht werden. Sie muß eine festere Grundlage in Werten und Institutionen finden, die in der Geschichte des Volkes angelegt sind. Als Russel Means, Führer der amerikanischen Indianerbewegung, gefragt wurde, ob sein Programm zur politischen und ökonomischen Befreiung Erfolgsaussichten hätte, antwortete er: »Wenn wir die Überbleibsel unserer Geschichte und Kultur zusammenkratzen können, haben wir eine Chance.«

Es fällt schwer, sich die GB → KI Kombination praktisch vorzustellen, ohne auf den Zusammenhang von Self-Reliance und kultureller Identität einzugehen. Wir gehen daher mit der nächsten Hypothese nicht zu einem gänzlich neuen Thema über.

#### 2.4 Eine auf Self-Reliance beruhende Entwicklungsstrategie stärkt die kulturelle Identität (SR → KI)

Diese These unterscheidet sich eigentlich nicht sehr von ihrer direkten Umkehrung (KI → SR). Der Unterschied liegt in der Wahl des Ausgangspunktes, von welchem der Analysator oder politisch Handelnde sein Projekt oder seine Aktion beginnt. Loslösungsstrategien, vor allem die der Self-Reliance, sind Themen lebhafter Debatten nicht nur in Kreisen der »Entwicklungsexperten«, sondern zunehmend auch unter Politikern und in internationalen Organisationen. Ein Bewußtsein über die Wirkung einer solchen Strategie der kulturellen Identität stellt sich meist erst zu einem späteren Zeitpunkt ein.

Präsident Ratsiraka von Madagaskar hat dieses Verhältnis von Beginn an erkannt. Sein Vorgänger hatte bereits die Verträge gekündigt, die mit Frankreich bei der Unabhängigkeit geschlossen worden waren. Reduzierung der Abhängigkeit vom Ausland, Diversifizierung der Auslandsbeziehungen und Anstreben von Lebensmittelselbstversorgung waren die vorrangigen Ziele Madagaskars seit den frühen siebziger Jahren. Als Ratsiraka 1975 an die Macht kam, hat er die unausweichlichen Konsequenzen einer solchen Politik erklärt. Erstens: Lokale Self-Reliance. Die Nation kann gegenüber der restlichen Welt nicht self-reliant sein, wenn die örtlichen Gemeinden unfähig sind, ihre eigenen Ressourcen zu ihrem Wohl zu mobilisieren. Zweitens: Wiederbelebung von traditionellen, gemeinschaftlichen Institutionen (*fokonolona*), welche unter der Kolonialherrschaft fast gänzlich zerstört worden waren. In der Tat konnte die Self-Reliance nicht von oben eingeführt werden (aufgezwungene lokale Self-Reliance ist ein terminologischer Widerspruch); sie mußte auf bereits existierenden Werten und Institutionen basieren.<sup>6</sup>

Self-Reliance ist kein standardisiertes Konzept, das auf alle Gesellschaften anwendbar ist. Albert Tévoédjrè erklärt dies im Zusammenhang mit dem »chinesischen Modell«: »Die Deklaration von Aruska, welche für Tansania ein System der Self-Reliance auf allen Gebieten vorsieht, erscheint mir heute als die einzige vernünftige Entscheidung für Afrika und viele andere Länder der Dritten Welt. Primär, weil sie — obwohl sie vom chinesischen Experiment beeinflusst worden ist — keine servile Kopie ist. Sie ist neu, tansanianisch, afrikanisch. Sie baut nicht auf Zwang, sondern auf den Enthusiasmus der Menschen. Weit entfernt von jeglicher Arroganz, ist sie flexibel genug für Verbesserungen.«<sup>7</sup>

#### 2.5 Eine Entwicklungsstrategie der Self-Reliance begünstigt die Befriedigung der Grundbedürfnisse (SR → GB)

Es gibt mehr als genügend Beweise, daß zumindest einige Grundbedürfnisse, augen-

scheinlich im Fall der Lebensmittel, überall auf der Welt lokal befriedigt werden könnten, wenn nicht Land und Lebensmittel den Menschen weggenommen und für elitären Verbrauch und den Export abgezweigt würden. Lappé und Collins drücken es treffend folgendermaßen aus: »Hungernde Menschen können und werden sich selbst ernähren, wenn es ihnen gestattet wird. Diese qualifizierende Aussage — 'wenn es ihnen gestattet wird' — ist der zentrale Punkt unserer Antwort. Anstatt zu fragen 'Wie können wir die Welt ernähren?', müssen wir jetzt eine ganz andere Frage stellen: 'Was tun wir — und was wird in unserem Namen und mit unserem Geld getan —, um Menschen daran zu hindern, sich selbst zu ernähren?' Und 'Wie können wir arbeiten, um diese Hindernisse zu beseitigen?'«.<sup>8</sup>

Übrigens zeigen dieselben Autoren, wie ein Prozeß von zunehmender privatwirtschaftlicher Kontrolle über die Landwirtschaft in den USA zu einem niedrigeren Lebensstandard der Farmer geführt hat. Ihre Reaktion: »Ein natürlicher Begleitumstand amerikanischer Landreform würde die Entwicklung von lokaler und regionaler Nahrungsmittel-*Self-Reliance* sein. Mit anderen Worten: Bestrebungen zur Umverteilung der Kontrolle über Land und Nahrung müssen auch eine Bewegung zur Wieder-Einbeziehung von mehr Amerikanern (auf lokaler Ebene) in die Befriedigung der *Grundbedürfnisse* auslösen.«<sup>9</sup>

Die Integration der armen Länder in das Import-Substitutions-/Export-Förderungs-Syndrom führt nicht nur zu — wie Samir Amin gezeigt hat — ungleichem Tausch (international), sondern auch zu einem elite-orientierten Austausch (intern). Das wahrscheinlich skandalöseste Bestreben in diese Richtung wird uns gerade im Moment mit dem Versuch demonstriert, den Lebensmittelexport von Afrika nach Europa massiv zu verstärken.<sup>10</sup> Im Juli 1978 wurde angekündigt, daß die Internationale Zivile Luftfahrt-Organisation (ICAO) vorschlägt, — mit einem Zuschuß von \$34 Millionen des UNO-Entwicklungsprogrammes (UNDP) — 42 afrikanischen Staaten (welche selbst \$180 Millionen beisteuern!) bei dem Ausbau des Luftfrachtservices zu helfen, damit sie Früchte, Gemüse, Blumen und Fisch exportieren können. Der Früchte- und Gemüseexport soll von 20.000 Tonnen im Jahre 1974 auf 60.000 Tonnen bis zum Jahre 1980 ansteigen; der von Fisch von \$4,5 Millionen bis zu 25 Millionen, etc.<sup>11</sup>

Die Ernährungs- und Landwirtschafts-Organisation (FAO) in Rom und die UNO-Wirtschaftskommission für Afrika geben 2 Monate später ernsthafte Lebensmittelknappheit in »allen bis auf 2 von 54 afrikanischen Staaten Afrikas« bekannt. Dazu sagt ein Kommentator: »Der Mangel an einheimischer Nahrungsmittelproduktion führte zu einem reduzierten Ernährungs- und Rationsniveau und zu andauernder Abhängigkeit von internationaler Lebensmittelunterstützung und zunehmenden Lebensmittelimporten.«<sup>12</sup>

Dieses groteske Beispiel illustriert nicht nur, daß die Arbeit einer internationalen Organisation diametral gegen die einer anderen wirken kann: es enthüllt auch, daß der Mythos der Entwicklung durch Exporte immer noch einer der mächtigsten ist. Mehr als einige »Experten«, denen diese Situation dargestellt wurde, fanden es völlig normal, ja sogar notwendig, Lebensmittel aus Gegenden der Unterernährung an überfütterte Länder zu exportieren. »Was zählt, sind die ausländischen Devisen«, sagen sie. Devisen wofür? Um landwirtschaftliche Geräte und auch Lebensmittel zu kaufen, entsprechend dem eisernen Gesetz der komparativen Kostenvorteile.

Unglücklicherweise geschieht meistens eben gerade auf der Importseite das nicht,

was die »Experten« voraussagen! Ein Blick auf neuere Daten für 14 afrikanische Länder zeigt folgende Resultate:

Tabelle 3<sup>13</sup>

**Einige Importe von 14 frankophonen afrikanischen Ländern (in 1000 US \$)**

Produktive Importe	1964	1971	Unproduktive Importe	1964	1971
Traktoren	15,160	22,682	Alkoholische Getränke	29,555	31,288
Kunstdünger	6,150	12,210	Private Autos	22,660	50,676
landwirtschaftliche Geräte	4,862	13,209	Kosmetika und Parfüms	5,142	19,821
Summe	26,172	48,101	Summe	57,357	101,785

Quelle: »Yearbook of International Trade Statistics (UN) Volume 1, Trade by Country«, 1967 and 1974

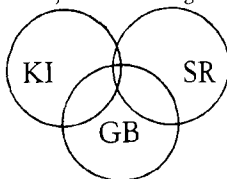
Die Schlußfolgerung aus diesen Beispielen aus dem Bereich der Nahrungsmittelversorgung ist, daß die Senkung bestimmter Exporte, der Deviseneinnahmen und folglich der Importe nicht unbedingt ein Zeichen für die Stagnation eines Landes ist. Im Gegenteil, faßt man sie als Indikatoren für vermehrte Self-Reliance auf, ausgerichtet auf die Grundbedürfnisse einer ganzen Bevölkerung, so kann es sein, daß diese Länder erstmalig auf ihrem Weg zur Entwicklung sind.

*2.6 Ein an den Grundbedürfnissen orientierter Ansatz begünstigt Self-Reliance (GB – SR)*

Eine Politik, die auf die Befriedigung der Grundbedürfnisse ausgerichtet ist, muß sich mit ländlichen Gegenden und Slums auseinandersetzen. Mehr Menschen und mehr lokale Ressourcen werden mobilisiert, während die Produktion arbeitsintensiver wird. Lokale landwirtschaftliche Erträge werden von den Industriearbeitern konsumiert, welche wiederum landwirtschaftliche Geräte produzieren. Der produzierte Überschuß wird für lokale Investitionen absorbiert. Eine Verbindung entsteht »zwischen Bewältigung der Bedürfnisse und Bewältigung der Akkumulation von Kapital«. <sup>14</sup> Wenn diese bedürfnisorientierte Politik konstant verfolgt wird, führt dies offensichtlich zu einem bestimmten Grad der Loslösung vom internationalen System, was dann als Self-Reliance bezeichnet werden könnte.

*2.7 Die Dreierkombination: KI-SR-GB*

Es ist wohl nicht allzu gewagt zu behaupten, daß die drei Sub-Konzepte der Entwicklung, deren Verbindung wir versucht haben herzustellen, tatsächlich eine Einheit bilden, über die jedes einzelne jedoch hinausgeht. Dies könnte folgendermaßen dargestellt werden:



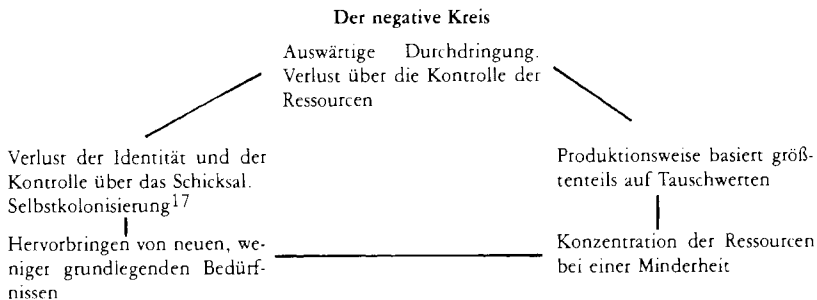
Unter den größten sozio-kulturellen Errungenschaften der Menschheit befinden sich die der Eskimos und der Wüstennomaden, auf die diese Dreierkombination genau zutrifft. Claude-Lévi Strauss, der die westliche Gewohnheit, andere Gesellschaften nach

ihrem »Grad der Zivilisation« zu klassifizieren ablehnt, sagt: »Wäre das gewählte Kriterium der Grad der Fähigkeit, selbst die feindlichsten geographischen Bedingungen zu bewältigen, dann dürfte es keine Zweifel geben, daß die Eskimos auf der einen und die Beduinen auf der anderen Seite den Sieg davontragen würden.«<sup>15</sup> Lappé und Collins, die die ökologische Weisheit ländlicher Nomaden in Gegenden mit kläglichen Ressourcen hervorgehoben haben, zeigen wie die Dreierkombination durch Angriffe an verschiedenen Fronten zerbrochen werden kann: Die Schaffung nationaler Grenzen und die Besteuerung durch die kolonialen Verwalter bedrohten die Befriedigung der Grundbedürfnisse und zwangen die Nomaden in eine Geldwirtschaft.<sup>16</sup> Die Self-Reliance wurde somit reduziert, — und wieviele kulturelle Identität ist dabei übrig geblieben?

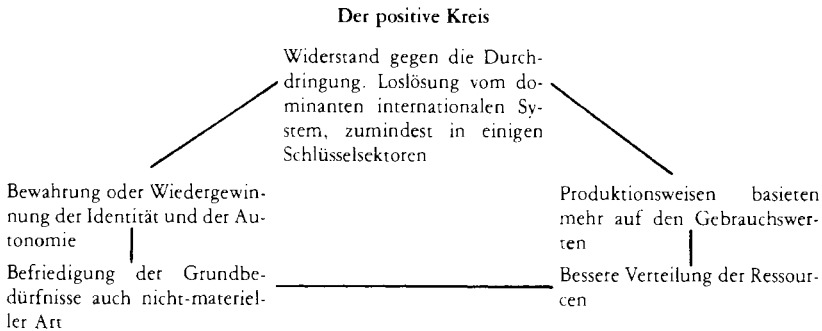
Es gibt aber auch Beispiele, wo die Dreierkombination noch funktioniert. Neben dem offensichtlichen Fall Chinas, besonders unter Mao, gibt es auch Versuche in vielen anderen Ländern. Einige, die so bekannt sind, daß sie hier nicht benannt werden brauchen, halten nur in Form verbaler Erklärungen ihrer Führer daran fest. Sie sind weniger interessant als die sich schnell ausbreitenden lokalen Self-Reliance-Bestrebungen in vielen Ländern der Erde, wo nicht offiziell erklärt wird, daß diese Politik auf nationaler Ebene verfolgt wird.

### 3. Zirkuläre und kumulative Modelle der Wechselbeziehungen

Das bis jetzt Entwickelte kann man unter Berücksichtigung von Gunnar Myrdals zirkulärer und kumulativer Perspektive auch anders ausdrücken. Zu diesem Zwecke werden zwei neue Faktoren zur Dreierkombination hinzugezogen: Wert von Gütern/Leistungen und Ressourcenverteilung. Diese sind nicht etwa völlig willkürlich ausgewählt unter den vielen anderen Faktoren, Variablen oder Sub-Konzepten der Entwicklung, welche kombiniert werden könnten auf dem schwierigen Weg zur Ganzheit; sie sind essentiell für das Verstehen der Funktionsweise der Dreierkombination selbst. Diese Kreise könnten auch in anderer Reihenfolge angeordnet sein. Kein Element soll als primäre »Ursache« betrachtet und Pfeile könnten hinzugefügt werden. Aber lassen wir es so einfach wie möglich.



Im entgegengesetzten Modell haben wir versucht, eine in der heutigen Welt noch lebensfähige Alternative aufzuzeigen.



In Abhängigkeit vom Grad der Selektivität gegenüber ausländischen Einflüssen in einer Entwicklungsstrategie der Loslösung liegt eine Kombination beider Modelle vor: Einige Güter/Leistungen werden für den Gebrauch, einige für den Austausch und einige für beides produziert/erbracht; höherer oder niedrigerer Grad der Abhängigkeit usw. Was zählt, ist, welcher der beiden Kreise der dominante ist; meist sind beide vorhanden, aber das Mischverhältnis ist unterschiedlich.

### Schlußfolgerung

Wir könnten unsere Position mit folgender Reihe von Hypothesen zusammenfassen: die Befriedigung der *Grundbedürfnisse* sollte in der heutigen Entwicklungspolitik erste Priorität haben, sie müssen aber im Rahmen bestimmter *kultureller Zusammenhänge* definiert sein und können am besten befriedigt werden, wenn die Menschen von ihren eigenen Fähigkeiten und Ressourcen Gebrauch machen. Dies ist nur möglich, wenn *Loslösungsstrategien*, wie die der Self-Reliance, von Gemeinschaften der Dritten Welt (lokal, regional, national) in ihren Beziehungen zu den Industrieländern praktiziert werden. Welche Lösungsstrategie im jeweiligen Fall am geeignetsten ist, muß in Übereinstimmung mit der Ressourcenausstattung, den ökologischen Bedingungen und der ökonomischen Situation der betreffenden Gemeinschaft bestimmt werden.

Viele Fragen könnten aufgeworfen werden unter Hinweis auf Fälle mit anderen als den durch unsere Hypothesen nahegelegten Bedingungen. Strategien, die an den Grundbedürfnissen orientiert sind, gibt es in Verbindung mit Self-Reliance (China) und ohne (Taiwan). Es gibt Beispiele der Loslösung ohne die Befriedigung der Grundbedürfnisse (Haiti), wie auch Fälle ohne Loslösung und ohne Befriedigung der Grundbedürfnisse (die Liste wäre zu lang).

In Anbetracht der Mannigfaltigkeit dieser verschiedenen Situationen sollten wir uns davor hüten, *eine* neue Entwicklungsstrategie zu entwerfen. Die kulturelle Vielfalt und Verschiedenheit muß zum grundlegenden Aspekt jeder Entwicklungsdebatte werden. Jedenfalls könnten wichtige qualitative Veränderungen auftreten, wenn die Dreierkombination in jenen offiziellen Kreisen ernst genommen würde, wo momentan neue internationale Ordnungen ausgetüfelt werden.

### Anmerkungen

- 1 Self-Reliance ist ein geläufiges Wort im Englischen, Chinesischen und einigen anderen Sprachen, hat aber keinen Eingang gefunden in den Sprachschatz von Ländern, deren Entwicklung besonders stark von einer zentralistischen Staatsideologie geprägt ist. So muß man sich z.B. in Frankreich (mit Descartes' »Je pense donc je suis« oder Louis XIV's »L'Etat, c'est moi«, mit allem was nachher folgte von Robespierre über Napoleon zu de Gaulle) mit umständli-

- chen Formulierungen wie z.B. »compter sur ses propres forces« begnügen. Im hegelianischen Gedankenbereich bedarf es auch solcher Denkhilfen, z.B. »auf seine eigenen Kräfte zählen«. Self-Reliance wird wahrscheinlich wie »week-end« oder »know-how« in der englischen Version in andere Sprachen aufgenommen werden. Als Gesellschaftsform existiert Self-Reliance aber seit Urbeginn der Menschheit und in allen Erdteilen. Siehe dazu die Kollektivarbeit, herausgegeben von Johan Galtung, Peter O'Brien und Roy Preiswerk: *Self-Reliance: A New Development Strategy?* London, Bogle-L'Ouverture und Genf, Institut universitaire d'études du développement, 1980. Im deutschen Sprachbereich ist das wichtigste Werk das von Dieter Senghaas herausgegebene *Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik. Plädoyer für Dissoziation*, Frankfurt/M. 1977. Senghaas macht vor allem klar, daß eine Form autozentrierter Entwicklung und eine gewisse Dissoziation vom Weltwirtschaftssystem nicht gleichzusetzen sind mit Isolation, Autarkie oder absoluter Loslösung. Self-Reliance ist selektive Loslösung vom internationalen System, wie es China zwischen 1949-1977 klar gezeigt hat.
- 2 Über die Grundbedürfnisse ist die Literatur bereits viel umfanglicher als über Self-Reliance. Besonders wertvoll wird in dieser Hinsicht der Sammelband sein, den Katrin Lederer vom Wissenschaftszentrum in Berlin 1980 herausgibt. Standard-Werk ist Hettera et al.: *Grenzen des Elends: Das Bariloche Modell*, Frankfurt/M. 1977. Siehe auch die Arbeiten der Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf über »Arbeitslosigkeit, Grundbedürfnisse und Wachstum«, 1976.
  - 3 Paul Streeten: The Distinctive Features of a Basic Needs Approach to Development, in: *International Development Review* 1977/3, S. 13.
  - 4 Ebd., S.9. Wir zitieren diese Passage, obwohl die verwendeten Begriffe nicht ganz mit den unseren übereinstimmen.
  - 5 Marja-Liisa Swantz: Does it Work? The Scope of Local (Primarily Internal) Solutions: A Tanzanian Case: ein Aufsatz, vorgelegt auf der Sondersitzung über Grundbedürfnisorientierte Entwicklungsstrategien der Conference of the European Association of Development Research and Training Institutes (EADI), Mailand, Sept. 1978.
  - 6 Charte de la Révolution socialiste malgache à tous azimuts, 1975.
  - 7 Albert Tévoédjiré: Poverty — Wealth of Mankind. Oxford, Pergamon Press, 1979, S. 115-116.
  - 8 Antworten sind tatsächlich im Entstehen begriffen, bei Frances Moore Lappé und Joseph Collins: *Der Mythos vom Hunger*, Frankfurt, 1978; sowie bei Susan George. *How the Other Half Dies*. Harmondsworth, Penguin, 1976.
  - 9 *Der Mythos vom Hunger*.
  - 10 Dieses Phänomen ist sicherlich kein neues, wie Susan George hervorhebt, wenn sie sagt, daß während der Hungersnot von 1876-1879 in Indien 3,75 Mio. Tonnen Getreide nach Großbritannien exportiert wurden (in »Stratégies d'intervention des pays industrialisés, spécialement des Etats-Unis d'Amérique, dans les systèmes alimentaires des pays périphériques«, Paris, unveröffentlichte These einer Doktorarbeit, 1978). Aber es ist besonders skandalös, daß ein Jahrhundert später derselbe Prozeß von Regierungen unabhängiger Länder und von internationalen Organisationen aktiv ermutigt wird.
  - 11 Africa Announces its Air Aims, in: *Development Forum*, Juli 1978, S.11.
  - 12 Food Crisis is Seen Throughout Africa, in: *International Herald Tribune*, 15-16 Sep. 1978.
  - 13 S. Marijse und W. Schoofs: Some Questions on the Link Between International Trade and Basic Need Strategies: ein Aufsatz, vorgelegt auf der Sondersitzung über Grundbedürfnisorientierte Entwicklungsstrategien der Conference of the European Association of Development Research and Training Institutes (EADI), Mailand, Sept. 1978, S.8. Die 14 Länder sind Senegal, Mali, Mauretanien, Obervolta, Benin, Togo, Elfenbeinküste, Niger, Tschad, Kamerun, Kongo, Gabun, Zentral-Afrika und Madagaskar. Es läßt sich streiten, ob Traktoren und Kunstdünger in jedem Fall als »produktive Importe« bezeichnet werden sollten. Die in Fußnote 8 zitierten Autoren sind sicher gegenteiliger Meinung. Weiterhin wäre es angemessen gewesen, Importe militärischer Ausrüstung auf der unproduktiven Seite aufzuführen.
  - 14 Patrice Robineau: Orientations de recherche pour un autre développement, in: *Travail et société*, April 1978, S.259.
  - 15 Claude Lévi-Strauss: *Rasse und Geschichte*. Frankfurt/M. 1972.
  - 16 *Der Mythos vom Hunger*.
  - 17 Zum Begriff der Selbstkolonisierung siehe Roy Preiswerk: Neo-kolonialismus oder Selbstkolonisierung: die Kulturbegegnung in den europäisch-afrikanischen Beziehungen, in: *Europa-Archiv*, 25. Dezember 1973.



## Die Weltbank über Stadtentwicklung und Industrialisierung in der Dritten Welt\*

Im August '79 legte die Weltbank ihre zweite Studie zur internationalen Wirtschaftsentwicklung vor. Während sich der Weltentwicklungsbericht des vergangenen Jahres schwerpunktmäßig mit den externen und internen Problemen und Perspektiven der sog. »Low Income Countries«<sup>1</sup> in Asien und den afrikanischen Staaten im Subsahara-Gebiet befaßte, analysiert der diesjährige Report neben den internationalen Wirtschaftsbeziehungen verstärkt die Entwicklungsbedingungen der sog. »Middle Income Countries«.<sup>2</sup>

Grob gesehen zerfällt der Report in zwei Hauptteile, eine empirisch-analytische Darstellung der Thematik und einen umfangreichen statistischen Anhang. Der im folgenden eingehender zu betrachtende empirisch-analytische Komplex thematisiert die Problemfelder:

- Gegenwärtige Trends und Perspektiven der internationalen Wirtschaftsbeziehungen,
- Arbeitslosigkeit, Beschäftigung, Industriestruktur und Urbanisierungstendenzen,
- Wachstums- und Verteilungsprobleme ausgewählter »Middle Income Countries«.

Die Bedeutung der vorliegenden Studie ergibt sich aus der Tatsache, daß die Weltbank die mit Abstand finanzkräftigste und daher einflußreichste internationale Entwicklungsorganisation ist.

### I.

Im ersten Teil des »World Development Reports '79 legt die Weltbank ihre neuesten Berechnungen zu den Perspektiven der Weltwirtschaft vor. Die vorliegenden Daten sind dabei fast durchweg noch weniger optimistisch als im vergangenen Jahr. Hinsichtlich der allgemeinen Wachstumsraten, gemessen am BSP, sieht sich der Report '79 genötigt, die Wachstumsprognosen des vorjährigen Berichtes zu korrigieren: das jährliche Wachstum des BSP der Entwicklungsländer in den Jahren 1975-85 wird demnach nicht wie ursprünglich angenommen bei 5,7 %, sondern nur bei 5,2 % liegen, wobei die sog. »Middle Income Countries« die größten Korrekturen zu erwarten haben, ihr jährliches Wachstum des BSP soll demnach nicht bei 5,9 %, sondern allenfalls bei 5,3 % liegen (4).

Wenig optimistisch sind auch die Angaben bezüglich der Entwicklungstendenzen des Welthandels, des öffentlichen und privaten Kapitalflusses sowie der Verschuldung. Lag die jährliche Wachstumsrate des Welthandels in den Jahren 1965-73 noch bei ca. 9 %, so fiel sie in den Jahren 1973-77 auf ca. 4 % ab. Die jährliche Wachstumsrate des Exports der Entwicklungsländer reduzierte sich im gleichen Zeitraum um fast 100 %, sie sank von 6,4 % auf 3,6 % (4).

Beachtenswert sind in diesem Zusammenhang jedoch die Entwicklungsländer, die sich insgesamt als vergleichsweise dynamisch erwiesen, dann allerdings von den rezessiven und protektionistischen Tendenzen der kapitalistischen Industrieländer seit Mitte

\* Der folgende Beitrag beschränkt sich auf die Auswertung des »World Development Report 1979«, hrsg. von der Weltbank (Washington, D.C. 1979, 188 S.), in dem sich ihre aktuelle Position zu Stadtentwicklung und Industrialisierung in der Dritten Welt niederschlägt.

der 70er Jahre besonders hart getroffen wurden: das jährliche Wachstum der Fertigenausfuhr fiel von 15 % (1963-73) auf 11 % (1973-77) ab (4). Insgesamt betrachtet wird sich laut Weltbank-Report '79 der Anteil der Entwicklungsländer bezüglich des Exports von Welthandelswaren bis 1990 gegenüber der gegenwärtigen Situation kaum verändern, verglichen mit 1960 wird er sich sogar verringern (6).

In der Gruppe der »Middle Income Countries« mußten v.a. Lateinamerika (incl. Karibik), die Staaten der Subsahara, aber auch die südeuropäischen Länder beträchtliche Wachstumseinbußen hinnehmen. In der Subsahara fiel das jährliche Wachstum des BSP von 5,9 % (1965-74) auf 1,6 % (1974-77), in Lateinamerika entsprechend von 6,5 % auf 4 % und in Südeuropa von 6,9 % auf 4 %. Diese Entwicklung ging einher mit einer entsprechenden Abnahme des Ex- und Imports. So fielen in Lateinamerika, um nur ein Beispiel zu nennen, die jährlichen Exportraten von durchschnittlich 4 % (1964-74) auf 0,9 % (1974-77), die jährlichen Importraten fielen von 8,8 % (1965-74) auf 0,4 % (1974-77). Besonders düster sind die Prognosen für die »Middle Income Countries« im Subsahara-Gebiet, während die jährlichen Wachstumsraten des BSP pro Kopf in den 60er Jahren noch bei durchschnittlich 2,5 % lagen, fiel die Rate in den Jahren 1970-80 auf 1,4 % und wird — so die Weltbank-Studie — auf diesem Niveau bis in die 90er Jahre stagnieren (13). Trotz der rezessiven Tendenzen der Gegenwart geht der Weltbank-Report davon aus, daß in den meisten Entwicklungsländern das BSP pro Kopf in den Jahren 1980-90 wieder wachsen wird, allerdings werden diese Wachstumsraten unter dem Niveau der Jahre 1960-70 bleiben!

Auf dem Gebiet der öffentlichen Entwicklungshilfe muß der Weltbank-Report ebenfalls die Projektionen der ohnehin bis heute nicht realisierten UN-Beschlüsse von 0,7 % des BSP (1977 lag der Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe der sog. DAC-Mitglieder<sup>3</sup> bei 0,31 %) gegenüber dem vorjährigen Bericht weiter nach unten korrigieren. Bis zum Jahre 1985 werden demnach die sog. DAC-Länder nicht 0,39 % des BSP, sondern allenfalls 0,35 % bereitstellen (8). Die Entwicklungshilfe der OPEC-Staaten, deren Anteil bei gegenwärtig 2 % des BSP liegt, wird nur unter der Voraussetzung, daß die Preise für Erdöl weiterhin auch real steigen, konstant bleiben.

Am härtesten getroffen sind von dieser Entwicklung die sog. »Low Income Countries«, die bis 1985 ca. 47 % (1990: 51 %) der öffentlichen Entwicklungshilfe erhalten sollen (8). Vor diesem Hintergrund sind die düsteren Prognosen selbst unter den günstigen Prämissen alternativer Szenarios kaum noch überraschend: Bis zum Jahre 1990 wird das Pro-Kopf-Einkommen in den Entwicklungsländern weniger als 1/12 von dem der kapitalistischen Industrieländer betragen und damit unter dem Niveau von 1975 liegen (!), das Pro-Kopf-Einkommen der sog. »Low Income Countries« wird bis 1990 sogar weniger als 1/40 der kapitalistischen Industrieländer erreichen (18f.).

Hinsichtlich der Einkommensdisparitäten unter den Entwicklungsländern prognostiziert der Weltbank-Report anhand dreier Szenarios, daß bis zum Ende des Jahrhunderts auch die Kluft zwischen den »Low Income Countries« und den »Middle Income Countries« wachsen wird. Ferner heißt es: »Even with substantial external assistance and a favourable international environment, the 1980s will only be a decade in the long process of development that will lift only a few of today's developing nations into ranks of industrialized countries by the end of this century.« (18)

## II.

Neben den relativ ungünstigen Bedingungen des internationalen Umfeldes sehen sich die Entwicklungsländer besonders schwierigen *internen* Strukturproblemen konfrontiert. Als zentrale Herausforderungen nennt der Report das rapide Anwachsen der Zahl der Arbeitskräfte in den Entwicklungsländern sowie die damit verbundenen Probleme der extrem rapide wachsenden Konzentration der Bevölkerung in einigen wenigen städtischen Ballungsräumen (44ff.). Auch wenn das Ausmaß der genannten Strukturprobleme die Vorstellungskraft fast übersteigt, können die folgenden Daten des Weltbank-Reports immerhin eine, wenn auch nur vage Illustration der Problematik vermitteln.

Das Arbeitskräftereservoir der sog. marktwirtschaftlich orientierten Entwicklungsländer, das bei gegenwärtig etwa 700 Mill. liegt (Internationales Arbeitsamt 1976, S.18) und von denen wiederum fast die Hälfte heute bereits als arbeitslos bzw. unterbeschäftigt gelten, wird sich den Prognosen der Weltbank zufolge bis zum Jahre 2000 um mindestens 500 Mill. Menschen erhöhen (1). Der Druck dieser Arbeitssuchenden wird jedoch nicht nur in den ländlichen Gebieten, sondern vor allem in den städtischen Zentren spürbar zunehmen. Schätzungen der Weltbank zufolge wird sich im letzten Viertel unseres Jahrhunderts die Zahl der Einwohner in den städtischen Ballungszentren um ca. 1 Mrd. Menschen erhöhen, d.h. von gegenwärtig rd. 650 Mill. (1975) auf über 1600 Mill. im Jahre 2000 anwachsen (72). Dabei wird erwartet, daß bis zum Jahre 2000 ca. 40 Städte in den Entwicklungsländern über eine Einwohnerzahl von über 5 Mill. verfügen, knapp die Hälfte davon wird sogar mit einer Einwohnerzahl von ca. 10 Mill. (!) Menschen konfrontiert werden (72).

Diese rasante Urbanisierung wird allerdings mit einem Elend beispiellosen Ausmaßes einhergehen. Selbst unter der Prämisse der Weltbank-Berechnungen, daß das jährliche Wachstum des BSP pro Kopf dasjenige der 1. Entwicklungsdekade (3,4 %) erreicht (in der 2. Entwicklungsdekade 1970-80 lag das durchschnittliche Wachstum des BSP pro Kopf erheblich niedriger [2,8 %]), werden bis zum Ende des Jahrhunderts 600 Mill. Menschen ihr Leben in absoluter Armut<sup>4</sup> fristen müssen! (18) Anders als in den heutigen Industrieländern, wo der Urbanisierungsprozeß sich vergleichsweise nur sehr allmählich vollzog und Ausdruck einer fortgeschrittenen Entwicklung war, spiegelt sich im Urbanisierungsprozeß der Entwicklungsländer die Unterentwicklung in Extremform wider: Überkommene Agrarstrukturen, industrielle Enklaven, rasches Bevölkerungswachstum und Landflucht bringen täglich weiter anschwellende Millionenstädte hervor, deren Einwohner zu großen Teilen in riesigen Slums und anderen Elendsquartieren dahinvegetieren müssen. Welches Ausmaß dieses Elend bereits heute in einigen Städten der Dritten Welt erreicht hat, verdeutlicht der Weltbank-Report anhand einzelner Beispiele: in Manila (Philippinen) lebten Anfang der 70er Jahre 1,5 Millionen Menschen in absoluter Armut (entspricht etwa der Einwohnerzahl von Westberlin), in Brasilien leben allein in Rio de Janeiro und in Sao Paulo über eine halbe Millionen Menschen unterhalb der Armutsgrenze<sup>5</sup>, in anderen Städten Brasiliens leben ca. weitere 1,7 Mill. Menschen in absoluter Armut (78).

## III.

Die skizzierten Probleme auf internationaler Ebene sowie das wachsende Elend in

den Entwicklungsländern selbst stellen nicht nur die betroffenen Länder, sondern die Menschheit insgesamt vor eine immense Aufgabe. Welche Maßnahmen bzw. welche Strategie sieht nun der Weltbank-Report vor?

Zunächst stichwortartig zusammengefaßt erstrecken sich die Empfehlungen auf folgende Bereiche:

- Stärkere Unterstützung des Agrarsektors (Ausbau von Bewässerungsanlagen, verbessertes Kreditwesen, Einsatz moderner »inputs«, Förderung der Kleinbauern etc.), da nicht nur für die sog. »Low Income Countries«, sondern auch für die »Middle Income Countries« die Landwirtschaft die wichtigste Beschäftigungsquelle darstellt;
- Aufbau einer exportorientierten Industriestruktur nach dem Prinzip der klassischen Außenhandelstheorien;
- stärkere Orientierung der öffentlichen Dienstleistungen (Transport und Verkehr, Wohnungsbau, Bildungs- und Gesundheitswesen) an den Bedürfnissen der armen Bevölkerungsschichten;
- Familienplanung als komplementäre Maßnahme zur Begrenzung der Zahl zukünftiger Arbeitskräfte (46ff.).

Da die Agrarstrategie der Weltbank u.a. Gegenstand des vorjährigen Weltentwicklungsberichtes war<sup>6</sup>, sei an dieser Stelle nur erwähnt, daß es sich im wesentlichen um die Strategie der »Grünen Revolution« mit einigen Modifikationen zugunsten besitzender Klein- und Mittelbauern handelt. — Das Hauptaugenmerk der vorliegenden Studie liegt jedoch auf der Industrialisierungsstrategie bzw. den sozioökonomischen Entwicklungsperspektiven in den städtischen Ballungszentren. Den optimalen Industrialisierungsweg sieht der Weltbank-Report nur dann gegeben, wenn sich die Entwicklungsländer in eine internationale Arbeitsteilung eingliedern, die sich im wesentlichen an den Prinzipien der klassischen Außenhandelstheorie orientiert:

»Countries that have used foreign trade opportunities to capitalize on natural advantages, such as their location and plentiful supplies of cheap labor, or on acquired advantages such as skills and technical capabilities have developed more quickly and avoided cyclical foreign exchange crises more successfully than similarly endowed countries that have excluded foreign competition and protected domestic production beyond the initial creation of an industrial base. (...) The extent to which countries have recognized and adhered to this principle has been a key factor in the success of their industrialization efforts.« (67)

Maßnahmen der Importsubstitution (d.h. Schutzzölle für den Aufbau der einheimischen Industrie) werden allenfalls für die erste Anlaufphase mit zeitlicher Befristung akzeptiert, das Hauptschwergewicht sollten die Entwicklungsländer auf Maßnahmen zur Förderung des Exports legen (67). Mit welchen Unsicherheiten diese Strategie für die Entwicklungsländer verbunden ist, läßt sich jedoch an anderer Stelle dem Weltbank-Report entnehmen: »The recent upsurge of protection (in den kapitalistischen Industrieländern, d.Verf.) has had substantial adverse effects on developing countries exports, particularly in clothing and textiles.« (21) Wohl wissend, daß die Prämissen der klassischen Außenhandelstheorie — absoluter Freihandel — kaum gegeben sind, appelliert die Weltbank auch an die Industrieländer, dieser protektionistischen Entwicklung Einhalt zu gebieten, ein doch wohl zu schwacher Trost für die Entwicklungsländer, die auf dieser unsicheren Basis ihre Produktionsstruktur entwickeln sollen!

Im einzelnen werden die Entwicklungsländer aufgefordert, ein allgemein günstiges Investitionsklima zu schaffen sowie »bewährte« Instrumente wie sog. Freie Produktionszonen, Steuervergünstigungen etc. anzuwenden: »Experience demonstrates that a suc-

cessful export drive depends crucially on easy access to duty-free imported inputs, through for example, special export-processing zones or efficient systems of bonded warehouses and tax rabates ...» (68).

Als nachahmenswerte Modelle werden in diesem Zusammenhang die Entwicklungsstrategien der Republik Korea, Taiwan, Singapur und Israel genannt. Eine entsprechende Transformation in Richtung jener »outward-looking-Strategie« könne zwar oftmals eine rezessive Entwicklung noch verstärken (Abwertung der Währung, Produktionsverluste, Arbeitslosigkeit etc.) und mache dann zusätzlichen externen Kapitalfluß notwendig, sei aber (offenbar) durch eine erfolversprechende Zukunft zu legitimieren (70).

Das »zweite Bein« dieser Konzeption bildet das private Unternehmertum, die Aktivitäten des Staates sollen sich auf flankierende Maßnahmen beschränken, auf keinen Fall aber über längere Zeit den produktiven Sektor kontrollieren. Die weitere Stoßrichtung der von der Weltbank favorisierten Strategie läßt sich folgenden Ausführungen des Weltbank-Reports entnehmen: »Their history (gemeint sind staatliche Unternehmen, d.Verf.) of poor profitability stems partly from their pursuit of other social subjectives such as employment (!) and the development of backward regions (!) ...«. »The prevailing environment provides little incentives to workers and managers to improve their performance.« (64)

Nicht nur staatliche Unternehmen, ebenso staatliche Preiskontrollen, industrielle Lizenzsysteme wie auch staatlich garantierte Minimallohne beispielsweise, beeinträchtigen laut Weltbank-Report den »fruchtbaren« Wettbewerb, die optimale Ressourcenallokation und beschränken vor allem die für Reinvestitionen erforderlichen Profite (70f.). Auch betont die Studie die Kosten jener Maßnahmen, die z.T. beträchtlich seien und durch erhöhte Staatsausgaben, m.a.W. von der Gesellschaft insgesamt wieder aufzufangen seien (70f.).

Last not least bemerkt die Studie, daß die von der Weltbank favorisierte Strategie auch von höchstem Interesse für die kapitalistischen Industrieländer sei: »Industrialized economies have much to gain from expanding trade with developing nations. This trade makes it possible to release workers from low-skill jobs in declining industries and to create a large number of highly skilled and satisfying occupations.« (23)

Spätestens an dieser Stelle wird offenkundig, daß die Weltbank sich keineswegs primär als Interessenvertreter der Entwicklungsländer begreift, sondern als Garant kapitalistischer Produktionsverhältnisse im allgemeinen, sowie als Sachwalter der Interessen der in den Entwicklungsländern operierenden Multinationalen Konzerne (vor allem der Hinweis auf die Notwendigkeit der Errichtung Freier Produktionszonen in Verbindung mit den genannten Modell-Ländern läßt daran keinen Zweifel).<sup>7</sup> Daß die Experten der Weltbank hier auch vor groben Manipulationen nicht zurückschrecken, zeigt sich an der Hervorhebung der Kosten in Zusammenhang mit staatlichen Unternehmen, Preiskontrollen etc., wohingegen man »vergißt«, welche direkten und indirekten Kosten aus der propagierten Strategie der Marktwirtschaft bzw. des Freihandels (Steuerbefreiung, Profittransfer, infrastrukturelle Vorleistungen, Arbeitslosigkeit etc.) resultieren und wem sie aufgebürdet werden.

Die dargelegte Strategie zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Armut erschöpft sich jedoch nicht allein in den aufgeführten Empfehlungen, darüberhinaus fordert die Weltbank detaillierte Reformmaßnahmen auf dem Gebiet der öffentlichen Dienstlei-

stungen. Neben dem sich ständig wiederholenden Appell, umfangreiche Maßnahmen zur Familienplanung vorzunehmen, fordert der Weltbank-Report, speziell bezugnehmend auf die städtischen Ballungszentren, eine stärkere Orientierung der öffentlichen Dienstleistungen auf die Bedürfnisse der Armen: Die bisherige Förderung des Individualverkehrs soll stärker zugunsten billiger Massentransportmöglichkeiten verändert werden, der Bau billiger und einfacher Wohnunterkünfte soll ebenso forciert werden, wie etwa die Errichtung kleiner Gesundheitszentren. Schließlich sollte auch eine allgemeine Grundausbildung für jedermann gewährleistet sein (79ff.).

So begrüßenswert die empfohlenen Reformmaßnahmen zugunsten der Armen sein mögen, so bleibt doch der Angelpunkt, die weltmarktabhängige Reproduktion, unangetastet. Im lapidaren Jargon des Weltbank-Reports klingt dies folgendermaßen: »... the prospect for further industrialization are intimately linked to developments in the international trading area.« (109) Da die Bekämpfung der Massenarmut, vor allem der Arbeitslosigkeit/Unterbeschäftigung in den Ballungszentren an die weltmarktabhängige Reproduktion gekoppelt ist und niedrige Löhne bzw. Massenarbeitslosigkeit (industrielle Reservearmee!) sogar als Prämisse gelten, kann, selbst unter der Voraussetzung, die genannten Reformmaßnahmen würden in die Praxis umgesetzt, mit einer gewichtigen Linderung der Armut kaum gerechnet werden. Die von der Weltbank empfohlene Industrialisierungsstrategie dürfte eher noch das bisher zu beobachtende Verelendungswachstum perpetuieren.

Die Ausführungen des Weltbank-Reports hinsichtlich des sozialpolitischen Maßnahmenbündels legen denn auch den Schluß nahe, daß es weniger um die Interessen der Betroffenen, sondern primär um Versuche einer »Counter-Insurgency-Strategie« geht: »Explicit policies to balance regionale and urban development may therefore be necessary in the interest of interregional equity, political cohesion (!) and national security (!). (...) A policy to reduce poverty must therefore come to grips with the poverty problem in urban areas, where it is particularly visible (!) and political troublesome (!) due to its high concentration.« (78f.) —

#### IV.

In seinem letzten Teil befaßt sich der Weltbank-Report mit den Entwicklungsperspektiven ausgewählter »Middle Income Countries«. Diese Kategorie wird nochmals unterteilt in:

— sog. semi-industrialisierte Länder<sup>9</sup>

— rohstoffproduzierende Länder (mineralische und agrarische Rohstoffe).

Das Hauptanliegen dieses Abschnittes besteht in der Auswertung der Erfolge in diesen Ländergruppen sowie der Erörterung weiterer Maßnahmen zur Beseitigung der verbreiteten Armut in diesen Ländern. Die Gruppe der sog. semi-industrialisierten Länder zeichnet sich laut Weltbank-Report durch eine vergleichsweise hohe jährliche Wachstumsrate des BSP aus. Mit einer jährlichen Durchschnittsrate von 6,4 % (1960-76) überrafen diese Länder nicht nur bei weitem alle übrigen Entwicklungsländer, sondern lagen auch über dem Wachstumstempo der westlichen Industrieländer (88). Innerhalb dieser Gruppe entfielen die höchsten Wachstumsraten allerdings nur auf einige wenige fernöstliche Länder (Hongkong, Singapur, Rep. Korea, Taiwan).

Trotz der vergleichsweise hohen Wachstumsraten haben zahlreiche Länder dieser Gruppe ein erschreckendes Ausmaß an Verarmung zu verzeichnen. Wie dem

Weltbank-Report zu entnehmen ist, leben in Brasilien, Kolumbien, Ägypten, Mexiko, den Philippinen und der Türkei teilweise bis zu 30 % der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze (90). Die im Weltbank-Report aufgeführten Empfehlungen an diese sog. semi-industrialisierten Länder unterscheiden sich kaum von den oben angeführten Positionen und sind daher nicht zu wiederholen. Interessant sind jedoch die nachahmenswerten Ländermodelle, die der Weltbank-Report hervorhebt.

Abgesehen von den fernöstlichen Staaten, sieht die Weltbank den Erfolg ihrer Strategie v.a. in Brasilien nach dem faschistischen Putsch von 1964 bestätigt. Die unter der Militärjunta eingeschlagene Wirtschaftspolitik, insbesondere die Exportorientierung habe der industriellen sowie der landwirtschaftlichen Produktion zu einem starken Aufschwung verholfen, parallel dazu sei die Zahl der Arbeitsplätze erhöht sowie insgesamt das Ausmaß der Armut gemildert worden. Zusammengefaßt heißt es u.a.: »On balance the policies associated with export promotion proved more successful than those of import substitution (gemeint ist die Wirtschaftspolitik vor dem Putsch, d. Verf.) in stimulating growth and securing significant increases in the incomes of the poor.« (92) Das ist jedoch nur die halbe Wahrheit: wenn es auch zutrifft, daß die brasilianische Wirtschaft nach dem Militärputsch Wachstumsraten mit durchschnittlich 10 % (1967-74) registrieren konnte, so sind die als »signifikant« bezeichneten Verbesserungen der Lage der Armen nicht erkennbar. Experten verschiedenster Herkunft kommen hier übereinstimmend zu anderen Ergebnissen.

Nach Angaben von *Bohnet/Betz* (1976, 102) hat sich die Einkommenskonzentration in Brasilien zwischen 1960 und 1970 erheblich verschlechtert, nur die obersten 10 % der Einkommensbezieher konnten ihren Einkommensanteil verbessern. *Hoffmann/Duarte*<sup>10</sup> zufolge konnten die unteren 50 % der Einkommensbezieher ihr Einkommen in den Jahren 1960-70 um sage und schreibe 4 US\$ erhöhen, für die obersten 1 % erhöhte sich das Einkommen von 3.242 \$ auf 6.644 US\$! *F.H. Cardoso* führt an, daß der Mindestlohn von 1964-71 sogar kontinuierlich gesunken ist! (*Cardoso* 1973, 80) Darüberhinaus hat gerade Brasilien die Konsequenzen einer weltmarktabhängigen Reproduktion auch auf andere Weise besonders stark zu spüren bekommen, die vormals hohen Wachstumsraten fielen mit der allgemeinen Wirtschaftskrise 1974/75 prompt auf 4 % ab, eine Rückkehr zu den vergangenen Wachstumsraten sei jedoch, wie die Weltbank in einer anderen, *nicht* veröffentlichten Studie aufführt, nicht mehr zu erwarten.

Ist der Modell-Charakter schon anhand dieser Daten (von der extremen Verschuldung und Kontrolle der einheimischen Wirtschaft durch ausländische Konzerne gar nicht zu sprechen) zweifelhaft, so muß ferner herausgestellt werden, daß dieses »Entwicklungsmodell« mit äußerster Brutalität erkaufte wurde, wobei der Einsatz von Repression und Folter an der Tagesordnung war (vgl. *Wöhlke/Nuscheler* 1976, 81). — Zu den viel zitierten Modellländern zählen auch — wie erwähnt — die fernöstlichen Länder, Hongkong, Singapur, Rep. Korea und Taiwan. Ohne in diesem Rahmen auf die Strukturen der erwähnten Staaten ähnlich ausführlich eingehen zu können, sei jedoch auf einzelne Probleme hingewiesen, die ebenfalls den Modellcharakter dieser Länder in Frage stellen.

Die genannten Länder zählen zu den traditionellen Niedriglohnländern und sind bekanntermaßen Wirtschaftsoasen für Multinationale Konzerne. Jede Forderung nach Erhöhung der extrem niedrigen Löhne bzw. Verbesserung der Arbeitsbedingungen muß systemnotwendigerweise mit allen Mitteln unterbunden werden, da andernfalls

mit Verlagerung/Schließung der entsprechenden Unternehmen gerechnet werden muß. Die Grenzen einer solchen exportorientierten Strategie lassen sich anhand der Ausführungen von *D. Kühne* zu Singapur beispielhaft demonstrieren: »Singapur als hochkomprimiertem und extrem austauschabhängigem Ballungs- und Wirtschaftsraum hat ein sehr natürliches Interesse daran, sein Image als Niedriglohn-Land zu wahren, somit für Fremdinvestitionen attraktiv zu bleiben, ... In diesem Punkte hat es keine Wahl.« (Kühne 1978, 598)

Die beiden vielfach zitierten Paradebeispiele Süd-Korea und Taiwan müssen darüberhinaus von einem anderen Blickwinkel als fragwürdig erscheinen. Die besondere strategische Position beider Länder, die sich aus der politischen Teilung ergab, veranlaßten v.a. die USA zu massiven Finanzspritzen über Jahrzehnte hinweg, ein zweischneidiges Privileg, dessen sich die Mehrzahl der übrigen Entwicklungsländer nicht erfreuen können.

Nicht zuletzt bleibt auch die Weltbank die entscheidende Antwort schuldig, ob nicht die gegebenen Exporterfolge nur *weniger* Länder gerade die Voraussetzung für den »Erfolg« der weltmarktabhängigen Industrialisierung jener Länder darstellt. Eine Verallgemeinerung dieser Strategie, die mit einer Exportkonkurrenz erheblichen Ausmaßes unter den Entwicklungsländern zu rechnen hätte, ganz zu schweigen von den Nachfrageelastizitäten nach entsprechenden Produkten in den Industrieländern, muß schon aus diesem Grunde annähernd vergleichbare Resultate als unrealistisch erscheinen lassen (vgl. Wohlmuth 1977, 119).

Im letzten Kapitel des dritten Abschnitts widmet sich der Weltbank-Report den rohstoffproduzierenden Ländern unter den »Middle Income Countries«. Diese Länder-Gruppe wird nochmals unterteilt in sog. »mineral economies« und sog. »predominantly agriculture nations«. Für die sog. »mineral economies« ergeben sich die Probleme — wie der Weltbank-Report zutreffend bemerkt — insbesondere aus der Tatsache, daß die rohstoffproduzierenden Unternehmen weitgehend unter ausländischer Kontrolle standen bzw. noch stehen, daß sie extrem kapitalintensiver Natur sind und in der Regel praktisch keine Beziehungen zur übrigen Ökonomie des Landes aufweisen (99). Vor diesem Hintergrund, aber auch aufgrund der Tatsache, daß die vorhandenen Rohstoffquellen innerhalb kürzerer oder längerer Zeit erschöpft sein werden, empfiehlt die Weltbank-Studie diesen Entwicklungsländern, ihre Produktionspalette zu diversifizieren und insbesondere wiederum in Anlehnung an die komparative Kostentheorie, arbeitsintensive, exportfähige Fertigwaren zu erstellen (103). Eine kapitalintensive Industrialisierung, die auf die Verarbeitung einheimischer, mineralischer Rohstoffe aufbaut, sei allenfalls für einige kleine Länder mit reichen Erdölressourcen (z.B. Kuwait, Lybien, Saudiarabien) möglich (102). Darüberhinaus wird diese Ländergruppe aufgefordert, ihre Einkünfte aus dem Rohstoffexport vermehrt dem bislang vernachlässigten Agrarsektor zukommen zu lassen sowie die öffentlichen Dienstleistungen im Interesse der Armen auszubauen (103).

Trotz der selbst beklagten Probleme, die aus der Fremdherrschaft und der Enklavesituation der rohstoffabbauenden Konzerne resultieren und entgegen zahlreichen UN-Beschlüssen, die die volle Souveränität der Entwicklungsländer über den Abbau ihrer Rohstoffe fordern (Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten, Art. 1), wird eine Veränderung des status quo mit dem Vorwand des mangelnden »know-how« der Entwicklungsländer im Prinzip abgelehnt: »... Few mineral economies cur-



rently possesses the managerial technical and marketing skills to substitute fully and efficiently for the transnational corporations that have historically dominated the industry.« (104) Diese Argumentationsweise ist so alt wie der Kolonialismus selbst, sie ist schlicht tautologisch. Die jüngsten Entwicklungen im Iran beispielsweise zeigen, daß dieser »ewige« Kreislauf durchbrochen werden kann und muß.

Wie nicht anders zu erwarten, sieht der Weltbank-Report auch für die Gruppe der »predominantly Agriculture Nations« eine erfolgversprechende Perspektive primär in der Exportorientierung gegeben (107). Auffallend ist, daß der Weltbank-Report gerade bezüglich der rohstoffproduzierenden Länder die zentralen Forderungen der Entwicklungsländer nach dem »Integrierten Rohstoffprogramm« mit keinem Wort erwähnt, ein Aspekt, der sicherlich, ohne sich in weiten Spekulationen ergehen zu wollen, eher als ablehnende Haltung interpretiert werden kann. —

Wenn auch von der Weltbank mit ihren beiden Tochterorganisationen IDA<sup>11</sup> und IFC<sup>12</sup> sicherlich eine Lösung der komplexen Probleme der Unterentwicklung nicht erwartet werden kann, so lassen die Ausführungen des »World Development Reports 1979« selbst bescheidene Ansätze bzw. Hebel zur Bewältigung der Lage vermissen. Die angebotenen Rezepte, die dem Arsenal der klassischen Außenhandelstheorien entstammen, haben sich vielmehr bereits in der Vergangenheit als untauglich erwiesen. Vor diesem Hintergrund vergegenwärtige man sich, daß die Projektförderung der Weltbank innerhalb des dargelegten Rahmens vorgenommen wird, wobei die Projektmittel keineswegs noble Geschenke darstellen, sondern knappe einheimische Ressourcen, z.T. über Jahrzehnte binden (die Weltbankkredite decken i.d.R. nur einen Teil der Projektkosten) und spätestens nach Ende der Laufzeit der Kredite in vollem Umfang plus Zinsen in harten Devisen von den Entwicklungsländern zurückgezahlt werden müssen.

### Anmerkungen

- 1 Unter den Begriff »Low Income Countries« subsumiert der Weltbank-Report Entwicklungsländer mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 300 US\$ und weniger.
- 2 Unter diesen Begriff fallen Entwicklungsländer mit einem Pro-Kopf-Einkommen über 300 US\$.
- 3 Im sog. DAC (Development Assistance Committee), dem für Entwicklungsfragen zuständigen Ausschuß der OECD, sind die 17 wichtigsten westlichen Industrieländer vertreten. Ca. 95 % der öffentlichen Entwicklungshilfe werden von ihren Mitgliedern aufgebracht.
- 4 Unter dem Begriff »absolute Armut« fallen bei den Berechnungen der Weltbank i.d.R. jene Bevölkerungsteile, die über ein Pro-Kopf-Einkommen von 50 US\$ und weniger verfügen, vgl. Weltbank (Hrsg.), 1975, S.4.
- 5 Die Armutsgrenze definiert der vorliegende Weltbank-Report als Minimaleinkommen zur Deckung der Grundbedürfnisse nach Nahrung, Kleidung und Unterkunft (90).
- 6 Vgl. Das Argument 114, 1979, S.206-214.
- 7 Vgl. hierzu etwa die materialreiche Studie von Fröbel et al.: Neue internationale Arbeitsteilung, Hamburg 1977, S.479ff.
- 8 hier im Sinne von »Wachstum ohne Entwicklung«.
- 9 Zu den sog. semi-industrialisierten Ländern zählt der Weltbank-Report Entwicklungsländer, in denen die Fertigwarenproduktion mindestens 20 % des BIP bzw. der Exportproduktion erreichen. Für ihre Untersuchungen wählte die Weltbank folgende 16 Länder aus: Brasilien, Kolumbien, Ägypten, Mexiko, die Philippinen, die Türkei, Rep. Korea, Taiwan, Hongkong, Singapur, Griechenland, Portugal, Spanien, Jugoslawien, Argentinien und Israel.
- 10 zit. nach Bohnert, M. und Betz, R. (1976), S.104.

- 11 Die IDA (International Development Association) wurde 1960 mit dem Ziel gegründet, für dieselben Zwecke Hilfe zu gewähren, wie die Weltbank, jedoch zu sehr viel günstigeren Bedingungen: Die Kredite sind zinsfrei, die Laufzeit beträgt ca. 50 Jahre, es wird lediglich eine geringe Bearbeitungsgebühr erhoben. Für die Weltbank liegt der Zinssatz z.Zt. bei 8-9 %. Vgl. Weltbank (Hrsg.): Jahresbericht 1977.
- 12 Die IFC (International Finance Corporation) vergibt ihre Mittel zu marktüblichen Bedingungen, ihre Hauptaufgabe besteht in der direkten Förderung des privaten Unternehmertums, insbesondere der Zusammenführung einheimischer und ausländischer Privatunternehmer (joint ventures). Vgl. Weltbank (Hrsg.): April 1975.

### Literaturverzeichnis

- Bohner, M. und R. Betz, 1976: Einkommensverteilung in Entwicklungsländern. IFO-Institut für Wirtschaftsforschung, München
- Cardoso, F.H., 1973: Das »Brasilianische Entwicklungsmodell«: Daten und Perspektiven, in: Prokla, No. 6
- Fröbel, F. u.a., 1977: Neue Internationale Arbeitsteilung, Reinbek
- Internationales Arbeitsamt, 1976: Beschäftigung, Wachstum, Grundbedürfnisse, Genf
- Kühne, D., 1978: Singapur, in: Nohlen, D. und F. Nuscheler (Hrsg.): Handbuch der Dritten Welt, Hamburg
- Weltbank (Hrsg.), 1979: World Development Report 1979, Washington D.C.
- dies.: Jahresberichte, Washington D.C., div. Jahrgänge
- dies., 1975, Weltbankgruppe — Zielsetzung und Arbeitsweise, Washington D.C., April
- dies., 1975, Rural Development Sector Policy Paper, Washington D.C.
- dies.: Recommendation Report on the Integrated Rural Development Project in the State of Minas Gerais (Brazil), (unveröffentlichte Studie der Weltbank)
- Wöhlcke, M. und F. Nuscheler, 1976: Brasilien, in: Nohlen, D. und F. Nuscheler, 1977: Handbuch der Dritten Welt, Hamburg
- Wohlmuth, K., 1977: Ungleiche Arbeitsteilung und abhängige Reproduktion, in: Schmidt, A. (Hrsg.): Strategien gegen Unterentwicklung, Hamburg

---

DAS ARGUMENT	Dritte Welt und Erste Welt 114: Eurozentrismus. Theologie der Befreiung. China. Produktionsweisen. 116: USA und internationale Ökonomie. Unterentwicklung und Staat. je 9,80; 8,50 f. Stud. (Abo: 8,50/7,-).
-----------------	---

---

DAS ARGUMENT	Probleme der Entwicklungsländer 59: Einheimischer Kolonialismus. Theorien der Revolution in der 3. Welt. 9,80; 8,50 f. Stud. 79: Religion und Kolonialismus. Theorien zur Unterentwicklung. 12,50; 10,- f. Stud.
-----------------	--

## Thesen über die Weltmacht USA

### Kritik an Paul Joseph\*

Die Bedeutung, die Untersuchungen zu den Expansionsmechanismen der USA haben, ist für die marxistische Debatte und Theoriebildung unbestritten. Augenfällig ist jedoch, daß in Westdeutschland kontinuierliche Diskussionen in einer breiten Öffentlichkeit kaum stattfinden, sieht man von der Behandlung von Randproblemen wie der »Indianerfrage« und alternativ-elitären Lebensformen ab. Vor diesem Hintergrund ist der Aufsatz von Paul Joseph trotz seiner Unzulänglichkeiten wichtig. Im folgenden soll versucht werden, die Herausforderung aufzugreifen, die der Autor am Ende seines Aufsatzes formuliert: »Die gegenwärtige Situation ist ungewiß und neue theoretische Konzepte sind dringend erforderlich« (509).<sup>1</sup>

Die Hauptthese des Artikels lautet, »daß die internationale Stellung der USA heute wesentlich schwächer ist als zu irgendeinem Zeitpunkt der Nachkriegszeit« (501). Dennoch ist eine gesellschaftliche Umgestaltung nicht abzusehen, weder im Hinblick auf Reformen noch auf innerparteiliche Erneuerungen (siehe 505 unten). Das Stillhalten der amerikanischen Arbeiterklasse angesichts dieser Entwicklungen wird vielfach über die Leninsche Arbeiteraristokratietheorie zu erklären versucht, gegen die Joseph sich wendet. Hierzu führt er empirische Untersuchungen an (506 und Anhang), aus denen ersichtlich werden soll, daß die Unzufriedenheit der Arbeiterklasse mit dem herrschenden System evident ist. In welche Richtung die gesellschaftliche Entwicklung in den USA treiben wird, i.e. Zunahme an Klassenkämpfen, belegt der Autor an der reformfeindlichen Haltung der »Kapitalistenklasse«, wozu er vorrangig deren Einstellung zur Diskussion um eine neue Weltwirtschaftsordnung zitiert (508 und besonders 507: »Es ist Konservatismus aus Schwäche und nicht etwa aus Stärke«). Andererseits wächst das Mißtrauen der »Bürger der Vereinigten Staaten den offiziellen Mythen des Systems« (508) gegenüber. Es liegt für Joseph die Schlußfolgerung nahe, daß im Zeichen eines geschwächten Imperialismus im Innern und nach außen die objektiven Bedingungen für gesellschaftliche Transformation günstig seien.

Diese Position erscheint fragwürdig. Unsere Kritik bezieht sich auf folgende Aspekte:

#### 1. Die ökonomische Grundstruktur des US-Imperialismus

Die USA bieten den im Rahmen der kapitalistischen Entwicklung sicherlich augenfälligsten Beleg für die klassische Marx'sche und Lenin'sche These des Zusammenhanges von Monopolisierung und Imperialisierung: der regionale (Kanada, Mexiko, Karibik) und interne Kolonialismus (die Gebiete westlich der Appalachen) schufen die Voraussetzungen für eine rasche Monopolisierung, worauf schon R. Luxemburg<sup>2</sup> hingewiesen hat und die in jüngster Zeit von Kiernan<sup>3</sup> eindrucksvoll dokumentiert wurde. Die interne Monopolstellung des US Kapitals bildete die Basis für die ungezügelte Expansion in Gestalt multinationaler Konzerne (MNK)<sup>4</sup>: Die Kopplung von nationaler Monopoli-

\* Seitenzahlen in Klammern beziehen sich immer auf Paul Joseph: Reform und Konterrevolution: Die Vereinigten Staaten und die internationale Ökonomie, in: Das Argument 116, 500-512.

sierung und multinationaler Konzernexpansion ist die ökonomische Klammer des US-Imperialismus.

Wenn Joseph nun anhand von Produktivitätsziffern zu belegen versucht, daß der technologische Abstand zwischen den USA und den übrigen Metropolen abgenommen habe, daß sich also die Weltmarktstellung der USA verschlechtert habe und daß die USA einem immer stärker werdenden Konkurrenzdruck durch die anderen Metropolen ausgesetzt seien (507), kurz: daß der US-Imperialismus in der Abschwungphase sei, dann ist hiergegen einzuwenden, daß

- im Rahmen eines Monopols Produktivitätssteigerungen nicht zwingend notwendig sind;
- es gerade US-MNKs in den »Gastländern« sind, die zu den technologie- und innovationsträchtigen Unternehmen zählen. Die USA sind heute die einzige Metropole, die mehr als das 5-fache an Technologieexport im Vergleich zu Technologieimporten vornimmt, wohingegen Japan mehr als das Doppelte importiert und Lizenzgebühren, Patente u.ä.m. mehr als 2/3 der japanischen Zahlungen an die USA ausmachen. Die als Schwäche interpretierte Produktivitätslücke der USA entpuppt sich viel eher als Maßnahme zur Adaption und Anwendung us-amerikanischer Technologie. Das vielzitierte »Modell: 1984 A«, das Frank und Amin entwickelt haben<sup>5</sup>, scheint für die Beziehungen der USA zu den übrigen Metropolen schon eingetroffen zu sein: Die Hinwendung zur Produktion von Technologie in den Zentren, die Produktion der Produktion in der Peripherie oder in den Metropolen zweiter Ordnung;
- letztendlich der US-Binnenmarkt immer noch den größten kapitalistischen Markt bildet, so daß US Exporte im Gegensatz zu Japan und der BRD weniger als 10 % der Gesamtproduktion umfassen. Da aber die Produktionswerte von US-Konzernen, die im Ausland tätig sind, diese Exporte um das 3 bis 4-fache übertreffen, eine Relation, die von keiner anderen Metropole auch nur näherungsweise erreicht würde, kann von einer wachsenden internationalisierten Produktionsausweitung gesprochen werden, zu der unweigerlich Produktivitätsschübe in den Gastmetropolen zählen. Die im Rahmen des intra-metropolitanen Weltmarktsegmentes ablaufenden ökonomischen Prozesse deuten eher auf eine Ausdehnung des US-Monopols hin als auf eine wachsende intra-imperialistische Konkurrenz.

Joseph kann diese Zusammenhänge theoretisch nicht fassen, weil er methodisch in Kategorien von »Staaten« und »Nationen« denkt, sich jedoch nicht die Konzeption Marx' zueigen macht, d. h. seine Untersuchungen auf die Basis von *Produktionsweisen* zu stellen.<sup>6</sup>

## 2. Internationalisierung der Produktionsverhältnisse

Die Widersprüche, welche der internationalisierten US-Produktion unterliegen, bestehen darin, daß die Kapitalrückflüsse, welche vordem nur durch Exporte erzielt wurden, eingeschränkt werden in dem Maße, in dem die US-Konzerne Direktinvestitionen zunächst im Rahmen einer Exportsubstitutionsstrategie vornahmen: mittelfristig kann das chronische Defizit (Kapitalexporte; Exporteinnahmen) in Erwartung von Amortisationstransfers aus den Direktinvestitionen ausgeglichen werden. Hinzukommt, daß Ersatzinvestitionen weitestgehend noch von den Töchtern der Muttergesellschaften in den USA getätigt werden können, so daß ein neuer Exportstrang geknüpft wird. Wenn nun

die implantierten Fertigungsstätten aufgrund ihrer dominanten Stellung in der »Gast-ökonomie« dazu übergehen, vor Ort zu monopolisieren, d.h. in vor- und nachgelagerte Branchen, horizontal und/oder vertikal einzudringen, erfolgt das i.d.R. unter Zuhilfenahme von Reinvestitionen, die wie die Erhebungen des Department of Commerce zeigen, ca. 50 % der Neuinvestition ausmachen, welche dann zum Ausgleich der Zahlungsbilanz fehlen und weiter konkretisiert: die dem binnenwirtschaftlichen Kreislauf auf Dauer entzogen bleiben und die die strukturelle Arbeitslosigkeit mit verursachen. Bei einem Investitionsstock von ca. \$ 180 Mrd. und einer durchschnittlichen Verzinsung auf das eingeschlossene Kapital von 15 % beläuft sich das strukturelle Defizit auf jährlich näherungsweise \$ 12 Mrd. Zieht man den nur indirekt meßbaren Effekt wie Verhinderung von Exporten, Abzug von Nachfrage, Reduzierung von Steuereinnahmen hinzu, wird in etwa deutlich, welches Ausmaß die Rückwirkung der Internationalisierung auf die US-Ökonomie hat.

Seit dem 2. Weltkrieg ist auf globaler Ebene ein Umschichtungsprozeß initiiert worden, bei dem die USA ihre nationalen Monopole internationalisieren konnten, was zur Folge hat, daß der bislang von der Konkurrenz nationaler Monopole geprägte Weltmarkt überlagert wurde von dem Spinnennetz multinationaler Konzerne, die zwar in der überwiegenden Zahl us-amerikanischen Ursprungs sind, die aber i.d.R. die von ihnen unterlaufenen nationalstaatlichen Barrieren zu einer schrankenlosen Akkumulation auf Basis der Ausschöpfung relativer und absoluter Wertbildungs- und Verwertungsbedingungen ausnutzen.<sup>7</sup> Der ökonomische Verlierer dieser Entwicklung ist die US-Ökonomie — hier ist die *strukturelle* Krise einzuordnen, deren Ursprung zurückdatiert werden muß auf die unmittelbare Nachkriegsphase, als die USA im Bestreben, die nationale Vollbeschäftigung und Produktionsauslastung zu konservieren, nicht mittels forcierter Exporte, sondern mittels Ausdehnung der Produktion selbst agierte.

### 3. Die politische Neuorientierung des US Imperialismus

Die politische Verständigung mit der SU und China, die Dollarabwertungen und die Anerkennung der Eigenständigkeit regionaler Machtzentren, wie EG und Japan und einiger peripherer Subzentren, kennzeichnen das Bemühen der USA, ihr Empire aufrechtzuerhalten, die Kosten hierfür allerdings stärker als bislang zu verteilen. Die Durchsetzung der neuen Form intra-imperialistischer Arbeitsteilung auf dem Sektor der Systemstabilisierung war nur möglich, weil die USA ihr Monopol an strategischen Waffensystemen besaßen, wozu neben dem Nukleararsenal auch die Seefloten und das weitverzweigte Netz an Stützpunkten zählen. Dies war, wie ausgeführt, nur möglich aufgrund der weltwirtschaftlichen Hegemonie und der in ihr eingewobenen Diskriminierungsmechanismen. Die Aufrechterhaltung des US-Imperiums in der alten Form war nun nicht mehr möglich, weil die ökonomischen Prozesse sich von den politischen Grundlagen gelöst hatten und damit das finanzielle Gleichgewicht aufgehoben hatten.

Die 70er Jahre sind also gekennzeichnet durch die Strategie der Anpassung. Deren Umsetzung impliziert in Bezug auf das intermetropolitane Verhältnis kein Machtvakuum, denkt man an die Schlüsselstellung, die US Konzerne in Europa innehaben und auch an kapitalimmanente Restriktionen, welche verhindern, daß der Verfall des Dollar grenzenlos ausgenutzt werden kann. Wohl brechen die Widersprüche verstärkt am Rande des imperialistischen Systems, an der Systemgrenze, auf. Die beiden Grenzlinien einmal gegenüber den sozialistischen Transformationsgesellschaften und zum

zweiten gegenüber den Ländern der Dritten Welt rücken immer mehr in das Zentrum politischen Konfliktmanagements.

Augenscheinlich ist die Sowjetunion um friedliche Koexistenz bemüht, was trotz des Wettrüstens zu ersten ökonomischen Verbindungen geführt hat und zur Anerkennung der gegenseitigen Einflußzonen in Europa, wie die KSZE-Akten verdeutlichen. Die SU und China sind auf unterschiedliche Weise von einem essential ihrer ideologischen Verpflichtung abgerückt, i.e. ihre Gesellschaften zum Ausgangspunkt für eine globale sozialistische Transformation zu machen. Die Gründe, welche zu dieser tiefgreifenden Abkehr geführt haben, bilden einen wichtigen Untersuchungsgegenstand, auf den hier nicht eingegangen werden kann.

Der andere Teil der Systemgrenze, die Dritte Welt, inkorporiert ein ungebrochenes Krisenpotential: waren historisch antikoloniale Bewegungen bis zum endgültigen Zusammenbruch der Kolonialreiche prägend gewesen und unter besonderen Bedingungen noch bis heute wirksam (in den Siedlerkolonien des südlichen Afrika), so haben sich die Widersprüche zwischen den Metropolen und ihrer Peripherie zunehmend auf intrakapitalistische Auseinandersetzungen verlagert. Die angelagerten Teilindustrien in der Peripherie sind i.d.R. mit dem Weltmarkt verkoppelt (im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung) oder übernehmen die Aufgaben einer regionalen Marktversorgung (die sogen. Subzentren), so daß eine autonome Entfaltung der Produktivkräfte nicht stattfindet, mit dem Resultat, daß lokale Eliten kompradorischen Charakter haben und als Lieutenants der metropolitanen Herren die Stabilisierung der implantierten Produktionsverhältnisse gegenüber den marginalisierten Massen wahrnehmen. Hier ist der Ansatzpunkt für die US-Strategie: diese Eliten werden bedingungslos unterstützt, solange sie die Systemsicherungsfunktion ausüben können. Ein erster Schritt, von der Kompradorisierung wegzuleiten, besteht in der Stärkung des peripheren Staates, der jetzt die Aufgabe übernimmt, die Produktionsverhältnisse zu kontrollieren und zu lenken. Läßt man die Rhetorik beiseite, dann weist die Nationalisierung noch keineswegs in Richtung auf eine sozialistische Transformation.<sup>8</sup> Was sich hinter der Debatte um die neue Weltwirtschaftsordnung verbirgt, ist die Grundlagendiskussion um die Verteilung von Akkumulationsfeldern zwischen metropolitanen Bourgeoisien und ihren peripheren counterparts, seien es Kompradoren oder Staatsbürokratien. Auch hier sind gegen Josephs Vorgehensweise erhebliche Bedenken anzumelden, da er von den Beziehungen zwischen *Staaten* ausgeht.

#### 4. Krise und Innovationspotential des imperialistischen Systems

Wenn Joseph die aktuelle Krise des imperialistischen Systems auch daran ausmacht, daß das Weltwährungssystem mit dem Dollar als Weltleitwährung zusammengebrochen ist, so verkennt er gerade hierin die Innovationsfähigkeit des Systems: die »imperialistische Rente«, die die USA erzielt haben, hat sich als dysfunktional erwiesen, um das Empire zu finanzieren, da hiervon zentral die US-Monopole profitiert haben. Der Verfall des Dollar provoziert die massive Expansion japanischer und westdeutscher Direktinvestitionen, so daß die *Akkumulation des Systems* ausgebaut wurde, was auch für die Energiefrage gilt. Ökonomisch bahnt sich auch im Rahmen der Diskussion um die Neue Weltwirtschaftsordnung eine globale Einkerbung an, dergestalt, daß die Peripherie auf höherer Stufenleiter in den Weltmarkt eingebunden wird. Dieser Prozeß, der von multinationalem Kapital geprägt wird, hat Umverteilungen zur Folge, denn die im

Rahmen eines ungleichen Tausches anfallenden Profite in der metropolitanen Sphäre bleiben zum Teil in der Peripherie, um dort dann nicht mehr ausschließlich über Rohstoffbeziehungen, sondern im Zuge einer höherwertigen internationalen Arbeitsteilung abgeschöpft zu werden. Beides sieht die den Weltmarkt beherrschenden Konzerne als Gewinner.

Der Umbruch des US Imperialismus ist im wesentlichen eine Anpassung an die realen Bedingungen; die alte Strategie einer militärisch-politischen Omnipräsenz ist eher Ausdruck einer Selbstüberschätzung gewesen, denn Resultat einer sozialen und ökonomischen Entsprechung. Mit der ideologischen Entschlackung verbindet sich eine realistische Einschätzung der eigenen Möglichkeiten, so daß im globalen Maßstab zumindest die USA einer stabileren Entwicklung als imperialistische Macht entgegensehen, wohingegen die vermeintlich als Hochzeit deklarierten Jahre von 1945-71 eine Schwindelblüte gewesen sind, deren Erscheinung nicht zuletzt aufgrund einer Schwäche der übrigen weltpolitischen Akteure verdeckt blieb.

### Anmerkungen

- 1 Dieser Beitrag stellt ein Positionspapier aus einem Forschungsprojekt dar, das unter dem Titel: »Economic mechanisms of US imperialism in the postwar period« zur Zeit an der University of Zambia vom Verfasser ausgearbeitet wird.
- 2 Siehe ihre *Akkumulation des Kapitals*, Berlin 1923.
- 3 V.G. Kiernan: *America: The new imperialism. From white settlement to world hegemony*. ZED Press, London 1978.
- 4 Besonders R. Vernon: *Sovereignty at Bay. The Multinational Spread of US Enterprises*. Penguin 1971. St. Hymer: The Internationalisation of Capital, in: *Imperialism in the Modern Phase*, B. Chattopadhyay, Ed., Vol. I, People's Publishing House, New Dehli 1974.
- 5 Siehe ihr Interview mit »Il Manifesto«, auf deutsch erschienen als »Wartet nicht auf 1984« in A.G. Frank (Hrsg.): *Weltwirtschaft in der Krise. Verarmung im Norden, Verelendung im Süden*. Reinbek 1978.
- 6 Das Konzept der Produktionsweise schließt den Prozeß der Internationalisierung von Produktionsverhältnissen ein, so daß hierüber der historische Prozeß der nationenübergreifenden Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise erklärbar wird. Die gegenwärtige Krise der USA ist also als eine *Teilkrise* zu verstehen, da lediglich die Binnenökonomie, nicht jedoch der corporate sector, der sich aufgrund seiner internationalisierten Produktion hiergegen tendenziell immunisiert hat, davon betroffen ist.
- 7 Cf. R. Gilpin: *US Power and the Multinational Corporation. The Political Economy of Foreign Direct Investment*. Basic Books, New York 1975.
- 8 Siehe hierzu meine Studie zu Zambia: *Zambia. Ein Frontstaat zwischen Befreiungskampf und postkolonialer Abhängigkeit*, ISSA, Bonn 1979, Teil II, Kap.1.

---

DAS  
ARGUMENT  
121

Linkssozialismus und »dritter Weg«  
Albers, Ingrao, Motchane.  
Faschismus und Ideologie (II).  
Neofaschismus. Haug, Opitz, u.a.  
9,80; 8,50 f. Stud. (Abo: 8,50/7,-).

Erich Wulff

## Drogen, Sprache, Arbeit\*

Über Drogen etwas sagen zu wollen, nach De Quincey, nach Baudelaire, nach Huxley und Michaux, nach Allen Ginsberg, nach Leary, Laing und Castaneda, da noch etwas Neues über Drogen sagen zu wollen, ist ein vermessenes und hoffnungsloses Unterfangen. Das Feld scheint ausgeschöpft: In der Poesie und Malerei, in der Wissenschaft und in der Politik.

Ich versuche es trotzdem. Die Erfahrung ist mir vertraut: und zwar von beiden Seiten der Barriere, welche die Menschen, die Drogen nehmen, von denen trennt, die sie daran hindern wollen. Dabei habe ich Glück gehabt. Während der ersten Hälfte der 50er Jahre, als ich an Drogen geriet, mit ihnen meine Erfahrung bereicherte bis zu einem Punkt, wo der Reichtum in Leere umschlug, wo das erweiterte Bewußtsein schließlich aufhörte, Bewußtsein von etwas zu sein, während dieser 50er Jahre war die genannte Barriere kaum erst errichtet. Sie war leicht zu überspringen, in beide Richtungen, wenigstens da, wo ich damals lebte: in Paris, als Teil jener letzten Nachhut der allmählich sich auflösenden existentialistischen Bewegung St. Germain de Près. Damals war es uninteressant, wer für und wer gegen Drogen war. Erst später formierten sich die Fronten der Drogenadepten und der Drogengegner. Ich kenne also dasjenige, worüber ich reden werde, aus eigener Erfahrung. Gerade deshalb kann ich über diese eigene Erfahrung jetzt hinweggehen und anfangen, von Drogen, Sprache, Arbeit, Politik zu reden, wie ein Essayist.

Trotz ihrer Banalität möchte ich damit beginnen, die Ausgangsfrage zu stellen: weshalb Menschen überhaupt Drogen nehmen. Natürlich gibt es für jeden einzelnen von ihnen einen besonderen Grund. Natürlich gibt es spezifische gesellschaftliche Situationen, die einen Drogenkonsum eher als andere nahelegen. Trotzdem scheint mir folgende allgemeine Antwort nicht falsch: Menschen nehmen Drogen, um sich mit ihrer Hilfe eine Wirklichkeitserfahrung zu verschaffen, die ihre eigene Lebenswirklichkeit nicht hergibt. Die Welt soll anders werden, als sie ist.

In diesem Bedürfnis nach Veränderung, in dieser Unzufriedenheit mit dem Stück Welt, das einem zugänglich ist, liegt auch ein vorwärtstreibendes Potential beschlossen. Der wilde Westen. New Frontiers. Die Reise. Der Trip. Die Vokabeln zeigen aber zugleich auch etwas anderes an: man will den Ort, an dem man sich befindet, die Menschen, die einen umgeben, die Arbeit, die man tun muß, hinter sich lassen. Man wandert aus. Wie die Emigranten des vorigen Jahrhunderts kommt man im Land der unbegrenzten Möglichkeiten mit einem einzigen Gepäckstück an: seinem eigenen Körper. Dieser birgt allerdings ein Geheimfach, von dem sein Besitzer oft selbst nur wenig weiß: die Spuren der eigenen Vergangenheit sind in ihm aufgehoben. Bei dieser Reise geht es nicht darum, Vergangenes mit Gegenwärtigem zu verbinden. Gesucht wird das ganz andere. Die neue Welt. Was früher war, was man früher war, soll abgeworfen werden: es ist Ballast, wie Sandsäcke auf einer Ballonreise. Man will nur noch man selbst sein, wenn nicht das sogar zuviel ist: in einer regressiven Mystik wird das »man selbst« zur Welt. So sieht natürlich nicht jede Drogenerfahrung aus. Aber nahezu jede

\* Auf französisch erschienen in: Armando Verdiglione: *Drogue et Langage*. Payot, Paris 1977, S. 27-39.



Drogenerfahrung hat ein Stück davon, ist tendenziell ein magischer Erneuerungsritus. Die Frage ist allerdings: was ist dieses Neue, wo die Reise hingehen soll?

Ich werde diese Frage von den Halluzinogenen her beantworten, die gewissermaßen den Idealtyp der Drogenwirkung darstellen. Was geschieht auf einem solchen Trip: zunächst einmal verschwindet der Alltag mit seiner Last. Die Arbeitswelt ist das erste, das seine Wichtigkeit verliert, oder die Schule, das Studium. Die persönlichen Bindungen nimmt man noch ein Stück weit mit. Dann vergehen Raum und Zeit. Der eigene Körper wird zum vierdimensionalen Raum-Zeit-Kontinuum: zur Ewigkeit und Unendlichkeit, zugleich aber zum einzigartigen Punkt, in den dieses sich verdichtet. Auf dem Wege dazu verlieren die Eintrittspforten der Welt: unsere fünf Sinne, ihre Spezifität. Wir hören Farben, sehen Töne, die Dinge verwandeln sich, verlieren ihre Widerständigkeit als Wahrnehmungsdinge, werden als Phantasmen zunächst grenzenlos machbar. Wie im Märchen, wird das Gedachte zur Wirklichkeit, jeder Wunsch wird erfüllt. Dann freilich wird der kritische Punkt erreicht und das Verhältnis zu den eigenen Vorstellungen kehrt sich um. Man kann sie nicht mehr beherrschen, sie kommen von selber — was zunächst als glücklich erlebt wird —, fallen aber schließlich über einen her. Im Horror-Trip, der in jedem Trip angelegt ist, wird man, wie der Zauberlehrling, von den Gestalten, die man rief, überwältigt. Bilder steigen aus dem Innern des eigenen Körpers auf, das sich gewissermaßen nach außen umstülpt, eine unendlich ausgedehnte sinnliche Oberfläche wird. Die Reise endet schließlich dort, wo man nichts anderes mehr ist als totale Empfindung, Aktivität und Passivität zugleich. Im Augenblick, wo man alles wird, ist man aber zugleich auch nichts mehr.

Aus psychoanalytischer Sicht könnte man sagen: die Reise in den eigenen Körper hinein, der zur Welt wird, ist eine ins Extrem getriebene kindliche Wunschphantasie. Alle Unterscheidungen, die mit der kindlichen Entwicklung langsam einsetzen: zwischen einem selbst und der Welt, zwischen Objekten und Menschen, zwischen Eigenschaften und Gegenständen, zwischen Tun und Erleiden, werden aufgehoben in eine *Coincidentia oppositorum* von Alles-Nichts, Allmacht und Ohnmacht. Wenn das Unbewußte wie eine Sprache strukturiert ist, so verliert sich auch diese Sprache auf dem Höhepunkt des Rausches in eine Kontamination von Ächzen und Stöhnen, in eine Art kosmischen Orgasmus, der in ein Todesröcheln einzumünden droht. Kein Zweifel also: der Trip, auf den die Droge zuführt, ist eine Reise zurück: auch wenn der Reisende von seiner Kehrtwendung nichts merkt. Sie geschieht wie im surrealistischen Bild vom Durchschreiten des Spiegels, wo schließlich das Spiegelbild weitergeht: in umgekehrte Richtung, zurück.

Woher nun dies Bedürfnis nach einem retrograden Drogenjenseits, nach einer Säuglingsomnipotenz, die alle schon entwickelten Strukturen durchdringen soll? Diese Frage möchte ich nicht als persönliche Frage abhandeln. Sicherlich gibt es bei vielen Menschen jeden Alters Bedürfnisse, die Alltagswelt zu verlassen und dergestalt auf Reisen zu gehen. Mir soll es jetzt darum gehen, Drogenepidemien zu verstehen: die Opiumsucht gerade der Ärmsten der Armen in Ostasien, die Heroinwelle in Haarlem, die LSD-Mode unter den Schülern und Studenten Europas und Nordamerikas. Was fehlt in der Welt, die diese Menschen zurücklassen wollen? Warum wird der Stoff, aus dem sie gemacht ist, zum Ballast, den man abwerfen möchte. Warum können diese Menschen, diese Menschengruppen ihre Persönlichkeit nicht in der Auseinandersetzung mit der realen Welt verwirklichen?

Meine erste keineswegs originelle These lautet, daß diese Welt für uns die »Welt« der kapitalistischen Produktionsweise ist. In vorkapitalistischen Gesellschaften gab es zwar auch Drogen. Es gab auch einzelne Menschen, die sich ihnen anheim gaben. Zumeist dienten die Drogen jedoch kultischen Zwecken. Ebenso wie die Religionen, und zumeist in ihrem Dienst, halfen sie den Menschen, ihre Ohnmacht gegenüber der weitgehend noch unbewältigten und unbeherrschten Natur, gegenüber Krankheit und Tod zu vergessen, ja noch mehr, in der kultischen Handlung symbolisch zu überwinden. Angesichts der nur wenig entwickelten Produktivkräfte jener Epochen, war die Religion nicht nur Opium für das Volk, d. h. nicht nur eine List der herrschenden Klasse, die Bedürfnisse der Unterdrückten einzuschlälfern, sondern ein notwendiges Mittel der Lebensbewältigung für alle. Ähnliches galt für die Drogen, soweit sie in den religiösen Zusammenhang einbezogen wurden. Mit dem Einbruch des Kolonialismus gesellte sich zur Ohnmacht gegenüber der Natur die Ohnmacht gegenüber der räuberischen Ausbeutung der Eroberer. Die »andere« Welt mußte näherrücken, verfügbarer werden, noch greifbarer für alle Gestalt annehmen können. So ist es kein Zufall, daß der Pejotl-Kult erst nach dem Einbruch der spanischen Kolonialisten epidemische Ausmaße annahm. — Aber nun zurück zu unserer Welt, zum modernen Industriekapitalismus. Dieser hat eine gegenüber allen vorhergehenden Gesellschaftsformationen einzigartige Entfaltung der Produktivkräfte mit sich gebracht. Zwar sind die Schrecken der Natur noch nicht alle besiegt. Sie sind aber in einem hohen Maße beherrschbar geworden und wo sie es nicht sind, zumindest doch vorhersehbar. Zugleich damit sind die religiösen Bedürfnisse der Menschen verblaßt. Religiöse Erfahrung und Drogenerleben gehören nicht mehr den gleichen Handlungsbereichen an, obschon sie sich manchmal gegenseitig vertreten können. Zugleich mit einer Reihe von anderen Lebensbereichen hat sich die Drogenerfahrung säkularisiert.

Wer macht diese Erfahrung? In den Traktaten und Broschüren der Ministerien, der Drogenberatungsstellen und der Kirchen werden vor allem junge Menschen vor den Drogen gewarnt. Die morphiumsüchtigen Ärzte, Apotheker, Schauspieler, die früher die privaten Entziehungsheime bevölkerten, sind nahezu in Vergessenheit geraten, obwohl es sie genauso wie vor 30 oder 40 Jahren noch überall gibt. In den Gesichtskreis der betreuenden und repressiven Agenturen sind stattdessen die jungen Menschen getreten, die an der Schwelle des Berufslebens stehen. Was erwartet sie auf der andern Seite dieser Schwelle? Wie werden sie auf dieser Seite — in Schule und Studium — darauf vorbereitet?

Natürlich läßt sich darauf keine allgemeine Antwort geben. Fest steht nichtsdestoweniger, daß einen Teil der Jugendlichen Arbeitslosigkeit erwartet. Und dort, wo diese Perspektive nahezu zwingend ist: In den Ghettos der amerikanischen Großstädte, ist die Drogensucht auch am stärksten verbreitet. Jugendarbeitslosigkeit bedeutet aber nicht nur ein relatives materielles Elend. Sie bedeutet auch, daß die Jugendlichen, die von ihr betroffen sind, ihre Fähigkeiten, und damit ihre Persönlichkeit nicht weiterentwickeln können. Sie bleiben in — im Marx'schen Sinne — »bornierten« Verhältnissen, ihren Familien- und Verwandtschaftsverhältnissen befangen. Das Berufsleben ist ihnen verschlossen, das ihnen, wengleich in einer zumeist verkrüppelten, monotonen, extrem arbeitsteiligen Form, eine Teilhabe am Fortschritt in dieser Welt, an der Entwicklung der Produktivkräfte und der Entfaltung der Beziehungen der Menschen untereinander hätte vermitteln können. Die gesellschaftlich relevanten Lebensbereiche werden

ihnen nur von der negativen Seite her zugänglich: vom Mangel an materiellen Mitteln her, vom vergeblichen Warten in Ämtern und Behörden. Erfahrungen, die deshalb neu sind, weil sie eine Teilhabe an der Verwandlung der Welt, an der Erschließung neuer Produktivkräfte bedeuten, lassen sich in der Arbeitslosigkeit nicht machen. Der neue Code des gesellschaftlichen Lebens, der über Familie, Verwandtschaft und Nachbarschaft hinaus geht, der die Bedeutungsvielfalt des entwickelten Erwachsenenlebens (Lucien Sève)<sup>1</sup> erschließt, und zwar sowohl von den sich entfaltenden Produktivkräften als auch von den Produktionsverhältnissen her, dieser neue Code muß für die Arbeitslosen schon deshalb abstrakt bleiben, weil er sich nicht als konkrete Erfahrung mit ihren eigenen Wünschen und Bedürfnissen verbinden kann. Die Energiequelle der Wirklichkeit ist ihnen versperrt, von der ihre Symbole aufgeladen werden könnten.

Mit diesen letzten Sätzen habe ich stillschweigend eine Voraussetzung eingeführt, die kurz noch geklärt werden muß. Sie besagt eigentlich zweierlei: einmal, daß Symbole, sprachliche und außersprachliche, für einen Menschen nur dann ihren Belang behalten, wenn sie aus einer sich wandelnden Erfahrung gespeist werden, die nicht stagniert. Die Erfahrung, die dies normaler- und legitimerweise bewirkt, kommt aus der Wirklichkeit: aus der Möglichkeit für das Individuum, neue Erfahrungen und neue Fähigkeiten zu gewinnen aus der Teilhabe an der menschlichen Arbeit, durch die die Welt sich ständig verwandelt. Ich habe dies einmal — in einem ganz anderen Zusammenhang — *progressive* Welt- und Wirklichkeitserfahrung genannt und ihr eine *regressive* gegenübergestellt. Die zweite Voraussetzung liegt nun aber darin, daß eine solche progressive Welt- und Wirklichkeitserfahrung, ein solches ständiges Auftanken der Symbole, von qualitativen Sprüngen begleitet ist. So wird in der Kindheit ein Code angeeignet, der durch das Erlernen des Bedeutungsgefüges einer durch Verwandtschafts- und Nachbarschaftsbeziehungen geprägten Welt charakterisiert ist. Hier — und auch zumindest in den ersten Etappen der Schulzeit — werden Fähigkeiten erlernt, die in erster Linie in konkrete, private Tätigkeiten und Aktivitäten münden, deren gemeinsamer Nenner ein Konsumptionsmodus ist, dessen gesellschaftliche Bedingtheit noch ausgeblendet bleibt. Wenn das Kind etwas haben möchte, bekommt es dies entweder von Eltern, Verwandten oder Nachbarn, und zwar als konkretes Ding, oder aber man gibt ihm Geld, dessen Zusammenhang mit dem Lohnverhältnis dem Kinde noch weitgehend unbekannt ist. Haben und Nichthaben, Bekommen und Nichtbekommen werden in erster Linie von zwischenmenschlichen Verhältnissen der Erwachsenen her, und nicht von ihren gesellschaftlichen Verhältnissen her begriffen. Dieses Bedeutungsgefüge muß mit dem Eintritt in die Arbeitswelt — d. h. der meisten Menschen in ein Lohnverhältnis, das aber zugleich, wie bereits gesagt, eine wie auch immer verkrüppelte Teilhabe an der Entfaltung neuer Lebensmöglichkeiten bedeutet — grundsätzlich umkodiert werden. Diese Umkodierung<sup>2</sup> ist es, die den Jugendlichen beim Eintritt in das Berufsleben bevorsteht und deren psychologisches Problem oft genug unter dem Sammelbegriff von jugendlichen Entwicklungsstörungen oder Pubertätsstörungen verborgen bleibt.

Damit ist etwas deutlicher geworden, was einem jungen Menschen versperrt bleibt, wenn er, wie in den Ghettos amerikanischer Großstädte und zunehmend auch hier in der Bundesrepublik, ins Arbeitsleben nicht eintreten kann. Es ist die charakteristische Bedeutungsgestalt der Symbole des entfalteten Erwachsenenlebens. Diese Symbole können allenfalls abstrakt gelernt, jedoch nicht mit der eigenen Erfahrung, mit den ei-

genen Wünschen, und somit der eigenen Persönlichkeit verknüpft werden. Wünschen und Begehren bleiben mit dem kindlichen bzw. jugendlichen Symbolgefüge verknüpft, das selbst keine Chancen mehr zu einer progressiven Entfaltung hat. Im kindlich-jugendlichen Code ist alles schon unendlich viele Male gesagt. Ausgenommen die wenigen Jugendlichen, die Geld haben — die also, wenn auch nur theoretisch, sich fortbilden und damit auch neue Fähigkeiten entwickeln können —, finden sich alle anderen einer Öde und Langeweile ausgesetzt, die entweder zu einer infantilen Sklerosierung, einer kindlichen Vergreisung führt, oder aber sie dazu drängt, die nötige psychische Energie aus regressiven Erfahrungen, aus dem Weg zurück in schon vergessene, verdrängte Erfahrungsbereiche der frühen Kindheit zu schöpfen. So wird das längst Gewesene hier zum ganz Neuen. Da die persönliche Vergangenheit aber einen Endpunkt besitzt (im Gegensatz zu den Möglichkeiten, die in der Zukunft beschlossen liegen), muß die Energiequelle der regressiven, infantilen Erfahrung zwangsläufig einmal versiegen. Dies geschieht umso schneller, je rücksichtsloser sie ausgebeutet wird. Was gelegentlich Hilfe und Stütze sein kann, was eine legitime Atempause erlaubt, was unter Umständen auch hilft, Gegenwärtiges und Zukünftiges mit der eigenen Vergangenheit zu verknüpfen, wird zwangsläufig zum Weg in die Leere, in die Abgestandenheit, die öde Langeweile, wenn dieses begrenzte Kapital an vergangener Wirklichkeitserfahrung verschleudert wird, ohne daß Neues sich ihm hinzugesellt. So ist es auch kein Zufall, daß viele Suchterfahrungen im Selbstmord enden.

Aus dem vorhin Gesagten könnte der Eindruck entstehen, die Sucht nach regressiven Wirklichkeitserfahrungen, wie sie durch die Drogen vermittelt werden können, fände nur dann Nahrung, wenn progressive Wirklichkeitserfahrungen, wie durch die Jugendarbeitslosigkeit, grundsätzlich versperrt sind. Dies ist sicher nicht ganz richtig. Auch eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben des Kapitalismus eröffnet oft nur einen winzigen Spalt zu einer solchen Erfahrung. Lucien Sève, dem ich die meisten Anregungen zum zweiten Teil dieses Aufsatzes verdanke, hat die seelische Verkrüppelung der meisten Menschen, die den Arbeitsbedingungen des Kapitalismus ausgesetzt sind, sehr klar beschrieben. Die moderne Arbeitswelt mit ihrer extremen Arbeitsteiligkeit, die eine Einsicht in die Teilhabe an der Gesamtentwicklung so gut wie unmöglich macht, führt nach einiger Zeit dazu, daß kaum mehr neue Fähigkeiten in gesellschaftlich relevanten Lebensbereichen erworben werden können. Zwar findet zunächst einmal die notwendige Umkodierung des kindlich-jugendlichen Bedeutungsgefüges in entfaltete Symbolgehalte der Erwachsenenwelt statt. Ein großer Teil der persönlichen Bedürfnisse bleibt aber dennoch von der gesellschaftlichen Welt abgespalten und kann sich nur in privatem Konsumverhalten bzw. bestenfalls in freund- und verwandtschaftlichen Beziehungen Befriedigung verschaffen — sofern dafür überhaupt die nötige Zeit und die nötigen Mittel zur Verfügung stehen. Es kommt also gerade bei den Menschen, die in den kapitalistischen Arbeitsprozeß eingespannt sind, bis auf wenige Ausnahmen in höheren Positionen, wo berufliche Befriedigung möglich ist, zu dem, was Lucien Sève den »tendenziellen Fall der Fortschrittsrate« beim entwickelten Individuum nennt, d.h. eben, daß die neuerworbenen Fähigkeiten eines Menschen im Verhältnis zu dem schon Vorhandenen immer dürftiger werden und es so zu einer Stagnation und Verknöcherung der Persönlichkeit, zu einer vorzeitigen psychologischen Vergreisung kommt. Angesichts dieser fortwährenden Bedrohung der Verknöcherung und Vergreisung, die junge Menschen sicher noch stärker spüren als ältere, ist die Versuchung zum Ausweichen

in regressive Wirklichkeitserfahrungen natürlich auch immer da. Manchem glückt dies in einer manischen oder schizophrenen Psychose.<sup>3</sup> Andere müssen dazu Drogen zuhilfe nehmen.

Damit ist deutlicher geworden, wem die drogenabhängigen, vor allem jungen Menschen entfliehen wollen: einer Welt, die ihnen eine progressive Wirklichkeitserfahrung versagt. Da Stagnation aber kaum erträglich ist, werden gerade Menschen, die aus ihr herauskommen wollen, der Versuchung ausgesetzt sein, die fehlende progressive Wirklichkeitserfahrung durch eine regressive zu ersetzen. Natürlich spielen neben solchen allgemeinen gesellschaftlichen Bedingungen auch persönliche Voraussetzungen noch eine Rolle. Die Mühe, die im modernen Industriekapitalismus aufgeboten werden muß, um wenigstens ein Stück weit progressive Wirklichkeitserfahrungen zu machen, kann so groß sein, daß manche von vornherein aufgeben, andere sie sich jedoch dennoch machen. Trotzdem wäre es falsch, hier moralisch werden zu wollen. Bis zu einer progressiven Wirklichkeitserfahrung vorzudringen, dies heißt im Kapitalismus u.U., auf seinem eigenen Wege dorthin anderen die Möglichkeit zu ihr zu nehmen. Befriedigtes Leben: eine weitgehende Übereinstimmung zwischen individuellen Bedürfnissen und Wünschen und gesellschaftlichen Erfahrungen ist im Kapitalismus sehr weitgehend nur auf Kosten anderer und in Konkurrenz zu ihnen möglich. Die herablassende Attitüde, die Menschen, die zu solch einer Berufszufriedenheit gekommen sind, Drogenabhängigen gegenüber haben, ist deshalb gänzlich unangebracht.

Der einzige Weg aus den drei von Sève gekennzeichneten Dilemmas — dem scheinbar befriedigten Leben, der Entzweiung des Menschen in einen privaten Bereich, in dem er anscheinend »wirklich« lebt und seine Arbeitswelt, die ihm zum bloßen Broterwerb geworden ist, und schließlich dem Versuch, anstelle einer progressiven Wirklichkeitserfahrung eine regressive zu setzen —, bestünde darin, sich der gesellschaftlichen Bedingungen bewußt zu werden, die diese Dilemmas hervorrufen. Diese Bewußtmachung des »erwachsenen« Unbewußten, d.h. der gesellschaftlichen Realitäten, die von Ideologien zugeschüttet sind, ist, wie ebenfalls Lucien Sève gezeigt hat, durch ähnliche Widerstände gezeichnet, wie sie mit der Bewußtmachung von infantilen Triebwünschen einhergehen. Dies ist verständlich: denn das Bewußtgewordene fordert zu Entscheidungen auf, die Angst machen können. Noch mehr: wie infantil Verdrängtes nur in einer nach-erfahrenen Eltern-Kind-Beziehung offenbar werden kann, verlangt das erwachsen-Unbewußte, um einigermaßen angstfrei erfahren werden zu können, die Solidargemeinschaft der Klasse. Seine Bewußtwerdung kann sich erst vollenden im solidarischen Kampf des militanten Lebens. Dieser Kampf seinerseits eröffnet aber ein wesentliches Stück progressiver Wirklichkeitserfahrung: durch ihn wird die Welt verändert, er ist der wesentliche Motor der Geschichte.

## Anmerkungen

- 1 Sève, Lucien: *Marxismus und Theorie der Persönlichkeit*. Verlag Marxistische Blätter. Frankfurt/M. 1972.
- 2 Laueremann, Manfred: *Unveröffentlichtes Seminar-Manuskript*. Hannover 1976.
- 3 Wulff, Erich: *Psychose als süchtiges Verhalten*. in: Wulff, E.: *Psychiatrie und Klassengesellschaft*. Frankfurt/M. 1972.

## Neue Subjektivität oder alter Privatismus?

### Kritik an Waldhubel\*

Es ist offenbar das Anliegen Waldhubels, aus der Perspektive des Lehrenden das Phänomen zu analysieren, daß viele Studenten, die der spontaneistischen Bewegung zuzurechnen sind, neue Fragen an den Universitätsbetrieb stellen. Er will aufzeigen, was die Fragen, Denk- und Verhaltenstopoi innerhalb dieser Strömung »im Grunde genommen« ausdrücken, die Ansprüche innerhalb dieser Strömung abklopfen und auf Gefahren der Verirrung hinweisen. Wenn wir Thomas Waldhubel recht verstehen, hält er letztlich eine Ergänzung der Praxis der demokratischen Bewegung an den Hochschulen durch die Dimensionen, die die Spontibewegung aufgetan habe, für nötig.

Wir meinen, daß es Thomas Waldhubel nicht gelingt, der Spontibewegung auf den Grund zu gehen. Sie zerfällt ihm in die großen neuen Dimensionen, die sie erschließe einerseits und die einzelnen Schwächen, die es zu korrigieren gelte, andererseits. Eine organische Vermittlung dieser Seiten gelingt ihm nicht. Weil Waldhubel die objektiven sozialen und politischen Prozesse, die der spontaneistischen Strömung zugrundeliegen, ausblendet, versagt er sich, das klassenmäßige Wesen und den politisch-ideologischen Kern dieser Strömung zu erfassen. In seiner Analyse begnügt sich der Autor mit dem von dem Selbstverständnis der Spontis abgesteckten Rahmen. Von der Beschreibung des erlebten Leidensalltags an der Uni geht er unmittelbar zu den Äußerungsformen des Spontiprotests über. Er sitzt damit dem von der Spontibewegung selbst errichteten Schein, etwas völlig Neues zu sein, auf, statt ihn zu durchdringen.

In seiner Denkbewegung von der Uni als »Lernfabrik«, den dortigen Formen der wissenschaftlichen Sozialisation unmittelbar hin zur Rezeptions- und Reaktionsweise der Spontis bleibt er in der »Unmittelbarkeit« befangen, die die Spontis für ihre Reaktion reklamieren. Die Vorstellung von solcherart »spontaner« Bewußtseinsbildung ist letztlich mechanistisch. Sie sieht von allen Vermittlungsformen ab. Sowohl das Niveau der gesamtgesellschaftlichen Klassenkämpfe wie die historischen Resultate und das aktuelle Niveau der Studentenbewegung selbst gehen doch in die Bewußtseinsbildung auch des »spontan« Protestierenden ein. Selbst die Rezeption des Unialltags ist ja — dafür ist Thomas Waldhubel selbst ein schönes Beispiel — nicht so naiv, wie mancher Sponti glauben machen will, sondern theoriegeleitet, wie wenig diese auch expliziert sein mag. Neben der Erörterung ihres klassenmäßigen Hintergrundes gehört zur Kritik der Spontibewegung deshalb auch die Frage nach ihren ideologischen Bezügen und Traditionen.

Wenn wir insgesamt zu anderen Resultaten kommen als Waldhubel, so hat dies nichts damit zu tun, daß wir die Anlässe des Leidens, das sich u. a. auch in der spontaneistischen Strömung ausdrückt, nicht ernst nähmen. Die existenzielle Verunsicherung und Perspektivlosigkeit, die Ablehnung der im Kapitalismus pervertierten Form der Produktivkraftentwicklung, durch die menschliche Fähigkeiten zahlreich verkrüppelt statt entwickelt werden, die Beunruhigung über die Zerstörung der natürlichen Um-

\* Seitenzahlen in Klammern beziehen sich auf Thomas Waldhubel: Sponti-Bewegung: Flucht in den Alltag? in: Das Argument 113, 8-20.

welt, die Wut über die Destruktion zwischenmenschlicher Beziehungen, die Wünsche und Sehnsucht nach einer sicheren Existenz und nützlicher Tätigkeit, die oft die Suche nach »Alternativen« motivieren, nehmen wir sehr ernst. Die Fähigkeit, hier mitzufühlen und auch Protestartikulationen zu organisieren ist Bestandteil wissenschaftlich begründeter studentischer Politik.

Gleichzeitig bemühen wir uns, Scheinlösungen, die die Spontis anbieten, zu kritisieren. Alles andere wäre verantwortungslos, denn zu viele, die die Spontis als authentischen Ausdruck ihres Leidens nahmen, sind in der Abfolge von Euphorie und Katzenjammer nicht nur für antikapitalistisches Engagement verloren, sondern auch persönlich kaputtgegangen. Sich so zu bemühen, die Ursachen dieser Strömung aufzuspüren, gleichzeitig aber vor »Sackgassen und Irrwegen«<sup>1</sup> zu warnen, ist auch der Weg, die uns vorgehaltenen »Taubstummengespräche« (9) zu vermeiden. — Thomas Waldhubel beschreibt ausführlich Erscheinungen, an denen sich der Spontiprotest entzündet: das perspektivlose Studium, die drohende Akademikerarbeitslosigkeit, die Massenseminare ... Dies alles führe bei den Spontis zur Ablehnung universitärer Formen des Lernens. Die Formel von der »Uni als Lernfabrik« besage, daß Wissenschaft als fremdbestimmte Herrschaft auftrete und ein Lernen verlange, das nicht Ziel und Resultat der eigenen Autonomie und Anstrengung sei, sondern Unterworfenheit unter den unüberschaubaren universitären Arbeitsprozeß (8).

Waldhubel referiert hier Positionen der Spontis, ohne mitzuteilen, welche ihrer Anschauungen von der »Uni als Lernfabrik« er übernimmt und welche er kritisiert. Die Aussage, »Wissenschaft trete als fremdbestimmte Herrschaft auf und verlange ein Lernen, das nicht Ziel und Resultat der eigenen Autonomie sei«, ist dafür ein Beispiel.

Was soll hier unter »Autonomie« als Ziel und Resultat des Lernens verstanden werden? Was bedeutet dieser Begriff für die Aneignung des gesellschaftlich akkumulierten Wissens? Wird die »Fremdbestimmung« des Wissenschaftsprozesses hier nicht jeden Bezugs zur kapitalistischen Qualität der Gesellschaft beraubt? Liegt hier nicht schon eine Auffassung von autonomen Individuen zugrunde, die nach der Gesellschaflichkeit der Bedürfnisse dieser Individuen nicht mehr fragt?

Das Bild, das der Autor von den Spontis entwirft, ist u.E. zu idyllisch geraten. Er schildert sie als Studenten, die radikale Fragen stellen an den Uni-Betrieb, aufbegehren gegen die traditionellen Formen der Wissensvermittlung und rebellische — zwar subjektiv gefärbte, aber letztlich zur grundsätzlichen Gesellschaftsveränderung drängende Ansprüche artikulieren. Zum Aussehen der Spontiströmung gehören aber auch andere Erscheinungen. Die Tatsache stark konjunktureller Aktivität, die Tatsache, daß die Artikulation von Protest und Forderungen hier am instabilsten ist, oft sogar direkt abhängig von den Erwartungen, die bürgerliche Politiker auslösen oder enttäuschen. Große Teile dieser Szene verzehren sich in Selbstzerfleischung, weil sie begriffs- und konzeptionslos vor den sie bedrängenden Problemen stehen. Andere haben sich völlig in Nestern der Privatisierung zurückgezogen. Das zu idyllische Bild von der Sponti-Szene führt auch dazu, daß das »Spontane«, die »Unmittelbarkeit« des Spontiprotests positiv identifiziert wird mit einem Verhalten des Aufbegehrens gegen tatsächliche Zwänge dieser Gesellschaft. Wir leugnen nicht die Möglichkeiten, den »Spontiprotest« in eine solche Richtung zu entwickeln. Eine Protestreaktion als »spontan« zu qualifizieren, bedeutet aber zunächst auch, sie als nicht-wissenschaftlich zu beurteilen. Bei einem Bewußtsein, dem die Eigentumsverhältnisse gar nicht in den Blick geraten, gehen auch

die Alternativentwürfe am Kernpunkt wirklicher Gesellschaftsveränderung vorbei.

Es gehört also zu einer verantwortlichen Diskussion über die Spontistromung, Erscheinungen der Verfestigung bürgerlichen Krisenbewußtseins zu benennen. Thomas Waldhubel referiert, daß der »unüberschaubare universitäre Arbeitsprozeß« von den Spontis für den erlebten Frust verantwortlich gemacht werde. Dieser universitäre Arbeitsprozeß ist aktuell bestimmten Veränderungen unterlegen, hinter denen eine umfassende Konzeption reaktionärer Krisenbewältigung steckt. Das Hochschulrahmengesetz ist für diese Konzeption das Durchsetzungsinstrument. Es sieht für die Masse der Studenten Dequalifizierung ihres Arbeitsvermögens vor. Wenn auch im Zuge des wissenschaftlich-technischen Fortschritts insgesamt eine Ausweitung der akademisch qualifizierten Intelligenz zu verzeichnen ist, so darf doch über den inneren Wandel der sozialen Stellung dieser Intelligenzkategorien nicht hinweggesehen werden. Das Dequalifizierungskonzept sieht für die Masse der Studenten Kurzstudiengänge vor, in denen sie für Berufszweige in Büros und Verwaltungen ausgebildet werden sollen, also als nächste Opfer der folgenden kapitalistischen Rationalisierungswelle schon auserkoren sind. Der Hintergrund der erlebten Uni-Situation ist ein *tiefgreifender sozialer Deklassierungsprozeß*. Im Studium selbst wird dieser Prozeß als Paradoxon erlebt. Der Sinn des Studiums als Vorbereitung auf eine konkrete nützliche Tätigkeit geht zunehmend verloren, für eine unsichere Perspektive soll immer mehr geleistet werden. Das auch von Waldhubel konstatierte Bewußtsein existentieller Entwurzelung reflektiert diesen Tatbestand.

Mit Lefèvre sind wir der Meinung, daß es für die gesellschaftliche Orientierung der Studenten bedeutend ist, »ob und wieweit (sie) sich bereits während ihres Studiums antizipativ als Träger ihres zukünftigen Berufs zu verstehen vermögen.«<sup>2</sup> Davon hängt ab, inwieweit die soziale Veränderung rational verarbeitet wird. Aus dieser sozialen Veränderung können neue Ansprüche an die eigene Tätigkeit entwickelt werden. Mit dem bewußten Anschluß an den gewerkschaftlichen Interessenkampf und dem Versuch, Ansprüche der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen in die eigene Berufstätigkeit aufzunehmen, kann der Widerspruch zwischen eigenem »Berufsstolz« und seiner Sinnentleerung durch kapitalistische Verwertung, d.h. letztlich zwischen Produktivkraftentwicklung und Produktionsverhältnissen, ausgetragen werden. Der Angriff würde so dem kapitalistischen Charakter der Vergesellschaftung der Arbeit, der die Verkrüppelung des individuellen Arbeiters nach sich zieht, gelten.

Die Reaktion der spontaneistischen Strömung auf die Vergesellschaftungsprozesse sieht aber oft anders aus. Die persönliche Leere, die Sinnkrise wird gespürt, dagegen wird dann das Sinnerlebnis selbst zum Ziel der Spontipraxis (12). Dieses Ziel wird aber nicht aus der eigenen sozialen Lage entwickelt, sondern jenseits von Wissenschaft und Interessenkampf in erlebter und ausgelebter Subjektivität gesehen. Wo in solcherart »konkreter Utopie« der »erfrischende Realismus« steckt, der »das Studium als das nehmen, was es ist, Ausbildung zum Beruf« (17), bleibt das Geheimnis des Autors.

Das Entstehen der Spontibewegung als Reflex auf die durch die kapitalistische Krise beschleunigte Deklassierung großer Teile der Intelligenz zu fassen, beleuchtet die klassenmäßige Grundlage dieser Strömung. Sie zeigt sich im Bewußtsein der Spontis, ist aber allein sicher nicht hinreichend zur Erklärung dieser spezifischen Bewußtseinsausprägung. Hier sind weitere politische Vermittlungen zu beachten. Die anhaltenden Rechtstendenzen in der Gesellschaft, der Versuch, soziale und demokratische Errun-



genschaften der arbeitenden Bevölkerung zurückzudrängen, lassen insgesamt die Verhältnisse der BRD als so versteinert erscheinen, daß Eingreifen in gesellschaftliche Auseinandersetzungen als Sisyphusarbeit erscheint. Auch die Hoffnungen, daß die von der SPD geführte Regierung zu realen Veränderungen der Herrschaftsausübung führen würde, sind in Enttäuschung aufgelöst.

Unter diesen Bedingungen zeigt in der Sponti-Bewegung auch die — nicht nur leidende, sondern auch kämpfende — Arbeiterklasse, offensichtlich geringere Ausstrahlungskraft. Alle, die eine direkte Kontinuität von der antiautoritären Phase der Studentenbewegung zur Spontistromung behaupten, können zwar auf eine, dem Ende der 60er Jahre analoge Schnittpunktsituation für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung verweisen, sie müssen sich aber auch fragen lassen, wie sie denn die völlig unterschiedliche Wirkung der Septemberstreiks 1969 und der Arbeiterkämpfe 1978 erklären.

Wir halten insgesamt die Spontistromung in ihren dominierenden Ausprägungen für eine durch die spezifische bundesrepublikanische Form der Herrschaftsausübung gebrochene Reaktion von deklassierten Teilen des Kleinbürgertums auf die erlebte Krisenwirklichkeit. In einigen Punkten wollen wir ihrer ideologischen Ausprägung nachgehen und unsere Ergebnisse mit den Resultaten Thomas Waldhubels konfrontieren.

### **Neu ist die Subjektivität — von der »Politik in der ersten Person«**

»Neu ist die Subjektivität der Spontis« (16), schreibt Waldhubel und meint, daß diese Reaktion auf »keinesfalls neu(e)« (16) Probleme antworte. Damit macht der Autor selbst auf die Begrenztheit seiner Analysen aufmerksam. Denn dem Neuen gerecht werden kann man nicht, wenn man nicht neue Vermittlungen sieht, durch die die »keinesfalls neuen« Probleme erlebt werden, es sei denn, es ginge um bloße Beschreibung.

Aber man gestatte uns auch, die »Subjektivität« gar nicht so neu zu finden. Neue Stufen kapitalistischer Vergesellschaftung, die mit Krisenprozessen und womöglich politischen Formierungsbestrebungen einhergehen, wurden doch auch in der Vergangenheit gerade in Intelligenzkreisen zunächst als Zerstörung individueller Identität erlebt, auf die mit Betonung der Subjektivität reagiert wurde. — Thomas Waldhubel schreibt zu den heutigen Spontis und ihrer Neuartigkeit: »... das Verdammungsurteil 'Subjektivismus' liegt nahe. Aber die Spontis fordern nicht subjektive Willkür, sie protestieren gegen Formen und Strukturen, in denen sie vergesellschaftet werden — sie verteidigen den Glücks- und Selbstverwirklichungsanspruch des Individuums und kritisieren das Leidensvolle an der Vergesellschaftung in entfremdeter Form.« (10) Dieser Gegensatz ist unverständlich oder er dient dazu, die »entfremdete Form« nicht näher anzusehen. Warum »Subjektivismus« ein Verdammungsurteil sein soll, ist auch unklar. Auch die Religion ist eine »entfremdete Form« der Kritik des Leidensvollen, dennoch wollen wir doch die Kritik der Religion entwickeln, indem wir sie von ihren materiellen Bedingungen her aufrollen.

Schauen wir uns die Verteidigung des Glücksanspruchs und die entfremdete Form der Leidenskritik an. Die Spontistromung blühte auf mit dem Bewußtsein, ein neues Politikverständnis zu verkörpern. Die Subjektivität sollte freigelegt werden, um so gegen die versteinerten Verhältnisse zu rebellieren, die daran zerbrechen würden (vgl. Wahlplattform BUF Göttingen). Was so begann, mit dem Anspruch, das Subjektive, die Emotionen zum integralen Moment der Politik zu machen, hat sich gewandelt zur dominanten Frage der Sponti-scene: »Was hat das noch mit mir zu tun?« Diese Frage ist

immer weniger Motiv der Intensivierung der Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Umgebung, sondern Leitfrage eines zunehmend gemächlichen Individualismus geworden.

Wie die zerrüttete Identität des kleinbürgerlichen Individuums wieder zusammengeflickt wird mit der Betonung der *Exklusivität eigener Gefühlsenerlebnisse*, haben die Göttinger Mescaleros in einem Konkret-Interview veranschaulicht. Ihr Verdienst sei es, den »inneren Monolog«, der das Innerste nach außen kehrt, in die politische Bewegung eingebracht zu haben, sie hören »Gemurmel, Einzigartigkeiten, Abstruses ... unterhalb der offiziellen Sprachregelungen«, sie wissen von der Bedeutung dieses »wirren Durcheinander«, das »durch kein Sprachrohr kanalisiert« wird und damit anderen verschlossen bleibt, sogar die phonetische »Schönheit des Begriffs Wahnsinn« kann sie erfreuen (vgl. konkret 3/78). Ist das nicht Subjektivismus, der an künstlichen Bewahrungsformeln kleinbürgerlicher Exklusivität bastelt?

Wir wollen nicht die damaligen Ereignisse um den Buback-Nachruf erneut diskutieren. Aber interessant ist doch, wie die Verfasser im gleichen Interview jeder Frage nach der gesellschaftlichen Verantwortung des eigenen Handelns entgehen wollen, jede Zuordnung, jedes Festlegen in Kategorien sei eine Form der Repression, der Selbstzensur, also Einschränkung der individuellen Freiheit (ebd.). Dies aber ist extremer Individualismus, äußere er sich noch scheinbar aufrührerisch als egoistische Rebellion oder ausge-reifter spießbürgerlich als fertige Privatisierung.<sup>3</sup> Sein Hintergrund ist immer die Vorstellung vom Sich-Fügen der Massen. Gegen diese — durchaus als leidende Masse gesehen — konstituiert sich ja gerade die Exklusivität der Erlebnisfähigen.

Damit sind in dem Spontibewußtsein alle Möglichkeiten dezidiert Spaltungsideologien angelegt, die die rationale Verarbeitung der eigenen Deklassierung und damit die materiellen Bezüge zu den Massen verstellen.

Die einst angestrebte vorgängige Subjektrevolutionierung ist an die Grenze der eigenen Absurdität gestoßen. Festgesetzt in Exklusivität, ohne Bezug zu den Massen, ist die Möglichkeit der produktiven gesellschaftlichen Auseinandersetzung, die erst die Individualität ausgeprägt, abgeschnitten und die Selbstveränderung reduziert auf den »inneren Monolog«, der nur noch Entäußerung eines angenommenen fixen Wesens des Individuums ist. Auf derselben Linie liegt die in der Spontibewegung ständig anzutreffende Verarbeitung kapitalistischer Vergesellschaftung, die nur noch das isolierte Individuum einem ansonsten totalen Entfremdungs- und Repressionszusammenhang gegenüberstellt. Diese Totalitätskategorie, durch die die seelische Agonie des Kapitalismus konstatiert wird, ist aber nicht kritisch, sondern apologetisch, weil »Entfremdung« mit ihrer Hilfe anthropologisiert wird. Dies ist aber die entfremdete Form der Widerspiegelung, die auch Thomas Waldhubel bloß konstatiert.

Ebenso konstatiert er den erlebten Sinnverlust (10), ohne ihm auf den Krisengrund zu gehen. Das reicht nicht aus, um der Apologie zu entgehen. Wir bleiben deshalb dabei, in der Spontistromung Subjektivismus und Individualismus zu kritisieren, die Stützpfiler für exklusive Fluchtburgen nicht im Alltag (Waldhubel), sondern *vor* den alltäglichen Klassenkämpfen sind, um Teile dieser Strömung wieder für einen kämpferischen Alltag zu interessieren und Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu erschließen.

**Einklagen eines neuen Theorie/Praxis-Zusammenhangs oder lebensphilosophischer Irrationalismus?**

Waldhubel glaubt, der Protest der Spontis rufe soviel Abwehr gerade auch bei den Lehrenden hervor, deren universitäre Theorievermittlung auf Veränderung ziele (9), weil er die Institution Universität des Schutzmantels der Gewohnheit entkleide (11). Vor lauter Sorge um seine fortschrittlichen Seminare ist Waldhubel selbst ein Spontisatz wie »Der Marxismus ist eine stumpfe Waffe« keineswegs Anlaß, die Wissenschaftsauffassung der Spontis zu beleuchten, sondern selbst darin sieht er, daß der Sponti »den Verlust von Praxis in der Theorie beklagt.« (9) Nun ist sicher richtig, daß die Massenseminare, die kein schöpferisches und kollektives Lernen ermöglichen, abstrakte und gebluffte Theoriedebatten, Studiengänge ohne Bezug zu Möglichkeiten demokratischer Berufspraxis, es erschweren, das anfangs skizzierte »Arbeitsverhältnis« zur wissenschaftlichen Ausbildung zu erreichen. Diese Erscheinungen können Anlaß sein, auch fortschrittliche Wissenschaft und den ganzen Unibetrieb zu verwerfen. Die Spontiströmung aber als authentischen Ausdruck dieser Empörung zu begreifen, ist verfehlt.

Betrachten wir die Entwicklung innerhalb der Spontiströmung bzgl. ihrer Auffassungen der Gesellschaftstheorie und der Möglichkeit, die Bewegung der Gesellschaft zu erkennen. Auch wenn die Spontis sich von Beginn an als Alternative zu den »traditionellen Revolutionsmodellen« verstanden, war ihr Selbstbewußtsein doch davon geprägt, sich als revolutionär oder als besonderen Teil der sozialistischen Bewegung zu verstehen. »Der naive Mut, Theorien über die Weltrevolution zu basteln, ist uns vergangen. Wir wissen, daß das, was wir heute über revolutionäre Veränderungen unserer Gesellschaft sagen können, theoretisch und spekulativ nur sein kann.« (Bremer Basis-Zeitung WS.76/77 einzige Nr.) Es geht hier noch um revolutionäre Gesellschaftsveränderung. Dennoch ist hier schon eine gute Portion Agnostizismus in Anti-Dogmatismus verpackt.

In der Entwicklung der Spontibewegung hat der Agnostizismus an Boden gewonnen. »Sie (die Spontis) produzieren ein gutes Chaos ... Im Innersten der Gesellschaft baut sich ein neues Potential der Negation zusammen, mit den alten Instrumenten politischer Tätigkeit läßt sich damit nicht mehr umgehen.« (Diskus 4/76) Das »Gemurmel und Abstruse«, das »Feld, das nicht faßbar« ist, alte Kategorien sprengen, hier die Fülle des Lebens und der Genüsse, dort Strategie und Taktik, kalte Organisation und kühler Verstand, das sind die Begriffspaare einiger Spontis. Ihre Herkunft aus dem Leihhaus der Lebensphilosophie verleugnen sie selten. Der nur intuitiv zu erlebenden, nicht rational faßbaren eigentlichen Existenz steht der dürre Verstand entgegen. Schon der Versuch mit ihm das Leben fassen zu wollen, zeuge von der Unfähigkeit zur Lebensfülle. Der Irrationalität des Erlebens steht also lediglich formelle wissenschaftliche Rationalität gegenüber, womit heimlich der Positivismus als Sinnbild der Wissenschaft genommen wird. Dies kritisiert Waldhubel nicht.

Bei den Spontis erleben wir immer häufiger, daß sie sich den »veralteten« Kategorien »wahr-unwahr«, ja sogar »rechts-links« entheben wollen. Zu welch gefährlichen politischen Konsequenzen derartige Erkenntnisfeindlichkeit führt, haben wir an anderer Stelle ausführlich gezeigt (vgl. rote blätter 1/80, 26f. u. 41). Zu solchen Auswüchsen gibt es innerhalb der Sponti-Strömung keine Welle der Empörung. Skepsis ist daher angezeigt, ob sie die begrifflichen und politischen Kriterien haben, um hier einen kla-

ren Trennungsstrich zu ziehen. Der Frankfurter Hochschullehrer E. Becker macht auf dieses Problem aufmerksam: »Für mich ist nicht die teilweise Abwendung von akademischen Denk- und Umgangsformen beunruhigend, sondern die Tatsache, daß die geäußerte Kritik von Positionen her erfolgt, die ich kaum noch von irrationalistischen Strömungen unterscheiden kann: Lebensphilosophische Glaubenssysteme, in denen die Einheit von Körper und Geist, von Hand und Kopf und von Wille und Tat postuliert wird« (päd.extra 15.6.78, S.22). Es geht hier nicht darum, die Bedürfnisse nach Humanität, die sich im Spontiprotest auch ausdrücken, gleichzusetzen mit der vollzogenen antihumanistischen Wende, es geht aber um die Richtung, in die die Sorge von E. Becker zielt. Sie ist uns näher als die an universitären Umgangsformen fixierten Überlegungen Thomas Waldhubsels. Wer heute sagt, der Autor hätte die gefährlichen Ausprägungen im Sponti-Lager noch nicht sehen können, unterliegt dem Irrtum, diese seien äußerliche Zutaten zu dieser Strömung und nicht *in* ihr angelegt.

### Glücksansprüche heute

Schlicht apodiktisch zu setzen, daß das Private eben politisch sei, ist kein Mittel, um der Privatisierung vorzubeugen. Es geht vielmehr darum, Ursachen für Persönlichkeitsdeformation aufzuzeigen und eine tatsächliche alternative Lebensweise zu entwickeln. Die Lebensweise der Träger der demokratischen Bewegung an den Hochschulen und ihrer revolutionären Abteilung hat mit Asketismus, der immer ein Zeichen der Unreife von Protestbewegungen ist (vgl. MEW 7, S.359f.), nichts zu tun. Friedfertig miteinander umzugehen, schon heute Glücksansprüche einzufordern, ist Bestandteil einer Politik, die Kriegsursachen und die Privilegien der wenigen Besitzenden beseitigen will. Das Glück schon jetzt ist aber nur zu erringen, wenn man über den Tag hinausieht.

Zu ihren eigenen Ansprüchen und den mangelnden Einlösungen stellen einige Spontis bilanzierend fest:

»Ein Individualismus ist eingerissen, der dabei die gesellschaftliche Dimension der Bedürfnisstruktur der Individuen zu verdrängen, ... die allenthalben feststellbare Resignation ist dann die Folge von Frustrationen, die durch das vergebliche Einklagen von Glücksansprüchen produziert sind ... (Es) ist die selbstkritische Frage zu stellen, ob die berühmte Losung von der Politisierung des ganzen Lebens, des ganzen Alltags etc. im Grunde nicht bloß privatistische Rationalisierung des Rückzugs in Gehäuse des eigenen Ichs und damit weg von der Ebene der realen gesellschaftlichen Auseinandersetzung darstellt.« (»Marburger Papier« der Basisgruppenfraktion in der VDS)

Der Katzenjammer am Ende ist kein Zufall. Um nicht als Spielball den Herrschenden ausgeliefert zu sein, muß man sie durchschauen. Nur, wenn man weiß, warum man ihnen nicht traut, kann sich dauerhaftes Selbstvertrauen einstellen. Aber dieses Selbstbewußtsein kann sich nicht entwickeln, wenn man überheblich umspringt mit erwachendem Selbstbewußtsein derer, die alle Werte schaffen. So erhält das Leben einen Sinn durch Klassenkampf, weil es fortwirkt in der Bewegung der Klasse.

Dies erhöht die Verbindlichkeit der eigenen Arbeit und der Lebensgestaltung. Diese Verbindlichkeit wird ausstrahlen auf die Anerkennung anderer. Verantwortliches Handeln im Sinne des Menschheitsfortschritts ist die Basis für Verbindlichkeit und Aufrichtigkeit in persönlichen Kontakten. Wer an ihrer Seite in der Klassenbewegung steht, wird seine Persönlichkeit weiterentwickeln, weil die eigene Person historisch wirksam wird. Man geht nicht einen Weg, der mit einem selbst endet. Diese Verbindlichkeit des Kämpfenden bewahrt kollektive Kontrolle vor Starrheit. Tiefe Gefühle und große Freu-

de sind so möglich. Dieser Kampf macht nicht nur Spaß. Oft ist er bitter. Oft gibt es Trauer. Aber der Haß gegen den Klassenfeind verleiht der Freude oft erst den nötigen Ernst. — Persönliche Befriedigung, das kleine Glück, entwickelt sich nur auf der Linie des Kampfes um die große Freundlichkeit (Brecht), und dann erst wird es in seiner Größe sichtbar. Statt vor dem Alltag oder in ihn zu fliehen, müssen wir uns ihm stellen und ihn vor allem aktiv gestalten.

### Anmerkungen

- 1 Landefeld, Beate, und Franz Sommerfeld (Hrsg.): Sackgassen und Irrwege. Dortmund 1979; darin besonders: R. Krings: Vom Stadtindianer zum Landfreak. 14ff.
- 2 Lefèvre, Wolfgang: Zum Spontaneismus in der Studentenbewegung, in: Blätter f.d.t.u.int. Politik 11/1977, 573.
- 3 Auf diesen Aspekt weist auch G. Amendt hin: »Der Schriftsteller Hubert Fichte hat unlängst den französischen Schriftsteller Jean Genet interviewt. Genet hat mit der Mai-Rebellion der französischen Studenten sympathisiert, er hat sich mit den 'black panthers' solidarisiert, er kommentiert und interpretiert die revolutionäre Entwicklung in den Ländern der sogenannten dritten Welt. Auf die Frage des Interviewers, wie seine Revolution aussehen solle, antwortete Genet: 'Wenn ich ehrlich bin, liegt mir gar nicht daran, daß eine Revolution stattfindet. Die aktuelle Situation, die augenblicklichen Regimes erlauben mir die Revolte. Die Revolution würde mir wahrscheinlich keine individuelle Revolte gestatten. Ich kann dagegen sein. Wenn eine wirkliche Revolution stattfände, könnte ich nicht dagegen sein. Ich würde kein Anhänger dieser Revolution werden. Ein Mann wie ich ist kein Anhänger von irgendwas. Ich bin ein Mann der Revolte. Mein Standpunkt ist sehr egoistisch. Ich möchte, daß die Welt sich nicht verändert, damit ich mir erlauben kann, gegen die Welt zu sein.'« In: G. Amendt u.a. (Hrsg.): 2. Juni 1967, Dortmund 1977, 31.



### Subjektivität.

Wissenschafts- und Erkenntniskritik.

»Dialektische« Psychologie USA.

Neue Rubriken: Werkstattpapiere,  
Arbeitsgruppen, Bibliographie.

15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-).



Kritische Psychologie — Handlungsstrukturtheorie. Kritik: Rogers, Ottomeyer. Wundts Kritik am Experiment. Werkstattpapiere: Alkoholismus - Heroinsucht - Jugend

15,50; 12,80 f. Stud. (Abo 12,80/11,-)

## Die gesellschaftliche Alternative: dezentral und basisdemokratisch\*

Die Argument-Autoren Eberhard Göbel und Beate Guthke rezensieren fünf Bücher aus der Taschenbuchreihe »fischer alternativ«. Sie versuchen, schweres Geschütz gegen die alternativ-Autoren aufzufahren. Letztere seien als Ideologen von oben anzusehen, die »bewußt Angebote zur ideologischen Integration der alternativen Bewegung produzieren« (Göbel/Guthke, 865). Dem Mitherausgeber des Buches »Oasen der Freiheit. Von der Schwierigkeit der Selbstbestimmung« wird gar die Meinung unterstellt, der Marxismus gehöre in die »Museumsschränke bloßer Theorie«. Nun weiß der Argument-Leser Bescheid, die alternativ-Autoren sind dekuviert ... Was aber steht wirklich in dem inkriminierten Text? Der Herausgeber plädiert nicht in Abgrenzung von, sondern im Rückgriff auf Marx für eine erneuerte Wissenschaftspraxis. Dabei knüpft er an die Marxsche Aufforderung an, man müsse den *versteinerten Verhältnissen* ihre eigene Melodie vorspielen, um sie zum Tanzen zu bringen. »Daß Marx eine auf *Praxis und Veränderung* drängende Wissenschaft mit einer Aufforderung zum Tanz vergleicht, trifft genau den Kern der Sache: Diese Wissenschaft muß verführerisch sein, das Leben steigern helfen und befreien statt es totzuschlagen und in die staubigen Museumsschränke bloßer Theorie zu sperren.« (Oasen, 6) Aus diesem Zitat geht doch hervor, daß der alternativ-Autor das genaue Gegenteil dessen intendiert, was die Argument-Autoren ihm vorwerfen wollen. Es geht darum, die Wissenschaft zu beleben, das Leben aus Museumsschränken zu befreien, statt es darin einzusperren. Sind die Argument-Autoren schon so verknöchert, daß sie diese Intention nicht mehr begreifen? Oder verdrehen sie Zitate mit Absicht, um eine auf diese Weise selbstkonstruierte Zielscheibe besser treffen zu können?

Handelt es sich bei den alternativ-Autoren tatsächlich um eine Branche der herrschenden Ideologieproduktion, die »von oben« eine Praxis des »kollektiven Privatismus« propagiert? Geht es diesen Autoren tatsächlich darum, den Zusammenhang zwischen der Veränderung des Subjekts und der Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu zerreißen (Göbel/Guthke, 869)? Das genaue Gegenteil steht doch in der Alternativ-Bewegung auf der Tagesordnung, nämlich: die in vielen Menschen zerrissene Verbindung zwischen der Veränderung des *Verhaltens* und der Veränderung der gesellschaftlichen *Verhältnisse herzustellen*, statt am guteingerichteten Schreibtisch im bürgerlichen bzw. »realsozialistischen« Heim den Seminarmarxismus bzw. staatsmonopolistischen Marxismus zu pflegen.

»Die gelebte Utopie ist immer auch eine Absage an die vorherrschenden Lebensformen der jeweiligen Epoche. Als gelebte Alternative ist sie die konstruktivste Form der Kritik an ihrer Zeit und damit ein auch unsere Anstrengungen herausforderndes Zeugnis für den innersten Zustand einer Gesellschaft, deren ... unterdrückte Möglich-

\* Replik auf E. Göbel/B. Guthke: Die tägliche Revolution in den Oasen der Freiheit — eine gesellschaftliche Alternative?, in: *Das Argument* 118, 865-870. U. Boehm trug seine Kritik an Göbel/Guthke auf einem Leser-Forum zur Umwelt-Politik vor, das er zusammen mit dem *Argument* und dem BdWi am 29.11.1979 in Bremen durchführte.

keiten solche Gruppen sichtbar machen helfen.« (Oasen, 8) Die Alternativbewegung wartet nicht mehr auf den »großen Abend«, an dem dereinst das Privateigentum an den Produktionsmitteln aufgehoben wird, um dann statt am Volkswagen-Fließband am »volkseigenen« Fließband weiterzuarbeiten, um dann auf der derartig entwickelten Basis der Produktivkräfte nach der »allseitig entwickelten sozialistischen Persönlichkeit« zu suchen. Teile der französischen Arbeiterbewegung haben diese Gedanken schon viel besser verstanden als die deutschen Gewerkschaften oder diejenigen deutschen Wissenschaftler, die sich als gewerkschaftlich orientiert bezeichnen. Die CFDT fragt: »Um sein eigenes Leben in die Hand zu nehmen, muß man da auf den 'großen Abend' warten? Die CFDT ist der Meinung, wenn wir nicht sofort anfangen, werden wir niemals anfangen.«

Selbstverständlich sind kleine, relativ autonome Kollektive immer in Gefahr, ins herrschende System integriert zu werden, von der gesellschaftlichen Umwelt sozusagen vergiftet zu werden oder so toleriert zu werden, wie der Herrscher seinen Hofnarr toleriert. Trotzdem wissen und erfahren diese Kollektive immer wieder in ihrer täglichen Praxis, daß die kapitalistische Gesellschaft ihre feindliche Umwelt ist. Je mehr sie sich von dieser Umwelt abschotten, desto mehr ziehen sie selbstverständlich den Vorwurf auf sich, sich in Oasen einrichten zu wollen. Auch mit diesem Vorwurf müssen diese Kollektive weiter leben und wachsen. Dennoch sehe ich in vielen (nicht allen) der 50000 Bürgerinitiativen, in ungezählten Wohngemeinschaften, Kooperativen, Kommunen, in selbstverwalteten Betrieben eine politische Gegenkultur heranreifen, die Millionen Sicherungen der Humanität verstärkt, Sicherungen gegen Auschwitz, Gulag oder Kambodscha. Hier und jetzt versucht die Alternativbewegung Schritte zur Wiedergewinnung der Humanität. »Nicht die 'response' einiger weniger Einsichtiger kann die inzwischen weltweit verbreitete Zivilisation der Verschwendung und der Rücksichtslosigkeit vor dem Untergang bewahren, sondern nur eine Veränderung der Wünsche von Milliarden Menschen«, schreibt Robert Jungk in der von den Argument-Autoren kritisierten alternativ-Reihe. »Veränderung der Wünsche von Milliarden Menschen« — ein sehr gefährliches Wort, wenn es autoritär interpretiert wird von Autoritäten wie Gruhl oder Harich, die — trotz aller Differenzen in den weltanschaulichen Grundlagen — für die Massen Entziehungskuren mit staatlichem Zwangsapparat durchsetzen wollen. »Veränderung der Wünsche von Milliarden Menschen« — ein richtiges Wort, wenn es dezentral und basisdemokratisch interpretiert wird, wenn viele kleine Kollektive eine praktische Alternative zu den durch Konkurrenz und Warenfetischismus deformierten Wünschen vieler Menschen leben und vorleben. Zur Verbreitung der Alternativen bedarf es eines Netzwerks gegenseitiger praktischer Hilfe, aber auch der Autoren, die Erfahrungen aus der dezentralen Praxis aufnehmen und weitertragen, um Anregungen und Orientierungshilfen für Menschen zu geben, die nach Möglichkeiten einer verändernden Praxis suchen, zum anderen auch Orientierungshilfen für Kollektive, die sich in ihrem alternativen Leben soweit von politischen Zusammenhängen entfernt haben, daß von ihnen kein Veränderungsimpuls mehr ausgeht. Gerade diese Kollektive aber sind von orthodoxen antikapitalistischen Weisheiten nicht mehr erreichbar; denn sie haben längst erfahren, daß die privat-kapitalistische Monopolisierung der Ressourcen im Gegensatz zu ihren Wünschen steht. Sie — und auch viele Autoren der Alternativbewegung — sehen keinen Fortschritt mehr darin, das antimonopolistische Bekenntnis ständig zu wiederholen oder gar, es durch ein staatsmonopolistisches zu ersetzen. Die

von den Argument-Autoren geforderte »wissenschaftliche Analyse der in den gesellschaftlichen Verhältnissen wurzelnden Selbstverwirklichungsschranken« ist längst geleistet, und zwar nicht nur für die kapitalistische, sondern auch für die osteuropäischen Gesellschaften. Selbstverständlich stimme ich den Argument-Autoren zu, »daß die Entfaltung der Subjektivität nicht abgekoppelt von der gesellschaftlichen Umwelt realisiert werden kann, sondern dort ansetzen muß, wo die Menschen gemeinschaftlich ihre sozialen und natürlichen Lebensbedingungen bewußt verändern« (Göbel/(Guthke, 869). Aber wo tun sie das? Hier in der Universität? Im Parlament? Im Parteiapparat? In der Gewerkschaftsbürokratie? Jedenfalls in kleinen Kollektiven, außerhalb, aber auch innerhalb der erwähnten Institutionen, dagegen nicht durch Eroberung der Macht, die es ihnen dann erlaubt, nicht nur ihre eigenen Lebensbedingungen zu verändern, sondern die anderer Menschen: Schnell ist dann die Stufe der Machtausübung erreicht, auf der die *Mittel* die *Ziele* korrumpieren. Deshalb kann *gemeinschaftlich* und *bewußt* für mich nur heißen: *dezentral* und *basisdemokratisch*!

ARGUMENT  
STUDIEN-  
HEFTE SH  
April 1980

Emanzipation der Frau  
Sexualität und Herrschaft  
SH 36 128 S. 8,00 DM  
Projekt Automation und Qualifikation:  
Theorien über Automationsarbeit II  
SH 37 128 S. 8,00 DM  
D. Henkel/D. Roer: Sozialepidemiologie  
psychischer Störungen  
SH 38 48 S. 4,00 DM  
Helmut Gollwitzer: Christentum/  
Demokratie/Sozialismus (I)  
SH 39 96 S. 7,00 DM



Ziele, Formen und Aussichten  
der Studentenopposition.  
Studentenbewegung und bürgerliche  
Öffentlichkeit. Entstehung des MSB  
Spartakus. Entwicklung des »Argument«.  
SH 30 5,00 DM



Ursula Rütten

## Vereinigte Arbeit und kollektive Politik in Jugoslawien

Jugoslawien hat schon seit langem einen Stammplatz in der politischen Literatur und den Kommentarspalten der westlichen Medien. Hatte es doch vor gut 30 Jahren eine — nicht zuletzt für uns tastende Demokraten in der Bundesrepublik — reizvolle Konsequenz aus jenem Bruch mit dem Ostblock gezogen, nämlich Abkehr vom erstarrten Dogma des »realen Sozialismus« und Offenheit für eine spezifische politische und gesellschaftliche Identität. Bleibt man beim Maßnehmen am spitzen Bleistift westlicher Publizisten, so hat es mehr und mehr den Anschein, als ob bei diesen der Popularitätskurs des jugoslawischen Selbstverwaltungssozialismus ähnlich inflationäre Tendenzen aufweist wie der Kurs des jugoslawischen Dinar. Der Jahre überdauernde Vertrauens- kredit auf das jugoslawische Modell eines demokratischen Sozialismus scheint zu schrumpfen.<sup>1</sup> Nicht selten sind Kassandrarufer zu vernehmen, die den Abtritt von Staats- und Parteichef Tito von der politischen Bühne seines Landes mit einem Staatsbankrott gleichsetzen.

Dabei hat sich in jüngster Zeit wahrnehmbar das Bemühen führender jugoslawischer Kreise verdichtet, das Schwergewicht demokratischer und stabilitätsorientierter Errungenschaften des Landes auf die Haben-Seite seines gesellschaftspolitischen Kontos zu verlagern. Signifikante Merkmale dieser Bestrebungen:

- das Gesetz über die vereinigte Arbeit (1976)
- kollektive politische Führung
- Edvard Kardeljs Thesen über den »Pluralismus der Selbstverwaltungsinteressen« (als Komponente richtungsweisender gesellschaftspolitischer Grundsätze auf dem 11. Bundeskongreß des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens [BdKJ] im Juni 1978).

### Gesellschaftliche Selbstverwaltung — Fortsetzung der Revolution mit anderen Mitteln

Den jugoslawischen Selbstverwaltungs-Sozialismus auf den Begriff zu bringen setzt zunächst voraus, ihn nicht als Modell für andere Länder zu plakatieren. Die Selbstverwaltung in Jugoslawien hat eine eigene Geschichte und ein eigenes Selbstverständnis von gesellschaftlichen Zielen und Mitteln. Die jugoslawische Gesellschaft ist geprägt durch einen kaum übertragbaren intranationalen Interessenpluralismus. Hier ist Selbstverwaltung — nach dem Volksbefreiungskampf von 1941 bis 1945 — ein weiteres Kapitel einer sozialistischen Revolution; der Entwicklungsprozeß in Richtung einer Lebensgemeinschaft freier, sich selbst bestimmender Menschen ohne staatliches Reglement.

Im besonderen bedeutet jugoslawischer Selbstverwaltungssozialismus ein Kommunikationssystem. Die bloße Reduktion auf das ökonomische Umfeld einer innerbetrieblichen Selbstverwaltung wäre ebenso unzulänglich wie es der Versuch ist, vom bürgerlich-kapitalistischen Vorverständnis eines Mitbestimmungsmodells ausgehend konvergenztheoretische Bande mit dem jugoslawischen System knüpfen zu wollen.<sup>2</sup> Die Forderung nach Mitbestimmung ist in der Tat in erster Linie eine innerbetriebliche Angelegenheit. Ihre Wirkungsweise beruht auf Zusammenarbeit und Partnerschaft der Produzenten auf der einen und der Kapitaleigentümer auf der anderen Seite. Die Problematik divergierender Klasseninteressen bleibt ebenso ausgeklammert wie deren Neubestimmung (einer »erweiterten Arbeiterklasse«).

Die Selbstverwaltung setzt dagegen die Vergesellschaftung des Eigentums an Produktionsmitteln voraus. Sie umfaßt in Jugoslawien alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens: Selbstverwaltung der Produzenten wie der Konsumenten, der Hausfrauen wie der Rentner, der Schüler, der Künstler, der Bauern, des Gesundheitswesens usw. Es geht hier nicht mehr nur um die bloße Beteiligung an der Lenkung von (Industrie-)Unternehmen. Es geht im Kern um eine größtmögliche Verflechtung aller gesellschaftlicher Entscheidungssphären. Gesellschaftliche Praxis in Jugoslawien heißt Kooperation und Wettbewerb einer Vielzahl von organisierten Interessengruppen, von der Idee her unseren Bürgerinitiativen nicht unähnlich, in der Realität jedoch verfassungsmäßiger Bestandteil einer Rätedemokratie. Das Organisationsschema dieses Systems umfaßt folgende institutionelle Ebenen:

- die (Grund-)Organisationen der vereinigten Arbeit (OOUR)
- die Selbstverwaltungsinteressengemeinschaft (SIZ)
- die Ortsgemeinschaften
- die gesellschaftspolitischen Organisationen (BdKJ, Sozialistischer Bund der Werktätigen Jugoslawiens, Gewerkschaften usw.)

Diese Basisorganisationen bilden den direkten Unterbau für das Versammlungs- und Delegiertensystem auf kommunaler, föderativer und Bundesebene.

*Die Grundorganisationen der Vereinigten Arbeit (OOUR):* Die Verbindung der Idee des Sozialismus mit der Selbstorganisation der Arbeiterklasse führte in Jugoslawien zur Vergesellschaftung des Eigentums. Das Ziel war, daß jedes Individuum an jedem Arbeitsplatz und in jedem Produktionssektor immer unvermittelter über seine Arbeit, über die Verteilung des Mehrprodukts und dessen Einsatz entscheidet. Die institutionelle Konsequenz dieses Selbstverwaltungsanspruchs waren die OOUR. In diesen Arbeitsorganisationen können die Arbeiter über drei grundlegende Elemente des Produktionsprozesses und der gesellschaftlichen Reproduktion entscheiden (nicht nur die Entscheidung beeinflussen!): die Arbeitsbedingungen, die Produktionsmittel und die Resultate der Arbeit, die sie entweder mit anderen OOUR innerhalb eines Unternehmens oder auf dem Markt<sup>3</sup> austauschen (vereinigte Arbeit). Ein weiterer Aspekt der »vereinigten Arbeit« ist die Planung — von unten nach oben —, die sich auf dem Weg über gesellschaftliche Absprachen und Vereinbarungen vollzieht; der Plan im Selbstverständnis der jugoslawischen Selbstverwalter: »vor allem ein Instrument zur Regelung sozialer Beziehungen und erst in zweiter Linie ein Mittel im Kampf um höhere Produktivität«<sup>4</sup> — Das Gesetz über die vereinigte Arbeit zielt darauf ab, jeden Produzenten am wirtschaftlichen Gewinn ebenso wie am finanziellen Risiko auf dem Markt zu beteiligen. Es soll damit jedweder einseitige Gewinn, jegliches einseitige Profitstreben bei geschäftlichen Transaktionen verhindert werden, also auch dem »intellektuellen Arbeiter« die Möglichkeit einer Gewinnbeteiligung eingeräumt werden.

*Die Interessengemeinschaften:* Für den freien Austausch der Arbeit sehen die gesetzlichen Bestimmungen in Jugoslawien freiwillige Vereinbarungen zwischen den Produktions- und den Dienstleistungsunternehmen vor. Zu deutsch: statt daß »Lohnarbeiter« Steuern an »den Staat« abführen ohne weiter verfolgen zu können, wofür und wie ökonomisch diese Mittel im einzelnen verwendet worden sind, gründen die Angehörigen beider Gruppen sogenannte SIZ. Das sind Arbeitsgemeinschaften, die vornehmlich im tertiären Sektor in Aktion treten. In diesen Dienstleistungsbereichen sollen weitmöglichst staatliche und technokratische Vermittler ausgeschaltet werden. Statt

dessen stimmen die Arbeiter aus der materiellen Produktion (unmittelbar oder über Delegierte aus den OOUR) zusammen mit den wissenschaftlichen, Kultur- und Verwaltungsarbeitern Kosten und Qualität der gewünschten Dienstleistungen und materiellen Gegenleistungen ab. Die Konsequenz: die historische Teilung in »Arbeiter« und »Angestellte« ist aufgehoben. Die Nutznießer können z. B. die Höhe ihres Krankenversicherungsbeitrags oder die Standortwahl für ein medizinisches Diagnosezentrum mit beeinflussen; sie haben die Möglichkeit, über die personelle Erweiterung oder die Gestaltung des Spielplans eines Theaters mitzubefinden. Andererseits sind nicht zuletzt auch die »Kulturarbeit« gehalten, ihre Arbeit an den (artikulierten) Bedürfnissen der Basis zu orientieren.

*Die Ortsgemeinschaften:* Verfassung der SFRJ, 1974, Artikel 114:

»In der Ortsgemeinschaft beschließen die Werktätigen und Bürger über die Verwirklichung ihrer gemeinsamen Interessen und die solidarische Befriedigung gemeinsamer Bedürfnisse folgender Bereiche: Die Gestaltung von Siedlungen, Wohnungsangelegenheiten, kommunale Angelegenheiten, Kinder- und Sozialschutz, Bildungswesen, Kultur, Körperkultur, Verbraucherschutz, Schutz und Förderung der Umwelt des Menschen, Volksverteidigung, gesellschaftlicher Selbstschutz sowie sonstiger Lebens- und Arbeitsbereiche.

Zur Verwirklichung ihrer gemeinsamen Interessen und Bedürfnisse verbinden sich die in der Ortsgemeinschaft organisierten Werktätigen und Bürger durch Selbstverwaltungsabkommen und in anderer Weise mit Organisationen vereiniger Arbeit, selbstverwalteten Interessengemeinschaften und sonstigen selbstverwalteten Organisationen und Gemeinschaften innerhalb und außerhalb des Gebietes der Ortsgemeinschaft...«.

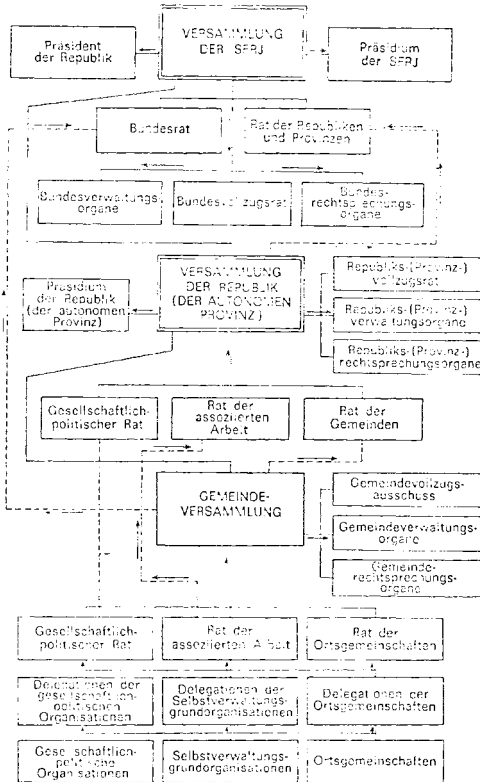
In besonderen Konfliktfällen kann die Gemeindeversammlung ein Referendum beschreiben, dessen Ergebnis dann bindend für die gesamte Gemeinde ist. Geht es um Geld — und das ist meistens der Fall —, so können die stimmberechtigten Bürger aufgrund eines absoluten Mehrheitsbeschlusses der Gemeindeversammlung für das gewünschte Projekt zur Kasse gebeten werden; ihre persönlichen Abgaben dürfen jedoch 7 % ihres Nettoeinkommens nicht überschreiten.

*Das Delegierten- und Versammlungssystem:* Damit die Selbstverwaltung ein umfassendes System der sozialistischen Beziehungen in der Gesellschaft wird, erachtete man Vertretungsorgane als notwendig, die unmittelbar aus der Basis bzw. deren Selbstverwaltungsinstitutionen hervorgehen. Aus dieser Überlegung heraus hat sich ein parlamentarisches Schema entwickelt, das sich wesentlich vom klassischen politischen Vertretungssystem unterscheidet: die Basisorganisationen der Werktätigen (OOUR), die Ortsgemeinschaften und gesellschaftspolitischen Organisationen wählen direkt und in geheimer Abstimmung nach einem vertikalen Stufenprinzip (von der Kommune über Teilrepubliken bzw. Provinzen bis hin zum Bund) ihre überregionalen politischen Vertretungskörperschaften: Räte und Versammlungen (s. Schaubild). Die Aufstellung der Kandidaten ist nach der neuen Verfassung so geregelt, daß die unmittelbare Beteiligung der Arbeiter aus der materiellen Produktion vorherrscht. Bei den letzten Wahlen 1978 wurden 2,5 Millionen Kandidaten registriert; das sind 12 % der Gesamtbevölkerung. Mehr als 1 Million wurden in die knapp 100.000 Delegationen gewählt. Die Delegierten werden für 4 Jahre gewählt und sind jederzeit aberufbar bzw. auswechselbar. Sie sind jedoch nicht auf ein imperatives Mandat festgelegt.

*Das Prinzip: bloß keine politische Professionalisierung — Ämterrotation.* Das Prinzip: größtmögliche direkt-demokratische Spontaneität und Fluktuation, wie sie das Delegiertensystem garantieren soll, spiegelt sich auch auf höchster politischer Ebene wider. Es geht darum, die Führungspositionen in den Staats- und Parteigremien nach dem

*Struktur des Versammlungssystems in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (SFRJ) und Konstituierungsweise der Versammlungen*

**Struktur des Versammlungssystems in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (SFRJ) und Konstituierungsweise der Versammlungen**



aus: Zecević, Miodrag: Das Delegiertensystem. Belgrad 1977.

Vorbild des 9-köpfigen Staatspräsidiums nur *ein* Jahr lang derselben Person zu übertragen statt bisher vier Jahre. Dies um allen durchaus kalkulierbaren partikularistischen Verkrustungen vorzubeugen. Kollektive Führung soll bewirken, daß über bedeutende Fragen nicht ein Ressortbeauftragter allein, sondern eben alle von der Basis gewählten Gremienmitglieder entscheiden und daß umgekehrt jedes in der Öffentlichkeit auftretende Präsidiumsmitglied die Meinung des Kollektivs vertritt. Das Rotationsprinzip soll gewissermaßen ein Korrelat zur kollektiven Führung darstellen: weil die Führung auf mehrere Individuen verteilt ist, sollte der Vorsitz im Führungsorgan wechseln, um allen — in der Praxis auch vorhandenen — unterschiedlichen politischen Charakteren in gleicher Verteilung Geltung zu verschaffen. Als erster Schritt wurde dann auch im Oktober 1978 wie beim Vizepräsidenten des Staatspräsidiums (Staats-Präsident

und Parteivorsitzender ist Tito auf Lebenszeit) ein stellvertretender Parteivorsitzender auf ein Jahr bestellt, wobei in einem 8-Jahresturnus jeweils eine der sechs Teilrepubliken und der zwei autonomen Provinzen den BdkJ-Präsidiumsvorsitzenden stellen. Hinter dieser geradezu auf Hektik angelegten Ämterrotation steckt offensichtlich das Anliegen der führenden Staatsmänner, zu verhindern, daß nach dem Tod des 86-jährigen Staats- und Parteichefs Tito die Macht in die Hände eines Alleinherrschers oder einer dominanten ideologischen Strömung gelangt bzw. daß eine allzu stark gewordene nationale oder ideologische Fraktion die Interessen anderer torpediert, was tatsächlich den Keim des politischen Zusammenbruchs in sich trüge.

### **Pluralismus der Selbstverwaltungsinteressen und der BdkJ**

»In einer wirklich sozialistischen Entwicklung verliert die Partei die Eigenschaften einer klassischen Partei, da sie die Privilegien der staatlichen und gesellschaftlichen Verwaltung nicht von den Volksmassen auf die politische Spitze überträgt' (Kardelj), sondern die Aufgabe hat, die Werktätigen auf eine erfolgreiche Leitung jener Funktionen vorzubereiten, welche zuvor ein staatliches Monopol waren« (Vranicki, P.: Geschichte des Marxismus, Frankfurt 1974, II, S.1041).

Daß Aussagen wie diese nicht schon von vornherein in den Verdacht geraten, als rituelle verbal-revolutionäre Beschwörungsformel im Sprüchearsenal der Parteizentralen unerhört zu verstauben, dafür sind die kommunistischen Bundesgenossen Jugoslawiens 1978 (formell auf ihrem 11. Bundeskongreß) mit einem brisanten Grundsatzprogramm an die Öffentlichkeit getreten, gestützt auf Thesen ihres kürzlich verstorbenen Cheftheoretikers Edvard Kardelj über »Entwicklungsrichtungen des politischen Systems der sozialistischen Selbstverwaltung« (»Pravci razvoja političkog sistema socijalističkog samoupravljanja«, Belgrad 1977).

Zwei Begriffe, die Kardelj mit seinen Vorstellungen vom Prototyp einer gesellschaftlichen Selbstverwaltung verbindet, sind besonders markant: »spontane Initiative der Bürger« und »Pluralismus der Selbstverwaltungsinteressen«, also autonome Willensbildung von unten nach oben und Meinungsvielfalt. Sollten Interessenkonflikte auftreten, müsse der Bund der Kommunisten bereit sein zum Nachgeben und zu Kompromissen. Wenn diese Partei auch den größten politischen Weitblick im Vergleich zu den Massen habe, müsse sie dennoch bereit sein

»zur Korrektur ihrer Standpunkte, wenn die Praxis dies dementiert oder das allgemeine Bewußtsein diese noch nicht akzeptiert« ... »Die Selbstverwaltungsdemokratie ist kein auf idealer Harmonie beruhendes System, sondern im Gegenteil, es ist ein System, das auf dem Kampf von Ansichten und auf der Kritik an der Praxis beruht, oft auch auf direkter Konfrontation von partiellen Interessen, wo die Entscheidung mit Stimmenmehrheit, nicht durch Gesellschaftsvereinbarung oder Selbstverwaltungsabkommen gefaßt werden muß ... Wenn wir vom Pluralismus der Interessenkomplexe reden, dann denken wir offensichtlich nicht nur an die Institutionen der Selbstverwaltungsinteressengemeinschaften, sondern an alle Interessentarten, die in der sozialistischen Selbstverwaltungsgesellschaft zum Ausdruck kommen.« (Kardelj, a. a. O., S.185, 95)

Der BdkJ tritt in Jugoslawien nach wie vor mit dem Anspruch auf, die führende gesellschaftliche Kraft zu sein — entsprechend seinem Selbstverständnis als historisch legitimierter Schule der Nation. Ob die soeben zitierten Postulate lediglich seine eigentliche Funktion kaschieren sollen, nämlich die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Prozesse im Land weitgehend zu kontrollieren und in Wahrheit dem Interessenpluralismus und der Subjektivität außerhalb der protektionistischen Schranken der etablierten

gesellschaftspolitischen Organisationen alle Entfaltungschancen zu nehmen, dafür gibt es ebenso Anhaltspunkte wie für die Behauptung, daß der BdKJ angesichts des noch immer andauernden gesellschaftlichen Wandlungsprozesses in Jugoslawien als integrierender Faktor im Kräftespiel »kompensatorischer und emanzipatorischer Interessen« (Bahro) unentbehrlich ist.

Es ist jedenfalls nicht wegzudeuten, daß die jugoslawische Verfassung die Norm autonomer Planung und Lenkung der Gesellschaft durch die unmittelbaren Produzenten festgeschrieben hat; die Perspektive: eine progressive Zellteilung der politischen Macht. Das Gebot der gesellschaftlichen Praxis in Jugoslawien hat einmal der Revolutionsveteran Tiro auf den Nenner gebracht: »Die Mittel, eine Gesellschaft zu wandeln, wandeln sich selber stetig; es kommt darauf an, die Ziele stets der Wirklichkeit anzupassen«.

Mögen sich die Vorsätze und Weisheiten jenes Altrevolutionärs noch so gut anhören, in der Gesellschaftswirklichkeit zählen die realpolitischen Widerhaken. Ein signifikantes Segment dieses Problemkreises ist sicherlich das Funktionieren der Wirtschaft und ihre sozialen Dimensionen. Im allgemeinen und mit Blick in die Zukunft ist ein Auseinanderleben der Teilrepubliken nicht auszuschließen, je mehr sie in der Lage sind, wirtschaftlich auf eigenen Füßen zu stehen (Kroaten forderten sogar eigene Streitkräfte). Die Wirtschaftsentwicklung Sloweniens und Kroatiens vollzieht sich ungleich schneller als jene Mazedoniens, Montenegros oder des Kosovo. Trotz der von der Belgrader Bundeszentrale gesteuerten Subventions- und Investitionsauflagen der reichen zugunsten der ärmeren Teilrepubliken wächst das soziale Gefälle von Norden nach Süden stetig. — So ist denn auch ein vorrangiges innenpolitisches Ziel die Stabilisierung der Wirtschaft und ein wirtschaftlicher Interessenausgleich: Kampf gegen die Inflation und Arbeitslosigkeit, Verbesserung der Außenhandelsbilanz und Steigerung der Arbeitsproduktivität.

Jüngste Abhilfemaßnahmen der jugoslawischen Selbstverwalter:

- ein gesellschaftliches Abkommen zwischen den Kommunen und Teilrepubliken über eine bundesweite — befristete — Festsetzung von Höchstpreisen für alle Waren und Dienstleistungen, begleitet von erschwerten Bedingungen für Käuferkredite; erst partiell wirksam: bei Preis- und Tarifierhöhungen Anhebung der persönlichen Einkommen (gegenwärtig erwägt der Bundesvollzugsrat die Bildung eines überregionalen Rates zur Preisüberwachung);
- Begünstigung der Entwicklung kleinerer Handwerksbetriebe, vor allem mit Blick auf die Wiedereingliederung der Auslandsrückkehrer, die Ersparnisse in Kleinbetriebe und Dienstleistungsunternehmen investieren wollen;
- BdKJ-ZK-Beschluß »Über aktuelle ideologisch-politische Fragen im Zusammenhang mit der Einkommensverteilung«<sup>5</sup>; Abschaffung produktions- bzw. branchenspezifischer Monopole einzelner OOUR zugunsten erweiterter (abhängiger!) Arbeitsteilung und Interaktion der Arbeitsgemeinschaften in der Produktions- und Einkommensplanung;
- Verteilung der persönlichen Einkommen nur nach Maßgabe der Arbeitsleistungen; Prämienzahlungen als zusätzliches Leistungsstimulans.

Die ökonomischen Probleme Jugoslawiens können sicher nicht von vornherein auf Unzulänglichkeiten in der Selbstverwaltungspraxis zurückgeführt werden: die schwankende Entwicklung von Produktion, Konsum, Angebot und Nachfrage, von Preisen und Investitionen, erhöhte Zolltarife für Importwaren, unzureichende industrielle In-

frastruktur, die Ölpreiserhöhung, das alles zusammengenommen erschwerte den Anschluß Jugoslawiens an den internationalen Markt. — Was das Selbstverwaltungssystem bzw. das Prinzip der vereinigten Arbeit unter diesem Aspekt in erster Linie als Schritt in die richtige Richtung hervorkehrt ist die dezentralisierte Planung, entsprechend der pluralistischen Verfassungswirklichkeit eines föderativen Vielvölkerstaats. Daß dabei noch nicht alles so funktioniert, wie sich das die Ideologen des Systems wünschen (»Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Leistungen«), darf nicht von der Tatsache ablenken, daß diese Form der sozio-ökonomischen Selbstbestimmung noch am ehesten die richtige Proportion bei der Abstimmung mikro- und makroökonomischer Ansprüche und Sachzwänge gewährleistet.

### **Dilemmata: Revolutionärer Impetus oder gebrochene Ideologie?**

Hatte die Wirtschaftsreform von 1965 einerseits die Insritualisierung der sozialistischen Marktwirtschaft festgeschrieben mit den hervorstechenden Attributen: grünes Licht für in- und ausländische Unternehmen auf dem Devisenmarkt (ohne staatliche Zwangsmittel) und Öffnung der Grenzen für Ausländer und Einheimische, so implizierte sie andererseits den Keim einer Verwerfung im Klassenbewußtsein und revolutionären Engagement der arbeitenden Bevölkerung. Leistungsfähigkeit und Produktivität der Fabriken und Unternehmen sollten fortan neue Bewertungsmaßstäbe erhalten: nicht mehr die starre, per Akklamation in den Arbeiterräten definierte Plannorm nach Stückzahl und Tonnen, sondern eher marktwirtschaftliche, gewinnorientierte Kriterien zählten; nicht mehr die Wertschöpfung, das Produkt, sondern der auf dem Markt erzielte Preis, der Absatzerfolg, wurden zum entscheidenden Schlüssel für die Bewertung der Arbeitskraft. In den Blickpunkt der Öffentlichkeit drängten mehr und mehr Betriebsmanager und PR-Fachleute — Technokraten und Bürokraten, wie sie auch die offizielle Kritik als Wurzel allen kontrarevolutionären Übels anprangert. Wurden moderne, international wettbewerbsfähige Technologie und modernes Marketing zum betriebs- und volkswirtschaftlichen Tagesthema Nr. 1, so hatte dies zur Folge, daß die Arbeiterräte zunehmend weniger den Argumenten der Spezialisten in der Betriebsspitze Alternativlösungen entgegenzusetzen vermochten. So nahm der Einfluß dieser Experten ständig zu. — »Die Fabriken den Arbeitern«? Die geforderte Entscheidungsfindung von unten nach oben schien und scheint das System der Selbstverwaltung zumindest auf betrieblicher Ebene in sein Gegenteil zu verkehren. Der Effekt: viele Arbeiter verirken ihre faktischen Mitbestimmungsrechte und resignieren vor Expertisen. Was ihnen bleibt ist vielfach der Rückzug aufs Private, (Arbeits-)Kämpfe um mehr persönliches Einkommen, um Wohlstandsattribute; Konsumhedonismus als Antwort auf versagte Identifikation mit einem (heute) mehr ideologisch überhöhten »volkseigenen Betrieb«. Andererseits tendieren diejenigen zur Verselbständigung, die über das geforderte (technokratische) Know how verfügen. Das auf den Kopf gestellte Bild der Wirklichkeit: die Unterrepräsentation der Masse der unmittelbaren Produzenten in den normativ für sie vorgesehenen Organen wird aufgefangen durch eine zunehmend oligarchische (meritokratische) Macht- und Einflußstruktur in den Arbeitsorganisationen.<sup>6</sup>

Die Ideologen des Selbstverwaltungssystems sehen das Delegierten- und Versammlungssystem als eine Einrichtung, in der jeder wahlberechtigte Bürger (ab 18 Jahre) zur aktiven Mitgestaltung seiner Umwelt aufgerufen ist. Kritisch sei hinzugefügt: ... jedoch nur in einem genau abgegrenzten Bereich, den ihm die Verfassung aufgrund seiner so-

zialen Rolle, seiner Funktion in der Gesellschaft, seines Wohnsitzes usw. zuweist. In diesem klar definierten sozialen Netzwerk habe jeder die Möglichkeit, an begrenzt wirksamen Entscheidungen teilzunehmen. Im Endeffekt gehen also entsprechend fraktionierte — exemplarische — Meinungen in die übergreifende normative gesellschaftliche Entscheidungsfindung ein, vor allem dann, wenn der BdKJ als Moderator dieser direkt-demokratischen Prozesse seinen Segen erteilt hat.

Beharrt er auch nicht dogmatisch auf einem Unfehlbarkeitsdogma, so grenzt er jedoch sehr dezidiert die Zonen ab, innerhalb derer die Interessengegensätze der Individuen auszutragen sind. In diesem Sinn gewähren die jugoslawischen Kommunisten Meinungs- und Interessenpluralismus, und in diesem Sinn müssen wohl auch Parlamentswahlen verstanden werden. Eine vertikale Weiterentwicklung der Meinungen (auf der Ebene der delegierten Volksvertreter) ist schwierig, denn die Delegationen haben unmittelbar praktische und keine theoretischen Probleme zu lösen. Schließlich müssen die Selbstverwaltungs-Interessen im Einklang mit den Möglichkeiten stehen; sie dürfen also weder die wirtschaftliche noch die politische Stabilität erschüttern. In Folge dessen werden sie also letztlich dem Primat der Staats- und Parteiraison untergeordnet.

Es stellt sich die Frage, ob das jugoslawische Rätssystem eher eine breite Streuung der Macht oder eine Konzentration der Parteikontrolle darstellt. Die Antwort fällt nicht leicht. Einerseits erhält tatsächlich eine breite Schicht der Bürger die Möglichkeit, Entscheidungen mitzufällen (BdKJ-Mitgliedschaft 1979: 1.775.000, entsprechend 8 % der Gesamtbevölkerung, Frauen 23 %, Jugendliche bis 27 Jahre 35 %, Durchschnittsalter 35,9 Jahre). Sie bleiben zu mehr als 90 % Amateurpolitiker und behalten ihre Arbeitsplätze. Nicht nur die Arbeiterrats-, sondern auch die Delegiertensitzungen fallen in die Arbeitszeit, was von Fall zu Fall ein zusätzliches Stimulans für politische Betätigung sein dürfte. Die Parteiaktivisten müssen überdies viel mehr Überzeugungsarbeit leisten, um auch Nichtmitglieder auf ihre Linie einzuschwören. Gelingt dies den Funktionären nicht, so sind die Beschlüsse der Arbeiter- und Bürgerräte bindend. Andererseits legte das Bestreben der gesellschaftspolitischen Avantgarde, die verschiedenen Nationalitäten des Landes auf einen einheitlichen *jugoslawischen* Werte- und Normenkonsens zu dirigieren, die Aufwertung des Kollektivs nahe; dies auf Kosten der gesellschaftlichen Anerkennung von Einzelinitiativen außerhalb der Selbstverwaltungsinstitutionen.

Beobachtungen aus kritischer Distanz ergeben: Der hohe revolutionäre Anspruch, dem die Jugoslawen mit ihrem Wahlsystem als einem Merkmal einer Gesellschaft »freier assoziativer Persönlichkeiten« gerecht werden wollen, steht offenbar im Widerspruch zu der Unlust vieler Arbeiter, ihre Basisorganisationen neben einem Austragungsort materieller Probleme auch als Schulungsstätte für einen politisch mündigen Bürger begreifen zu wollen; ebenso auffallend ist das vielfach geringe Engagement der Intellektuellen, sich zumindest für die humanistischen Intentionen einzusetzen, die dem System zugrundeliegen, und dieses nach außen hin zu verteidigen. Wenn also eingangs die Rede war von einem abnehmenden Vertrauen in den jugoslawischen Selbstverwaltungssozialismus, so dürften hierin — in der noch vorhandenen Schere zwischen Sein, konzipiertem Sein und Bewußtsein vor dem Hintergrund eines anhaltenden sozialen Wandels in Jugoslawien die tieferen Ursachen zu suchen sein. Ein Phänomen, das die Kritik leichter macht als den Glauben an dessen baldige und rechtzeitige Überwindung.



## Das Jugoslawische Selbstverwaltungssystem

### — Modell für den internationalen Sozialismus?

Auf diese Frage kann man nur mit einerseits ..., andererseits antworten.

Nämlich einerseits sind sich die Jugoslawen darin einig, daß jegliche gesellschaftliche Entwicklung einen spezifisch nationalen Charakter hat, der nicht auf die gesellschaftlichen Bedingungen anderer Länder übertragen werden kann und auch nicht sollte. Jugoslawiens Beitrag zur internationalen Entwicklung des Sozialismus beschränkt sich denn auch auf gezielte — parteiliche — diplomatische Ambitionen, parteilich wegen der klaren Absage an jegliche imperialistische und hegemonistische Großmachtspolitik und der aktiven Unterstützung der (blockfreien) Länder der 3. Welt.<sup>7</sup> Andererseits stellt sich die Frage nach den Möglichkeiten und der Bereitschaft anderer (sozialistischer) Länder, das eine oder andere Organisationsschema der Jugoslawen für sich zu entlehnen.

- Sozialdemokratisch regierte, kapitalistische Länder bauen zunächst auf Mitbestimmung in den Unternehmen. Um mehr zu erreichen, brauchen sie — im Mehrparteiensystem — das Votum der Wählermehrheit.
- Kommunistische Parteien in den Industriestaaten Westeuropas haben seit einigen Jahren die innerbetriebliche Selbstverwaltung favorisiert. Um mehr zu erreichen, brauchen sie — im Mehrparteiensystem — ebenfalls das Votum der Wählermehrheit, zumindest aber die Partizipation an der Regierung (Italien).
- Auch Ostblockländer gehen zunehmend davon ab, die Selbstverwaltung als Ausgeburt des Anarchosyndikalismus zu verteufeln; auch sie haben den Werktätigen Mitspracherechte im Arbeitsprozeß eingeräumt, allerdings nur über »ratgebende Kontrollkörperschaften« und nicht als entscheidungsbefugte Selbstverwaltungsorgane.<sup>8</sup>
- Entwicklungsländer haben unter den jetzigen ökonomischen und politischen Machtverhältnissen die geringste Chance, eine Gesellschaft »freier, assoziativer Persönlichkeiten« zu etablieren:
  1. mangelt es vielen von ihnen - im Inneren - am notwendigen politischen Konsens (verfassungsmäßige politische Institutionen, pluralistische politische Kontrolle);
  2. hat sich in vielen von ihnen noch nicht der Weg zu einer Überwindung der Klassenwidersprüche abgezeichnet (Selbstverwaltungsdemokratie ist keine »Überklassendemokratie«, keine »abstrakte allgemeine Freiheit«, mit deren Hilfe reale Konflikte beseitigt werden könnten, Kardelj, a.a.O., S.82);
  3. erschweren infrastrukturelle Unzulänglichkeiten eine autonome, rationelle und effektive Arbeitsteilung; und solange schließlich
  4. die Wirtschaftskraft eines Landes und dessen politischer, sozialer und kultureller Überbau auf Gedeih und Verderb von der einen oder anderen Großmacht und multinationalen Konzernen abhängt, ist ein dezentralisiertes Selbstverwaltungs-, Planungs- und Absprachensystem nicht zu verwirklichen.

### Anmerkungen

- 1 Siehe z.B.: Reißmüller, G.: »Langsam dreht sich das Riesenrad«, FAZ, 21.1.78; Meier, V.E.: »Bei 'Selbstverwaltung' beginnen Jugoslawen zu lachen«, FAZ, 11.1.79.
- 2 Vgl. Bucerius, G.: »Freie Marxwirtschaft«, Die Zeit, 37. 1978, Dossier, S.25.

- 3 Der Markt ist nach Maßgabe des Gesetzes der Ort, an dem die Leistungen aller Arbeiter in einem Wettbewerb gemessen werden, also nicht nur derjenigen, die mit ihren Händen (Handels-)Ware herstellen, sondern auch derjenigen, die mit ihrer geistigen Arbeit gleichfalls Voraussetzungen für das Funktionieren der Wirtschaft schaffen.
- 4 Drulović, M.: Arbeiterselbstverwaltung auf dem Prüfstand: Erfahrungen in Jugoslawien, Bonn 1976, S.241.
- 5 Deutsche Welle — Monitordienst/Osteuropa, 18. u. 19.7.79.
- 6 Vgl. den bereits 1967 erschienenen Aufsatz des Praxis-Philosophen Veljko Rus: »Die Institutionalisierung der revolutionären Bewegung«, in Praxis-Zschr., 3.Jg., 1967, 2, S.208ff. int. Ausg. (Orig.engl.).
- 7 Stane Dolanc, Ex-Sekretär des Exekutivkomitees des BdKJ-ZK-Präsidiums auf der 5. ZK-Sitzung in Belgrad zur Vorbereitung des XI. BdKJ-Kongresses: »Unsere internationale Politik orientiert sich im Einklang mit den Prinzipien der aktiven friedlichen Koexistenz auf eine Zusammenarbeit mit allen Ländern unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung, auf die Verwirklichung der Ziele der Blockfreiheit, auf die Stärkung der Rolle der UNO, die internationale Entspannung und die (...) Lösung der strittigen internationalen Probleme auf friedlichem Wege sowie die aktive Solidarität mit dem Kampf der unterdrückten Völker um ihre Befreiung ... Eine solche Politik des BdKJ leistet einen direkten Beitrag zur Sache des Sozialismus.« — Sowie Josip Vrhovec, jug. Außenminister: »Die blockfreie jugoslawische Politik erwächst aus unserer inneren Entwicklung. Dieselben Prinzipien, die unser inneres Leben bestimmen — den Aufbau des Selbstverwaltungssozialismus und die freien, auf Gleichberechtigung beruhenden Beziehungen zwischen den Nationalitäten —, bestimmen auch unsere Auffassung von den Beziehungen in der internationalen Arbeiterbewegung, zwischen den sozialistischen Ländern und zwischen Völkern und Staaten überhaupt.« Frankfurter Rundschau, 31.8.79. Dokumentation, S.11.
- 8 Klikovac, Janko: »Beteiligung der Arbeiter an der Verwaltung des Unternehmens — institutionelle Formen und Praxis in den sozialistischen Ländern Osteuropas«, in: Jahrbuch der Theorie und Praxis der Selbstverwaltung in Jugoslawien; Belgrad 1972; ders.: »Die Arbeiterräte in Polen«, Belgrad 1971; Dajić, Putnik: »Produktionsberatungen in der Sowjetunion 1923-1963«, unveröffentlichte Magisterarbeit, Belgrad, o.J. — Zivanov, Sava: »Auffassungen vom Staat und der Selbstverwaltung in der neueren sowjetischen Theorie«, Socijalizam, Belgrad, 11, 1974; Trifunović, Bogdan: »Die Selbstverwaltung und die Partizipation in Programmen und Aktionen der Arbeiterparteien und Gewerkschaften in Frankreich«, unveröffentlichte Doktorarbeit, Belgrad, o.J.

---

DAS  
ARGUMENT

82: Jugoslawischer Sozialismus.  
Russische Revolution: Wirtschaftspolitk. Conert, Haumann.  
84: Jugoslawischer Sozialismus (II).  
9,80; 8,50 f. Stud. (Abo: 8,50/7,-).

Detlev Albers

## Gramsci ja — Bauer nein. Eine sinnvolle Alternative?

Antwort auf Bruno Frei\*

Die Kritik Bruno Freis an den Austromarxismus-Beiträgen in AS 44<sup>1</sup> hat einen Vorzug: Ohne Wenn und Aber benennt sie den Kern der Sache, oder was sie dafür erklärt. Mit der Direktheit eines »österreichischen Kommunisten, der die 'Zeit zwischen zwei Weltkriegen' tätig miterlebt hat« und der sich aus dieser eigenen Erfahrung seines Urteils absolut sicher fühlt, benennt er glasklare Gegensätze: »Der Rückgriff auf Otto Bauer und auf den Austromarxismus würde den Rückfall der westeuropäischen Arbeiterbewegung in den Opportunismus bedeuten. — Der Gegensatz zum Eurokommunismus kann nicht schärfer definiert werden. Der Eurokommunismus will die Kommunistischen Parteien reformieren, der Integrale Sozialismus will sie liquidieren.« Und wer es immer noch nicht begriffen hat, dem sagt es Bruno Frei noch einmal in seinem Schlußsatz mit einer Kurzformel: »Gramsci ist das Gegenteil von Otto Bauer.« (92).

Nur leider: So groß die Klarheit des Ausdrucks, so tief sind die Mißverständnisse, die nach meiner Meinung sowohl in die Einschätzung Otto Bauers wie Antonio Gramscis, des Eurokommunismus wie aktueller linkssozialistischer Positionen im westeuropäischen Zusammenhang eingehen. Ersparen wir Bruno Frei unangenehme Gegenfragen wie jene, wo denn die wissenschaftlichen Beiträge österreichischer und deutscher Kommunisten zum Verständnis Gramscis bleiben, wenn ihm tatsächlich (wie wir gemeinsam glauben) eine Schlüsselrolle für die marxistische Theorie in den kapitalistischen Industrieländern zukommt. Und wenn die schon nicht zu haben sind (oder sich vorerst nur als selbsteingeräumte Nachhut zum italienischen und französischen Diskussionsstand ankündigen), wann wir endlich unabhängig von kapitalistischen Markt- und Verkäuflichkeitsgesichtspunkten eine zuverlässige deutsche Werkausgabe Gramscis in Händen haben werden. Übergehen wir auch die Frage, wo sich denn im gesamten deutschsprachigen Bereich Mitteleuropas reale (also auch organisatorisch-partiebezogen festzumachende) Ansatzpunkte für das von Bruno Frei implizierte (von uns weitgehend geteilte) Eurokommunismus-Verständnis auffinden lassen.

Kommen wir stattdessen gleich zum Kernpunkt der Kontroverse mit Bruno Frei: Läuft die im Spätwerk Otto Bauers herausgearbeitete Perspektive einer nicht nur tagespolitisch-taktischen, sondern theoretisch-ideologischen, somit langfristig an der Herstellung eines »integralen Sozialismus« orientierten Annäherung zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Positionen wirklich auf die Liquidierung der letzteren hinaus? Oder allgemeiner gefragt: Bedeutet die von linken Sozialdemokraten und Sozialisten der Bundesrepublik, Österreichs aber auch Frankreichs und Italiens diskutierte Rückbesinnung auf die Traditionen des Austromarxismus zwangsläufig das »Wiederaufwärmen« von ein für allemal gescheiterten theoretischen und praktischen Erfahrungen der österreichischen Arbeiterbewegung?

Lassen wir, um das Feld hier ohnehin nur stichwortartig möglicher Antworten auf die erste Frage abzustecken, zunächst einen Theoretiker der italienischen Kommunisten zu

\* Vgl. Bruno Frei: Otto Bauer und der Eurokommunismus, in: Das Argument 119, 88-92. Seitenzahlen in Klammern beziehen sich auf diesen Text.

Wort kommen. Auf der gleichen Konferenz zum 40. Todestag Otto Bauers, aus der auch mein von Bruno Frei kritisierter Beitrag hervorgegangen ist, formulierte Giacomo Marramao seine eigene Auffassung folgendermaßen: »Ich glaube, daß ich der historischen Wirklichkeit keine Gewalt antue, wenn ich behaupte, daß viele der vom Austromarxismus seit den Kriegs- und Revolutionsjahren entwickelten Auffassungen — und das gilt im besonderen für Otto Bauer, in zahlreichen Fragen sehr stark an die eigenständige theoretisch-strategische Ausrichtung des italienischen Kommunismus erinnern, oft bis zu den gleichen Formulierungen.«<sup>2</sup> Deutlicher läßt sich die unterschiedliche, ja gegensätzliche Einschätzung des Austromarxismus zu Bruno Freis Position wohl kaum ausdrücken. Doch hüten wir uns, die Auseinandersetzung um die Bedeutung des theoretischen Werkes Otto Bauers einem Streit mit national kurios verkehrten Fronten zwischen österreichischen und italienischen Kommunisten zu überlassen. Denn zur Debatte steht immerhin die Beurteilung eines Kernstücks der hiezulande noch weithin verschütteten marxistischen Traditionen im Rahmen der österreichisch-deutschen Sozialdemokratie.

Die Schärfe von Bruno Freis Angriff auf Bauers Vorstellung einer Synthese von Sozialdemokratie und Kommunismus erklärt sich — abgesehen von der Beimischung eben doch uralter Frontstellungen — offenkundig aus der Sorge, dabei könne die weltanschauliche und ideologische Identität des kommunistischen Teiles der westlichen Arbeiterbewegung verlorengehen. Was die Skepsis gegenüber einer buchstäblichen, schematischen oder gar organisatorischen Anwendung der Idee des integralen Sozialismus für die Gegenwart anbelangt, so habe ich diese selbst in meinem Beitrag auszudrücken versucht.<sup>3</sup> Die Schwächen von Bauers Vorschlag sind in dieser Hinsicht übrigens schon von zeitgenössischen revolutionären Sozialisten wie Rodolfo Morandi festgestellt worden; insofern läuft Bruno Frei offene Türen ein. Das nimmt dem Spätwerk Otto Bauers jedoch nichts von seiner Bedeutung als ein weit über die damaligen internationalen Konstellationen hinausreichender Denkanstoß, der wie alle theoretischen Beiträge jener oder weiter zurückliegender Zeiten einer sorgfältigen, neue Fragestellungen in all ihren Dimensionen berücksichtigenden »Einarbeitung« in den gesellschaftlichen und politischen Kampf der Gegenwart benötigt.

Unverständlich aber ist, daß sich Frei, der infolge seiner engherzigen Interpretation die Vereinnahmungstendenz in der Konzeption des »integralen Sozialismus« mit so scharfen Worten geißelt, gegenüber den ungleich ausgeprägteren Vereinnahmungen, wie sie in zeitgenössischen kommunistischen Vorschlägen zur politischen Vereinigung der Arbeiterbewegung enthalten sind, gänzlich blind zeigt. Oder ist ihm gar nicht aufgefallen, daß Formeln wie die »Anerkennung der Notwendigkeit des revolutionären Sturzes der Bourgeoisie und der Aufrichtung der Diktatur des Proletariats in der Form von Sowjets« oder die »Anwendung des Prinzips des demokratischen Sozialismus« gemäß den Erfahrungen »der russischen bolschewistischen Partei, der Partei Lenins und Stalins« — alles Formulierungen, die Georgi Dimitroff in seinem Grundsatzreferat auf dem VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale ausdrücklich als Bedingung für die politische Einheit der Arbeiterklasse anführte — im Ergebnis nur als eine Aufforderung zur geistigen Unterwerfung des sozialdemokratischen Teiles der Arbeiterbewegung verstanden werden konnten. Aus heutiger Sicht sind solche Äußerungen in zweifacher Hinsicht bemerkenswert: Sie hätten Sozialdemokraten und Sozialisten strategische Konzepte aufgenötigt, die inzwischen von den meisten kommunistischen Parteien

im Westen als für hiesige gesellschaftliche Bedingungen untauglich verworfen werden. Sie verdeutlichen ferner den ideologischen Hintergrund, vor dem sich nach 1945 in den ost- und mitteleuropäischen Ländern des Einflußbereichs der Sowjetunion die Vereinigung der dortigen Arbeiterparteien tatsächlich vollzog. Nur ein Höchstmaß an parteilicher Einseitigkeit kann diesen Vorgang, dessen kritische Verarbeitung sich kein Teil der westeuropäischen Linken ersparen kann, anders denn als reale Vereinnahmung gerade in der entgegengesetzten Richtung des Freischen Vorwurfs an Otto Bauer bezeichnen.

Fassen wir zusammen: Aussagen marxistischer Theoretiker aus den 30er Jahren zur Wiedervereinigung der gespaltenen Arbeiterbewegung lassen sich weder hier noch dort umstandslos auf die Gegenwart übertragen; man möge sie getrost in beiden Lagern auf ihre Tauglichkeit für die eigene wie die andere Richtung hin überprüfen. Herauskommen wird dabei jedoch nur dann etwas, wenn sich keine Seite auf das bequeme Geschäft der Kritik an der anderen Richtung beschränkt (wie Bruno Frei dies leider tut), sondern mit gleichem Nachdruck das Erfordernis zur selbstkritischen Durchdringung der eigenen Parteientradition als ein unverzichtbares Element jedes fruchtbaren Dialogs zwischen Linksozialisten und Eurokommunisten deutlich zu machen riskiert.

Nicht weniger schwerwiegend sind die Differenzen, die sich zum Standpunkt Bruno Freis in der zweiten Frage ergeben, ob nämlich das Anknüpfen linker Sozialdemokraten in der Gegenwart an die austromarxistischen Traditionen zwangsläufig mit dem Übergang zu opportunistischen Positionen einhergehe. Ich gestehe, daß es mir schwerfällt, den ernstzunehmenden Kern einer solchen Fragestellung zu begreifen — jedenfalls dann, wenn man nicht an dem diskussionstötenden Apodiktum festhält, wonach die Sozialdemokratie nun einmal schlechthin opportunistisch sei. Denn an ein unkritisches Zum-Maßstab-Erklären sozialdemokratischer Kampferfahrungen in der 1. Österreichischen Republik, an den Verzicht auf die Aussage für Aussage vorzunehmende Trennung des »Toten« und des »Lebendigen« in den Arbeiten Otto Bauers oder Max Adlers, auf die minutiöse Unterscheidung zwischen dem verallgemeinerungsfähigen Kern einer theoretischen Position, ihrer »Lektion«, und ihrer situationsbedingten, sehr wohl auch irrtrümlischen, fehlerhaften und damit ggf. sogar den Kern in Mitleidenschaft ziehenden »Hülle« war von vornherein nicht gedacht. Insofern kann ich mich in Sätzen wie dem folgenden, den Bruno Frei aus meinem Beitrag herausliest, schon vom Ansatz her nicht wiedererkennen: »Der Austromarxismus wird wiederentdeckt mit der Absicht, von ihm zu lernen, wie der Klassenkampf in der BRD zu führen sei.« (88)

Da ich davon ausgehe, daß Bruno Frei selbst die theoretischen Auffassungen der Austromarxisten kennt, müßte ihm doch geläufig sein, daß ein solches Verfahren, tote Buchstaben der Vergangenheit unhinterfragt zum Kriterium für die Orientierung des eigenen Kampfes zu nehmen, gerade dem Marxismus-Verständnis der großen Wiener Sozialdemokraten diametral widerspricht. Oder, um es mit den Worten Max Adlers zu sagen: »Daher würde ein Einwand, daß irgendeine der im folgenden entwickelten Lehren sich nicht ausgesprochen bei Marx und Engels findet, also höchstens Adlerismus, nicht aber Marxismus sei, den Standpunkt unserer Untersuchung überhaupt nicht treffen, sofern nicht zugleich bewiesen wird, daß diese Lehre den Grundvoraussetzungen des Denkens bei Marx und Engels widerspricht. Denn für uns ist der Marxismus kein fertiges *System*, kein Paragraphenbuch, zu dem nur ein durch den Text des Gesetzes beschränkter Kommentar möglich ist, sondern eine grundlegende theoretische *Denkweise*.<sup>4</sup> Es wäre absurd, ausgerechnet mit den Werken der Austromarxisten das anstel-

len zu wollen, was sie selbst im Unterschied zu dogmatischen Interpretationen innerhalb und außerhalb ihrer Partei gegenüber den Auffassungen der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus immer abgelehnt haben.

Allerdings, so wenig ein dogmatischer, im strengen Sinne unmarxistischer Gebrauch der Beiträge Bauers oder Adlers zur Debatte steht, so wenig kann akzeptiert werden, daß ihre Arbeiten allein aufgrund der verhängnisvollen Niederlage der österreichischen Arbeiterbewegung vor dem Austrofaschismus und dem Nationalsozialismus als erledigt betrachtet werden. Konsequenterweise müßten dann sämtliche theoretischen Aussagen der deutschen oder italienischen Arbeiterbewegung vor der faschistischen Machtübernahme (also auch wesentliche Teile des Werkes Antonio Gramscis) aus dem Verkehr gezogen werden; denn daß seinerzeit im Kampf gegen den aufkommenden Faschismus von sozialdemokratischer wie kommunistischer Seite schwerwiegende Fehler begangen wurden, dürfte unbestritten sein. Statt dessen kann es in der Einschätzung jeder der damaligen grundsätzlichen Äußerungen doch lediglich darum gehen, sich mehr als nur allgemein des historischen Zusammenhangs ihrer Entstehung und Zielrichtung zu vergewissern, sondern sich speziell mit der Frage auseinanderzusetzen, ob und wieweit ihr theoretischer oder strategischer Erkenntniswert durch das spätere Versagen vor dem Faschismus »infiziert«, gemindert oder völlig aufgehoben wurde.

Im vollen Bewußtsein der Tiefe jener historischen Zäsur, die von der Herrschaft des Faschismus in Mitteleuropa und seiner schließlichen Niederlage dank des entscheidenden Beitrags der Sowjetunion gekennzeichnet ist, scheinen mir die Positionsbestimmungen des Austromarxismus etwa bezogen auf die Strategie des demokratischen Weges zum Sozialismus, zusammengefaßt im Linzer Programm von 1926, zur kritischen Solidarität mit den sozialistischen Gesellschaften im Aufbau und nicht zuletzt zur Suche nach einer Synthese zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus bis heute eine Beschäftigung unter aktuellem Interesse zu verdienen. Zu jedem dieser Punkte wird uns der Streit zwischen den verschiedenen ideologischen Strömungen der Arbeiterbewegung noch lange beschäftigen. Es wäre gut, wenn dabei trotz der von Bruno Frei vorgeführten Beschwörung des Trennenden, das Verständnis für die gemeinsamen Traditionen, Einsichten und Zielsetzungen der westeuropäischen Linken an Rückhalt gewinnt. In diesem Sinne beharre ich auf dem Nutzen einer ergänzenden und nicht alternativen Lektüre der Arbeiten von Otto Bauer und Antonio Gramsci.

## Anmerkungen

1. Arbeitskreis Westeuropäische Arbeiterbewegung (Hrsg.): *Eurokommunismus und marxistische Theorie der Politik*. Argument-Sonderband AS 44, Berlin/West 1979. Darin: Detlev Albers: *Otto Bauer und das Konzept des integralen Sozialismus*, 83-102; Volker Gransow/Michael Krätze: *Thesen zur politischen Theorie im Austromarxismus*, 103-121.
2. Giacomo Marramao: *Zum Problem der politischen Demokratie in der Theorie Otto Bauers*, in: Detlev Albers, Josef Hindels, Lucio Lombardo Radice (Hrsg.): *Otto Bauer und der »dritte« Weg. Die Wiederentdeckung des Austromarxismus durch Linksozialisten und Eurokommunisten*. Frankfurt/M. 1979, 61. Dort findet sich auch der vollständige Text meines in AS 44 nur auszugsweise abgedruckten Beitrags.
3. Der Übersichtlichkeit halber seien die betreffenden Sätze hier noch einmal wiedergeben: »Ist dadurch Otto Bauers Konzeption des »Integralen Sozialismus« überholt? In wesentlichen Teilen ihrer ursprünglichen Ableitung gewiß und sicherlich auch dort, wo Bauer unmittelbare organisationspolitische Konsequenzen aus seinem Vorschlag glaubt ableiten zu können (wie etwa jene des Eintritts der Kommunisten in die großen sozialdemokratischen Massenparteien, wo jene nur über ganz kleine Parteien verfügen). Aber gerade weil die Angewiesenheit beider Richtungen der Arbeiterbewegung auf den friedlichen, nicht-gewaltsamen Weg zum Sozialismus, ob es gefällt oder nicht, die strategischen Übereinstimmungen zwischen ihnen objektiv vergrößert statt verkleinert hat, gerade deshalb behält auch die Konzeption des »Integralen Sozialismus« zwar nicht als buchstäbliche Organisationsrichtlinie und anders als es ihrem Urheber vermutlich vorschwebte, wohl aber als wesentlicher Denkanstoß, als unzweideutiges Bekenntnis zu den Gemeinsamkeiten der Arbeiterbewegung und nicht zuletzt als beispielhafte Begründung eines kritisch-solidarischen Verhältnisses zu den bereits existierenden sozialistischen Ländern ihre für die heutige Arbeiterbewegung aktuelle Bedeutung« (AS 44, 94).
4. Max Adler: *Die Staatsauffassung des Marxismus*, Wien 1922, 10. Hervorhebungen bei Adler.

Detlev Ehrig

## Sektorale Strukturpolitik — ein Ausweg aus der Krise?

Ein Literaturbericht

### 1. Vorbemerkung

Der nach dem Wachstumseinbruch 1973 bis 1975 einsetzende Anstieg des realen Bruttosozialprodukts hat ein in der bisherigen wirtschaftlichen Entwicklung der BRD unbekanntes Phänomen sichtbar werden lassen: Trotz steigender Sozialproduktziffern ist die in der Krise sich entwickelnde Massenarbeitslosigkeit zu einer Dauererscheinung geworden. Dieses an der bisherigen wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik gemessene scheinbare Paradoxon ist außerhalb des gewerkschaftlichen Bereichs in der Regel mit einer rentabilitätsbedingten, durch eine steigende Lohnquote hervorgerufene langfristige Wachstumsschwäche des Sozialprodukts in Verbindung gebracht worden.<sup>1</sup> Strategischer Ansatzpunkt zur Bereinigung dieser Krise ist nach diesem Verständnis eine Verteilungsrelation des Volkseinkommens, deren Veränderung zugunsten unternehmerischer Einkommen erst eine Kostenentlastung für die Wirtschaft und damit die Voraussetzungen für neue Investitions- und Wachstumsanstöße liefert. So ist es deshalb auch für den Sachverständigenrat im Interesse von Investitionen und Beschäftigung geboten, die Lohnpolitik der kleinen Schritte in Richtung auf eine allmähliche Korrektur des Kostenniveaus fortzusetzen.<sup>2</sup>

Obwohl sich in jüngerer Zeit von der Bundesregierung über die Arbeitgeberverbände bis zu den Gewerkschaften alle Beteiligten darüber einig sind, daß, gemessen an den Produktionszahlen und den Auftragsbeständen in der Industrie, die konjunkturelle Aufwärtsbewegung an Dynamik und Breite gewonnen hat, wird die soziale und ökonomische Situation weiter durch eine kaum rückläufig hohe Arbeitslosigkeit geprägt. In den offiziellen Einschätzungen, wie etwa im Jahreswirtschaftsbericht 1979 der Bundesregierung, gibt allerdings schon die Senkung der Arbeitslosenzahlen unter die Millionengrenze Anlaß zu Verharmlosungen und Verdrängungen. An die Stelle eines Vollbeschäftigungsziels tritt in der öffentlichen Diskussion zunehmend die Orientierung an Wachstumsgrößen des Sozialprodukts. Zugleich stellt das den Versuch dar, von der Analyse einer in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise erstmals in aller Deutlichkeit sichtbaren Abkoppelung der Entwicklung des Sozialprodukts von der der Beschäftigung abzulenken.

Sonst übliche Hinweise auf Verzögerungen im Anpassungsprozeß während wirtschaftlicher Aufschwungphasen verlieren vor dem Hintergrund der dauerhaften ungleichen Entwicklungsrichtungen ihre Überzeugungskraft. Ein Vergleich der Jahre 1974 und 1978 zeigt eine reale Zunahme des Sozialprodukts um 10 % und eine Zunahme der Arbeitsproduktivität um 16 %. Im gleichen Zeitraum ist die Beschäftigtenzahl dagegen um 4 % gesunken.<sup>3</sup> Dies mag als grobes Indiz für die Veränderung in den Bestimmungsgrößen der wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik genügen. Im Zusammenhang mit den Besonderheiten der Instabilität der ökonomischen Prozesse ist zugleich eine Lehrbuchargumentation ins Wanken geraten, nach der die Steigerung privater Gewinne Investitionen, Wachstum des Sozialprodukts und Zunahme der Beschäftigung nach sich zieht. Damit sind zugleich Entwicklungen eingeleitet worden, die das bislang vorherrschende wirtschaftspolitische Konzept der globalen Steuerung

des Wirtschaftsablaufs in Frage stellen.<sup>4</sup> Als Antwort auf die offensichtliche Wirkungslosigkeit des bislang praktizierten wirtschaftspolitischen Instrumentariums haben sich insbesondere die Gewerkschaften inzwischen zu Fürsprechern einer strukturorientierten Angebots- und Nachfragepolitik gemacht, die strukturelle Fehlentwicklungen in ihrer Relevanz für den Konjunkturverlauf berücksichtigt und entsprechend verarbeitet. Diese in jüngerer Zeit in der wissenschaftlichen und politischen Diskussion unternommenen Versuche, die Besonderheiten einer neben konjunkturell auch als strukturell identifizierten Wirtschaftskrise zu erfassen, haben eine Reihe von Publikationen mit sich gebracht, die sich ausdrücklich strukturellen Krisenerscheinungen und ihrer adäquaten wirtschaftspolitischen Bewältigung widmen. Um eine Auswahl aus den verstreuten Ansätzen vornehmen zu können, soll im folgenden auf einige Veröffentlichungen eingegangen werden, die entweder im gewerkschaftlichen Bereich entstanden oder von ihnen gefördert oder mitgeprägt worden sind. Interessanterweise zeigt aber die Analyse der Entstehungsbedingungen dieser Diskussion, daß im Verhältnis von Wirtschaftspolitik und der wissenschaftlichen Verarbeitung neu auftauchender oder sich abzeichnender realer Phänomene ein erstaunliches Beharrungsvermögen der wirtschaftspolitischen Praxis einschließlich ihrer politikberatenden Organe auftritt. Dies übt offensichtlich über längere Zeit eine bremsende Wirkung auf die wissenschaftliche Theoriebildung aus, und zwar sowohl hinsichtlich der einzuschlagenden Lösungswege als auch der Forschungsobjekte selbst. Gleichwohl kann man sich die mit einiger Verzögerung abzeichnende Verschiebung der Perspektive der Wirtschaftspolitik von aggregierten Global- zu disaggregierten Strukturkonzepten als Abbild und Vermittlung neu auftauchender Probleme in der ökonomischen Realität in theoretische Konzepte vorstellen.<sup>5</sup>

## 2. Der Strukturwandel als erklärungsbedürftiges Phänomen

Obgleich die Notwendigkeit einer Beschäftigung mit Fragen der strukturorientierten Wirtschaftspolitik eine alle hier vorgestellten Ansätze verbindende Position darstellt, gehen die Begründungszusammenhänge weit auseinander. Einen umfassenden Problemaufriß aus der Sicht der Gewerkschaften findet sich bei *Kuda* in seinem Beitrag in dem Sammelband von *Markmann/Simmert*, der die Herausbildung gewerkschaftlicher strukturpolitischer Vorstellungen in Änderungen in den Produktionsprozessen, in sich wandelnden Kapitalstrategien, den praktizierten beschäftigungspolitischen Kompensationsmustern und in der herrschenden wirtschaftspolitischen Praxis begründet sieht. Nach *Kuda* zeigt die Analyse des gesamtwirtschaftlichen Produktionsprozesses eine gedrosselte Wachstumsrate des Sozialprodukts, die in erster Linie durch eine sinkende Kapazitätsauslastung hervorgerufen wird, Steigerungsraten der Arbeitsproduktivität, die über den Wachstumsraten des Sozialprodukts liegen und Verschiebungen der Altersstruktur der Bevölkerung, die zu einem Nebeneinander von sinkender Anzahl von Konsumenten und einer steigenden Zahl von Arbeitsplatzsuchenden führen.

Zu den Ausweichstrategien des Kapitals zur Vermeidung einer sinkenden Kapitalrentabilität im Gefolge gesunkener realer Wachstumsraten zählt *Kuda* die Tendenzen des Übergangs vom Produktionswachstum durch zusätzliche Beschäftigung zum Wachstum durch zusätzliche Produktivität. In der Verwendung von arbeitssparender Technologie sowohl auf den Gebieten der industriellen Produktion als auch des Dienstleistungssektors liegt danach einer der wesentlichen Faktoren, auf die sowohl der Sockel an Arbeitslosigkeit als auch die Struktur der Arbeitslosigkeit, insbesondere bei den An-



gestellten, zurückzuführen ist. Andere Ausweichstrategien benennt Kuda im Übergang vom Mengenwachstum der Produktion zum Umsatzwachstum. Dem Rückgang an realen Wachstumsraten steht eine durch Preissteigerungen herbeigeführte Konstanz von nominellen Wachstumsraten gegenüber.

Die Begrenztheit bislang praktizierter beschäftigungspolitischer Kompensationsmöglichkeiten wird in der Gleichartigkeit der Krisenbewegungen in anderen kapitalistischen Ländern und somit in fehlenden Exportmöglichkeiten und in einem angesichts fortgeschrittener Rationalisierung nur begrenzt aufnahmefähigen Dienstleistungssektor gesehen. Schließlich sieht Kuda die Zunahme struktureller Beschäftigungskrisen durch die beschränkte Wirksamkeit der allgemeinen, auf alle Sektoren ohne besondere Differenzierung ausgerichteten Globalsteuerung verursacht. Aus gewerkschaftlicher Sicht ergibt sich damit ein zusätzlicher Handlungsbedarf. Kuda beschreibt die generelle Zielrichtung für gewerkschaftliche Überlegungen zur Strukturpolitik als eine Ergänzung der allgemeinen Nachfragesteuerung — und das heißt für die gegenwärtige Krise die Behebung eines konjunkturellen Nachfragemangels und einer konjunkturellen Unterlastung der industriellen Kapazitäten — durch eine gezielte Struktursteuerung einerseits und eine schrittweise Einschränkung der unternehmerischen Verfügungsgewalt über Investitionen und Beschäftigung andererseits.

Demgegenüber wird in anderen Beiträgen ein deutlicher Akzent auf den Zusammenhang von Wachstumskrise und Strukturwandlungen gelegt. So gehen etwa *Meißner* (in Markmann/Simmert) und das Gutachten der *Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel* davon aus, daß die Notwendigkeit einer Beschäftigung mit Fragen des Strukturwandels und der Strukturpolitik nicht aus der Tatsache einer Strukturänderung folgt, sondern allein aus den Bedingungen, unter denen der Strukturwandel abläuft. Je höher die ökonomischen Wachstumsraten, umso leichter sind aufgrund struktureller Produktivitätsdifferenzierungen vernichtete Arbeitsplätze anderswo neu zu schaffen. Die gegenwärtigen Krisenprobleme sind in ihren Augen weniger Strukturprobleme als vielmehr Folgen eines verlangsamten Wirtschaftswachstums, das sich ausdrückt in ungenügend vorhandenen profitablen Expansionsbereichen. Deshalb muß aus dieser Sicht jede Strukturpolitik fehlgehen, die wachstumsbedingte Fehlentwicklungen korrigieren will. Strukturprobleme lassen sich somit am ehesten durch eine Verstärkung des wirtschaftlichen Wachstums lösen.

Für *Eckey* hängt die Sinnhaftigkeit einer strukturorientierten Konjunkturpolitik davon ab, inwieweit zum einen die Sektoren und Regionen einer Volkswirtschaft unterschiedliche Konjunkturverläufe aufweisen, die aus dem ökonomischen Prozeß resultieren und nicht das Ergebnis einer von außen — etwa durch staatliche Wirtschaftspolitik — gesteuerten Fehlallokation sind. Zum anderen ist für ihn die Frage zu klären, ob die Volkswirtschaft schneller zum Gleichgewicht zurückkehrt, wenn die spezifischen strukturellen Ungleichgewichte durch eine strukturorientierte Konjunkturpolitik aufgehoben werden können. Die in seinen Überlegungen vorgenommenen empirischen Analysen der zyklischen Strukturen von Sektoren und regionalen Arbeitsmärkten weisen nach Eckey auf Sektoren hin, deren Produktionsvolumen sich im Konjunkturverlauf bis zu 12 % vom langfristigen Trend entfernen (Stahlindustrie) und auf andere, deren Schwankungen nur gering ausgeprägt sind (Steinkohlebergbau). Ebenso zeigt die Betrachtung von Anpassungsverzögerungen, daß einige Wirtschaftszweige der Gesamtkonjunktur um mehr als 10 Monate vorgelagert sind, andere ziehen mit einem gleichen

Zeitraum nach. Ähnliche Differenzierungen stellt Eckey bei regionalen Konjunkturverläufen fest. Die Frage nach der Effizienz einer strukturorientiert angelegten Konjunkturpolitik beantwortet er anhand einer von ihm vorgenommenen Strukturalisierung der Konjunkturmodelle von Hicks und Samuelson. Durch Simulation einer staatlichen Stabilisierungspolitik erbringt Eckey den formalen Nachweis der Möglichkeit einer effektiveren Dämpfung von konjunkturellen Schwingungen des Volkseinkommens innerhalb eines Modells, in dem die verschiedenen Komponenten der volkswirtschaftlichen Endnachfrage wie Konsumgüter-, Investitionsgüter- und Staatsnachfrage auf verschiedene Regionen und Sektoren verteilt werden.

### 3. Auf der Suche nach den Ursachen struktureller Ungleichgewichte

Die unterschiedlichen Beispiele für die Beschreibung des Tatbestands eines Strukturwandels und der Notwendigkeit strukturpolitischer Eingriffe lassen sich nach Meinung aller Autoren darauf zurückführen, daß allgemein akzeptierte Theorieansätze zur Analyse noch fehlen. Damit mangelt es auch an einem theoretischen Fundament für eine ursachenadäquate Strukturpolitik. Demgegenüber bleibt abzuwarten, ob die von der Bundesregierung an wirtschaftswissenschaftliche Forschungsinstitute in Auftrag gegebene Erarbeitung von Grundsätzen für eine Strukturberichterstattung einen Beitrag zur Herausbildung von Theorien des strukturellen Wandels leisten wird. Soweit sich die Autoren mit dem Problem der theoretischen Erfassung der Ursachen von strukturellen Wandlungen und Krisen beschäftigen, wählen sie entweder einen normativen Untersuchungsansatz oder stellen eine Auswahl von Ansätzen vor, die aber nicht in ihrem Erklärungsgehalt für die Analyse der realen Erscheinungen im ökonomischen Ablaufmuster der BRD bewertet werden, sondern im wesentlichen der kursorischen Darstellung bereits bekannter Theorien der gesellschaftlichen Entwicklung dienen.

So geht *Eckey* mit der Annahme eines keynesianischen Grundmusters für die Erklärung von ökonomischen Krisenerscheinungen davon aus, daß konjunkturelle Schwankungen dem Wirtschaftssystem immanent seien und es lediglich darauf ankomme, die in zyklische Bewegungen sich darstellenden Störungen im volkswirtschaftlichen Ablauf auf eine sich im Konjunkturverlauf wandelnde Produktionsstruktur zu beziehen. Es finden sich bei ihm lediglich angedeutete Hinweise auf die Zinsreagibilität von Investitionen als krisenauslösendes Moment. Für ihn sind es insbesondere die Auswirkungen der Zinspolitik, die eine schwankende Nachfrage für jene Sektoren mit sich bringen, die langfristige, kapitalintensive und risikoreiche Investitionsgüter produzieren und sich hauptsächlich über den Kapitalmarkt finanzieren.

Demgegenüber bemühen sich *Kock* und *Finking* um eine kursorische Darstellung von Theorien einer langfristigen ökonomischen Entwicklung als Annäherung an eine Theorie der strukturellen Wandlungen und Krisen. Sie sollen damit zugleich ein Bindeglied bilden zwischen statischen ökonomischen Gleichgewichtsmodellen, die den Zustand einer optimalen Produktions- und Reproduktionsstruktur einer Gesellschaft beschreiben, und den Modellen der Wachstumstheorien mit ihren Darstellungen eines optimalen Akkumulationsprozesses. Zu den Analysen, die sich mit dem Verhältnis von Allokation und Akkumulation beschäftigen, zählen die Autoren etwa die von Fourastié und anderen entwickelte und hinlänglich bekannte Theorie eines Wandels der Gesellschaft von einer Produktions- zu einer Dienstleistungsgesellschaft. Andere vorgestellte Theorien gehen aus von einer Überindustrialisierung der Bundesrepublik. Unter-

nehmen und Branchen, die unter normalen Bedingungen dem Preis- und Qualitätswettbewerb mit der Auslandskonkurrenz nicht hätten standhalten können, konnten danach durch Unterbewertung der DM, Gastarbeiterpolitik und eine die heimische Produktion begünstigende Wirtschaftspolitik überleben oder ihren Strukturanpassungsprozeß hinausschieben. Als Folge dieser Bedingungen wird ein zu hoher Anteil an industrieller Produktion in der BRD, bezogen auf ein internationales Normalmuster, konstatiert. In den zyklentheoretischen Erklärungsansätzen sieht Finking insbesondere handlungstheoretische Modelle unternehmerischer Entscheidungen, die die Wirkungen von Innovationsprozessen im Produktionsprozeß anhand eines Lebenszyklus eines Produkts nachzeichnen, das durch abnehmende Nachfragezuwächse aufgrund eintretender Marktsättigung gekennzeichnet ist. Danach sind es die durch das Konkurrenzsystem bestimmten Prozeßinnovationen, die zu Verschiebungen von Preis- und Absatzrelationen zwischen neuen rentablen und alten unrentablen Produktionsrichtungen führen. Finking nimmt jedoch an, daß nicht die Verschiebungen in den relativen Preisen die dominierenden Indikatoren der strukturellen Entwicklung darstellen, sondern Verschiebungen von zumindest latent vorhandener, aber erst durch die Schaffung neuer Produkte wirksam werdender Nachfrage, also eine Verschiebung relativer Mengen.

Kann sich Finking keiner der von ihm vorgestellten Theorien anschließen, so greifen *Kock u. a.* in ihrer Erklärung der Ursachen krisenhaft ablaufender struktureller Wandlungen speziell auf die Dreisektorentheorie von Fourastié zurück. Ihrer Ansicht nach schafft die Tatsache einer gegenüber den rohstoff erzeugenden und -verarbeitenden Sektoren geringeren Arbeitsproduktivität des Dienstleistungssektors ein steigendes Inflationsniveau. Lohnsteigerungen im Dienstleistungssektor, die sich in ihrer Höhe am industriellen Sektor orientieren, zeigen eine deutliche Parallelität mit der Preisentwicklung in diesem Bereich. Für die gesamtwirtschaftliche Preisniveaugestaltung erhält diese Tatsache nach Ansicht der Autoren Bedeutung, sofern eine entsprechende Kompensationsfunktion in der Preisgestaltung des industriellen Sektors fehlt. Sie führen diese fehlende Funktion darauf zurück, daß in dem hoch konzentrierten industriellen Sektor Kosten- und Nachfrageschwankungen nur eine untergeordnete Rolle für das Preissetzungsverhalten spielen. Sind Preise nach unten weitgehend inflexibel, werden Nachfrageeinbrüche über einen Mengenanpassungsprozeß, d. h. in einem geringeren Angebot und in der Entlassung von Arbeitskräften ausgeglichen. Insgesamt kommen die Autoren zu dem Ergebnis, daß das Vordringen des produktivitätsschwachen tertiären Sektors bei sonst gleichen Sektorproduktivitäten das gesamtwirtschaftliche Wachstum bremst.

Den wohl bescheidensten Versuch einer Darstellung und Erklärung von strukturellem Wandel und strukturellen Krisenerscheinungen unternimmt das Gutachten der *Kommission* für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, in dem es lapidar heißt: »Die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland ist durch einen tiefgreifenden sektoralen Strukturwandel gekennzeichnet. Dieser Wandel ist zum großen Teil erfolgreich durch den Markt bewältigt worden« (120). Ein erstaunlich unkompliziertes, wenn nicht einfältiges Ergebnis angesichts der Tatsache, daß die Mitglieder der Kommission — Wissenschaftler, Gewerkschafter und Vertreter der Arbeitgeberverbände — von der Bundesregierung immerhin beauftragt wurden, »ein Gutachten über die mit dem technischen, wirtschaftlichen und sozialen Wandel zusammenhängenden Probleme im Hinblick auf eine Weiterentwicklung der Gesellschaftspolitik zu erarbeiten« (4).

Auf die in der Öffentlichkeit häufig diskutierte Aspekte einer veränderten internationalen Arbeitsteilung und der technologischen Entwicklung durch den Einsatz von Mikroprozessoren und Industrierobotern mit ihren Wirkungen auf die Beschäftigungsverhältnisse gehen die Arbeiten nur am Rande ein. Lediglich für die Bereiche der metallverarbeitenden Industrie finden sich in den Schriftenreihen der *IG Metall* (Technologie-Tagung 1977, Strukturwandel in der Metallindustrie) eine Reihe von Darstellungen über Automatisierungsstrategien und ihre Beschäftigungswirkungen.<sup>6</sup>

#### 4. Die strukturpolitischen Leitbilder

Ebenso unterschiedlich wie die Problemlagen der strukturellen Erscheinungen beschrieben werden, muß auch die Transformation des Ursache-Wirkungszusammenhangs struktureller Differenzierungen in politische Zweck-Mittelbeziehungen ausfallen. — Während der DGB das Ziel einer sektoralen Wirtschaftspolitik in der Vermeidung von Überkapazitäten und Engpässen vor allem in solchen Wirtschaftszweigen sieht, »die für die Beschäftigungslage der Arbeitnehmer und für die Versorgung der Bevölkerung besonders wichtig sind«<sup>7</sup>, orientieren sich die anderen in der Literatur formulierten Leitbilder deutlich enger an marktwirtschaftliche Vorstellungen. Zusammengefaßt lauten sie:

- Direkt greifende wirtschaftspolitische Lenkungsmaßnahmen sollten unterbleiben, weil auf Preise und Mengen sich beziehende Eingriffe lediglich das Symptom kurieren und den offensichtlich als funktionsfähig unterstellten Lenkungsmechanismus des Marktes beeinträchtigen würden. Die Bewältigung des Strukturwandels ist grundsätzlich Aufgabe der Wirtschafts- und Wettbewerbsordnung. Staatliche Hilfe ist nach diesem Verständnis immer nur Hilfe zur Selbsthilfe.
- Der Strukturwandel wird generell als Motor des wirtschaftlichen Wachstums verstanden und entsprechend gefördert. Strukturpolitik ist somit in erster Linie Wachstumspolitik.
- Strukturpolitische Eingriffe sollten nur auf einzelne Bereiche zeitlich befristet und degressiv einwirken. Sie sollten in keinem Fall ausschließlich den Charakter von Erhaltungshilfen annehmen, sondern immer auch die Anpassung an sich wandelnde Strukturen oder deren Anpassung umfassen.
- Sozialen Nachteilen des Strukturwandels soll begegnet werden.

Eine Ausnahme bilden hier allerdings die Minderheitenvoten der Vertreter der Gewerkschaften in der *Kommission* für wirtschaftlichen und sozialen Wandel und die Schriften der *IG Metall*. In ihnen wird aus der Feststellung der ungenügenden Effizienz bisher praktizierter global- und strukturpolitischer Eingriffe die Forderung nach einer systematisch angelegten vorausschauenden aktiven Strukturpolitik abgeleitet, die sich an einem allerdings nicht weiter entwickelten gesamtwirtschaftlich orientierten Strukturplan auszurichten hat. Auch der Beschluß des DGB-Bundeskongresses aus dem Jahr 1975 macht dort keine Ausnahme. Er repräsentiert noch immer den gewerkschaftlichen Erkenntnisstand trotz weiterreichender Vorstellungen auf der Ebene der Einzelgewerkschaften. An unmittelbaren Einwirkungsmöglichkeiten sieht er ganz allgemein:

- öffentliche Auflagen für die Inanspruchnahme staatlicher Mittel (z.B. Schaffung von Dauerarbeitsplätzen);
- öffentliche Beteiligungsrechte im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme staatlicher Mittel (z.B. in der Luft- und Raumfahrtindustrie).<sup>8</sup>

Gleichwohl bleiben bei einzelnen Autoren Zweifel an der Einlösbarkeit des strukturpolitischen Leitbildes. So sieht etwa die *Kommission* für wirtschaftlichen und sozialen Wandel besondere Probleme der Strukturanpassung auf vermachteten Märkten mit homogener Massengütererfertigung (Beispiel Stahlindustrie). Wegen der hochaggregierten Produktionsprozesse lassen sich ihrer Ansicht nach Produktionskapazitäten technisch nur sprunghaft verändern, so daß es bei einer gleichförmigen, durch strukturpolitische Eingriffe bewußt hervorgerufenen Investitionstätigkeit zu Überkapazitäten kommt. Demnach steht die Strukturpolitik vor dem Dilemma, aus Gründen des Wettbewerbs Investitionskartelle nicht zuzulassen, andererseits aber produzieren die strukturpolitischen Instrumente genau jenen Zustand, der vermieden werden sollte.

Gemessen an den strukturpolitischen Leitbildern nehmen sich die diskutierten strukturpolitischen Vorschläge recht bescheiden aus. So räumt *Eckey* den Möglichkeiten einer gezielten strukturellen Geldpolitik nur geringe Chancen ein, weil hierzu ein aufwendiger Kontrollapparat über die strukturell differenzierte Kreditversorgung notwendig sei und zum anderen die Kenntnis des Zusammenhangs von Kreditversorgung und den Finanzierungsmöglichkeiten aus eigenen Mitteln unzureichend sei. Die größten Realisierungschancen räumt *Eckey* der Einnahmepolitik ein, die über strukturell gezielte Be- und Entlastungen von Anbietern und Nachfragern (Steuerstreichungen, -ermäßigungen, -erhöhungen) Einfluß auf das Preis- und Nachfrageverhalten nehmen kann. Für die *IG Metall* und die *Kommission* für wirtschaftlichen und sozialen Wandel liegen die strukturpolitischen Ansätze schweremotig auf der Förderung industrieller Forschung und Entwicklung unter dem Gesichtspunkt der Schaffung künftiger kaufkräftiger Nachfrage.<sup>9</sup>

Weitergehende detaillierte strukturpolitische Vorstellungen sind von der *IG Metall* u. a. für die Wertindustrie entwickelt worden. Danach stellen sich der Strukturpolitik für den Schiffsbau folgende Aufgaben:

1. Eine Verbesserung der Informationsgewinnung. Dazu zählt die *IG Metall* die Vorlage eines von den Werften zu erstellenden Entwicklungsplans und die Einrichtung einer Investitionsmeldestelle. Damit sollen die Werften verpflichtet werden, Erweiterungs- und Rationalisierungsvorhaben einer bestimmten Größenordnung dieser Meldestelle mitzuteilen.
2. Eine Status-quo-Prognose, die die Kapazitäts-, Nachfrage- und Produktivitätsentwicklung sowie die daraus abzuleitenden Folgen für die Beschäftigung darstellen.
3. Ein von der Bundesregierung vorzulegendes Strukturkonzept Werften, das vor allem die Möglichkeiten einer Diversifizierung der Werften-Produktion und von schiffsfremder Produktion zum Abbau bestehender Überkapazitäten darlegt.
4. Die Einrichtung einer von Bund und Ländern getragenen Werftenkonferenz, auf der Branchenprojektionen und die Vergabe öffentlicher Mittel zu koordinieren sind.<sup>10</sup>

Insgesamt machen die von den Gewerkschaften entwickelten Vorstellungen deutlich, daß es aus ihrer Sicht nicht um eine Loslösung der Strukturpolitik von einem umfassenden beschäftigungspolitischen Gesamtkonzept gehen kann, sondern nur um eine Integration beider Konzepte, die als Eckpfeiler enthält:

- Strategien eines beschleunigten qualitativen Wachstums;
- Strategien zur sozialen Beherrschung der Produktivitätsentwicklung, die sich insbesondere gegen den beschäftigungspolitischen Bumerang einer faktisch arbeitsplatz-

vernichtenden Rationalisierungsstrategie wendet, wie sie in der Konzeption einer von der Bundesregierung propagierten »Modernisierung der Wirtschaft« angelegt ist<sup>11</sup>; — Strategie der Arbeitszeitverkürzung im weitesten Sinne.

### 5. Zusammenfassung

Die Vorschläge und Leitsätze der sektoralen Strukturpolitik sind bislang Programmsätze ohne politische Umsetzung geblieben. Strukturpolitische Eingriffe haben selbst unter dem oben genannten reduzierten Anspruch weniger den Charakter von wachstumspolitischen Maßnahmen als vielmehr den von branchenprotektionistischen Eingriffen, die immer dann vorgenommen werden, wenn die Unternehmen den Strukturwandel nicht oder zu langsam bewältigen.

Obgleich sich diese Einschätzung der praktizierten Strukturpolitik bei allen Autoren wiederfindet, unternimmt lediglich *Finking* den Versuch einer systematischen Kritik von Konzeptionen und Praxis der Strukturpolitik. In Anlehnung an Offes Analysen von Herrschaft durch Legitimation begreift Finking den fallweisen, an der Stabilisierung von krisenhaft verlaufenden Strukturwandlungen orientierten Interventionismus als ein bestimmtes Muster von Rationalität, die dem Anspruch der politischen Legitimationsbeschaffung zu dienen hat. Auf der anderen Seite liegt den Konzeptionen der Strukturpolitik ein Rationalitätsbegriff zugrunde, der von einer Adäquanz der Transformation des Ursache-Wirkungsmechanismus in ein Ziel-Mittelverhältnis ausgeht. Dementsprechend gewinnen Maßnahmen zur Überwindung einer den wirtschaftspolitischen Zielen widersprechenden Praxis in dem Maße an Rationalität, wie es gelingt, der Forderung nach Planbarkeit von strukturpolitischen Entscheidungen entgegenzukommen.<sup>12</sup> Rationalität besteht dann in der schrittweisen Annäherung an die Adäquanz von Problemursachen und -lösungen. Offensichtlich läßt sich aber staatliches Handeln nicht allein in diesen technokratischen Rationalitätsbegriffen fassen. Denn über die Beschaffung von Legitimität seiner Entscheidungen hinaus sieht sich der Staat sehr leicht in einer ungleichen strukturpolitischen Allianz mit branchenspezifischen Kapitalinteressen und wissenschaftspolitischen Vorstellungen (Technologiepolitik) auf der einen Seite, während auf der anderen Seite die Arbeitsplatzinteressen der von strukturellen Krisen betroffenen Arbeitnehmer stehen, was aber in aller Regel in der genannten Literatur nicht aufgegriffen wird.<sup>13</sup> Nach *Finking* läßt sich die Praxis der fallweisen interventionistischen Eingriffe nur so lange aufrechterhalten, wie neben den durch den strukturellen Wandel bedingten Absteiger- zugleich Aufsteigerbranchen entstehen. Rückläufiges wirtschaftliches Wachstum verringert die Spielräume einer derartigen Politik, sobald es darum geht, Absteigerpositionen bewußt hinzunehmen oder selbst zu erzeugen, statt auf eine Strukturhaltung ausgerichtet zu sein. Die Leistungsfähigkeit der strukturpolitischen Trägerorganisationen ist somit auf die Regelung von isolierbaren Teilkrisen gerichtet. Eine vorausschauende und gestaltende, die ökonomischen, sozialen und politischen Folgen abwägende Strukturpolitik kann sie nach diesem Verständnis nicht leisten.

Das Hauptproblem einer planmäßigen Strukturpolitik liegt nicht in ihrer Prognose-richtigkeit und in ihrer Ziel-Mittelrationalität, sondern darin, daß die gesellschaftlichen Institutionen eine eindeutige Zielbestimmung nicht gestatten. Ein möglicher Ausweg könnte nach Ansicht der Gewerkschaften (der sich Finking ausdrücklich anschließt) in der Schaffung von demokratisch gebildeten Gremien — Strukturräte nach dem Vorbild von Wirtschafts- und Sozialräten — liegen, die die Mitglieder der beteiligten Interes-

senorganisationen in die Lage versetzen, demokratische Verfahren der Entscheidungsfindung durchzusetzen und damit eine größere Legitimationsbasis für zukunftsweisende strukturpolitische Ansätze zu schaffen.

Gemessen an diesem Problemstand fallen die anderen Darstellungen deutlich zurück. Zwar benennen sie in der Regel als entscheidendes Hindernis für die Weiterentwicklung und die effiziente Anwendung strukturpolitischer Instrumente eine mangelnde Zielfixierung, aber eine Problematisierung dessen, welche Interessen in welcher Weise auf die strukturpolitische Willensbildung einwirken, leisten sie nicht. Trotz umfassender konzeptioneller Ansprüche und Zustandserklärungen (Krise des Keynesianismus) sind aber das, was als Ergebnis dieser Zustandsbeschreibungen gelten kann, bei allen unterschiedlichen vorgestellten Ansätzen nur bescheidene und häufig widerspruchsvolle Versuche, aus einer an Keynes'scher Tradition orientierten globalen Wirtschaftspolitik auszubrechen und eine produktive Weiterentwicklung von Instrumenten im Sinne einer demokratischen Steuerung und Planung ökonomischer Prozesse voranzutreiben.

### Anmerkungen

- 1 Vgl. Jahresgutachten 1978/79 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, T.Z. 46ff., BT-Drucksache 8/2313.
- 2 Jahresgutachten, a.a.O., T.Z. 390.
- 3 Errechnet nach: Statistische Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, Heft 4: Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, lfd. Nummern.
- 4 Während die akademische wie wirtschaftspolitisch ausgerichtete Diskussion um die »Krise des Keynesianismus« auf der einen Seite mit der Forderung nach einem Rückzug des Staates aus dem Wirtschaftsprozess auf eine vorkeynesianische Ordnungspolitik begleitet wird, geht es auf der anderen Seite um die Forderung nach einem Ausbau wirtschaftspolitischer Lenkungsmaßnahmen als adäquate Krisenantwort. Die von mir herangezogene Literatur beschäftigt sich lediglich mit dem letzteren Ansatz.
- 5 Vgl. Werner Meißner: Kritische Analyse der Beziehungen zwischen Wissenschaft und Praxis im Bereich der Wirtschaftspolitik, in: Wissenschaftszentrum Berlin (Hrsg.): Interaktion von Wissenschaft und Politik. Theoretische und praktische Probleme der anwendungsorientierten Sozialwissenschaft, Frankfurt/M. 1977.
- 6 Auf die sehr komplexen technologischen Entwicklungen in den analysierten Branchen in detaillierter Form einzugehen, ist hier allerdings aus Platzgründen nicht möglich.
- 7 Strukturpolitik und Investitionslenkung. Beschluß des 10. ord. DGB-Bundeskongresses 1975 in Hamburg, abgedr. in: IG Metall (Hrsg.): Strukturwandel in der Metallindustrie, a.a.O., 171.
- 8 Ebenda, 172.
- 9 Bei allen Unterschieden in der Bewertung der notwendigen Intensität strukturpolitischer Eingriffe wird dieser spezielle strukturpolitische Aspekt auch von den Wirtschaftsverbänden befürwortet. Vgl. dazu Gerhard Voss: Sektorale Strukturpolitik. Anspruch und Praxis. Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, Nr. 49, 10/1977, hrsg. vom Institut der deutschen Wirtschaft, Köln 1977. - Eine kritische Einschätzung zur Konzeption einer Forschungs- und Technologiepolitik als Strukturpolitik findet sich bei Kalmbach, der die zu erwartenden Beschäftigungseffekte gering einschätzt. Vgl. Peter Kalmbach: Beschäftigungssicherung durch »Modernisierung der Wirtschaft?«, in: Heinz Markmann/Diethard B. Simmert, a.a.O.
- 10 Die Wertindustrie in der Bundesrepublik Deutschland. Forderungen der IG Metall zur Schiffsbaupolitik. Beschluß des Beirates der IG Metall vom 25. 3. 1977. Abgedruckt in: IG Metall (Hrsg.): Strukturwandel in der Metallindustrie, a.a.O., 187f.
- 11 Vgl. Peter Kalmbach, a.a.O.
- 12 Insbesondere den Vorstellungen der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel liegt die Forderung nach der Planbarkeit von strukturpolitischen Entscheidungen zugrunde.
- 13 Vgl. Wolf-Dieter Narr/Claus Offe: Was heißt hier Strukturpolitik? Neokorporatismus als Rettung aus der Krise? in: Technologie und Politik, Bd. 6, Reinbek 1976, 20.

**Besprochene Literatur**

- Eckey, Hans-Friedrich: Strukturorientierte Konjunkturpolitik, Bund-Verlag, Köln 1978 (248 S., br., 49,80 DM).
- Finking, Gerhard: Grundlagen der sektoralen Wirtschaftspolitik. Eine problemorientierte Einführung mit einem Kompendium wichtigster Begriffe der sektoralen Wirtschaftspolitik, Bund-Verlag, Köln 1978 (268 S., br., 39,80 DM).
- Kock, Heinz, Eduard Leifert, Alfons Schmid und Ludwig Stirnberg: Konzepte der Konjunktursteuerung. Von der globalen zur strukturellen Orientierung, Bund-Verlag, Köln 1977 (144 S., br., 14,80 DM).
- Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel: Wirtschaftlicher und sozialer Wandel in der Bundesrepublik Deutschland. Gutachten der Kommission, Verlag Otto Schwartz & Co. Göttingen 1977 (616 S., br., 28,— DM).
- Markmann, Heinz, und Diethard B. Simmert (Hrsg.): Krise der Wirtschaftspolitik. Bund-Verlag, Köln 1978 (612 S., br., 38,— DM). Abschnitt: Struktur- und Wachstumspolitik.
- IG Metall (Hrsg.): Technologie-Tagung 1977. Strukturelle Arbeitslosigkeit durch technologischen Wandel? Schriftenreihe der IG Metall Nr. 72, Frankfurt/M. 1977 (131 S., br., zu beziehen über die IG Metall)
- IG Metall (Hrsg.): Strukturwandel in der Metallindustrie. Analytische und konzeptionelle Ansätze der IG Metall zur Strukturpolitik 1975 bis 1977. Frankfurt/M. 1977 (214 S., br., zu beziehen über die IG Metall)



Stamokap-Theorie. Krisenpolitik.  
Nationalisierungsprogramm BRD.  
Demokratische Wirtschaftsplanung  
Italien. Albers, Goldschmidt, Jung.  
15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-).



Kontroversen über: Wirtschaftstheoretische Grundlagen, Krise/Arbeitslosigkeit/Arbeitsmarkttheorie, Alternative Regionalpolitik. Bolle, Hickel, Huffschild, Kisker, Riese, Vogt.  
15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-).



Arnim Bechmann

## Ökonomie und Umwelt Kommentierte Bibliographie: Umweltfragen (3)

### 1. Vorbemerkung

Seit Beginn der 70er Jahre ist die theoretisierende Ökonomie in zunehmendem Maße gezwungen worden, sich mit dem Umweltproblem auseinanderzusetzen. Der Entstehungskontext und das strukturierende Prinzip dieser Debatte war höchst politisch und von den Erfordernissen einer krisendämpfenden Stabilisierungspolitik geprägt.

Die wesentlichen Beiträge zur umweltökonomischen Diskussion des letzten Jahrzehnts lassen sich — vereinfachend — drei Theoriekonzepten zuordnen, die hier bezeichnet werden als

- Theorie des Marktversagens und der sozialen Kosten
- ökologisch-ökonomische Kreislauf- und Umweltplanungsmodelle
- politische Ökonomie der Umwelt.

Die eben angegebene Klassifikation ist sehr grob und darf daher nicht zu mechanistisch gesehen werden. Hinzu kommt, daß — vermutlich wegen des unterschiedlichen Abstraktionsniveaus dieser Konzepte — manche Autoren zwei von ihnen zur Grundlage ihrer Argumentation machen. (D.h. es besteht eine begrenzte Vereinbarkeit zwischen: »Marktversagen« und »Kreislaufmodellen« einerseits sowie »politischer Ökonomie« und »Kreislaufmodellen« andererseits.)

### 2. Zur Theorie der Umweltökonomie

#### 2.1 Die Problementfaltung

**Kapp, William K.:** Volkswirtschaftliche Kosten der Privatwirtschaft, J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1958 (228 S., br., 20,— DM)  
(jetzt auch: Fischer Taschenbuch-Verlag, Soziale Kosten der Marktwirtschaft, 263 S., br., 9.80).

Kapp griff 1950 als erster die Umweltproblematik aus der Perspektive ökonomischer Theoriebildung auf. Kernpunkt seiner Analyse ist die Erkenntnis, daß »die private Produktionstätigkeit eine Vielzahl von sozialen Verlusten verursacht, die nicht unter den Aufwendungen des Unternehmers erscheinen.« (Kapp 1958, 197) Diese sozialen Verluste werden, Kapp folgend, in der weiteren umweltökonomischen Debatte als Sozialkosten bezeichnet. Kapp spannt den Betrachtungsrahmen seiner Analyse weit, indem er die sozialen Kosten der Umwelterstörung neben die der Beeinträchtigung der Menschen durch den Produktionsprozeß und die durch Monopolbildung hervorgerufenen stellt; eine Sichtweise, die auch später zu Recht von den Gewerkschaften wieder aufgegriffen wurde.

#### 2.2 Die Theorie des Marktversagens und der sozialen Kosten

**Frey, Bruno:** Umweltökonomie. Vandenhoeck + Ruprecht, Göttingen 1972 (142 S., br., 9,80 DM).

**Pearce, D.W. (Hrsg.):** Environmental economics. Longman, New York 1976 (202 S., br., 26,— DM).

**Siebert, Horst:** Ökonomische Theorie der Umwelt, J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1978 (221 S., Ln., 52,— DM).

**ders.:** Das produzierte Chaos — Ökonomie + Umwelt. Kohlhammer, Stuttgart 1973 (184 S., br., 22,— DM).

**ders. (Hrsg.):** Umwelt und wirtschaftliche Entwicklung. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1979 (472 S., Ln., 93,— DM).

Obwohl die »Theorie des Marktversagens und der sozialen Kosten« heute zum Allgemeingut volkswirtschaftlicher Theoriebildung zählt, war sie lange Zeit eher eine Theorie der Außenseiter und Kritiker bestehender Wirtschaftstheorie (Kapp 1958, 23ff.). Die Theorie des Marktversagens und der sozialen Kosten kann als eine Erweiterung der neoklassischen Mikroökonomie und der Wohlfahrtstheorie interpretiert werden. Ihre Betrachtungsperspektive ist mikroökonomisch. Sie wählt die Produktionsfunktion des einzelnen Unternehmers und die auf sie einwirkenden bzw. von ihr ausgehenden externen Effekte zum Ausgangspunkt ihrer Analyse. (Man bezeichnet als externe Effekte alle die Einwirkungen auf eine Produktions- oder Konsumfunktion durch einen Dritten, die nicht mittelbar oder unmittelbar ausgeglichen werden. D.h. externe Effekte geben alle die Wechselbeziehungen und Interdependenzen wieder, für die kein Ausgleich über den Markt bzw. keine Ausgleichszahlung erfolgt.)

Die wichtigsten Aussagen der Theorie des Marktversagens und der sozialen Kosten lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

- der Markt soll und kann prinzipiell über den Preismechanismus die optimale Faktorallokation und die paretooptimale Verteilung der produzierten Güter leisten,
- die zentrale Funktion des Marktes ist heute gestört, denn nicht alle Kosten der Produktion werden von privaten Unternehmen aufgebracht, sondern in Form von externen Effekten an Dritte oder an die Allgemeinheit weitergegeben.

Die Nichtberücksichtigung von sozialen Kosten in den Güterpreisen führt zu einer Verzerrung der Faktorallokation, die zur Folge hat, daß

- Umwelt ökonomisch unverantwortlich und überdimensioniert zerstört wird,
- Energiequellen vorzeitig erschöpft werden,
- Fehlentwicklungen des technischen Fortschritts in Richtung der Entwicklung umweltfeindlicher Technologien stattfinden.

Die Theorie des Marktversagens und der sozialen Kosten stellt die Leistungsfähigkeit der Marktwirtschaft grundsätzlich nicht in Frage. Folglich sind die von ihr empfohlenen wirtschaftspolitischen Strategien darauf ausgerichtet, die durch das Auftreten externer Effekte beeinträchtigte Marktfunktion wieder in Gang zu setzen. Das an diese Theorie anknüpfende wirtschaftspolitische Konzept zielt in zwei Richtungen:

- die Internalisierung der externen Effekte auf der Basis des Verursacherprinzips,
- die Erklärung der Umwelt zum öffentlichen Gut, welches über den Staat verwaltet und bereitgestellt wird, d.h. die Einführung des Gemeinlastprinzips.

Die Theorie des Marktversagens und der sozialen Kosten ist wegen ihrer zum Teil sehr ideologischen Annahmen und ihrer Einseitigkeit in den letzten Jahren immer wieder heftig und weitgehend zu Recht kritisiert worden. Diese Kritik soll hier nicht wiedergegeben werden, auf sie sei lediglich verwiesen:

**Glagow, Manfred (Hrsg.):** Umweltgefährdung und Gesellschaftssystem — Reader zur Politologie, Soziologie und Ökonomie. Piper & Co., München 1972 (242 S., br., 19,80 DM).

**Hassenpflug, Dieter:** Umweltzerstörung und Sozialkosten — Die Umweltkrise des Kapitalismus. Verlag für das Studium der Arbeiterbewegung, Westberlin 1974 (160 S., br., 10,— DM).

**Kapp, William, K., und Fritz Vilmar:** Sozialisierung der Verluste? Hanser Verlag, München 1972 (242 S., br., 26,80 DM).

**Wittkowsky, Alexander (Hrsg.):** TUB 5, Zeitschrift der Technischen Universität Berlin, 5. Jg., 1973 (759 S., br.).

### 2.3 Ökologisch-ökonomische Kreislauf- und Umweltplanungsmodelle

**Fassing, Werner:** Planungssysteme in der Umweltpolitik — Instrumente und Modellansätze der Umweltökonomie. Dissertation, Frankfurt/M. 1977 (201 S., br., 20,— DM).

**Isard, Walter u.a.:** ecologic - economic analysis for regional development. New York 1972 (270 S., Ln., 55,— DM).

**Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen:** Umweltgutachten 1974, Kohlhammer, Stuttgart 1974 (320 S., br., 28,— DM).

**Thoss, Rainer:** Sonderforschungsbereich Raumordnung und Raumwirtschaft, in: DFG-Mitteilungen 2/79, 1973.

Die Theorie des Marktversagens und der sozialen Kosten betrachtet die Umweltproblematik in erster Linie als Allokationsproblem. Sie klammert daher die materialen und energetischen Beziehungen zwischen Gesellschaft und Umwelt weitgehend aus. Diesen Mangel versuchen die ökologisch-ökonomischen Kreislauf- und Umweltplanungsmodelle zu beheben, indem sie die aus der Sicht des Ökonomen relevanten materialen und energetischen Beziehungen zwischen Gesellschaft und Umwelt in Form geschlossener (manchmal auch offener) Systeme abbilden.

Die Abbildung der sichtbaren, empirisch feststellbaren Zusammenhänge zwischen Gesellschaft und Umwelt ist das zentrale Anliegen dieser Modelle. Sie enthalten im allgemeinen folgende Systemelemente und -relationen:

- Gesellschaft wird als aus Teilsystemen bestehendes System erfaßt. Soziale Beziehungen und gesellschaftliche Machtverhältnisse werden dabei ebenso ausgeblendet wie historische Entwicklungslinien.
- Der Staat wird im allgemeinen nicht als eigenes Subsystem dargestellt. Er wird vielmehr über exogene Variable (Handlungsparameter) in das Gesamtmodell eingeführt.
- Natur wird ebenfalls nur bruchstückhaft als Menge von Systemelementen definiert. Sie wird nicht als in sich strukturiert (d.h. im Sinne einer naturwissenschaftlichen Analyse), sondern in ihrer Ausgerichtetheit auf gesellschaftliche Nutzungen abgebildet.
- Energie-, Material-, Güter- oder Wertströme verbinden die einzelnen Teilsysteme miteinander.

Bei der Konstruktion und Anwendung solcher Modelle steht in erster Linie ihre Abbildungseigenschaft, d.h. die Frage nach dem *Wie* und nicht die theoretische Erklärung, d.h. die Frage nach dem *Warum* im Vordergrund.

Ökologisch-ökonomische Kreislauf- und Umweltplanungsmodelle können im wesentlichen mit zwei Intentionen eingesetzt werden:

- als Demonstrationsmodell, an dem die wesentlichen Strukturzusammenhänge verdeutlicht werden sollen.
- als empirisches Modell, durch das die Realität möglichst exakt abgebildet wird und durch das damit reale Entscheidungen strukturiert werden können.

Trotz vieler — zum Teil aufwendiger — Anläufe ist es bisher nicht gelungen, Model-

le des zweiten Typs in wirklich befriedigender Weise zu konstruieren. Umweltplanungsmodelle sind daher heute im wesentlichen als Demonstrationsmodelle einzuschätzen. Auch der Rat der Sachverständigen für Umweltfragen, der scheinbar zunächst auf die Entwicklung eines solchen Modelles gesetzt hatte, scheint in dieser Hinsicht pessimistischer geworden zu sein. Sein 1978 vorgelegtes Gutachten enthält im Gegensatz zu dem Gutachten von 1974 keine explizite Darstellung eines solchen Umweltsystems (vgl. die ausführliche Besprechung von *Ulrich Hampicke* in *Argument* 114, bes. 239ff.)

#### 2.4 Die politische Ökonomie der Umwelt

Umweltprobleme und staatsmonopolistischer Kapitalismus (Autorenkollektiv), IDW-Forschungshefte (Hrsg.), 12. Jg., 1/1977, Berlin (DDR) (169 S., br., 5,35 M).

**Krusewitz, Knut, und Gerhard Kade:** *Anti-Enzensberger. Von der Umweltkatastrophe und den Grenzen literarischer Krisenbewältigung.* Pahl-Rugenstein Hefte, Nr. 18, Köln 1974 (48 S., br., 4,— DM).

Das Theoriekonzept der politischen Ökonomie der Umwelt baut auf der marxischen Kapitalismusanalyse auf. Es begreift das Verhältnis von Gesellschaft und Natur als einen historisch entwickelten Aneignungs- und Stoffwechselprozeß, in dem die menschliche Arbeit die Vermittlung von Natur und Gesellschaft leistet. Dieser Aneignungsprozeß ist geprägt durch den Stand der Produktivkräfte (d.h. die entwickelte Technik und die zur Verfügung stehenden Naturstoffe) und die Produktionsverhältnisse.

Triebfeder und strukturierendes Element des gesellschaftlich organisierten Stoffwechselprozesses zwischen Mensch und Natur ist im Kapitalismus der auf schrankenlose Kapitalverwertung angelegte Akkumulationsprozeß.

Die Folgen der unter diesen Bedingungen stattfindenden Naturaneignung, die auf der materialen Ebene als Phänomene der Umweltkrise sichtbar werden, lassen sich beschreiben durch:

- Standortbildung und Standortveränderung
- Entnahme von Rohstoffen
- Abgabe von unerwünschten Kuppelprodukten, Emissionen und Abfällen.

Der kapitalistisch betriebene Prozeß der Naturaneignung wird von dem an der Rationalität der Tauschwertproduktion orientierten Verwertungsinteresse dominiert. Sein Ergebnis ist die umfassende Ausbeutung der Natur, die erst da ihre Schranke findet, wo die Naturaneignung beginnt, die Warenproduktion selbst — und damit die Tauschwertproduktion — in spürbarer Weise zu gefährden. Die innere Logik dieses Prozesses zwingt das Einzelkapital zur weitgehenden Naturausbeutung, die schließlich zur Gefahr für den gesamten Produktionsprozeß werden kann und heute bereits geworden ist. Der kapitalistische Staat — als der Garant zur Aufrechterhaltung der Produktionsweise und insbesondere als Instanz zur Herstellung der allgemeinen Produktionsbedingungen — kann dann bloß versuchen, (zumindest relative) Grenzen zu setzen und/oder die Folgen der Naturzerstörung nachträglich zu mindern bzw. zu beseitigen. Die privatwirtschaftlich betriebene Naturaneignung erzwingt somit die staatliche Intervention. Diese Intervention ist jedoch in ihren Möglichkeiten sehr beschränkt, soll sie doch einerseits die unmittelbare Krisensituation beheben, ohne jedoch andererseits die sie verursachende Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur in ihrem Fundament anzutasten. Auch die sichtbaren Ergebnisse staatlicher Umweltpolitik zeigen, daß einer so strukturierten Staatsintervention enge Erfolgsgrenzen gesetzt sind. Das Theoriekonzept der

politischen Ökonomie sieht die Umweltkrise im Kapitalismus als nicht lösbar im Sinne der Lebensbedürfnisse der lohnabhängigen Bevölkerung an.

Die Stärke der politischen Ökonomie der Umwelt liegt zweifellos darin, daß sie das Gesellschafts-Natur-Verhältnis als gesellschaftlich strukturierten Stoffwechselprozeß erfaßt und daher in der Lage ist, Handlungsspielräume der Umweltpolitik wesentlich differenzierter auszuloten als dies die beiden bereits vorgestellten Theoriekonzepte vermögen. Sie ist zudem in der Lage, Wesentliches zur ideologiekritischen Durchdringung des allgemeinen Verständnisses der Umweltkrise beizutragen. Die Aufhebung des Widerspruchs zwischen Gesellschaft und Natur, der sich in der Umweltkrise sichtbar ausdrückt, erscheint ihr erst in einer sozialistischen Gesellschaft möglich.

### *2.5 Thesen zum Stand der umweltökonomischen Theoriediskussion*

Alle drei der hier vorgestellten Theoriekonzepte befinden sich z.Zt. — wenn auch aus unterschiedlichen Ursachen — in einer Stagnationsphase. Die Theorie des Marktversagens und der sozialen Kosten ist weniger eine kritische Analyse als der systemkonforme Versuch, die Notwendigkeit und die Zulässigkeit der Staatsintervention in den Umweltbereich zu rechtfertigen. Sie hat wenig neue Erkenntnis produziert und auch den ausgetretenen Pfad der Gleichgewichtsbetrachtung nicht verlassen. Sie entwirft wirtschafts- und umweltpolitische Strategien und Instrumente staatlichen Handelns, die sich in der Praxis bisher als recht ungeeignet erwiesen haben und deren Mangelhaftigkeit bereits in der immanenten Strategie- und Instrumentenanalyse behauptet wird (vgl. Abschnitt 3). Die Beschränktheit der Theorie des Marktversagens und der sozialen Kosten offenbart sich bereits in ihren Prämissen und in dem Rückgriff auf die Wohlfahrtsökonomie, wodurch das Fehlen eines differenzierten Bildes der Struktur kapitalistischer Gesellschaften deutlich wird.

Die ökologisch-ökonomischen Kreislauf- und Umweltplanungsmodelle bilden bisher nur einen kleinen Ausschnitt der komplizierten Zusammenhänge des Mensch-Natur-Verhältnisses ab. Ihnen fehlt zudem die Fundierung durch eine theoretisch abgesicherte Gesellschaftsanalyse. In »technischer« Hinsicht stoßen sie zudem an die Grenzen der gegenwärtigen Möglichkeit zur Informationsbeschaffung oder zur Informationsverarbeitung. Prinzipiell bieten sie dennoch Ansatzpunkte für die Analyse und Bilanzierung des Stoffwechselprozesses zwischen Gesellschaft und Natur.

Verglichen mit den eben genannten Theoriekonzepten basiert die politische Ökonomie der Umwelt auf dem tragfähigsten theoretischen Fundament. Sie leistet die relativ umfassendste und differenzierteste Erklärung der Umweltproblematik. Neben der Ideologiekritik zielt sie auf die Analyse der Handlungsspielräume staatlicher Umweltpolitik. Sie kann dabei an die Theorie des Staatsinterventionismus anknüpfen. Da sie zu der Einsicht kommt, daß die Umweltkrise im Kapitalismus zwar kurzfristig steuer- oder verschiebbar aber generell nicht lösbar ist, sieht sie ihre Aufgabe nicht darin, Instrumente der Umweltpolitik zu entwickeln, sondern die verwendeten und vorgeschlagenen kritisch zu durchleuchten. Dies ist in den letzten Jahren geschehen.

Allen drei Theoriekonzepten gemeinsam ist ein zu oberflächliches Verständnis von Natur. D.h. die durch Naturwissenschaften erforschten oder vermuteten Systemgesetzmäßigkeiten der Natur wie z.B. die Selbstregulierungsfähigkeit, Prozesse der irreversiblen Zustandsveränderung und der unkompensierbaren Substanzverluste werden generell zu oberflächlich, in der Regel nur pauschal beschreibend erfaßt. Hampicke formu-

Tabelle 1  
 Klassifikation von Instrumenten der Umweltpolitik auf der Basis einer Literatursynopse

Instrumente der Umweltpolitik	Klassifikation				
	Wirkungsweise		Effizienz/Praktikabilität		
	indirekt	direkt	niedrig	mittel	hoch
<b>Förderungen von Umweltbewußtsein</b>					
— Objektive Informationen über die gesellschaftlichen Schäden einzelwirtschaftlichen Verhaltens (Verflechtungsmodelle, Umweltbilanzen)	+		+		
— Umweltqualität als zusätzliches Ziel privatwirtschaftlicher Entscheidungen einführen (Material- und Energiebilanzen)	+		+		
— soziale Sanktionen gegen »Umweltschäden« ausüben	+		+		
<b>Verhandlungen zwischen Schädigern und Geschädigten</b>	+		+		
<b>Einführung von Umweltzertifikaten</b>	+		+		
<b>Investitionen des Staates zur</b>					
— Hebung der Assimilationskapazität der Umwelt		+		+	
— Beseitigung von Schadstoffen		+		+	
— Entwicklung umweltfreundlicher Technologien	+			+	
— Entwicklung von Kontrollgeräten der Umweltqualität (Emissionen, Immissionen)	+				
<b>Staatliche Ausgaben zur nachträglichen Beseitigung von Umweltschäden</b>		+		+	
<b>Steuern, mit der Bemessungsgrundlage</b>					
— soziale Zusatzkosten	+		+		
— Produktpreis	+		+		
— Produktmenge	+		+		
— Inputpreis	+		+		
— Inputmenge	+		+		
— Art der Technologie	+		+		
— emittierte Schadstoffe	+				+
<b>Subventionen</b>					
— Subventionierung umweltfreundlicher Produkte	+		+		
— Abschreibungserleichterungen	+		+		
— projektbezogene Investitionskredite		+	+		
— auf die verhinderte Schadstoffmenge		+	+		
— Sonderabschreibungen	+		+		
<b>Räumliche Vorrangzonierung (Festlegung von Vorrangfunktionen)</b>		+	+		
<b>Lastpläne (Limitierung und Verteilung der Belastung von Umweltbereichen)</b>		+		+	
<b>Gebote und Verbote</b>					
— Emissionsnormen		+		+	
— Reduzierungsverpflichtungen (in % pro Produkteinheit)		+	+		
— Vorschriften über die technische Beschaffenheit der anzuwendenden Produktionsverfahren		+		+	
— Auflagen über die Verwendung von Inputs im Produktionsprozeß		+	+		
— Produktnormen		+	+		
— Produktmengenlimitierungen		+	+		
— Ansiedlungsverbote		+		+	
<b>Zentrale staatliche Planung der Umwelnutzung</b>		+			

liert diese Kritik folgendermaßen: »Das Bild von der Natur als einen systemhaften Zusammenhang mit einem (zerstörbaren) Eigenleben ist radikal getilgt, und durch die Vorstellung von einer amorphen Masse ersetzt.« (*Hampicke, U.*: Landwirtschaft und Umwelt, Diss. TU Berlin 1977, 621). Die Weiterentwicklung umweltökonomischer Analysen über den heutigen Stand hinaus und die Entwicklung erfolgreicher umweltpolitischer Strategien setzt jedoch sowohl die Kenntnis von Gesellschaftsstrukturen als auch der Eigengesetzmäßigkeiten von Natur voraus.

### 3. Die wirtschaftstheoretische Diskussion umweltpolitischer Instrumente

#### 3.1 Die Effizienz marktwirtschaftlicher Instrumente der Umweltpolitik

**Littmann, Konrad:** Umweltbelastung — Sozialökonomische Gegenkonzepte. Schriften der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, 18. Verlag Otto Schwartz, Göttingen 1974 (108 S., br., 18,80 DM).

**Nowotny, Ewald:** Wirtschaftspolitik und Umweltschutz. Beiträge zur Wirtschaftspolitik, Bd.22, hrsg. v. Egon Tuchtfeldt. Rombach-Verlag Freiburg 1974 (347 S., br., 36,— DM).

**Siebert, Horst:** Analyse der Instrumente der Umweltpolitik. Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel (Hrsg.), Bd. 80, Verlag Otto Schwartz, Göttingen 1976 (155 S., br., 28,— DM).

**Stamer, Peter:** Niveau- und strukturorientierte Umweltpolitik. Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel (Hrsg.), Bd.79, Verlag Otto Schwartz, Göttingen 1976 (198 S., br., 20,50 DM).

Die Perzeption von Umweltzerstörung und die Artikulation des Umweltschutzes als »gesamtesellschaftliche Aufgabe« durch die Regierungen und Machteliten der westlichen Industriestaaten hat dazu geführt, daß die »Sicherung und Verbesserung der Umweltqualität« (zumindest programmatisch) als neue wirtschaftspolitische Zielsetzung formuliert wurde. Zur Durchsetzung dieses Ziels versuchte man ein leistungsfähiges umweltpolitisches Instrumentarium zu entwickeln, welches mit der Struktur kapitalistischer Wirtschaften vereinbar ist. Die Theoretiker der Marktwirtschaft standen und stehen dem Problem des Umweltschutzes ebenso hilflos gegenüber wie anderen wirtschaftspolitischen Problemen. Nach bewährter Manier versuchten sie, alten Wein in neue Schläuche füllend, das gängige Instrumentarium der Wirtschafts- und Finanzpolitik umweltökonomisch zu interpretieren und seine umweltpolitische Effizienz herauszufinden. Die bisherige instrumentenmethodische Diskussion war von zwei Grundannahmen geprägt:

- Die infragekommenden wirtschaftspolitischen Instrumente sollten mit den Prinzipien der Marktwirtschaft vereinbar sein.
- Das Instrumentarium sollte zunächst nur auf dem Verursacher- und später auch auf dem Gemeinlastprinzip aufbauen (vgl. Gauer, K.: Vom Verursacher- zum Gemeinlastprinzip, in: *Das Argument* 118).

Die Menge der in diesem Zusammenhang diskutierten Instrumente ist beträchtlich. Das Spektrum reicht von Instrumenten der Meinungsbeeinflussung bis zur Staatsintervention in den Marktprozeß. Tabelle 1 gibt das generelle Ergebnis dieser Diskussion wieder. In ihr sind die wichtigsten der in der oben aufgeführten Literatur genannten umweltpolitischen Instrumente zusammengestellt und hinsichtlich ihrer Wirkungsweise (direkt, indirekt) sowie in der genannten Literatur vermuteten Zielkonformität, Effi-

zienz und politischen Durchsetzbarkeit eingestuft.

Obwohl die in Tabelle 1 vorgenommene Klassifikation sicherlich einige Willkürlichkeiten enthält, kann sie doch als insgesamt recht gut fundiert angesehen werden, da die Effizienz- und Durchsetzbarkeitseinschätzungen unterschiedlicher Autoren in fast verblüffender Weise übereinstimmen. Die Literaturanalyse ergibt, daß Instrumenten, die einen kontrollierenden Eingriff in den Wirtschaftsprozess bedeuten (Gebote und Verbote), eine sichtbar höhere Leistungsfähigkeit zugesprochen wird, als Instrumenten, die auf der Konzeption der Internalisierung und des weit ausgelegten Verursacherprinzips beruhen (Verhandlungslösungen, Umweltzertifikate und Steuern). Dieses Ergebnis müßte den Propagandisten des Marktmechanismus zu denken geben. Belegen doch durch die Instrumentenanalyse gerade diejenigen Ökonomen, die ausgezogen sind, die Marktwirtschaft vor der Umweltkrise zu retten, daß der Kapitalismus sich nicht an seinen eigenen Haaren aus der selbst verursachten Umweltkrise herausziehen kann. Die Instrumentenanalyse läßt damit tiefere Einsichten in die Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus erkennen, als dies die zu ihrer Begründung und Fundierung verwandte Theorie des Marktversagens und der sozialen Kosten tut. Die Begründung für die einzelnen Einstufungen in Tabelle 1 sollen hier nicht referiert werden. Sie sind in der angegebenen Literatur ausführlich vorgenommen worden.

### 3.2 *Die Begrenzung des Wachstums als Möglichkeit zur Eindämmung der Umweltkrise*

**Hödl, Erich:** *Wirtschaftswachstum und Umweltpolitik*. Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel (Hrsg.), Bd.33, Verlag Otto Schwartz, Göttingen 1975 (75 S., br., 19,— DM).

Kann auch die klassische Wirtschaftspolitik das Umweltproblem nicht lösen, so bleibt zunächst die Hoffnung, daß die Umweltkrise durch einen Wachstumsstopp eingedämmt werden kann. Die Irrigkeit dieser Hoffnung belegt Hödl. Er weist nach, daß »im privatwirtschaftlichen System eine Umweltpolitik, die einseitig auf die Einschränkung oder die Erhöhung des Wirtschaftswachstums zielt, nicht durchsetzbar« ist (Hödl 1975, 63). Hinzu kommt, daß auch die ökologischen Probleme nicht durch eine Einschränkung oder Erhöhung von Wachstum lösbar sind, weil es keine eindeutige Beziehung zwischen der Umweltbelastung und der Höhe von Wachstumsraten gibt.

### 3.3 *Kollektive Ressourcenplanung — eine Alternative zur Marktwirtschaft?*

**Roos, Hans, und Günther Streibl (Leiter des Autorenkollektivs):** *Umweltgestaltung und Ökonomie der Naturressourcen*. Verlag die Wirtschaft Berlin (DDR) 1979 (270 S., Ln., 15,— DM).

Da, wo die bürgerliche Diskussion endet, beginnt die sozialistische und marxistische. Sie geht von der Einsicht aus, daß in den Industriestaaten das Umweltproblem nur über eine gesamtgesellschaftliche Ressourcenplanung gelöst werden kann, was den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus als eine notwendige Bedingung voraussetzt. Diese Bedingung ist jedoch nicht hinreichend, wie uns die Umweltprobleme der sozialistischen Länder zeigen.



## Kongreßankündigungen und -berichte

**Das politische Interesse an der Erziehung und das pädagogische Interesse an der Gesellschaft. 7. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGfE), 17.-19.3. in Göttingen.**

Der Kongreß wird in Podiumsdiskussionen, Symposien und Arbeitsgruppen u. a. folgende Themen behandeln:

Arbeitslosigkeit - ein freizeit- und sozialpädagogisches Problem; pädagogisches Bewußtsein in den Medien; Professionalisierung zwischen Expertenwissen und Selbsthilfe; Normative Grundlagen der Bildungspolitik; Gesamtschule und Politik; Lehrerschaft und Faschismus; Pädagogik der DDR in ihrer Bedeutung für die Erziehungswissenschaft in der BRD; Rahmenbedingungen der Bildungsforschung mit der Dritten Welt.

Weitere Informationen bei: Tagungsbüro der DGfE, Päd. Seminar der Univ. Göttingen, Wagnerstr. 1, 3400 Göttingen.

**Gesundheitstag 1980. Veranstalter vom Medizinischen Kommunikations- und Informationszentrum Gesundheitsladen Berlin e.V. Berlin, 14.-18.5.1980.**

»Der *Gesundheitstag* soll den Beschäftigten im Gesundheitswesen einen umfassenden Erfahrungsaustausch ermöglichen mit dem Ziel, die Diskussion um bedarfsgerechte und realitätsnahe Umgestaltung der Gesundheitsversorgungssysteme zu vertiefen. Der Gesundheitstag stellt eine bewußte Ergänzung des zur gleichen Zeit in Berlin stattfindenden 83. Deutschen Ärztetages dar, in dessen gesundheitspolitischen Aussagen erfahrungsgemäß ständische Interessen zum Ausdruck kommen und Belange der nicht-ärztlichen Berufsgruppen und der Bevölkerung unzureichend berücksichtigt werden. Der *Gesundheitstag* ist damit ein Schritt, die notwendige Neuorientierung medizinischer und sozialer Tätigkeit anzugehen, die alten Inhalte radikal zu hinterfragen und die traditionellen Strukturen zu durchbrechen.« (aus dem Programm) Es werden Vortragsreihen, Podiumsdiskussionen, Seminare etc. zu folgenden Themen stattfinden: Gesundheit und Umwelt, Perspektiven zur Gesundheitspolitik, Alternative Heilmethoden in Theorie und Praxis, Situation in der Psychiatrie, Medizin und Nationalsozialismus, Situation der Frau im Gesundheitswesen, Erfahrung und Verantwortung der Medizin in der 3. Welt, Kritik der bestehenden Gesundheitsversorgung.

Unterstützt wird das Projekt u. a. von folgenden Gruppen: Berliner Gesellschaft für soziale Psychiatrie -BGSP, Arbeitsgemeinschaft Kritische Medizin Wien, Gesundheitsbereich der Alternativen Liste Berlin, Arbeitsfeld Gesundheitswesen im Sozialistischen Büro, Dr. med. Marbuse: Redaktionen, Forum für Medizin und Gesundheitspolitik, Das Argument: Medizinredaktion, Pro Familia Bremen und Berlin, Feministisches Frauengesundheitszentrum, Marburger Bund: Landesverband Berlin.

Weitere Informationen bei: Gesundheitsladen e.V. Kantstr. 148, 1000 Berlin 12, Tel. 030/ 31 70 76

**Von der Kunstgeschichte zur Kulturwissenschaft. Tagung des Ulmer Vereins - Verband für Kunst- und Kulturwissenschaften, Tübingen, Schwabenhaus (Volkshochschule), 18.-20. 4. 1980**

Schwerpunkte: 1. Kulturtheorien. 2. Kunst und Alltagskultur. 3. Kulturpolitische Aufgaben der Kunstgeschichte.

U. a. nehmen teil: H. Dilly, E. Drüeke, E. Führ, R. Günther, J. Held, D. Hoffmann, K. Hoffmann, R. Hillgärtner, D. Kramer, N. Krenzlin, M. Jürgens, K. Maase, H.-J.

Manske, N. Schneider, W. Ranke, G. Sprigath, R. Suckale, O. Todtenberg, B.J. Warneken, J. Zimmer.

Die Teilnahme ist ohne Voranmeldung möglich. Informationen: Jutta Held, Weissenburger Str. 18, 4500 Osnabrück.

## Lateinamerika: Exil und Solidarität

Mérida, Oktober 1979

Ende Oktober fand in Mérida (Venezuela) die erste lateinamerikanische Konferenz über Exil und Solidarität statt, organisiert von der Fondazione Lelio Basso (Rom), der Universidad Central de Venezuela (Caracas) und der Universidad de Los Andes (Mérida). Unter den über hundert Delegierten von den meisten lateinamerikanischen und einigen anderen Ländern waren Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler wie Ruy Mauro Marini, Luis Vitale und Tomás Vasconi da; Julio Cortázar, Mario Benedetti und andere weltbekannte Schriftsteller; Juristen aus den verschiedensten Ländern, darunter der Vorsitzende der französischen Richterergewerkschaft, Louis Joinet, der ehemalige guatemaltekkische Außenminister Guillermo Torriello, der belgische Schriftsteller und Völkerrechtler Pierre Mertens und der ebenfalls belgische Präsident des Internationalen Völker-Tribunals, François Rigaux, unter vielen anderen; Journalisten wie Eduardo Galeano und von den linken Zeitschriften »Marka« (Lima) und »Alternativas« (Bogotá); Psychologen und Vertreter verschiedener revolutionärer Bewegungen des Kontinents, darunter der Bruder Ché Guevaras.

Aus Chile wanderten nach 1973 rund eine Million Menschen aus, fast ein Zehntel der Bevölkerung; es stimmt wohl, daß trotz Massenarbeitslosigkeit viele wieder zurückgekehrt sind, nachdem die schlimmste Repressionswelle vorbei und die Wirtschaft wieder mehr oder weniger in Gang geraten war. Aber noch weit ärger sieht die Situation in Uruguay und Paraguay aus, wo man von einer wirklichen Entvölkerungstendenz sprechen kann. Nicht umsonst fiel in diesem Zusammenhang das Wort »kultureller Völkermord«, und der uruguayische Schriftsteller Mario Benedetti meinte, ein Land ohne Jugend - größtenteils emigriert, wie im Falle seines Heimatlandes - liefe Gefahr, seine Identität zu verlieren. In die gleiche Richtung der kulturellen Vernichtung zielt selbstverständlich die Liquidierung der kritischen Intelligenz - Uruguay hat z.B. den Weltrekord erreicht, was den Prozentsatz der politischen Häftlinge betrifft, da einer von fünfhundert (nicht emigrierten) Uruguayern im Gefängnis sitzt, - die Verwandlung der Universitäten in technokratische Kasernen, aus denen Soziologie, Geschichte usw. verbannt sind und in dessen Nationalökonomie-Pensum den berüchtigten »Chicago-Boys« eine Monopolstellung gegeben wird. Dazu gehören Zensur und Selbstzensur, Folterungen und die absichtliche Verschärfung des kulturellen Einflusses des nördlichen Imperiums. Während Europa die Fülle und Qualität lateinamerikanischer Literatur und Musik entdeckt, dringt der Travolta-Rhythmus bis ins letzte Indianerdorf vor, werden Reisen nach Miami-Disneyland zur »Notwendigkeit« von Millionen Familien der lateinamerikanischen Mittelschichten, deren Weltbild, ebenso wie das der Massen, mehr und mehr von der US-Kultur verformt wird, deren Detektive, Astronauten und Cowboys bis über 90% der lokalen Fernsehprogramme besetzen. Mehr noch als im Norden ist hier die Konsumgesellschaft der große Feind, da diese nicht nur die systematische Verdummung der Gesellschaft mit sich bringt, sondern auch gleichzeitig die Massen zur verschärften Misere verurteilt. Wer kann heute hier den Zusammenhang zwischen Farbfernsehen und Luxuslimousinen einerseits und der zunehmenden Armut und Unterernährung der Massen andererseits noch übersehen? »Die lateinamerikanischen Völker lernen nach und nach,« meinte Benedetti, »daß die wahren Grenzen nicht die sind, die

Chile von Peru, Uruguay von Argentinien oder Honduras von El Salvador trennen, sondern jene zwischen Volk und Oligarchie, zwischen Vaterland und Imperialismus, zwischen Faschismus und Revolution.« Aber in der Zwischenzeit ist es notwendig, die Bedingungen zu verbessern, in denen die Exil-Lateinamerikaner leben. Der in der BRD lebende Chilene Antonio Skármeta illustriert in einem Film die Probleme der Chile-Füchtlinge in einer westdeutschen Großstadt: bürokratischer Druck, fremdenfeindliche Reaktionen gewisser Einheimischer, manchmal mit rassistischen Untertönen; Spannungen innerhalb der exilierten Familien auf Grund der schnelleren Anpassung der Jungen, Repressalien der Arbeitgeber gegen politisch unerwünschte Ausländer, usw.

Auch die in Paris lebende chilenische Psychologin Ana Vásquez sprach von den Anpassungsschwierigkeiten exilierter Lateinamerikaner in Europa. Von der Abkapselung der einen, die nichts wissen wollen von einer Gesellschaft, die sich ihnen gegenüber oft egoistisch, geldorientiert und fremdenfeindlich zeigt und deren Regierungen offen oder versteckt mit den Diktaturen ihrer Heimatländer paktieren; von der übertriebenen Anpassung anderer, die die tatsächlichen oder vermeintlichen Vorzüge der sie empfangenden Gesellschaft als Zeichen der Überlegenheit dieser Kultur sehen und Elemente ihrer eigenen Kultur bedenkenlos über Bord werfen. Eine solche Haltung kann einerseits dazu führen, daß z.B. die lateinamerikanische Frau in Europa dem »Machismo« den Kampf ansagt, mit mehr Energie vielleicht als sie das in ihrem eigenen, traditionell von Männern beherrschten, Land tun würde. Aber auch dazu, wie sich kritisch eingestellte Venezolaner beschwerten, daß sich Argentinier, Uruguayer und Chilenen hier ganz aufs Geldverdienen verlegt haben und von Sozialismus und Revolution nichts mehr wissen wollen. Hier ist der Konflikt zwischen »Überleben« und »Kämpfen« klar, ebenso wie die Anziehungskraft der Konsumgesellschaft für oft aus der Armut entflohenen Menschen mit teils geringem Bewußtseinsgrad.

Die in Venezuela, aber auch in Mexiko usw. häufige »Konsumfalle« funktioniert in Europa nur sehr selten, wo Lateinamerikaner in den meisten Fällen eher dem ausser- oder südeuropäischen Subproletariat angehören, auf Grund der Schwierigkeiten — sprachliche und andere —, eine geeignete Stelle zu bekommen, besonders in der gegenwärtigen Krise und des ständigen Interesses der herrschenden Klassen, über eine »industrielle Reservearmee« zu verfügen: so können Lateinamerikaner, ebenso wie Türken und Algerier, schamlos ausgebeutet werden, wie im typischen Fall eines chilenischen Rechtsanwalts, Mitte dreissig, mit hoher Position in der Allende-Regierung, der in einem sozialdemokratisch regierten Land erst eine Schweisserlehre machte und dann lange Zeit tief unter dem Tarif bezahlt wurde. Hier handelt es sich um ökonomische Aspekte, die eng mit dem bestehenden System verbunden sind. In diesem Zusammenhang wäre auch das Referat von Beatriz de Vieco, einer Redakteurin der Zeitschrift von García Márquez (*Alternativa*), zu erwähnen: sie behandelte das »ökonomische Exil« von weit über einer Million Kolumbianer, die größtenteils »indocumentados«, d.h. praktisch vogelfrei, in Venezuela leben, wo sie den Brutalitäten der Polizei und der Skrupellosigkeit der Arbeitgeber ausgesetzt sind. Letztere verwenden manchmal die Methode, solche Arbeitskräfte kurzfristig einzustellen, um dann, statt ihnen den Lohn auszuzahlen, die Polizei zu holen, die sie als illegale Ausländer ausweist. Selbstverständlich, solche und andere unerfreuliche Praktiken, wie der vor einigen Monaten in der kolumbianischen Presse denunzierte Tod von mehreren Dutzend im Grenzgebiet scheinbar von der venezolanischen Polizei niedergeschossenen Landsleuten, darf das Wesentliche nicht vergessen lassen, wie nach dem Referat der Kolumbianerin der venezolanische Sozialwissenschaftler Luis Lander betonte: die Massenemigration ist sowohl für die kolumbianischen als auch für die venezolanischen herrschenden Klassen ein glänzendes Geschäft, für die einen, um in Kolumbien die sozialen Spannungen zu dämpfen, und für die anderen, um über ein Subproletariat zu verfügen, das man rücksichtslos ausbeuten kann.

Was die juristische Situation der Exil-Lateinamerikaner betrifft, so könnten einige Fortschritte gemacht werden, meinten mehrere anwesende europäische Juristen: so die Gewährleistung des Rechts auf politische Tätigkeit, selbstverständlich im Rahmen der nationalen Gesetze. Auch hier ist die Solidarität der kritischen Intelligenz notwendig, um die Heuchelei der westlichen Demokratien aufzuzeigen. Während gewisse lokale Politiker offen jene loben, die die Folter zur Regierungsmethode erhoben haben, und während die Waffenhändler seelenruhig Millionengeschäfte mit solchen Regimes machen dürfen, werden den den Massakern entronnenen Lateinamerikanern, von Afrikanern ganz zu schweigen, jede Menge bürokratische Hemmnisse in den Weg gelegt, wenn sie der Desinformation der Massenmedien entgegenarbeiten wollen. Die einst fortschrittliche Bourgeoisie hat, wie man sieht, einen langen Weg zurückgelegt, seit sie ihr Prinzip »Liberté, Egalité, Fraternité« verkündete... Victor Sukup (Mérida)

## Umwelterziehung in Afrika

»Workshop on Environmental Education in the School Curriculum« Lusaka/Sambia, 26.11. - 10.12. 1979. Veranstaltet von der African Curriculum Organization (ACO) und dem United Nations Environment Programme (UNEP)\*

In der Auseinandersetzung mit den Staaten Afrikas, Lateinamerikas und Asiens hat sich in internationalen Organisationen die Erkenntnis durchgesetzt, daß Umweltprobleme mehr sind als die Verschmutzung von Wasser, Luft und Landschaft. Noch vor drei Jahren wurden Umweltdiskussionen in UNESCO und UNEP wesentlich bestimmt durch Meinungsmacher aus westlichen Ländern, die sich bemühten, weltweit Umweltbewußtsein zu wecken. Seit der UNESCO/UNEP-Konferenz über Umwelterziehung in Tbilissi im Oktober 1977 hat sich das geändert: die vermeintlichen Umweltpäpste fanden sich auf der Anklagebank wieder. Aus der harmlosen Absicht, internationale Empfehlungen zu umweltorientierten Bildungsreformen zu verabschieden, wurde eine folgenreiche Erweiterung des Umweltbegriffs. Die »armen« Länder stellten die Gesamtheit ihrer Lebensbedingungen als Umweltproblem dar und nannten auch die politisch und ökonomisch Verantwortlichen. In harten Diskussionen setzten sie durch, daß ihre Probleme ebenso auf die Tagesordnung internationaler Umweltkonferenzen gehören wie die Reinhaltung der Meere. In der geglätteten Sprache des Konferenzreports liest sich das so: »Wir sind jetzt übereingekommen, daß 'die Umwelt' soziale und kulturelle ebenso wie physikalische Umwelt umfaßt... Umweltprobleme entstehen nicht nur aus der Zerstörung oder dem irrationalen Gebrauch natürlicher Ressourcen. Sie schließen Probleme der Unterentwicklung... und ganz allgemein alle Probleme ein, die mit Armut zusammenhängen. Sie schließen auch Fragen der Bewahrung von kulturellem und historischem Erbe ein.« (Intergovernmental Conference on Environmental Education, organized by Unesco in co-operation with UNEP, Tbilissi (USSR) 14-26 October 1977, Final Report, Paris: Unesco 1978, S.11, Übs. d. Verf.)

In mehreren kontinentalen und regionalen Konferenzen in Afrika wurde in den letzten Jahren die Brauchbarkeit solcher Übereinkünfte für die Lösung eigener Probleme geprüft. Aus der Erkenntnis, daß die in ihrer Struktur auf die ehemaligen Kolonialmächte ausgerichteten Bildungssysteme selbst eines der größten Umweltprobleme sind, wuchsen Anstrengungen zu einer Neuformulierung der Bildungsinhalte und einer

\* Der Konferenzreport erscheint Ende 1980 in Lusaka; Interessenten können ihn bestellen bei: Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung, Abt. II. Erziehung, Wissenschaft und Dokumentation, Postfach 120 518, 5300 Bonn 12.

grundlegenden Reform dieser Systeme. In den letzten Jahren wurden in Zusammenarbeit mit UNESCO und UNEP sechs über den Kontinent verteilte Koordinationsbüros eingerichtet, die sich bis jetzt vorwiegend um eine Afrikanisierung von natur- und sozialwissenschaftlichem Unterricht und eine Reform der Lehrerausbildung kümmern. \*\*

Auf Einladung von ACO und UNEP hatten sich diesmal 60 Delegierte aus dreiundzwanzig afrikanischen Ländern und von sieben afrikanischen Organisationen versammelt, die ganz unterschiedliche Professionen vertraten. (Die ACO koordiniert für den anglophonen Bereich Afrikas die Planung von Curriculumreform und Lehrerausbildung.) Natur- und Sozialwissenschaftler waren jeweils gleich stark vertreten wie Techniker, Philologen, Primarschullehrer und andere Berufsgruppen zusammen; ein Drittel der Teilnehmer kam aus Universitäten oder Lehrerbildungseinrichtungen, die Mehrzahl aus Erziehungsministerien oder im Auftrag der Umwelterziehungsorganisationen. Diese bunte Zusammensetzung schloß akademische Fachsimpelei von vornherein aus. Die Teilnehmer wurden zufällig in vier Gruppen aufgeteilt, die den Auftrag hatten, für alle Bildungsbereiche von der Primarschule bis zur Erwachsenenbildung Konzepte einer Umweltorientierung von natur- und sozialwissenschaftlichem, technischem und berufsbezogenem, Sprach- und Kunstunterricht auszuarbeiten. Mit Ausnahme der ersten Gruppe, die ein nach unseren Maßstäben konventionelles ökologisches Programm vorlegte, zeigten die Ergebnisse alle den gleichen Trend: Bildung soll Wissen über die Leistungen der eigenen Kultur vermitteln und bewußt machen, daß Zivilisation keine Erfindung der Kolonialmächte ist; sie soll damit dem Verlust kultureller Identität entgegenwirken, der bis heute meist mit dem Eintritt in das formale Bildungssystem verbunden ist. »Indigenous« war das Schlüsselwort. Die Gruppenpapiere lassen Schlüsse auf fatale Wirkungen des Ausbaus formaler Bildung in Afrika seit dem Ende der Kolonialzeit zu. Wenn technische Ausbildung bisher bedeutet, daß afrikanische Techniker bedenkenlos den Einsatz importierter und arbeitsplatzvernichtender Maschinerie befürworten, dann wird es Zeit, sie über die Leistungen einheimischer Technologien und die Möglichkeiten zur Reparatur vorhandener Maschinen aufzuklären. Wenn Unterricht in einer fremden Sprache dazu führt, daß Kommunikation mit denen abbricht, die diese Sprache nicht beherrschen, ist es offensichtlich nötig, einige Mauern zwischen der formalen Instruktion in den Schulen und den komplexen überlieferten Kommunikationsformen einzureißen.

So waren sich die Teilnehmer darin einig, daß Umwelterziehung in Afrika nicht eine Bereicherung des Unterrichtsangebots um ein weiteres Fach bedeuten soll, sondern grundlegende Änderungen voraussetzt. Griffig formuliert hat das ein Referent, der eine Strategie des »learning from, about, and for the environment« entwarf. Andere Referenten machten anhand einer Analyse bisheriger Konferenzergebnisse deutlich, wie groß der Unterschied zwischen dem bisher bevorzugten allgemeinen Niveau internationaler Umweltdiskussionen und der jetzt begonnenen Konkretisierung auf nationaler und lokaler Ebene ist. Alle Delegationen legten Länderberichte vor. Weit entfernt von der Euphorie der sechziger Jahre, in denen — ermuntert durch internationale Organisationen — nahezu alle der damals selbständig gewordenen afrikanischen Staaten große Hoffnungen auf die »Produktivkraft« Bildung setzten, gelten heute die Bemühungen

\*\* Unesco Environmental Education and Training Unit; PACEET: Programme Activity Centre on Environmental Education and Training in Africa; SEPA: Science Education Programme for Africa; ASSP: African Social Studies Programme; BASE und BREDA als frankophone Paralleleinrichtungen. Laufende Informationen über die Arbeit dieser Institutionen und über andere Aktivitäten und Publikationen auf dem Gebiet der Umwelterziehung finden sich in der seit 1976 regelmäßig erscheinenden Zeitung »Connect«. Sie erscheint gleichzeitig in einer englischen, spanischen, französischen, russischen und arabischen Ausgabe und ist gratis erhältlich bei Unesco, 7, place de Fontenoy, 75700 Paris, France.

der Beseitigung entfremdender Wirkungen von Bildung. Vor allem in den Primarschulen und in der Erwachsenenbildung werden gegenwärtig — weit über den Bereich der sog. Ruralisierungsprogramme hinaus — in vielen Staaten mehr Kenntnisse vermittelt, die unter den lokalen Bedingungen nützlich sind, als daß Einstiegsqualifikationen für höhere Bildung im Vordergrund stehen. In der Sekundar- und Hochschulausbildung dagegen scheint den Länderberichten zufolge Umweltorientierung nur zu Veränderungen in Teilbereichen des Wissenskatalogs geführt zu haben.

Die politische und ökonomische Funktion von Bildung war höchst umstritten, wie nicht anders zu erwarten bei einer Diskussion zwischen Delegierten aus so unterschiedlichen Ländern wie Äthiopien und Somalia, Guinea-Bissau und Zaire, Mauritius, Tansania, Nigeria, Zimbabwe. Es gab heftigen Streit zwischen revolutionären, humanistischen und manpowerorientierten Positionen, der sich vor allem an der Frage der Vorrangigkeit politischer Länderzipation der Massen oder des Ausbaus des modernen ökonomischen Sektors entzündete. Umso ersraunlicher war das dennoch erreichte Maß an Solidarität. Der Diskussionsstil war so sehr auf gemeinsame Probleme orientiert, daß das schwächste der vorgelegten Papiere genauso ernsthaft besprochen wurde wie ein hervorragender Forschungsbericht über Bewußtseinsprägung. Die Teilnehmer gingen aufeinander ein, indem sie deutlich machten, in welchen Punkten sie übereinstimmten; das war mehr als nur Atmosphäre und nicht weniger produktiv als akademische Streitgespräche hierzulande. Eine der Ursachen für solche Solidarität war vermutlich das mehrfach ausgesprochene Wissen darum, in welchem Ausmaß westliche Bildung zur Droge werden kann. Kennzeichnend dafür war eine Debatte über die Distanz von Stadt und Land. In die zwischen zwei Europäern entbrannte Diskussion um das Für und Wider einer »Bekämpfung« magischen Denkens griffen afrikanische Delegierte ein, als die Streitpunkte offen formuliert waren. Sie forderten, Umweiterziehung solle nicht die Form von Glaubenskriegen annehmen. Man solle den aus dem Dorf geholten Schülern erklären, in welchen Sozialstrukturen traditionales Denken bedeutungsvoll sei und in welchen nicht. Die Schulen sollten die Jugendlichen nicht vor die Alternative eines völligen Umsteigens in den modernen Sektor oder einer Persönlichkeitsspaltung stellen. Die Äußerung eines Delegierten aus Botswana, afrikanische Lebenswelt habe auch eine spirituelle Dimension, hatte eine ähnliche Wirkung wie Wortmeldungen in hiesigen Diskussionen, in denen mit Hilfe der Symbolik von Kopf und Bauch mangelnde Spontaneität beklagt wird.

Die Erkenntnis, wie wenig die Delegierten bereit waren, die vorwiegend von Amerikanern und Westeuropäern international vorgetragenen Appelle an die Verantwortung der ganzen Menschheit für die Rettung der Umwelt einfach zu akzeptieren, erwies sich als roter Faden der zweiwöchigen Konferenz. So klagte ein Teilnehmer, der von der ökologischen Sahelkatastrophe unmittelbar betroffen ist, über die Schwierigkeiten, seinen Landsleuten die gewohnte Brandrodung auszureden. Er stieß auf vielstimmigen Protest: Das sei allemal leichter, als den Lebensstil der Bevölkerung in den westlichen Industriestaaten zu ändern, der mehr Wald als die afrikanischen Subsistenzbauern zerstöre und darüber hinaus laufend den größten Teil der natürlichen Ressourcen Afrikas verbrauche.

Traugott Schöfthaler (Berlin/West)

## Marxismus in Frankreich

Paris, 1.-2. 12. 1979

Es war das erste nationale Treffen des am 19. Oktober mit einer Ansprache der Direktorin Francette Lazard »Für einen neuen Aufschwung des Marxismus« (L'Humanité vom 20. Oktober) offiziell eröffneten »Instituts für Marxistische Forschung« (Institut de

Recherches Marxistes (IRM). Das IRM integriert das alte »Zentrum für marxistische Studien und Forschung« (CERM) und das »Institut Maurice Thorez«.

Die Tagung wurde im »Haus der Kultur« in Bobigny abgehalten, diskutiert wurde in 6 Arbeitsgruppen zu den Themenbereichen: 1. französische Gesellschaft, soziale Klassen und Kategorien, politische Strukturen und soziale Bewegungen, ideologische und kulturelle Strömungen, lokale, regionale und internationale Mächte. 2. Die historische Bewegung der Gesellschaftsformationen, Kulturen und Ideologien, Produktionsweisen, Staat und politische Verhältnisse, nationale Geschichte Frankreichs, revolutionäre und Arbeiterbewegung; Geschichte der KPF. 3. Internationales: der Imperialismus, Krise und Anpassung, der existierende Sozialismus, seine Entwicklung; Vielfalt und Universalität der Wege und Formen, Kräfte der nationalen Befreiung und sozialen Umwälzung; internationale Beziehungen, Inhalt und Perspektiven einer neuen internationalen Ordnung. 4. Wissenschaft und Technik, jetzige und zukünftige Bewegung und soziale Implikationen. 5. Krise der Lebensweisen und der menschlichen Beziehungen, individuelle und soziale Befreiung. 6. Dynamik von Wissen; Marxismus und Philosophie - Geschichte und Perspektiven.

Es gab mehr als 300 Diskussionsbeiträge vonseiten der 1500 Teilnehmer - »ein Erfolg von der Beteiligung her« und »ein Ereignis von nationaler Tragweite« wie F. Lazard in ihrem Schlußwort feststellte. Als Teilnehmer an Gruppe 5 kann ich nur Beiträge zum Thema »Krise der Lebensweisen« wiedergeben: Jean Lojkin sagte, der Themenbereich 5 schreibe sich direkt in die Strategie des 23. Parteitag der KPF vom Mai 1979, in den Kampf für einen autogestionären (Selbstverwaltungs-) Sozialismus ein. Von daher die besondere Berücksichtigung der Rolle des Individuums, womit ein neues Forschungsterrain beschritten würde. Unterschieden werden müsse zwischen Produktionsverhältnissen und sozialen Verhältnissen — der 23. Parteitag redet von Familie, Schule usw. —, zwischen Subjekt und Individuum, zu untersuchen sei die »Determination in letzter Instanz« usw.

Christine Buci-Glucksmann kritisierte, daß Begriffe wie Feminismus, Sexualität, Befreiung bisher nicht gefallen seien: Es sei eine unseriöse Herangehensweise, stattdessen von »Determination in letzter Instanz« zu reden. Sie kritisierte weiterhin, daß das IRM keine autonome Frauenforschungsgruppe zulasse, worauf im weiteren Verlauf der Debatte Yann Viens einging: das IRM selbst sei autonom, keinerlei Zensur unterworfen und in diesem wissenschaftlichen Rahmen arbeite bereits eine Forschungsgruppe, an der jede(r) Interessierte teilnehmen könne und deren erstes Ergebnis mit dem Buch »La condition féminine« (CERM) vorliege. Ein weiterer Diskussionsbeitrag untersuchte die Tageszeitung »Libération« und stellte einen sozialen Protest fest, völlig getrennt vom ökonomischen Protest. »Libération« begünstige rückschrittliche Haltungen, sei nicht linksradikal: ein »Alles Jetzt« sei nicht anzutreffen. Auf Anregung eines Teilnehmers, hier sollte nicht jeder seine Privatuntersuchungen zum besten geben, sondern Forschungsvorschläge für das IRM machen, gingen weitere Redner auf die Konzeption des IRM ein. Das IRM wähne sich nicht im Besitz absoluter, ewiger Wahrheiten, die es nur noch zu lehren gelte, sondern hier werde eben geforscht und diskutiert.

Zum Schluß forderte Francette Lazard zur Teilnahme an den Aktivitäten des IRM auf, da ein solches Projekt »keine Gleichgültigkeit ertrage«, ging auf die Regionalisierung der Arbeit des Instituts ein: um dem Zentralismus um Paris vorzubeugen, war vorgeschlagen worden, regionale Studiengruppen in ganz Frankreich zu gründen. Alle Diskussionsbeiträge, auch die (aus Zeitmangel) nicht vorgetragenen, sollen in nächster Zeit veröffentlicht werden.

Wolfgang Kowalsky (Paris)

## Linkssozialismus und Marxismus heute

### 2. Otto Bauer Symposium, Wien, 23.-25.11.1979

Wenn die Linke isoliert ist von der Arbeiterbewegung und in sich zerstritten, steht sie in der Gefahr, die Auseinandersetzung um die Hauptfragen politischer Strategie überwiegend in der versteckten Form eines endlosen historisch-philologischen Streits um die legitime Nachlaßverwaltung ihrer großen Intellektuellen zu führen — so geschehen mit Gramsci und jetzt womöglich mit Otto Bauer. Da ist es ein Zeichen von Stärke, daß die zum 2. Otto Bauer Symposium Versammelten von Bauer weitergingen zur Suche nach Elementen einer möglichen gemeinsamen Strategie der sozialistischen Umwälzung in Westeuropa. Im Spektrum der Teilnehmer zeichnet sich in Umrissen eine sozialistische politische Formation ab, die nach Breite und Massenwirkung in der Bundesrepublik bisher undenkbar scheint; zugleich umfaßt sie sie aber in einem Halbkreis von Österreich, Italien über Frankreich bis nach Finnland — und bildet auch hier wachsende Moleküle aus. Auf Einladung der Sozialistischen Jugendinternationale (International Union of Socialist Youth, IUSY) trafen sich Sozialdemokraten (Giuseppe Tamburano vom PSI, Henri Emmanuelli von der PSF), Linkssozialisten (Detlev Albers von der SPD, Josef Cap von der IUSY, Didier Motchane von der PSF/CERES und Folke Sundman von den finnischen Jungsozialisten) und der Kommunist Pietro Ingrao vom PCI. Erwin Lanc, der österreichische Innenminister, eröffnete das Symposium mit einem ausgearbeiteten Referat über Otto Bauer.

Natürlich gab es Gegensätze; so z. B. wenn *Tamburano* meinte, Selbstverwaltung sei mit Sozialismus nicht vereinbar, weil sie den freien Austausch verlange, und ihm *Motchane* vom CERES heftig widersprach. Aber bei diesem ersten Treffen in dieser Zusammensetzung wurde noch nicht hart diskutiert und im einzelnen um Problemlösungen gerungen. Man teilte sich mehr die Erfahrungen und programmatischen Überlegungen mit, die man für bündnis- und verallgemeinerungsfähig hielt. Daher verzichte ich auf die Darstellung einzelner Referate und Ergebnisse. Für die Linke in der Bundesrepublik ist es wichtig zu wissen, daß sich bei den westeuropäischen Linkssozialisten und Kommunisten durch die Verschiedenheit, manchmal Gegensätzlichkeit der Programme und programmatischen Begriffe hindurch Kerne eines gemeinsamen Herangehens an die Probleme, Elemente eines neuen politischen Diskurses herausbilden, der die Einzelreden organisiert. Ich versuche sie zusammenzustellen und nehme den Vorwurf der Gewalttätigkeit bei dieser queren Lesart in Kauf. In der Realität wird sich ein Zusammenhang der verschiedenen Strategeme nicht so linear herstellen lassen wie hier auf dem Papier.

*Pietro Ingrao* schlug als Dreh- und Angelpunkt politischer Analyse und Strategiefindung in ausnahmslos allen Fragen vor: *Ausgehen von den Aktionen und Erfahrungen der Massen, von den Veränderungen, die sie in den Kräfteverhältnissen der Klassen bewirken*. Viele scheinbar auseinanderliegende Probleme können so in einer zusammenhängenden politischen Analyse neu begriffen und in der Perspektive ihrer Lösung durch die Massen selbst abgebildet werden: der Keynesianismus — nicht nur kapitalistische Wirtschaftspolitik, sondern auch Zugeständnis der kapitalistischen Staaten an die Arbeiterbewegung nach dem Zweiten Weltkrieg; der Zusammenbruch des Weltwährungssystems — *auch* eine Bresche, die die Volksmassen in das scheinbar hermetische System des Neokolonialismus geschlagen haben; die Energiekrise — nicht nur Zerrüttung der Außenhandelsbilanzen führender kapitalistischer Staaten, sondern ein Erstarren der Länder der Dritten Welt. Wenn *Didier Motchane* das Konzept der »autogestion« als *die* praktisch-politische Form vorstellte, in der die Massen ihre Zersplitterung, Unterdrückung und Entmachtung — ihre »Marginalisierung« durch die Multinationale Konzerne überwinden können; in der sie sich die politische Kompetenz wieder an-



eigen, über die Lebensfragen in verschiedenen Bereichen entscheiden und wirksam bestimmen zu können, — so ist hier ungeachtet aller Streitfragen (z.B. Zerfallen von betrieblicher und gesamtgesellschaftlicher Macht) derselbe politisch-methodische Ausgangspunkt wirksam: die Entwicklungsmöglichkeiten der Massen.

Ein zweiter organisierender Gedanke scheint konsensfähig: *es gibt in der kapitalistischen Entwicklung keinen Stillstand, aber auch keinen linearen Zusammenbruch* (Ingrao). Hier dürfen die Fehler der Sozialdemokratie und der kommunistischen Internationale der Zwischenkriegszeit nicht wiederholt werden. Ingrao schlug vor, nicht von der Krise des Kapitalismus zu sprechen, sondern von Krisen (im Plural). Es gibt für die Arbeiterbewegung eine Vielzahl von Fronten, die nicht aufeinander reduzierbar sind und deren Zusammenhang untersucht werden muß. An ihnen kann nur mit einer *Vielfalt von Ansätzen, Organisationen und Kulturen* gekämpft werden. Mit einem *Monopolanspruch einer Partei* oder Richtung auf legitime Repräsentation der revolutionären Bewegung ist es vorbei.

Die kapitalistischen Staaten probieren neue Krisenlösungen aus: international die Schaffung neuer Abhängigkeiten und neuer Unterdrückung; im Innern die Verwaltung der Massenarbeitslosigkeit; eine erneute und vertiefte Zersplitterung der Massen, insbesondere entlang der Linie Kopf-/Handarbeit, neue berufsständische Gegensätze; die Zerstörung »kollektiver Hoffnung« (Motchane). Die Hauptgefahr sahen die Referenten übereinstimmend in solchen Lösungen der Krisen, die die Zersplitterung der Massen nicht überwinden: der individuelle (Drogen) oder kollektive Rückzug (Lebensweise des Verzichts); isolierter Aktivismus in Form bewaffneter Banden und Terrorismus, der den Aufbau einer Hegemonie der Arbeiterbewegung von unten empfindlich stört (Ingrao). Das läuft zusammen in der Zerstörung der Demokratie, die ohnehin vom herrschenden Block als permanente Manipulation der Repräsentation der Massen betrieben wird. *Die Verteidigung und Entwicklung der Demokratie* wird zur vorrangigen Aufgabe der Arbeiterbewegung, während die bürgerlichen Klassen sie längst fallengelassen haben (Motchane).

Angesichts dieser Problemlage und ausgehend von der Entwicklung politischer Massenkompetenz stellt sich die Frage von »Staat und Revolution« neu: das ist ein langer Prozeß, die italienischen Kommunisten reden — vielleicht zu gradualistisch — mehr von »Veränderung« als von »Revolution«. Auch stellt sich die Aufgabe eines frontalen Ansturms auf den Staat, seiner Eroberung und Indiennahme für neue Zwecke, nicht; *sondern alles dafür zu tun, daß die Massen sich sammeln und einigen*, damit sie zur Lösung der brennenden Probleme fähig werden. Dafür muß die Arbeiterpartei nicht *Klassenpolitik* entwickeln (wie Josef Cap gegen die »volksparteiliche« Klassenkooperation in der SPÖ forderte), sondern interklassistische Praxen der Politik und Kultur gegen den herrschenden Machtblock, Förderung einer allgemeinen Emanzipation und *Erziehung der Massen zur Selbstregierung*. In dieser Bewegung muß die Arbeiterklasse »allgemeine Klasse« werden (Ingrao). Die Arbeiterpartei verhilft ihr dazu nicht einfach durch Ausarbeiten und »Umsetzen« eines Programms, sondern durch die *Organisation der Produktion eines sozialistischen Programms* durch die vorhandenen Massenbewegungen.

An einer solchen »allgemeinen Emanzipation« wird schon gearbeitet: Frauen und Jugendliche in Italien, die heute zu arbeiten anfangen, ließen sich schon nicht mehr auf Rädchen im Getriebe reduzieren, sie verlangten nach schöpferischer Tätigkeit, nach Selbstverwirklichung und Selbstbestimmung. Die Intelligenz weigert sich zu großen Teilen, die Hegemonie der Herrschenden zu zementieren und beginnt, für eine neue zu arbeiten (Ingrao).

Der zentrale Gedanke »Ausgehen von der aktuellen Bewegung der Massen« organisiert auch eine neue Perspektive sozialistischer Wirtschaftspolitik: *Gebrauchswertorien-*

rierung und Dezentralismus. Ingrao, Emmanuelli, Motchane und Albers betonten gleichermaßen die Notwendigkeit einer »neuen ökonomischen Logik«, nach der kapitalistisch reguliertes Wachstum durch die Bestimmung der Massen über Inhalt und Richtung der Produktion ersetzt werden soll. Für Ingrao ist damit ein Weg bezeichnet, der zwischen den verbrauchten Perspektiven einer totalen Verstaatlichung einerseits und einer bloßen Nachfragerregulierung andererseits hindurchführt. Gesucht sind Methoden einer dezentralen/regionalen Wirtschaftsplanung (»Wirtschaftsprogrammierung«), mithilfe dererzeit z. B. das Verhältnis Schule-Produktion, die Berufsbildung, die Mobilität der Arbeitskräfte usw. neu gestaltet werden können.

*Es gibt keine eurozentristische Perspektive des Sozialismus mehr.* Einerseits müssen die Staaten der Dritten Welt in die Lösung der dringendsten Probleme unmittelbar einbezogen werden (Ingrao: Abrüstung). Andererseits gehört die Verantwortung für die Tilgung der schweren Erbschaft des Imperialismus, für eine internationale Umverteilung zugunsten der am meisten unterdrückten und ausgebeuteten Völker einschließlich einer revolutionären Austeritätspolitik (Ingrao, Albers) offenbar in ein »Programm« der westeuropäischen Bewegung. Nach Ingrao bedarf es eines *neuen Internationalismus*; die Krise des moskautreuen Internationalismus hat ein Vakuum geschaffen; andererseits gibt es eine Grundlage für einen neu konzipierten Zusammenhang der verschiedenen Abteilungen der Arbeiterbewegung und der Linken in den strukturgleichen Problemen in Westeuropa und in ihrer Beziehung zur übrigen Welt. Die Autonomie der Parteien darf sie nicht — wie im Falle Iran — daran hindern, zu globalen Fragen Stellung zu beziehen und auf gemeinsame Orientierungen hinzuarbeiten.

Und schließlich: die Lösung der neuen Probleme ist überhaupt nicht mehr möglich ohne einen tiefgreifenden Prozeß des Umdenkens, ohne eine intellektuelle Revolution, die von den organischen Intellektuellen der Arbeiterklasse durch ein radikales Neu- und Weiterdenken des Marxismus eingeleitet und angeführt werden muß. Gegen die »Armut an Ideen« (Ingrao), gegen die Theorie- und Orientierungslosigkeit anzugehen, ist ein eigenständiges Kampffeld der Linken.

Der kurz skizzierte politische Diskurs, diese zusammenhängenden Haltungen, die eine gemeinsame Diskussion verschiedener linker Richtungen ermöglicht, wird bei den nächsten Treffen und hoffentlich unter Beteiligung weiterer Linkskräfte tiefer ausgearbeitet, auf seine Widersprüche und offenen Probleme hin untersucht werden müssen. ob diese Arbeit unter dem von Detlev Albers vorgeschlagenen (von den italienischen Kommunisten auch benutzten) Begriff des »Dritten Weges« zum Sozialismus (zwischen den Fehlern und Handlungsfähigkeiten der beiden herrschenden Fraktionen der internationalen Arbeiterbewegung hindurch) stehen wird, oder ob nicht die Gefahr der unwillkürlichen Identifikation mit dem Dritten Weg gegen den Sozialismus zur Prägung neuer Begriffe führen wird, müssen wir sehen (und hat auch Detlev Albers offengelassen)

Wieland Elfferding (Berlin/West)

## Aktualität des Austromarxismus

Teil 1 eines Seminar-Programms zu »Marxismus, Revisionismus, Sozialdemokratie«, Oer-Erkenschwick, 2.-4.11.1979

Sinn der Wiederentdeckung von Theorie und Praxis der österreichischen Sozialdemokratie im ersten Drittel des Jahrhunderts kann es nicht sein, dem akademischen Meinungsmarkt neue Modeformeln zu beschermen. Die Rede von einer Aktualität des Austromarxismus sollte als Aufforderung verstanden werden, historische Problemlösungen als gute oder schlechte Beispiele für heutige Lösungen verwandter Probleme zu untersuchen. Einen Beitrag dazu wollte das Kolloquium im Sozialistischen Bildungszentrum

Oer-Erkenschwick leisten; die Teilnehmer waren zu etwa gleichen Teilen Wissenschaftler, Studenten und junge Berufstätige, meist Jungsozialisten oder Mitglieder der »Falken«. Veranstalter war das »Aktuelle Forum NRW«.

Eingeleitet wurde die Tagung mit einem Vortrag von *Detlev Albers* zur Aktualität des Austromarxismus. Albers bezog sich auf die austromarxistische Politik in der ersten österreichischen Republik; drei Momente griff er als aktuell auf: das Linzer Programm von 1926 als Beispiel für eine Strategie des demokratischen Wegs zum demokratischen Sozialismus; die Haltung insbesondere des Parteiführers Otto Bauer zur Sowjetunion als Exempel für die Auseinandersetzung von Marxisten in der Sozialdemokratie mit anderen sozialistischen Experimenten; die Konzeption vom »integralen Sozialismus« als sozialistische Strategie gegenüber der politisch gespaltenen Arbeiterbewegung. In der Diskussion wurde versucht, die Eigenarten der austromarxistischen Überlegungen zum »revolutionären Reformismus« gegenüber heutigem Reformismus zu klären. Anhand von Bauers Stellungnahmen zur Sowjetunion wurde das Bild eines theoretischen und praktischen Pluralismus in der Arbeiterbewegung deutlich, der weder kritische Distanz noch prinzipielle Solidarität mit anderen sozialistischen Strömungen aufgibt. Es wurde jedoch bemerkt, daß Bauer letztlich zu »naiv« gegenüber der sowjetischen Despotie gewesen sei. Am stärksten umstritten war Albers' These von der Aktualität des »integralen Sozialismus«. Der »integrale Sozialismus« könne in der Bundesrepublik mit ihrem Sekten-Kommunismus keine Zielvorstellung mehr sein.

*Otto Kallscheuer* behandelte in seinem Referat das Verhältnis von ethischem und wissenschaftlichem Sozialismus bei Max Adler. Adler sei es gelungen, innerhalb der marxistischen Tradition den Rückfall auf vorkantische Positionen zu vermeiden. Freilich erscheine bei ihm durch die Vermengung von Metatheorie und materialen Aspekten der Theoriebildung die Soziologie als bloß umgekehrte Erkenntnistheorie. Die Aktualität dieser Diskussion ergibt sich mit daraus, daß Max Adler als erster Marxist die Kontroverse mit dem »Wiener Kreis« aufgenommen hat, dessen Mitglieder den heutigen »Kritischen Rationalismus« stark beeinflussten. *Karin Priester* berichtete in ihrem Beitrag zu »Pluralismus und Hegemonie« von Diskussionen unter Eurokommunisten und -sozialisten, in denen »Hegemonie« und Pluralismus« im Rahmen einer Transformationsstrategie einander nicht mehr ausschlossen — verblüffende Parallelen zu Otto Bauers Konzept einer »Hegemonie der Arbeiterklasse«. *Richard Kende* warf ihr und anderen in seinem Beitrag zum gleichen Thema eine »Stilisierung Gramscis« vor, die letztlich nur Begriffshülsen produziere. Jetzt deute sich beim Austromarxismus ähnliches an. Zudem werde das historische Scheitern der Austromarxisten unzureichend berücksichtigt. Unter die Hauptgründe des praktischen Versagens austromarxistischer Politik zählt er das Fehlen einer tragfähigen Vermittlung von Ökonomie und Politik, begründet in einer weitgehenden Unterschätzung des Alltagslebens. Dagegen regte sich einiger Widerspruch: Weder dürfe die umfassende Organisationspraxis der Sozialdemokratie als faktische Gegenwart zur bürgerlichen Gesellschaft vergessen werden, noch die internationale Konstellation ausgeblendet werden, die den Rechtsputsch von 1934 begünstigt habe.

*Michael Krätke* versuchte in seinen Bemerkungen zu politischer und sozialer Demokratie im Austromarxismus zu zeigen, wie Otto Bauer die fatale Dichotomie von hier formaler, repräsentativer und bürgerlicher, dort substantieller, direkter und proletarischer Demokratie überwunden habe. Die Debatte ging schwerpunktmäßig um die Folgen dieses nichtleninistischen Demokratieverständnisses für die Praxis, wobei Krätke als Beispiel für eine entsprechende Politik den Finanzplan von 1921 und die Finanzpolitik im »Roten Wien« heranzog. Damit sollte deutlich gemacht werden, wie sehr die austromarxistischen Konzepte von der Erfahrung einer starken reformpolitisch erfolgreichen Arbeiterbewegung geprägt waren. Diesen Eindruck verstärkte *Klaus Novy* mit seinem

Lichtbildervortrag zur sozialistischen Reformpolitik im »Roten Wien« von 1919 bis 1934. Er präsentierte das »Rote Wien« als Lehrstück einer wirksamen sozialistischen Reformpolitik, die — nach dem Scheitern der Sozialisierung von »oben« — sie von »unten« und gleichsam von »hinten« zu verwirklichen suchte: Wirtschaftsreform nicht vom industriellen Herzen her, sondern in Randsektoren ansetzend wie dem Boden- und Wohnungsmarkt, Verkehr und Handel. Nicht von der Hand zu weisen ist hier der Vergleich mit aktuellen Problemen anderer »roter« Kommunen, etwa dem »Roten Bologna«.

Will man zusammenfassen, was in den verschiedenen Gesprächen auf dieser Tagung als Aktualität des Austromarxismus angesprochen wurde, so war dies vor allem die Darlegung eines Transformationskonzepts für westeuropäische Länder mit einiger demokratischer Tradition (kurz: von der formalen über die funktionelle zur sozialen Demokratie): Dazu gehörten:

- Reflektion der Probleme des »demokratischen Kampfbodens« für die Arbeiterbewegung;
- Bruch mit der Vorstellung vom Klassenkampf als Nullsummenspiel, wo jeder nur gewinnen kann, was der andere verliert;
- Unterscheidung zwischen Kapitalherrschaft und ihrer Machtstruktur sowie der Bourgeoisregierung als Konjunktur von Machtverhältnissen;
- Bewahrung und Verwirklichung der Einheit der Arbeiterbewegung.

Nicht ausführlich erörtert wurde das Problem der Stellung zur Sowjetunion, das m.E. nicht weniger aktuell ist, besonders im Kommentar zu dem Versuch einer Entwicklung »sozialistischer« Ökonomie und Kultur durch ein »autoritäres« politisches System. Auch hier sind Vorschläge zu entdecken, die weiter reichen könnten als die pauschalen Verdammungen anderer Parteien der II. Internationale. Besonders die Praxis austromarxistischer Reformpolitik stellte für viele Teilnehmer eine Überraschung dar. Wie die austromarxistischen Konzeptionen aus praktischer Politik entwickelt wurden, das muß bei der weiteren Beschäftigung mit diesen Themen außerhalb Österreichs stärker zur Kenntnis genommen werden. Die erste eigene Austromarxismus-Tagung in der Bundesrepublik Deutschland sollte nicht die letzte gewesen sein.

Volker Gransow (Bielefeld)

## People's History and Socialist Theory

### 13. Ruskin History Workshop, Oxford, 30.11.-2.12.1979.

Am Ruskin College können sich Gewerkschafter mit Minimalausbildung für ein Universitätsstudium qualifizieren bzw. als sozialwissenschaftlich ausgebildete Funktionäre in ihre Gewerkschaften zurückkehren. Diese Gewerkschaftsstudenten initiierten Workshops, um mit interessierten Historikern einige Arbeiten über die historische Entwicklung ihres Arbeitsplatzes, ihrer Freizeit und ihrer lokalen Umgebung zu diskutieren. Diese Workshops hatten von Anfang an das Ziel, die Geschichtswissenschaft aus der akademischen Isolation zu befreien und historisches Wissen für den gewerkschaftlichen Kampf nutzbar zu machen. Mittlerweile haben sie sich zu einer regelrechten History-Workshop-Bewegung gemauert, mit zahlreichen aus Laien und Wissenschaftlern zusammengesetzten Arbeitsgruppen zur Erforschung lokaler Geschichte. Lockeren Bezugspunkt bildet dabei die Zeitschrift »History Workshop Journal«, die 1975 selbst aus dieser Bewegung hervorging. Der Charakter der Ruskin Workshops hat sich im Laufe der Zeit verändert: die einst gemütlichen Treffen haben sich ausgeweitet zu einer Tagung mit internationaler Beteiligung und — 1979 — mit ca. 600 Teilnehmern. Auch beim Workshop 1979 wurden neue Arbeitsergebnisse vorgestellt und diskutiert. Die

Themenpalette war vielfältig: »Labour History«, »Pesant Studies«, »Cultural Studies«, »Feminist History«, »African History«, bis hin zu »Class Formation« und »Capitalism«. »People's History« steht einerseits in der Tradition empirischer Sozialgeschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts, in deren Mittelpunkt das »Volk« stand, womit immer die unterdrückten Klassen und Schichten gemeint waren. Andererseits findet sie ihren Ausgangspunkt in der Kritik an ökonomistischen und theoretizistischen Gesellschaftskonzeptionen. Der hierzulande bekannteste Repräsentant von People's History ist Edward P. Thompson (»The Making of the English Working Class«). People's History begreift die Menschen als bewußt handelnde Subjekte. Durch ein empirisch feinmaschiges Netz von Untersuchungen über Erfahrungen und Alltagsbewußtsein gelangt sie zu schlüssigen Erklärungen von Protestverhalten in den jeweils historisch-konkreten Situationen. Die Produktivität dieses Ansatzpunktes zeigt sich nicht nur in der oben skizzierten History-Workshop-Bewegung, sondern auch in der Entdeckung einer Fülle neuen Materials und in der Entwicklung neuer historiographischer Methoden wie »Oral History« (Interviews).

Wiewohl einerseits die Möglichkeiten von People's History noch längst nicht ausgeschöpft sind, so zeichnen sich doch andererseits jetzt schon die Grenzen dieses Ansatzes ab. Gerade die Fülle des empirisch aufbereiteten Materials verlangt unbedingt nach ordnenden Kriterien, will man Wirkungszusammenhänge erkennen. Solche Kriterien sind zwar zwangsläufig immer vorhanden, werden aber bei People's History nicht in verallgemeinerter Form expliziert, so daß es fraglich ist, inwieweit die plausiblen Erklärungen wissenschaftlich haltbar sind. Das richtige Bestreben, daß Handeln der Menschen auf bewußte Verarbeitung des Gelebten zurückzuführen, führt bei People's History dazu, daß die Praxen der Menschen allein durch ihre Erfahrungen hindurch betrachtet werden. Damit aber wird der Erklärungswert eingeschränkt. Außerhalb der subjektiven Erfahrungen liegende Verhältnisse, die diese mit konstituieren oder überformen, werden gar nicht erst erfragt. Indem aber der Gegenstand nicht in seinem Gesamtzusammenhang, seiner Struktur und Entwicklung erfaßt wird, ist aus dem aufbereiteten Material keine Perspektive erkennbar. Das gewonnene historische Wissen kann somit nicht zu einer Theorie gesellschaftlichen Handelns beitragen.

Theorielosigkeit, ja, Theoriefeindlichkeit — so lautet auch die immer stärker werdende Kritik an People's History in England. Die Tatsache, daß nunmehr ein Workshop zum Verhältnis von People's History und Theorie stattfand, zeigt auch die Verunsicherung in den eigenen Reihen, die nicht auch zuletzt hervorgerufen wurde durch E.P. Thompsons polemische Attacke gegen Althusser in seinem vor 2 Jahren erschienenen Buch »The Poverty of Theory«. Die Diskussion dieses Buches bildete den Höhepunkt des Workshops. Thompsons Hauptkontrahenten waren Stuart Hall, Professor für Soziologie an der Open University in London, und Richard Johnson (vgl. seinen Aufsatz in *Argument* 119). Mitarbeiter im Centre for Contemporary Cultural Studies. Beide wendeten sich gegen eine Verabsolutierung der historischen Methode. In seinem berechtigten Bemühen — so Hall —, die Althussersche »hypostacisation of Theory« zurückzuweisen, lande Thompson in seinem Eifer beim genauen Gegenteil, nämlich bei der »hypostacisation of History«. Die Partikularität von Geschichte werde als unendliche Ausnahme gegenüber jeglicher Verallgemeinerung ins Feld geführt; der Historiker werde allein zum »Richter« über Ausnahme und Generalisierung. Hall forderte die theoretische Durchdringung des Mediums der »Erfahrungen« und seine Inbezugsetzung zu den objektiven Verhältnissen, um einer einseitigen populistischen Sichtweise zu entgehen. Die Notwendigkeit einer konsistenten Ideologietheorie werde hier deutlich (vgl. dazu auch das Interview mit S. Hall in *Argument* 118). Es ist bedauerlich, daß E.P. Thompson auf Vorschläge und Kritik nur mit Polemik antwortete und damit einen konstruktiven Disput verhinderte.

Der 13. Workshop machte auch die mit einer Theorisierung von People's History verbundenen Probleme der Zusammenarbeit von Arbeitern und Wissenschaftlern deutlich. Auf der letzten Plenarsitzung machten die Gewerkschafter in vehementen Unmutsäußerungen ihrem Ärger über eine akademische, unverständliche Sprache Luft. Offensichtlich war es nicht gelungen, die methodischen Probleme der Historiker den Gewerkschaftern so zu vermitteln, daß auch für sie ein Nutzen weiterer Kooperation erkennbar wurde. Die von ihnen gezogene Schlußfolgerung, die nationalen Workshops künftig nicht mehr im Ruskin College stattfinden zu lassen, ist zwar einerseits verständlich angesichts der Verständigungsschwierigkeiten, andererseits aber gefährlich, wenn daraus ein Rückzug der Theoretiker auf abgehobenes Terrain folgen würde.

Gabriela Mischkowski (Berlin/West)

## Informationstechnologie und Bürgerfreiheit

### 2. Jahres- und Fachtagung der Deutschen Vereinigung für Datenschutz, Bonn, 27.-28.9.1979

Seit der ersten Jahrestagung der Deutschen Vereinigung für Datenschutz (DVD) im Herbst 1978 (vgl. den Kongreßbericht im *Argument* 112, 822 ff.) haben sich die Probleme des Datenschutzes eher verschärft als entspannt, ist die Notwendigkeit eines aktiven Eintretens für die Rechte der Betroffenen, wie es sich die DVD zum Ziel gesetzt hat, deutlicher geworden. Dabei waren vor allem zwei Entwicklungen von besonderer Bedeutung: zum einen der Versuch staatlicher Stellen, ihre Datensammlungen erheblich auszudehnen (vgl. etwa den umfangreichen »Einwohnerdatensatz« im — inzwischen zurückgezogenen — Meldegesetz-Entwurf der Bundesregierung oder den Skandal um die Registrierung sämtlicher Betriebsräte durch den Verfassungsschutz); zum anderen die notwendige Einbeziehung integrierter, über die klassische Computertechnik hinausgehender Informationstechnologien in die Datenschutzdiskussion (etwa die Datenschutzproblematik bei Kabelkommunikationssystemen). Das Bundesdatenschutzgesetz — das wurde auf dieser Tagung erneut deutlich — wird beiden Entwicklungen in keiner Weise gerecht; und auch die von Staatssekretär *Hartkopf* in seiner Eröffnungsansprache erläuterten Novellierungsabsichten der Bundesregierung scheinen eher kosmetische Anpassungen als grundlegende Lösungen zu bringen.

*Auswirkungen der Informationstechnologie auf das Verhältnis Bürger-Staat:* Die Probleme, die mit dem zunehmenden Einsatz der Informationstechnologie im staatlichen Sektor für den Bürger entstehen, wurden für zwei Bereiche dargestellt und diskutiert: für das Rechtswesen und für die öffentliche Verwaltung. *H.-P. Schneider* stellte in seinem Beitrag die Frage, inwieweit eine »Automatisierung des Gerichtsverfahrens« verfassungsrechtlich überhaupt zulässig ist und ob nicht fundamentale rechtsstaatliche Prinzipien (Unabhängigkeit der Rechtsprechung, Waffengleichheit der Parteien, Anspruch auf rechtliches Gehör, Öffentlichkeit des Verfahrens u. a.) durch die zur Zeit mit Hilfe computerunterstützter Informationssysteme verstärkt betriebene Rationalisierung und Effektivierung der Rechtspflege zunehmend in Gefahr geraten. Insbesondere wurde auf die sich bereits abzeichnende Gefahr einer Monopolisierung juristischer Informationssysteme hingewiesen. Darüber hinaus sind die Überlegungen zur Automatisierung der richterlichen Entscheidung nicht nur hinsichtlich ihrer technischen Realisierbarkeit und sozialen Wünschbarkeit zu problematisieren, sondern auch hinsichtlich ihrer ideologischen Funktion, nämlich der (Schein-)Objektivierung herrschender gesellschaftlicher Wertvorstellungen durch »Übertragung« des Richterspruchs auf eine »wertneutrale« Maschine. Ähnliches gilt auch für die zunehmende Tendenz zur Automatisierung von Verwaltungsentscheidungen bei staatlichen Stellen. *K. Grimmer* verwies in

seinem Beitrag »Auswirkungen der Informationstechnologie auf die Öffentliche Verwaltung« darauf, daß die gegenwärtige Rationalisierungs- und Automatisierungswelle im öffentlichen Bereich nicht nur für die Bürger, sondern auch für die im öffentlichen Dienst beschäftigten Arbeitnehmer Nachteile mit sich bringe: »Die Entwicklung beinhaltet eine Gefahr weiterer Entfremdung zwischen Verwaltung und Bürger und einer Verarmung der Arbeit in öffentlichen Verwaltungen.« In der Diskussion wurde deutlich, daß diese Verarmung der Arbeitsinhalte mit einer Intensivierung der Arbeitsleistung bei den staatlichen Lohnarbeitern einhergeht. Ungelöst blieb das Problem, ob dem Bürger im Einzelfall umso mehr staatliche Leistungen gewährt werden können, je mehr Daten von ihm erfaßt und weitergegeben werden, ob also ein Widerspruch zwischen Leistungsanspruch und Datenschutzerfordernissen besteht. Es wurde jedoch darauf hingewiesen, daß eine Vielzahl staatlich erfaßter Daten weniger der Realisierung von Leistungsansprüchen diene, als vielmehr der Kontrolle des Bezugs von Doppelleistungen, der Berechnung der Kosten geplanter Sozialmaßnahmen (z.B. Rentenanpassung) usw.

*Auswirkungen der Informationstechnologie auf den Arbeitsplatz:* Einer der Kernbereiche der Datenschutzdiskussion ist der betriebliche Datenschutz und hier vor allem der Schutz der Arbeitnehmer vor mißbräuchlicher oder unkontrollierter Erhebung und Verwendung ihrer Personaldaten. Die betrieblichen Datenschutzbeauftragten, die durch ihre enge Anbindung an die Unternehmensleitung (vgl. § 28, Abs. 3, Bundesdatenschutzgesetz) nicht in der Lage sind, die Rechte der Arbeitnehmer wirksam zu schützen, haben sich bereits zur Realisierung einer kapitalorientierten Datenschutzpolitik bundesweit organisiert (»Gesellschaft für Datenschutz und Datensicherung — GDD«). Daher war es nur zu begrüßen, daß die DVD dem Arbeitnehmer-Datenschutz einen eigenen Tagungsschwerpunkt einräumte, der dann auch auf großes Interesse bei den Teilnehmern stieß. *B. Lutterbeck* stellte in seinem Referat »Wirkungen der Informationstechnologie auf die Arbeits- und Lebenswelt des Einzelnen« fest, daß der zunehmende Einsatz der Informationstechnologie zu einer Verschärfung der Trennung zwischen »Arbeit« und »Leben« führt. Andererseits bewirke ein informationstechnologisch reduziertes Arbeitsverhalten (Autonomieverlust, Dequalifizierung, Passivierung usw.) eine entsprechende Verkümmern von ganzheitlichen, gefühlsmäßigen und kreativen Fähigkeiten und Verhaltensweisen auch in den übrigen Lebensbereichen. Datenschutz sollte nach Auffassung von Lutterbeck nicht als rein kompensatorische Maßnahme gesehen werden, die die durch eine informationstechnologisch unterstützte Segmentierung überhaupt erst erzeugten Datenströme wieder unter Kontrolle zu bringen versucht. Vielmehr sollte Datenschutz umfassender als Instrument zur Steuerung informationstechnologischer Entwicklungen aufgefaßt werden. Unberücksichtigt blieb in Lutterbecks Ausführungen allerdings die Frage, welche ökonomischen Rahmenbedingungen die von ihm geschilderte Situation kennzeichnen und welche gesellschaftlichen Restriktionen sich der von ihm vorgeschlagenen Neuorientierung entgegenstellen. Der Beitrag von *B. Maschmann-Schulz* befaßte sich mit einem für die Praxis betrieblicher Interessenvertretung hochaktuellen Problemkomplex, nämlich den Auswirkungen »computerunterstützter Personal-Informationssysteme« auf die Arbeitnehmer. Derartige Computersysteme erweitern die traditionellen Aufgaben des Personalwesens, wie etwa die Gehaltsabrechnung, durch die Integration arbeitssoziologischer, -psychologischer und -organisatorischer Daten zu einem hochkomplexen Personalplanungs- und Kontrollinstrument. Dadurch sind nicht nur Probleme des »klassischen« Datenschutzes aufgeworfen, sondern vor allem wiederum Fragen einer Abwehr der mit dem Einsatz dieser Systeme verschärft betriebenen Ausnutzung der Arbeitskraft. *W. Hoss*, Betriebsrat bei Daimler-Benz, ergänzte diese Ausführungen durch einen Bericht über die konkrete Einführung eines Personaldatensystems im Unternehmen, die Strategie der Ar-

beitgeber und den Abwehrkampf der Belegschaft gegen die negativen Auswirkungen des Systems. Eine der größten Gefahren beim Einsatz von Personaldatensystemen besteht Hoss' Erfahrung zufolge darin, daß bereits die bloße Speicherung von Verhaltensdaten (Sozial-, Psychoprofile) oder sogar nur die Vermutung, diese könnten gespeichert werden, zu einer Änderung des Verhaltens der Kollegen im Betrieb führt, häufig auch zu einer Entsolidarisierung und Entpolitisierung. Da das Betriebsverfassungsgesetz nur völlig unzureichende Mitbestimmungsmöglichkeiten beim Einsatz von Personal-Informationssystemen vorsieht, kommt hier einer basisorientierten Betriebsrats- und Vertrauensleutarbeit besondere Bedeutung zu.

*Informationsfreiheit und Datenschutz:* Im dritten Schwerpunkt der Tagung wurde die Frage diskutiert, inwieweit der Datenschutzgedanke dazu mißbraucht werden könnte, den Betroffenen Informationen vorzuenthalten. (Aus verschiedenen Betrieben wurde z.B. bekannt, daß den Betriebsräten mit Hinweis auf das Datenschutzgesetz die zur Mitwirkung bei der Personalplanung erforderlichen Informationen verweigert wurden). R. Kamlah analysierte das Problem unter allgemeinen verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten und untersuchte insbesondere das Verhältnis des Grundrechts auf Persönlichkeitsschutz zum Grundrecht auf Informations- und Meinungsfreiheit. F.W. Hondius behandelte in seinem Beitrag die gerade in letzter Zeit heftig entbrannte Diskussion um die Zunahme des »grenzüberschreitenden Datenverkehrs«. Einerseits versucht eine Vielzahl von Unternehmen, die nationalen Datenschutzgesetze zu umgehen, indem sie ihre Personaldatenverarbeitung in Länder ohne (oder mit schwachen) Datenschutzgesetzen verlagern. Daraus resultiert die Forderung nach einer Beschränkung des grenzüberschreitenden Datenverkehrs. Andererseits streben vor allem die USA aus ökonomischen Gründen eine internationale Freizügigkeit im Datenverkehr an: Sie wollen ihren weitgehend profitorientiert betriebenen Datenbanken den (noch unterentwickelten, aber in Zukunft als außerordentlich lukrativ eingeschätzten) europäischen Markt für kommerzielle Informationsdienste offenhalten.

Da sich die DVD als Bürgerorganisation versteht, war für sie die Diskussion unter Fachleuten nur ein erster Schritt. Mit der im Rahmen der Tagung organisierten »Bürgerversammlung« sollte der eigentliche Adressat der zweitägigen Diskussionen in die Auseinandersetzung einbezogen werden. Bei der Bürgerversammlung, wie auch im Verlaufe der gesamten Tagung, an der erfreulich viele Nicht-Fachleute teilnahmen, zeigte sich ein bekanntes Problem, nämlich das der Vermittlung von Wissenschaftssprache und Alltagssprache. Immerhin löste der Veranstalter dieses Problem nicht so, wie es meist auf »Fach«tagungen geschieht — man bleibt einfach unter sich —, sondern stellte sich bewußt den Fragen und der Kritik der Betroffenen. (Der Tagungsband erscheint im März: Barthel, T. (Hg.): *Gefährdet die Informationstechnologie unsere Freiheit?* Oldenbourg Verlag, München/Wien, 1980). Jürgen Friedrich (Dortmund)

## Die Psychiatrie im »Buon Governo«\*

Arezzo, 28.10.-3.11.1979

Eineinhalb Jahre nach der Reform eine erste Bilanz. Tagungen, Versammlungen, Kongresse hat es mehrere gegeben, seit am 13. Mai 1978 das Reformgesetz in Kraft trat, doch die »internationale Diskussionswoche« bedeutet zweifellos einen ersten Höhepunkt. Ausrichter ist die Provinz Arezzo, aber der Initiator ist Franco *Basaglia*, und die

\* »Buon Governo«, die »gute Verwaltung«: nach Lorenzettis Allegorie im Stadtpalast von Siena schützt sie die »Guten« und treibt die »Schlechten« aus — in der sozialen Organisation der örtlichen Gemeinschaft schützt sie die Schwachen und bricht die Macht der »Guten« über sie. Die Psychiatrie auf dem Weg zum sozialen »Buon Governo«.



Frage, die eine Woche lang im Mittelpunkt der Diskussion steht, ist die nach der Bedeutung, die die Reformgesetzgebung in dem Kampf um eine neue Psychiatrie in Italien hat erlangen können.

Es sei noch einmal kurz zur Erinnerung gebracht: Ausgehend von dem Angriff gegen die herkömmliche Anstaltspsychiatrie hatte die italienische »psichiatria democratica« seit dem Ende der 60er Jahre in einer Vielzahl von Fällen vor allem in Nord- und Mittelitalien in der Praxis gezeigt, wie es möglich ist, im Verlauf von in der Regel nur wenigen Jahren zu einem neuen, anstaltsfreien Ansatz der Hilfe für das psychische Leiden zu gelangen. Unter dem massiven politischen Druck einer von Teilen der politischen Linken und einer Bürgerrechtsbewegung (Partito radicale) bereits durchgesetzten Volksabstimmung über die Beseitigung der rechtlichen Grundlagen der Anstaltsunterbringung erließ der italienische Gesetzgeber im Mai 1978 mit breiter, bis hin zur Democrazia Cristiana reichender Mehrheit das Gesetz n. 180. Als partielle Vorwegnahme der Gesetzgebung zur Überführung des gesamten italienischen Gesundheitssystems in einen nationalen Gesundheitsdienst, in der es sich später bestätigt fand, als diese im Dezember 1978 nach mehr als 10-jähriger Vorarbeit in Kraft treten konnte, wird darin vom Gesetzgeber das Ende der Anstaltspsychiatrie postuliert. Nicht die sofortige Auflösung aller bestehenden Anstalten, wohlgerneht, wie es mitunter mißverständlich und mit dem Hinweis auf den angeblich nicht mehr versorgten bisherigen Patientenstamm nicht selten demagogisch unterstellt wird; eine graduelle Übergangslösung sieht den forcierten Aufbau von gemeindepsychiatrischen Diensten zur Versorgung des neu auftretenden psychiatrischen Bedarfs vor, sowie dazu parallel die schrittweise Auflösung der Anstaltsstrukturen im Verlauf der Rehabilitation der dort heute noch untergebrachten, häufig hospitalisierungsgeschädigten Patienten.

Der erste Tag des Kongresses stand ganz im Zeichen der Bestandsaufnahme über die Auflösungsentwicklung der alten Anstalten. Hier ging es nicht zuletzt um die Widerstände, die Obstruktionen, die Versuche, dem Auftrag der Reformgesetzgebung auszuweichen; vor allem in Süditalien, wo noch bis in die jüngste Zeit eine weitgehend zurückgebliebene, fest in den Anstaltsstrukturen verankerte Psychiatrie vorherrschte, hat die Entwicklung bisher über Reformansätze in kleiner Münze nicht hinausweisen können. Eine Datenerhebung, angestellt von einer Forschungsgruppe unter der Leitung von *Misiti* im Rahmen eines größeren Forschungsvorhabens über »Die Verhütung der psychischen Krankheiten« lieferte erste Erkenntnisse über den Stand der Realisierung der Reform. Sie zeigen kein einheitliches Bild. Durchgängig für Nord-, Mittel- und Süditalien läßt sich ein starker Rückgang der Zwangsunterbringungen in allen psychiatrischen Krankenanstalten und vergleichbaren Institutionen feststellen. Die Gesamtbelegung, sowohl mit zwangseingewiesenen wie mit freiwilligen Patienten, ist in diesen Institutionen in den 1 1/2 Jahren seit der Reform um ca. 1/6 zurückgegangen. Die Daten über ganz Italien hinweg weichen wenig voneinander ab. Gleiches gilt auch für die psychiatrischen Einrichtungen in den Allgemeinkrankenhäusern, die nach den Vorstellungen der Reform als die ultima ratio der offenen Hilfen für die psychiatrische Krisenintervention zuständig sein sollen: hier weichen insbesondere die Werte von Nord- und Süditalien von jeweils einem Krankenhausbett auf ca. 25.000 Einwohner nur geringfügig voneinander ab. Die entscheidende Divergenz zeigt sich hingegen bei den gemeindepsychiatrischen Diensten, für die in Süditalien auch weiterhin eine ernsthafte Unterversorgung fort dauert. Während im Norden und vor allem in Mittelitalien die graduelle Entlassung der Anstaltspatienten weitgehend über den gleichzeitigen Aufbau von ambulanten Diensten und offenen Einrichtungen aufgefangen werden kann, fehlt es im Süden noch weitgehend an einem solchen Ansatz zur »materiellen Ablösung« des Anstaltssystems. Auch im Süden liegen die entlassenen Patienten nicht auf der Straße. Das System der geschlossenen und der halb geschlossenen sozialen Institutionen erweist

sich gegenüber der neuen Konzeption der offenen Dienste als flexibler und widerstandsfähiger, als es zunächst den Anschein gehabt haben mochte: es sind nicht so sehr die privaten psychiatrischen Kliniken, von denen häufig die Rede ist, sondern vielmehr jenes differenzierte System aus Behindertenheimen, Pflegeanstalten, »cronicali« für langzeithospitalisierte Personen etc., in die ein Teil der bisherigen Anstaltspatienten abgeschoben wurde, ohne grundlegend etwas an ihrer Unterbringungssituation zu ändern. Man versteht jetzt besser, warum in der italienischen Diskussion seit langem schon nicht allein die psychiatrische Anstalt in Frage gestellt wird, sondern allgemeiner alle Formen der Institutionalisierung und sozial isolierenden Hilfestellung für diejenigen, die eine am Leistungsprinzip orientierte Gesellschaft als »Problemfälle« kennzeichnet.

Als eine noch offene Frage wurde die Stellung der aus der Reform ausgenommenen besonderen Anstalten für psychisch kranke Rechtsbrecher diskutiert. Die Verurteilung der in diesen »manicomi giudiziari« genannten Sonderanstalten herrschenden Unterbringungsbedingungen wurde mit der Forderung verbunden, auch sie in die Reform der Psychiatrie mit einzubeziehen. Ihre besondere Problematik beziehen sie aus ihrer Stellung im Schnittpunkt zwischen dem System der Strafjustiz einerseits und der sozialen und gesundheitlichen Dienste andererseits. Verwaltungsmäßig müßte ihre Reform bedeuten, sie aus der heute noch gegebenen Kompetenz des Justizministeriums herauszulösen und in die Verwaltung der Gesundheits- und Sozialdienste einzugliedern. Doch liegt ihre Problematik tiefer, in dem besonderen »Krankheitswert« einer subjektiv nicht zu verantwortenden strafbaren Handlung, in dem sich Schuld und Gefährlichkeit des Täters miteinander vermischen. Es ist kein allein italienisches Problem, das dort infolge der Fortschrittlichkeit der allgemeinen Psychiatriereform vielleicht nur deutlicher hervortritt. Wenn auch integriert in die psychiatrische Anstalt, wird der geisteskranke Straftäter auch in anderen Ländern zumeist in separaten Abteilungen bewacht, gilt er in der Regel als »nicht behandlungsfähig« und stellt für den Klinikablauf einen Störfaktor dar. So wird berichtet, daß im Zuge der Reform der Klinik in anderen europäischen Ländern (Großbritannien, Frankreich, Bundesrepublik) sich eine institutionelle Verfestigung dieser Aussonderung andeutet — wie in der Entwicklung in der Bundesrepublik hin zu eigens dafür vorgesehenen gefängnisartigen Anstalten bzw. Abteilungen.

Den Höhepunkt des Kongresses bildete jener Tag, an dem es um die verschiedenen Formen der »psichiatria sul territorio« geht, am besten zu übersetzen vielleicht mit den psychiatrischen Diensten in der Gemeinde. Genauer geht es um »il territorio e i servizi«, um Aufgabe und Funktion der psychiatrischen Dienste in der Auseinandersetzung mit der Sozialstruktur, in der sie wirken. Der Angriff gegen die Anstaltsform bezeichnet ja nur einen ersten Schritt auf dem Wege der neuen italienischen Psychiatrie. Die viel weitergehende, entscheidende Problemstellung ergibt sich erst dort, wo die Psychiatrie aus der Anstalt heraustritt. Die Gefahr liegt hier in etwas, das als die »Reproduktion der Anstalt in der Sozialstruktur« bezeichnet worden ist, ihre Dezentralisierung in eine Vielzahl von kleinen Einrichtungen, die zwar offen arbeiten, jedoch den alten Denkschemata folgen. Diesem sozialen Ausgrenzungsmechanismus gilt es entgegenzuarbeiten. In der Absage an die in ihm angelegte Ratio, in der Auseinandersetzung mit der Scheidelinie, die Konformität mit und Verstoß gegen die sozialen Normen, Normalität und Abweichung voneinander trennen will, im Angriff letztlich auf die Rigidität der sozialen Normen selbst, an denen sich die Ausgrenzung entscheidet, muß sich die Stellung einer Psychiatrie bestimmen, die ihre soziale Funktion als eine solche der sozialen Integration des »Territoriums« und nicht als Verwalterin der Ausgrenzung versteht. Diese Auseinandersetzung kann nur konkret geführt werden. Sie hängt entscheidend von der Initiative und der Kompetenz der beteiligten Berufsgruppen ab, wobei in Italien — anders als in der Bundesrepublik — die Protagonisten der

neuen Psychiatrie weder berufspolitischen Interessen nachjagen, noch sich an einer verfestigten Berufshierarchie festklammern.

Zur international vergleichenden Diskussion waren Psychiater *und* Juristen eingeladen worden. England und Frankreich, diejenigen europäischen Länder, die beispielgebend für die Psychiatriereform waren, dokumentieren heute eine Stagnation oder gar eine Rückentwicklung der Reformbewegung, wie von *Basaglia* kritisch interpretiert wurde. Robert *Castels* Darstellung der Geschichte der französischen Psychiatrie betonte daher auch die Transformation der psychiatrischen Kontrollpraxis von der Anstalt in die »sanfte« Kontrolle der Sektorpsychiatrie. Der amerikanische und der kanadische Vertreter, Leonard *Caplan* und David *Weisstub*, hoben das Scheitern der Reform in ihren Ländern hervor und forderten die Italiener dazu auf, aus ihren Erfahrungen zu lernen; vor allem warnten sie davor, bereits von der Auflösung der Anstalten zu viel zu erwarten, da sich in den USA gezeigt habe, daß häufig ein zu geringes Engagement bei der Einrichtung von Ambulatorien dem sozialen und psychiatrischen Problemdruck nicht gewachsen war, was dann verschiedentlich dazu geführt habe, daß psychisch Kranke unversorgt in den sozialen Ghettos landeten.

Die bundesdeutschen Psychiater konnten über keine vergleichbaren Erfahrungen berichten. Erich *Wulff* und Thomas *Simons* beschränkten sich auf eine Analyse der Gründe für die hiesige Reformträgheit. Überhaupt befällt den Besucher aus der Bundesrepublik bei einem Vergleich der deutschen mit der italienischen Situation Resignation. Denn während in Italien die Monopolstellung der Anstalt in der Versorgung der psychisch Kranken gebrochen werden konnte, rückt sie in der Bundesrepublik nach einigen müden Reformklängen in nur wenig gewandelter »klinifizierter« Form wieder stärker in den Vordergrund. Waren noch in der Psychiatrie-Enquête Reformvorstellungen hinsichtlich des Ausbaus der ambulanten Versorgung durch sozialpsychiatrische Dienste, Ambulatorien etc., enthalten, so findet jetzt in den Plänen der Länder eine Zurücknahme der Reform auf den Sektor der Klinik statt, von deren Differenzierung (in akut und chronisch Kranke, einzelne Funktionsgruppen, usf.) man sich eine Verbesserung der Versorgung erwartet. Im weißen Kittel, gereinigt von den Flecken der chronisch Kranken, der Alten, der Drogensüchtigen, soll sich die Intervention der Klinik bewähren.

Barbara Riedmüller/Thomas Simons (München)



Erich Wulff: Psychiatrie und Herrschaft  
SH 34 4,00 DM

Erich Wulff: Transkulturelle Psychiatrie  
SH 23 4,50 DM

Erich Wulff: Der Arzt und das Geld  
SH 11 2,50 DM

## Besprechungen

### Philosophie

**Paul, Lothar:** *Gesetze der Geschichte. Geschichtslogische Rekonstruktionen zur Ortsbestimmung der Gegenwart.* Beltz Verlag, Weinheim und Basel 1978 (287 S., Ln., 34,— DM).

Vom Verfasser in Aussicht gestellt werden historische »Gesetze«, deren Auffindung die Geschichtswissenschaft vom gängigen Makel eines zu allem wissenschaftlichen Bereifen ungeschickten, vag hermeneutischen Verstehens befreien und deren Anwendung mit einem Schlage aus der mangels begrifflicher Einsicht unschlüssig spekulierenden traditionellen Geschichtsphilosophie eine kraft kategorialer Erkenntnis verbindlich demonstrierende generelle »Geschichtslogik« machen soll. Geliefert wird nur ein einziges »Gesetz«, das nach Überzeugung des Sohn-Rethel-Anhängers seit »zweieinhalbtausend Jahren« (93) die als Geschichte der »warenproduzierenden Gesellschaft« (42) firmierende historische Entwicklung beherrscht und im Sinne einer »ganzheitlich organisierten Modalität der gesellschaftlichen Synthesis« (22) für schlechterdings alle Verhältnisse Geltung erlangt: das »Gesetz« der in der »allgemeinen Äquivalentform des Geldes« kodifizierten »Synthesis des Marktes«. Die unentrinnbare Mustergültigkeit und geradezu transzendentallogische Verbindlichkeit dieser »epochalhistorischen Modalität« (66) für schlechterdings alles Denken und Sein der neueren Jahrtausende ist Paul unablässig und mit dem wechselnden Glück seiner assoziativen Auswahltechnik bemüht, am Beispiel der verschiedensten Erscheinungen des ökonomischen, sozialen und geistigen Lebens unter Beweis zu stellen. Unter dem Gesetzeshüterblick dieses Polyhistor mit fixer Idee wird überhaupt alles zum Exempel und Darstellungsmittel jenes einen, allbeherrschenden synthetischen Prinzips. Ob die spezifische — und d. h. historische — Differenz zwischen Hegelscher und Kantischer Reflexion oder auch die zwischen modernem Kapitalismus und antiker Geldwirtschaft zur Debatte steht, — für Unterschiede dieser Konkretion fehlen dem Verkündiger der epochalen »Gültigkeit des neuen Vergesellschaftungsprinzips« (ebd.) gleichermaßen das Interesse und das Verständnis.

Kritikwürdig an der Paul'schen »Geschichtslogik« ist nicht das von ihr geltend gemachte »Gesetz« als solches, sondern die transzendentallogische Art und Weise seines prätendierten Geltens. Indem Paul jenes »Gesetz« als ein für schlechterdings jedes Einzelverhältnis apriori verbindliches Prinzip voraussetzt, um es dann erwartungsgemäß als das in jedem Einzelfall exemplarisch bewährte Grundverhältnis sich durchsetzen zu sehen, verzichtet er auf eben die entscheidende Reflexion, die dadurch, daß sie das dem historischen Prozeß Vorausgesetzte zugleich als ein durch den Prozeß Gesetztes realisiert, aus der abstrakten Konstitutionslehre des status quo eine konkrete Wissenschaft der Geschichte werden läßt. Mit strukturalistischem Eifer ignoriert Paul all das, was das von ihm zum Transzendental erhobene synthetische Prinzip zugleich als das bestimmte Resultat und die materiale Funktion der ihm formell unterworfenen ökonomischen, sozialen und geistigen Prozesse sichtbar und in der Zweideutigkeit eines durch diese Prozesse ebenso ausgehöhlten und negierten wie entfalterten und erfüllten Gesetzes deutlich machen könnte. Diese Prozesse, die Paul im künstlich geschlossenen Transzendentalssystem als spezifisch wirkenden Faktor unterschlägt bzw. wortreich in Abrede stellt (so in der langen Auseinandersetzung mit Marx und dem Materialismus), sind indes auch bei ihm nicht einfach verloren. Sie kehren vielmehr in der entmischten Form einer dem gegenwärtigen Äon vorausgegangenen anderen Epoche wieder. Die durch die Äquivalentform bestimmte politisch-egalitäre »Synthesis des Marktes« hat demnach ihren nicht minder epochalen Vorgänger in der durch die Arbeitsorganisation determinierten patriarchalisch-herrschaftlichen »Synthesis des Hauses (Oikos)«, hinter der sich

gar vage eine noch urtümlichere Synthesis, nämlich die Vergesellschaftung durch des Strukturalismus liebstes Kind: die Sprache andeutet. Mit dieser chronologischen Abfolge, zu der Paul die integralen Bestandstücke des historischen Prozesses entmischt, macht er aller Geschichte den Garaus. Letztere ereignet sich nurmehr da, wo die menschliche Spezies mit der durch den Anschein quantitativer Gemächlichkeit nur verschleierte Unvermitteltheit eines weniger qualitativen als kategorischen Sprungs, eben jenes Sprungs, der Epoche macht, von einer Natur in die nächste fällt.

Ulrich Enderwitz (Berlin/West)

**Müller, Rudolf Wolfgang:** Geld und Geist. Zur Entstehungsgeschichte von Identitätsbewußtsein und Rationalität seit der Antike. Campus Verlag, Frankfurt/New York 1977 (423 S., Ln., 65,— DM).

»Das Vermögen der Abstraktion, das 'Prinzip der Vernunft' ist seiner Grundstruktur nach dasselbe in der Kopfarbeit des Kaufmanns wie des Philosophen ...« (136). Dieser Satz faßt Programm und Resultat einer Arbeit zusammen, die sich mit der Frage auseinandersetzt, inwieweit die Formen des rationalen (abstrakten) Denkens »in der Sphäre der Zirkulation von Waren bzw. Geld begründet sind« (16). Richtungweisend für sein Vorhaben ist dem Autor die Marxsche Metapher aus den »Manuskripten«, daß die Logik das Geld des Geistes sei. Aber so fundamental wie Müller dieses Marxsche Diktum mißversteht (in dem Sinne, Marx hätte mit diesem Satz ein Korrelationsverhältnis zwischen »Geld und Geist« konstruiert), so unzulänglich ist sein Erklärungsversuch der Genesis des »reinen Geistes« aus der Funktion des Geldes im Warenaustauschprozeß. Geld agiert in Müllers Geschichtsvorstellung als selbständige Größe, als ein Faktor, aus dem Gesellschaft und Denken sich ableiten lassen. Nicht der Zusammenhang von ökonomischer Entwicklung und Genese der Geldwirtschaft in ihren Auswirkungen auf das gesellschaftlich vermittelte Denken wird erklärt, sondern das Geld als »eine spezifische Vergesellschaftungsweise, die sich ... im Handeln und 'Bewußtsein' der einzelnen Gesellschaftsmitglieder durchsetzt« (126), eingeführt.

Konstitutiv für die Konzeption des Autors ist die Trennung von Arbeit und gesellschaftlichem Handeln. Während der Aspekt der Arbeit in seinen Überlegungen weitgehend ausgeklammert bleibt, konstituiert sich der gesellschaftliche Zusammenhang durch Geld und Warenaustausch: »Es ist nicht einfach die Arbeit, die in der warenaustauschenden Gesellschaft die Vergesellschaftung bewirkt, sondern der Wert.« (21) Die Kategorie »Ware« und »Geld« sind in der Konzeption Müllers nicht der theoretische Ausdruck einer spezifischen Entwicklungsphase der Gesellschaft, sondern stehen für den gesellschaftlichen Zusammenhang selbst. Auf der Basis seines ökonomistischen Reduktionismus schert Müller bei seiner Beschreibung (die als Beschreibung, dies muß betont werden, immer wieder wertvolles Material enthält) der Genesis der Separierung von Subjekt und Objekt alle Entwicklungen über einen Kamm. Die Kategorie »Ware« fungiert als universeller Erklärungsrahmen für das Denken des Alt-Griechen Archilochos ebenso wie für Kant, für die Spartaner, ebenso wie für die bürgerlichen Denker des Spätkapitalismus.

Es kann nicht in Abrede gestellt werden, daß aus der Warenform eine bestimmte Form des theoretischen Bewußtseins resultiert. Damit ist aber noch nicht bewiesen, daß alle Formen des abstrakten Denkens (was bei Müller auch immer theoretisches Denken heißt) der Warenform entspringen. Wird eine solche Universalität des Warenfetischismus gesetzt, werden nicht nur die historischen Abläufe auf den Kopf gestellt (vgl. die Behandlung Kants, 165ff.), sondern auch die Erklärungsmöglichkeiten der Entstehungsgründe und Voraussetzungen kritischen Denkens negiert. Da für den Autor das kritische Denken kaum mehr als ein Anhängsel der Kapitalbewegung, quasi das Selbstbewußtsein ihrer selbst, darstellt, ist für ihn auch »der Ausdruck 'Marxistische Theorie'

ein Widerspruch in sich; das Marxistische Denken ist wesentlich Kritik der verselbständigten Formen des Überbaus der kapitalistischen Warengesellschaft und wird mit dem Verschwinden des Überbaus gegenstandslos.« (30)

Auch der Versuch des Autors, »die gesellschaftlich-historische Bedingtheit des individuellen Bewußtseins der Identität in der empirisch belegten Konfrontation mit der völlig andersartigen, vorbürgerlichen bzw. kollektiven 'Identität' von Angehörigen solcher Gemeinwesen bzw. anhand des Fehlens der Kategorien 'der' Rationalität herauszuarbeiten« (223), scheidet zwangsläufig, weil der alles beherrschende Geld-Begriff als bloßes Faktum ohne den dahinter stattfindenden Prozeß gesellschaftlicher Praxis in der Form der allmählichen Beherrschung der Natur und der Wandlung des Verhältnisses von Mensch und Natur eingeführt wird. Wir begegnen bei Müller jenen Mängeln, die auch bei anderen Rekonstruktoren des Historischen Materialismus nachweisbar sind: Identifizierung von realer und kategorialer Abstraktion; Verwechslung des Doppelcharakters der Arbeit als Widerspruch zwischen konkreter nützlicher und abstrakter Arbeit.

Im übrigen liest sich das ganze Buch — obwohl sein Name nur in einem Nebensatz erwähnt wird — wie eine Explikation der sogenannten gesellschaftstheoretischen Erkenntnistheorie Sohn-Rethels mit ihrer Gleichsetzung von Waren- und Denkform und der daraus resultierenden Ersetzung der materialistischen Dialektik durch das Prinzip der Wechselwirkung.

Werner Seppmann (Gelsenkirchen)

**Rügemer, Werner:** Philosophische Anthropologie und Epochenkrise. Studie über den Zusammenhang von allgemeiner Krise des Kapitalismus und anthropologischer Grundlegung der Philosophie — am Beispiel Arnold Gehlens. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1979 (221 S., br., 19,80 DM)

Der Philosoph und Soziologe Arnold Gehlen, kämpferischer Konservativer der Nachkriegszeit, aktiver Parteigänger der Nazis von '33 bis '45, Vertreter einer dem Existentialismus ähnlichen Philosophie der »irrationalen Entscheidung« in der Weimarer Republik, hat nach seinem Tode 1975 ein Werk hinterlassen, dessen Inhalt und Rezeption gleichermaßen widersprüchlich sind. Gehlens geistiger Einfluß auf die erste Generation der bundesrepublikanischen Nachkriegssoziologen (zu nennen sind besonders Schelsky und Luhmann) war beträchtlich und ist in weiten Teilen der soziologischen Theoriebildung bis heute ungebrochen. Die philosophische Anthropologie hat in Gehlen zwar nicht ihren Begründer, aber zweifellos ihren Klassiker.

Dies alles ist jedoch angesichts der durchgängigen ultrakonservativen Positionen Gehlens nicht weiter verwunderlich und gäbe auch für das zu besprechende Buch keinen zureichenden aktuellen Anlaß ab. Dieser ist vielmehr darin zu suchen, daß sich zahlreiche politische und weltanschauliche Gegner Gehlens — Autoren von fortschrittlichem und marxistischem Selbstverständnis — dem Einfluß seines Denkens nicht entziehen konnten: So hat Lukács in seiner Theorie der Mimesis aus Gehlens Lehre von rituell-darstellenden Verhalten geschöpft, seine Schülerin A. Heller hat für ihre Theorie des Instinkts umstandslos und ohne kritische Distanz Gehlens'sche Positionen adoptiert; die Frankfurter Schule betrachtete Gehlen in den 50er/60er Jahren als einen ihrer Hauptgegner, hat jedoch trotz vehementer Kritik ein Gutteil seiner anthropologischen Absichten und Thesen übernommen. Obgleich diese ungewöhnliche Konstellation Gehlen als einen Denker ausweist, mit dem eine systematische Auseinandersetzung von Seiten der Marxisten nottut, gab es hierfür bislang nur zaghafte und sporadische Ansätze (etwa bei Kofler). Zwar hat es an Gehlen-Kritik aus dem bürgerlichen Lager keinen Mangel, die Sekundärliteratur insgesamt ist recht umfangreich (nachzulesen in der Bibliographie von Rügemers Arbeit), aber auch hier findet sich keine systematische und detaillierte Arbeit, die das aufweisen könnte, wodurch sich Rügemers Buch aus-

zeichnet: der Autor rekonstruiert sorgfältig die widersprüchliche Einheit, in der Gehlens politische Biographie, die Entfaltung seines theoretischen Denkens und die jeweiligen ideologischen Hauptströmungen des deutschen Imperialismus (in Weimarer Republik, Nationalsozialismus und BRD) zusammenlaufen. Die in allen drei Etappen gebrochen durchlaufenden Problemstellungen praktischer und ideologischer Herrschaftssicherung werden genauestens analysiert. Gehlens Gesellschaftstheorie und seine politische Praxis erscheinen als weitsichtige und konzeptive Antworten auf die zentralen Problemstellungen bürgerlicher Herrschaftssicherung, notwendig behaftet mit den Widersprüchen, die sich aus der allgemeinen Krise des Kapitalismus herleiten.

Die Fülle von biographischen Details (betreffend etwa Gehlens Karriere im Nationalsozialismus, seine Tätigkeit im militärpsychologischen Dienst der faschistischen Kriegsmaschinerie, die »kosmetische« Überarbeitung seiner Schriften nach '45, die Auftragsarbeiten für die BRD-Großindustrie) steht niemals *anstelle* sorgfältiger philosophischer und historischer Analyse, sondern liefert dieser Illustration und Ergänzung. Gehlens Position zum Nationalsozialismus wird zusammengefaßt als »Politische Zustimmung und philosophische Kritik« (89). Der Autor belegt, daß auch für die hochkarätigen Krisenideologen des Bürgertums, zu denen Gehlen zweifellos gerechnet werden muß, historisch und politisch kein Weg an den Niederungen des Faschismus vorbeiführt. Daß nach '45 vornehmlich die Theorie der (stabiles und dauerhaftes Handeln garantierenden) Institutionen und die Theorie der »Industriegesellschaft« von Gehlen ausgearbeitet wurde, führt Rügemer mit Recht darauf zurück, daß aus dem Scheitern der faschistischen Institutionen Konsequenzen für die Stabilisierung einer 'bürgerlichen Massensmoral im neuen Gewande' gezogen werden mußten. Jedoch scheint mir die Eigenheit der »kulturkritisch-pessimistischen« Perspektive, mit der Gehlen die bürgerliche Gegenwart betrachtet, nicht voll ausgeschöpft. Die von alerten (an ideologischen Tagesfragen orientierten) Soziologen eifertig harmonisierten Widersprüche bleiben in dieser Perspektive großenteils sichtbar, sodaß Analysen von hohem (und bislang kaum ausgeschöpftem) 'Wirklichkeitsgehalt' vorliegen (etwa »Die Seele im technischen Zeitalter«).

Clemens Knobloch (Bonn)

**Morris, Charles W.:** Pragmatische Semiotik und Handlungstheorie.

Mit einer Einleitung herausgegeben von Achim Eschbach.

Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1977 (423 S., br., 16,— DM).

Der Amerikaner Charles Morris gilt als der bedeutendste lebende Zeichentheoretiker. Mit großer Verzögerung, jedoch zunehmender Intensität werden in den letzten Jahren seine Schriften auch in deutscher Sprache zur Kenntnis genommen. 1972 erschienen die »Grundlagen der Zeichentheorie« (1938) mit ihrer grundlegenden und einflußreichen Zauberformel einer dreidimensionalen Semiotik, derzufolge das Zeichenverhalten eine syntaktische, semantische und pragmatische Dimension aufweist.

— 1973 wurde dann sein Hauptwerk in deutscher Sprache zugänglich gemacht: »Sprache, Zeichen und Verhalten« (1948) entwickelt das Programm einer pragmatisch integrierten und fundierten Zeichentheorie, die auf der Grundlage einer verhaltenstheoretisch orientierten Methodik die Mannigfaltigkeit von Zeichenprozessen (wie empirische Wissenschaft, Kunst, Politik, Moral, Logik, Grammatik, Psychologie, Philosophie usw.) zu beschreiben und zu erklären ermöglichen soll. Die verhaltenstheoretische Semiotik erhob damit zugleich den Anspruch eines universellen »Organons« all jener Wissenschaften, die sich mit dem zeichenvermittelten Verhalten des Menschen beschäftigen. — 1975 erschienen dann unter dem Titel »Zeichen, Wert, Ästhetik« wichtige text- und werttheoretische Untersuchungen, mit denen auf einen zweiten Forschungsbereich von Morris hingewiesen worden ist: es geht unter anderem um eine »Axiologie«, in der Fragen nach der Beschaffenheit und Funktion von Werten im Verhältnis zu menschl-

chen Handlungsweisen verhaltenstheoretisch behandelt werden sollen.

Nun hatte Karl-Otto Apel in seiner Einleitung zu »Sprache, Zeichen und Verhalten« die Frage gestellt, ob die Probleme der Wahrheit und der Verlässlichkeit eines verstehbaren Zeichenverhaltens im Rahmen einer empiristischen Zeichenwissenschaft überhaupt zu beantworten sind. Apel hatte diese Frage verneint: die Geltungsansprüche von Zeichen lassen sich ihm zufolge letztlich nur normativ begründen, im Vorausgriff auf »kommunikationsethische« Prinzipien einer idealen Kommunikationsgemeinschaft. Vor diesem Hintergrund scheint mir die von Achim Eschbach zusammengestellte und kommentierte Ausgabe von Morris-Schriften aus den Jahren von 1928 bis 1970 ihre Bedeutung zu besitzen. Denn es sind Schriften, in denen Morris die Frage nach den normativen Maßstäben und legitimatorischen Prinzipien seiner zeichen- und werttheoretischen Einsichten zu beantworten versucht, indem er sich in die pragmatische Bewegung der amerikanischen Philosophie eingliedert. Im kommentierenden Rückblick auf Überlegungen von Charles Sanders Peirce, William James, George Herbert Mead und John Dewey werden die verschiedenen Aspekte eines gemeinsamen philosophischen Vorhabens freigelegt und systematisiert. Als »philosophische« Legitimationsbasis für den Wert und die Maßstäbe semiotischer Einsichten werden letztlich die »positiven« Werte der amerikanischen Kultur bestimmt, wie sie in den Arbeiten der amerikanischen Pragmatisten als empiristisch-wissenschaftliche Grundhaltung sich mit demokratisch-humanistischen Idealen vermitteln. Der wissenschaftliche Geist und das moralische Ideal der jungen amerikanischen Demokratie sollen jenen »intelligent Handelnden« prägen, der im Zentrum der pragmatischen Aufmerksamkeit steht.

Auch Morris weiß jedoch, daß die tatsächliche Geschichte der amerikanischen Gesellschaft nur zynisch oder ideologisch als tragfähige Legitimationsbasis eines wirklich freien, moralischen und intelligenten Handelns eingesetzt werden kann. Deshalb ist er gezwungen, die amerikanische Demokratie »moralisch zu interpretieren« (114, 117, 198, 298, 299): »Aus dem Pragmatismus spricht die wahre Stimme Amerikas« (117). Er ist der »positive philosophische Ausdruck der amerikanischen Demokratie« (299), deren wirkliche Geschichte Morris zufolge durchaus negative Züge besitzt. So kann z.B. der wirklich intelligent handelnde Mensch ihm zufolge kein Verfechter eines uneingeschränkten Individualismus sein, wie er sich im Kapitalismus ökonomisch manifestiert (114).

Das Dilemma springt in die Augen. In der Spannung zwischen der tatsächlichen Geschichte (als Gegenstand einer geschichtlichen Rekonstruktion mit den Hilfsmitteln empirischer Wissenschaft) und einer Bestimmung ihres »wahren« und »positiven« Wesens (als Orientierungsgrundlage pragmatischen Denkens und Philosophierens) manifestiert sich die tiefe Widersprüchlichkeit der behavioristischen Methode: bei der Suche nach den letzten normativen Maßstäben einer pragmatisch vereinheitlichten Zeichen- und Werttheorie verweist Morris auf das wirkliche Verhalten jener kühnen und intelligenten »Männer« (117), die Amerika geschaffen und in seinen Krisenzeiten gerettet haben sollen; und kann zugleich jedoch die »moralisch geleitete Intelligenz« (110) in der Geschichte nur als einen »idealen« Maßstab zur geschichtlichen Rekonstruktion des »wahren« Amerikas unterstellen, der sich einer streng verhaltenstheoretischen Objektivierung notwendig entziehen muß.

Manfred Geier (Marburg)

**Heringer, Hans Jürgen, Günther Öhlschläger, Bruno Strecker und Rainer Wimmer:** Einführung in die Praktische Semantik. Quelle & Meyer, Heidelberg 1977 (328 S., br., 26,80 DM).

Bereits der Titel des Buches deutet auf die Absicht der Autoren hin: zu zeigen, wie unsere alltägliche Kommunikation verbessert werden kann. Die wesentlichen Grundsätze ihrer Theorie orientieren sich an den »Philosophischen Untersuchungen« (PhU)



des späten Wittgenstein. »Die Bedeutung eines sprachlichen Zeichens kennen heißt wissen, wie es verwendet werden kann, d.h. wie man mit ihm handeln kann, welche Regeln für seinen Gebrauch gelten.« (7) Bedeutungen gründen somit letztlich in spezifischen Lebensformen. Vorgeführt wird dies in einer Analyse der *Geschichte* des Vorwurf- und Beweisspiels, in der nachgewiesen werden kann, wie die Struktur der je historischen Interaktion und die Bedeutung der Verben »vorwerfen« und »beweisen« zusammenhängen bis in einzelne Züge der Bedeutung hinein (73). Das Verstehen sprachlicher Handlungen beruht auf der (zumeist unbewußten) Kenntnis von *Regeln* als Muster, die unserm sozialen Handeln zugrundeliegen, deren intersubjektive Gültigkeit begründet und gesichert wird durch die gemeinsame Praxis der Kommunikationspartner, in der die Regeln auch gelernt werden. — Am Beispiel der Kommunikation eines Psychiaters mit einem schizophrenen Patienten wird gezeigt, daß beide nach unterschiedlichen Regeln handeln. Der Arzt ist hier nicht bereit, das Sprachspiel des Patienten als eine auf Verstehen hin angelegte Handlung zu begreifen. Die hermeneutische Dimension der Praktischen Semantik (PS) zeigt sich in der Forderung nach einer Betrachtung von innerhalb (»Im Spiel hat alles seinen Sinn«, 68): das Subjekt der Untersuchung muß sich am selben Sprachspiel beteiligen wie seine Objekte, also zugleich Objekt sein. — Andere Beispiele behandeln alltägliche und bekannte Kommunikationssituationen: Bundestagswahlkampf (»Explizites und Implizites«), die Fernsehsendung »Pro und Contra« (»Argumentieren«), den Justizfall Brühne (»Folgern«), Interviews (»Fragen und Antworten«). Die Fülle der Themen aus den verschiedensten Bereichen macht deutlich, daß die Linguistik sich für jene gesellschaftlichen Bereiche als kompetent versteht, deren Vertreter (Ärzte, Juristen, Politiker, Soziologen usw.) in Fällen entscheiden, in denen es eigentlich um die semantischen Verhältnisse in unserer Sprache geht und die somit zur Sache der Linguistik werden (232).

Die Methode der PS ist offensichtlich Wittgensteins Auszeichnung der systematischen Rolle von *Beispielen* verpflichtet, seiner Auffassung, wonach eine (philosophische) Analyse nur ein Explizitmachen des im Verstehen implizit schon Gewußten sei, ein Verständlichmachen dessen, was wir vorphilosophisch schon verstehen (PhU, z.B. §§ 116f., 126). Allen Beiträgen gemeinsam ist die *therapeutische* Absicht (»Verständigungsprobleme verringern, Mißverstehen besser bemerken, seine Ursachen schneller herausfinden und es beheben«, 7) und die *lehrende* Absicht (die Schüler zu befähigen, in sozial relevanten Situationen erfolgreich handeln zu können). Diese Art von Sprachunterricht besteht nicht in einem »Training von Kommunikationssituationen«, sondern lehrt auf Grundlage ihrer Beschreibung jene Regeln, welche die jeweilige Sprachhandlung strukturieren (welche Fehler bzw. Regelverletzungen werden z.B. beim Begründen gemacht? Kap. 14). Es zeigt sich hier, daß die PS fast wie zufällig eine für den Sprachunterricht noch immer subsidiäre *Handlungsgrammatik* vorbereitet hat.

Der häufig gehörte Vorwurf, daß in solchem Unterricht nur bestehende Sprachspiele affirmiert würden (so auch die Wittgenstein-Kritik von Habermas), trifft m.E. den vorliegenden Ansatz nicht. Die Beschreibung von Sprachspielen, die Angabe ihrer Bedingungen, die zum Aufzeigen der verschiedenen Handlungsmöglichkeiten aufgestellt werden, ist nicht nur deskriptiv (oder affirmativ), sondern enthält bereits Wertaussagen. Die PS entwickelt dafür ein Instrumentarium, das als Beschreibung zwar alles so läßt, wie es ist (vgl. PhU §§ 124, 126), aber die *Verantwortlichkeit* der Partner (z.B. für Unaufrichtigkeit, Manipulation, Unterstellung von Annahmen wider besseres Wissen u.a.) in der kommunikativen Beziehung betont (v.a. Kap. 5).

Streckers Analyse eines Anhörungsgesprächs zwischen einem Lehramtsanwärter und einem Regierungsdirektor (Kap. 10) vergleicht das Gespräch mit einem Spiel, das definiert ist durch die Art, wie die Züge der beiden Partner durch die Spielregeln auf den Ausgang bezogen sind. Durch diesen methodischen Vergleich kommt der Autor zu ei-

ner »Kritik des Spiels 'Einstellungsgespräch' insgesamt« (195, Hervorh.d.V.). Die distanzierte, von moralistischer Entrüstung freie Beschreibung weist nach, gegen welche wesentlichen Kooperationsmaximen und strategischen Leitlinien der als Verfassungsfeind Verdächtige verstößt (allerdings nicht nur er), indem er sich nicht erfolgsorientiert verhält, sondern in der »christlichen Tradition des Bekennermuts« kommuniziert (201), in einer Haltung, die sich ohne Not zum Märtyrer macht. Kritisch anzumerken ist, daß der Zusammenhang des Sprachspiels »Einstellungsgespräch« mit der sozialen Lebensform, in der es wurzelt, nicht als *methodisch Vorgängiges* berücksichtigt worden ist. Im Sinne von Wittgensteins Gedanken — »Einer Regel folgen, eine Mitteilung machen, ... sind *Gepflogenheiten* (Gebräuche, Institutionen)« (PhU §199) — müßte auch eine solche Sprachhandlungsbeschreibung an der Beschreibung von Institutionen ansetzen. Strecker sieht diese Aufgabe bereits gelöst: »Wir kennen den institutionalisierten Sinn des Gesprächs.« (189) Das verhindert eine Analyse, die zeigen könnte, daß die Spielregeln, die die Gewinnstrategie bestimmen, durch den sog. Radikalerlaß entscheidend verändert wurden, was eine Bedeutungsänderung des ganzen Spiels nach sich zieht. Will doch die Linguistik als Wissenschaft vom sprachlichen Handeln gerade zeigen, daß die vorgeführten Interaktionsbeziehungen nicht voraussetzungslos ablaufen. Gefordert wird damit keineswegs ein (politökonomisches, anthropologisches oder historisches) Reduktionsverfahren, das Sprachspiele »ableitet« und »erklärt«. Desiderat ist vielmehr eine Semantiktheorie, die den Zusammenhang von historischer, ideologischer und diskursiver Formation systematisch untersucht (ich denke dabei an Überlegungen in der Linguistik, die von Foucaults »Archäologie des Wissens« und v.a. von Lacans psychoanalytischer Sprachtheorie beeinflusst sind, wie die »Automatische Diskursanalyse« von Fuchs, Haroche, Henry, Pêcheux u.a.). Die PS beschränkt sich in ihrer Bedeutungsanalyse auf die rein kommunikationslogischen Regeln. Dazu kommen muß der Rückgriff auf die *transsubjektiven* Produktionsbedingungen von Sinn/Bedeutung. Versteht man nämlich »Diskurs« nicht als Tätigkeit eines redenden Subjekts, sondern als objektive und materielle Existenz gewisser Regeln, denen das Subjekt unterworfen ist, sobald es sich am Diskurs beteiligt (Foucault), wird die Untersuchung grundlegender. Sie fragt dann nach jenen (auch linguistischen) Mechanismen oder Regeln, die dem redenden Subjekt eine Diskursautonomie aufzwingen und es in seinem Verhältnis zur Realität erst konstituieren. Ist es doch Kennzeichen von Ideologie, das Individuum durch den Komplex der ideologischen und diskursiven Formationen zum Subjekt seines Diskurses »anzurufen«, indem sie ihm die notwendige Illusion der Identität seines Ichs verschafft und ihm »seine« Realität liefert als System von »wahrgenommenen-angenommenen-ertragenen Bedeutungen« (Althusser). D.h. nicht, daß die Sprache als solche ideologisch wäre (Überbau), aber daß sich in ihr eine Gesamtheit von (diskursiven) Praxis-Arten archiviert, wobei der Diskurs Schnittpunkt der ideologischen Prozesse ist, das Gesetz dessen, was gesagt werden kann: er hat seinen Ursprung außerhalb des Subjekts, verwirklicht sich aber in ihm (vgl. Pêcheux/Fuchs in: Langages 37, Paris 1975). Die wissenschaftstheoretische Stellung der PS und der Diskursanalyse (als Theorie der historisch-ideologischen Determinierung semantischer Prozesse) gestattet einen Vergleich: beide verwerfen das Name-Gegenstand-Paradigma traditioneller Semantiktheorien sowie den Repräsentationsgedanken; beide verzichten auf das ideologische Paar *langue/parole* bzw. System/redendes Subjekt; beide lehnen die Vorstellung ab, daß das redende Subjekt die Bedeutung schöpferisch produziere (die PS durch die Idee des Eingebettenseins des Subjekts in ein System von Sprachspielen als Bestandteile der sozialen Lebensform, die Diskursanalyse durch ihre Definition von »Diskurs«).

Sobald die PS jedoch den Zusammenhang von Sprachspiel und Ideologie ins Auge faßt, versteht sie Ideologie einfach als das Explizite einer Äußerung, zu dem die Sprachkritik das verborgene Implizite, das »hinter« der Aussage steckt, aufdeckt: Sprachhand-

lungsbeschreibung als Ideologiekritik, die zeigt, was einer eigentlich meint, aber so nicht sagen will (vgl. Heringers »Freiheit-oder-Sozialismus«-Analyse). In der Grundüberzeugung der Autoren, die Rekonstruktion vernünftigen Sprechens müsse doch endlich vernünftiges Handeln bewirken, steckt m.E. zuviel an naiver Hoffnung auf den »gesunden Menschenverstand«. Zur Klarstellung: Fragestellung und Arbeitsweise der beiden Theorien sind zu verschieden, um die eine umstandslos am Maßstab der anderen zu messen. Es geht aber um den Hinweis auf die zentrale Fragestellung: Wie läßt sich der Zusammenhang des Subjekts, das in der Evidenz des »ich-spreche-jetzt-hier«-Subjekts produziert ist, mit seiner (ideologischen) Lebensform nicht nur behaupten, sondern mittels einer nicht-subjektiven *Theorie der Konstituierung des Subjekts in seiner konkreten Äußerungssituation* untersuchen? Harold Woetzel (Rabat)

### Sprach- und Literaturwissenschaft

**Labrousse, Gerd (Hrsg.):** Zur Literatur und Literaturwissenschaft der DDR (Amsterdamer Beiträge zur neueren Germanistik, Bd.7). Editions Rodopi, Amsterdam 1978 (304 S., br., Hfl. 60,—).

Der überwiegend von Germanisten aus den Niederlanden verfaßte Band enthält je zwei Beiträge zur Methodologie, zur DDR-Lyrik, zur Erbe-Problematik und vier Arbeiten zu Einzelwerken. Während meist der trockene Ton dominiert, lesen sich zwei Aufsätze sehr vergnüglich. Der eine ist Günter Kunerts Fortsetzung von Lichtenbergs »Ausführlicher Erklärung« der Kupferstiche »Industry and Idleness« von William Hogarth gewidmet. Johannes Maassen macht hier klar, wie Kunert Kontrapunkte zu Lichtenbergs Interpretation vom Aufstieg des Fleißigen und Niedergang des Faulen setzt, wie Hogarths vermeintliche Idealisierung des Untertanengeists sich als tatsächliche Kritik erweist. Dankenswerterweise sind 12 von Hogarths Stichen beigefügt. Deutet sich bei Kunert ein Zug zum Hedonismus nur an, so ist er nicht zu übersehen in Adolf Endlers Kommentar zur DDR-Lyrik in den siebziger Jahren. Endler — selbst DDR-Lyriker — entwickelt aus einer Rezension der Anthologien »Don Juan überm Sund« und »Das letzte Mahl mit der Geliebten« eine sehr persönliche Auseinandersetzung mit drei Generationen von DDR-Lyrikern, wobei für den westlichen Leser weniger die Gliederung nach Generationen neu ist als vielmehr die ausführlichen Zitate von bei uns unbekanntem Autoren wie dem »renaissancehaften« Andreas Reimann oder dem »proletaroiden« Richard Leising (»Vom niedrigen Materialismus weg!/Mareck würzt seinen Senf mit Speck.«) Auch die übrigen Untersuchungen sind anregend, etwa Sigfried Hoeferts Anmerkungen zur Faust-Problematik in Volker Brauns »Hinze und Kunze«, wo die Widersprüchlichkeit von Individuum und Gesellschaft nicht harmonisierend aufgelöst wird. Ganz sicher geht Hoefert allerdings an Braun vorbei, wenn er es »irgendwie versöhnlich (für das maskuline Ego)« findet, daß Braun eine Frauengestalt zusammenbrechen läßt (158). Gregor Laschens Überlegungen zum Verhältnis von Geschichte und Gedicht bei Erich Arendt und Werner Krogmanns Versuch über Christa Wolf als Vertreterin eines »moralischen Realismus« machen erkennbar, wie wichtig eine konfliktorientierte Literatur für die Gesellschaft der DDR ist.

In eine Sackgasse führt dagegen m.E. das Unterfangen Gerhard Kluges, Plenzdorfs »jungen W.« als »modernen Menschen in der totalitären Welt« zu begreifen, weil so schon die Publikumsresonanz auf dies Stück nicht mehr erklärbar wird. Der Band wird eingeleitet mit zwei wissenschaftstheoretischen Betrachtungen, wobei Gerd Labrousse für ein textorientiertes Verfahren zur Untersuchung der DDR-Literatur plädiert, Jos Hoogeveen hingegen das funktionalistische Verfahren vorzieht. Ein Bezug auf die übrigen Beiträge ist nicht ersichtlich. Volker Gransow (Bielefeld)

**Bogdal, Klaus-Michael:** Schaurige Bilder. Der Arbeiter im Blick des Bürgers. Syndikat, Frankfurt/M. 1978 (278 S., br., 20,— DM).

Die zeitgenössische bürgerliche Kritik beschimpft sie als Ferkel, Korwälzer und staatsgefährdende Sozialdemokraten. Sie selbst beziehen Frontstellung zur eklektizistischen Attrappenkunst der Gründerzeit und erschließen so der bürgerlichen Kunst mit Großstadt, Industrie und Arbeitermassen neue Stoffbereiche. Die Rede ist hier von den Naturalisten, die in Anlehnung an die Milieu- und Vererbungstheorie mit minutiöser Beschreibung der Zustände einer neuen verwirrenden Wirklichkeit beikommen wollen.

Bereits Franz Mehring verweist in seiner Kritik am Naturalismus auf den Widerspruch zwischen Stoffwahl und Thema, auf die Unfähigkeit der kleinbürgerlichen Intellektuellen, die Bewegungsgesetze der kapitalistischen Gesellschaft darzustellen, auf ihr perspektivloses Paktieren mit der Armut. So erscheint aus naturalistischer Sicht der Arbeiter als Exot und sein Milieu als terra incognita.

Im Gegensatz zu Mehring orientiert Bogdal seine Kritik nicht an einer möglichen Soziologie kleinbürgerlicher Intellektueller. Er wählt einen in der bisherigen Naturalismusforschung neuartigen und fruchtbaren Ansatzpunkt: Im Mittelpunkt der Arbeit steht eine spezifische Metaphorik, in der Arbeiter und Arbeiterbewegung im deutschen Naturalismus beschrieben werden. Dichte und Häufung bestimmter Metaphern weisen nach Bogdal auf ein »Metaphernnetz« (11 u.a.), das schriftstellerische Wirklichkeits-sicht komprimiert ausdrückt. Bogdal möchte keine neuen Belege für eine Soziologie der Intelligenz bereitstellen. Er möchte »die aus der Konfrontation der literarischen Praxis der Intellektuellen mit den politischen und ideologischen Praktiken der Arbeiterklasse resultierenden Veränderungen des Systems der Kunstideologie« rekonstruieren (9). Sein Beitrag wendet sich auf breiter Quellengrundlage gegen eine innerhalb der Kunstideologie operierende Ästhetik, gegen eine allgemeine Ideologietheorie wie gegen die Aufspaltung literaturwissenschaftlicher Methodik in Hermeneutik, Widerspiegelungstheorie und Soziologie. Ziel ist eine einheitliche materialistische Literaturwissenschaft, die der Besonderheit literarischer Praxis gerecht wird. In Anlehnung an Machereys »Theorie literarischer Produktion« (dt. 1974) bestimmt Bogdal ein »ideologisches Projekt«. Dessen allgemeinste Formel lautet bei den Naturalisten: »Darstellung der Arbeiter in der Literatur als Beitrag zur Lösung der 'sozialen Frage'« (41). Zwischen diesem Projekt und der sprachlichen Realisation in den Werken lassen sich Transformations- bzw. Deformationsprozesse erkennen, die als Differenzen am anschaulichsten in den Metaphern abzulesen sind. Über Macherey hinausgehend übernehmen für Bogdal die Metaphern »konstituierende Funktionen innerhalb der Kunstideologie« (20).

Von dieser theoretischen Position vermag Bogdal in der Metaphorik des Animalischen und Ekellerregenden, in der Vorstellung vom Proletarier als Bestie und Barbar die Frontstellung der sprachlichen Materialisierung gegen das ideologische Projekt aufzuzeigen. Die Proletarier als »Bestien« (47ff.), ihr Milieu als »Schmutz und Schlamm« (85ff.) und schließlich die Ablehnung der kämpfenden Arbeitermassen als »Die Vielzuvielen« (117ff.) — in allen diesen Vorstellungen vermag der Autor überzeugend politisch-ideologische und ästhetische Flucht- und Distanzierungsstrategien aufzuzeigen. Die an der Metaphorik herausgearbeiteten Deformationen des ideologischen Projekts vermögen so auch die verbreitete Schwarz-Weiß-Vorstellung von einer Abwendung der Naturalisten gegenüber der Arbeiterbewegung nach Legalisierung der SPD 1890 in ein nuancierteres Bild zu verwandeln.

Die nach 1890 einsetzende offene Abkehr von der Arbeiterbewegung versteht Bogdal als Hinwendung zur politischen Praxis der Herrschenden und als Restabilisierung der Kunstideologie. Am Beispiel der künstlerischen Biographie O.E. Hartlebens kann dieser Prozeß anschaulich nachvollzogen werden. Die Überschrift des letzten Kapitels »Der bunte Vogel« (153ff.) — übernommen aus Hartlebens gleichnamiger Erzählung

— verweist auf häufigen Gebrauch der Vogelmetapher als Ausdruck für die Rückkehr zu den einsamen und lichten Gipfeln »wahrer« Kunst. Die nun bei den Naturalisten aufkommenden Bilder der Einsamkeit, der Stille, der Kühle und der Reinheit deutet Bogdal als Zeichen der Abwendung von der Gesellschaft und als einsetzende Aufwertung künstlerischer Isolation. Der Versuch gesellschaftlicher Aufwertung von Kunst durch ein ideologisches Projekt endet so in Geistesaristokratismus und Schönheitskult.

Wenn auch zentrale Begriffe wie »Kunstideologie« und »Metapher« ohne klare definitorische Konturen erscheinen, so zeigt die vorliegende Arbeit trotzdem am Gegenstand selbst den folgerichtigen, aber verschlungenen Weg der Naturalisten »aus dem Großstadtbrodem« in die »heiligen Haine« an. Georg Bollenbeck (Siegen)

**Sloterdijk, Peter:** *Literatur und Lebenserfahrung. Autobiographien der Zwanziger Jahre.* Hanser Verlag, München/Wien 1978 (347 S., br., 42,— DM).

Sloterdijk verarbeitet die Autobiographien »bürgerlicher« und »proletarischer« Autoren der Weimarer Republik, u.a. die von K. Mann, L. Turek, M. Hoelz, A. Holitscher, L. Andreas-Salomé, E. Toller, J. Wassermann, E.v. Wolzogen, Th. Lessing. Er begreift Literatur als die »klassische Organisationsform von Erfahrung im bürgerlichen Zeitalter«, die Autobiographie ist für ihn »das subjektive Zentrum der ästhetischen Organisation lebensgeschichtlichen Wissens, also in gewisser Weise das Paradigma von Literatur überhaupt.« (5) Daraus ergibt sich, daß Subjektivität für ihn immer eine »historisch bestimmte Subjektivität« ist.

Der erste Teil der Untersuchung — »Die Autobiographie. Literarische Gattung und Formen der Erfahrung« — ist der Versuch, ein analytisches Instrumentarium und die theoretischen Voraussetzungen für die Interpretation von Autobiographien zu schaffen. Sloterdijk skizziert in diesem Teil die Entstehung und Entwicklung der Gattung Autobiographie im Kontext der Herausbildung und Entwicklung des bürgerlichen Individuums (21ff., 40ff.). Die Gattungsgeschichte der Autobiographie unterteilt er in drei Phasen: die »vorklassische«, »klassische« und »nachklassische«. Die »klassischen« Autobiographien des 18. und 19. Jahrhunderts markieren den Höhepunkt »des bürgerlichen Individualismus, auf dem sich das Selbstbewußtsein bürgerlicher Menschen in den Geschichten von ihrer »Bildung«, »Entwicklung«, ihres »Charakters«, ihres »Wesens«, ihres »Lebensplans«, ihrer »Vorsehung« aussprechen konnte« (18). Die Biographien der Zwanziger Jahre spiegeln dagegen die »Verfallsepoche des bürgerlichen Selbstbewußtseins«.

Im II. Kap. des ersten Teils untersucht Sloterdijk die »Formung der Subjektivität und Organisation lebensgeschichtlichen Wissens« (72ff.) in den Autobiographien. Um Autobiographien zu interpretieren, bedarf es Theorien, die »den Zusammenhang von Sozialisation, Individuierung und Biographie« klären (83). Der »biologische Ansatz« Charlotte Bühlers (86ff.) und das »Phasen-Konflikt-Modell« Erik H. Eriksons (90ff.) sind für Sloterdijk daher unzureichend. Als theoretische »Folie« fungibler bezeichnet er den Ansatz L. Sèves (100ff.). Die gesellschaftlich bedingten Widersprüche des menschlichen Lebens — die »Grundwidersprüche des persönlichen Lebens« — sind auch in Autobiographien bestimmend. Dadurch wird unentfremdete Erfahrung behindert. Die Möglichkeit der subjektiven Entwicklung bricht ab und der Erfahrungshorizont stagniert. Dieser aufgezwungenen »Frühstagnation« entgehen in der antagonistischen Gesellschaft nur wenige Individuen »im Vorzeichen von Privilegien und Ausnahmen«. Ein Grund für das Interesse an Autobiographien — gerade auch das massenhafte an Autobiographien von Schauspielern und Personen des »öffentlichen Lebens« — ist die Differenz von »einzigartigen« und »massenhaften« Lebensläufen.

Im zweiten Teil des Buches — »Zur Protopolitik der Erfahrung« (125ff.) — wechseln »diskursive Passagen« und diesen zugeordnete Modelle selektiver Interpretationen. Die-

ses Verfahren — das aus dem Versuch einer theoretischen Begründung der Autobiographie als einer »ästhetischen Organisation lebensgeschichtlichen Wissens« und Erfahrung resultiert — reduziert den Informationswert für diejenigen, die ein spezifisches Interesse an den Autobiographien einzelner Autoren haben. Das I. Kap. untersucht solche »Kindheitsdarstellungen, in denen die Spur erinnerter kindlicher Subjektivität eingefangen ist. In solchen Erzählungen ist die Kindheit nicht bloß »Etappe« — wie in den Biographien bürgerlicher »Honoratioren« —, »sondern eine Enklave des Lebenslaufes, eine Welt voll von eigengesetzlichen Erfahrungen, die vom Erwachsenenbewußtsein aus nicht vereinnahmt werden können« (127). Als »Modelle« stehen u.a. E. Toller, Th. Lessing, K. Mann. Von bürgerlichen Kindheitsdarstellungen hebt Sloterdijk die proletarischen ab — z.B. die L. Tureks. Kap. II untersucht die »zahlreichen Ansätze bürgerlicher Jugendliteratur« — in den Autobiographien der zwanziger Jahre —, »ihre vitalen Bedürfnisse gegen eine meist als repressiv, lebensstörend und erfahrungsfreudlich empfundene Gymnasialerziehung zu organisieren.« (u.a. bei K. Mann). Das III. Kap. gilt dem Lebensabschnitt, in dem die »latenten Konfliktpotentiale, die lebensgeschichtlich akkumuliert worden sind und beim Transfer in die Erwachsenenwelt zum Ausbruch kommen können« (171, E. Toller, H. Bahr, M. Hoelz). Das IV. Kap. untersucht die Abweichungen von den normativen Anforderungen der bürgerlichen Gesellschaft in den Autobiographien: »Die im Textfeld der Weimarer Autobiographik dokumentierten Fälle von Gefängnisstrafen haben durchwegs politische Implikationen; das läßt sich an Ernst Toller, Erich Mühsam, Alois Lindner, Max Hoelz, Ludwig Turek demonstrieren.« (200) Politische Implikationen haben auch die Schilderungen der Erfahrungen in der Boheme — als Modell einer alternativen Lebens- und Erfahrungsform. Als Abweichung von den Normen der bürgerlichen Gesellschaft — und als subjektiven Protest — wertet Sloterdijk auch die Schilderungen psychischer Krisen (Kap. V) bei R. Voß, Th. Lessing, J. Wassermann u.a.

Der dritte Teil der Untersuchung — »Erfahrung und Sinnarbeit. Zur Konstruktion von Bedeutungen und Geschichten des eigenen Lebens«, 247ff. — untersucht die Ansprüche einzelner Autoren, »dem Gehalt der eigenen Erlebnisse allgemeine Dimensionen zu geben«. Eine umfangreiche Bibliographie (334ff.) zur Gattungsgeschichte der Autobiographie und zu den verarbeiteten Autobiographien der Zwanziger Jahre beschließt die Untersuchung. Hansgeorg Schmidt-Schemel (Mardorf)

**Mayer, Hans:** Nach Jahr und Tag. Reden 1945 — 1977. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1978 (301 S., Ln., 28,— DM).

Mayer — einer der wenigen älteren marxistisch orientierten Germanisten — legt im Vorwort Wert auf die von ihm gewählte Gattungsbezeichnung: »Reden sind nicht Vorträge, wo mehr oder weniger elegant ein Sachverhalt mitgeteilt werden soll: ohne Rücksicht auf das jeweilige Auditorium. Der Vortragende übermittelt Kenntnisse, Gedanken, Einsichten. Er will nicht wirken im Sinne irgendeiner Redekunst. Der Redner aber möchte den Bereich der sachlichen Kommunikation bewußt überschreiten. Reden ohne Emotionen und ohne Streben nach Emotionen sind undenkbar« (9).

Damir sind zwei Gesichtspunkte angesprochen, die die unter verschiedenartigsten gesellschaftlichen Bedingungen entstandenen Reden miteinander verbinden: 1. Der Hörer wird in Gestaltung und Anlage des Vorgetragenen einbezogen. 2. Mayer behandelt literarische Themen und teilt politische Ansichten mit, die seine »Außenseiterrolle«, zuerst in der DDR, nach seiner Übersiedlung ab 1963 auch in der Bundesrepublik, manifestierten. Daß er dabei häufig ideologische Tabus verletzte — westliche und östliche — war unausweichlich, denn er sprach immer wieder die kritische Potenz der Öffentlichkeit unmittelbar an.

Die schriftliche Wiedergabe kann diese direkte Ansprache an das Publikum natürlich

nur unvollkommen vermitteln, trotzdem spürt der Leser, mit welcher persönlicher Anteilnahme Mayer seine Themen bearbeitet hat. Besonders deutlich wird dies bei den Gedenkreten auf Ricarda Huch (35-39), Thomas Mann (107-125) und Ernst Bloch (279-285). Offensichtlich geprägt durch die Zeitgenossenschaft sind aber auch »Nach dem Urteil im Nürnberger Prozeß« (23-35), »Die deutsche Literatur und der Scheiternhaufen. Bücherverbrennung nach 15 Jahren« (39-53), »Zur Gegenwartslage unserer Literatur« (125-135), »Bildung, Besitz und Theater« (157-179), »Im Dickicht der Zwanziger Jahre. Erinnerung und Deutung« (245-279) und natürlich die 1945 gehaltene Rede »Das Wort der Verfolgten« (19-23).

Sie alle, wie auch die Beschäftigung mit »Goethe in unserer Zeit« (53-77), »Das Ideal und das Leben. Eine Schiller-Rede« (77-107), »Platon und die finsternen Zeiten. Über die Möglichkeiten einer Akademie im heutigen Deutschland« (135-157), »Zwei Bäume der Erkenntnis. Über die Wechselbeziehung von Kunst und Wissenschaft« (179-199), »Das deutsche Selbstempfinden. Gedanken zum 125jährigen Bestehen des Germanischen Nationalmuseums in Nürnberg« (225-245) und schließlich »Georg Büchner in unserer Zeit« (199-225) sind gezeichnet von dem Streben, Literatur und literarische Tendenzen im Rahmen wissenschaftlicher, gesellschaftlicher, geschichtlicher und kulturpolitischer Entwicklungen darzustellen. Erst dieses überall erkennbare Bemühen um eine dialektische Sichtweise ermöglicht es dem Rezipienten, falsche Vorstellungen über »goldene Zeitalter« zu korrigieren (dies gilt insbesondere für Mayers Beschäftigung mit den zwanziger Jahren), um neue Fragen stellen zu können. Das Schlagwort von der »deutschen Misere« wird unmittelbar plastisch: »Wie sonderbar: all diese kulturellen Tätigkeiten, Gedanken und Empfindungen stehen im Schatten einer politischen und gesellschaftlichen Niederlage« (231).

Die Anlage der Reden macht das Buch auch heute interessant für »Nachgeborene«, die den größten Teil der angesprochenen Ereignisse nicht miterlebt haben. Einige Passagen eignen sich für Einführungsveranstaltungen im universitären Bereich oder für die Arbeit in der gymnasialen Oberstufe, da Mayer es verstanden hat, trotz der Komplexität mancher Themenstellungen verständlich zu reden. Natürlich kann man keine wissenschaftlich erschöpfende Erarbeitung der behandelten Themen erwarten. Der Betrachter gewinnt jedoch aufgrund der Klarheit von Gedankenführung und Sprache ihm bereits bekannten Einsichten neue Aspekte ab.

Allerdings muß eingewandt werden, daß es besonders für jüngere Leser hilfreich wäre, die Hintergrundinformationen zu den politischen und kulturellen Gegebenheiten, die auf die Reden Einfluß genommen haben, umfangreicher dargestellt zu bekommen. Allein ein kurzer Verweis auf Anlaß, Ort und Erstpublikation reicht dafür nicht aus. Die meisten Abhandlungen wurden bereits an anderer Stelle veröffentlicht.

Günter Alfs (Hude)

## Kunst- und Kulturwissenschaften

**Prokop, Dieter:** *Faszination und Langeweile. Die populären Medien. Deutscher Taschenbuch Verlag und Ferdinand Enke Verlag, Stuttgart 1979* (212 S., br., 12,80 DM).

»Faszination« (»Aufmerksamkeit bei wachem Ich«, 1) und »Langeweile« — das scheinen in der Tat treffende Kategorien, um die diffusen Bedürfniskonstellationen zu charakterisieren, die den Medienkonsum stimulieren und prägen. Zahlreiche empirische Erhebungen stießen wiederholt auf ein rastloses Unbehagen, eine unerklärliche Wut oder eine fast schon defätistische Hingabe an die Massenkulturwaren, und es gibt wohl kaum jemand, der an sich bisweilen nicht ähnliche Regungen beobachten kann.

Doch es wäre nicht Prokop, beließe er es bei der (eigentlich unausgeschöpften und unerschöpflichen) Entdeckungs- und Beschreibungsebene: Obgleich der Covertext diesmal ein »sehr verständlich geschriebenes Buch« annouciert, werden die Dinge auf den Begriff gebracht, um nicht zu sagen: gezwängt. Früher war es die einer eigenwilligen Kontraktion von Marx und Parsons geschuldete »Institution der Unterhaltung«, die einem imaginären 'Geld' gleich »die empirisch vorhandene Bereitschaft zur Abwehr gleichgewichtsbedrohender Glücksansprüche durch die Garantie formaler Vielfalt und Perfektion« belohnt (Massenkommunikationsforschung 1, S.12; vgl. Rezension in *Argument* 87, S.708); jetzt fließen Austauschbarkeit und inhaltliche Gleich-Gültigkeit der »Monopolprodukte« in der »zeichenhaften Konstruktion der Phantasietätigkeit« zusammen, erzeugen und kanalisieren zugleich die eingangs umrissenen Bedürfnis- und Gefühlsregungen.

Seit den 30er Jahren entsteht das moderne massenkulturelle System, und Prokop belegt diese These eindrucksvoll mit einer Fülle von Daten, Grafiken und Literaturangaben: auf der Produktionsseite in Form von Konzentration und Monopolisierung, der penetranten Omnipräsenz der Werbung und der einhergehenden Verflechtung von privatwirtschaftlichen und staatlich-bürokratischen Interessen; in den Produkten durch die Ausformung einer spezifischen »Monopolstruktur« und auf seiten des Publikums durch eine unerhörte Ex- und Intensivierung der massenkulturellen Kommunikation. Aber just an den beiden letzten entscheidenden Ansatzpunkten sind einige Fragezeichen zu setzen, die nicht ausschließlich Prokop zu verantworten hat, sondern vornehmlich Symptome der herrschenden Medienforschung sind: Er bleibt bei der Analyse der »Struktur der Monopolprodukte« auf die Befunde der positivistischen content analysis verwiesen, die mit ihrem phänotypisierenden und groben Instrumentarium kaum mehr als eine auf Durchschnittswerte reduzierte Uni-Form der massenkulturellen Erscheinungen zu reproduzieren vermag, jedenfalls Ideologisches wie Progressives ignorieren muß. Prokop weiß theoretisch um ihre Beschränktheit, gleichwohl will er mit ihrer Hilfe die »entscheidenden qualitativen Änderungen« nach 1930 (76), die »neue(n) Inhalte, (die) neue(n) Ideologien und auch (die) neue(n), dynamischere(n), designerische(n) Formen« der kulturindustriellen Waren (35) belegen. Aber solche Ungereimtheiten sind mancherorts anzutreffen: so wenn Prokop beispielsweise aufgrund der breiten Repräsentanz der »schönen attraktiven Frau« (57 %) und der »'normal' wirkenden Frau« (40 %) in meist »normaler« (59 %) oder »guter« (34 %) Kleidung die »These von der kulturindustriellen Deformiertheit des Frauenbildes« verneinen zu können glaubt (71). Doch weder diese Inkonsistenzen noch die Fülle der plausibel und konsistent vorgetragenen Ergebnisse und Interpretationen hindern daran, die erwähnte kategoriale Zuordnung vorzunehmen: die Konstruktion von »modalen Phantasiewerten« als »durchschnittlich vorhandenen Phantasien, Bedeutungen, Stimmungen«, von »Zeichen« als — entgegen dem semiotischen Verständnis — Konstruktions- und Organisationsvehikel »modaler Phantasiewerte« und von »Stereotypen« als gleichfalls Phantasieorganisateure, »um *Ideologie* darzustellen« (77). Exakt und trennscharf sind diese Definitionen gewiß nicht, und ob sich dahinter irgendeine historische oder abstrahierend-hierarchische Abfolge verbirgt, bleibt der Kombinationsgabe des Lesers überlassen. Die vormonopolistische Phase operierte offenbar mit »Werten«, mithin mit realen Abbildern, die »Trivialekultur« kannte noch »die alten Stereotypen« (80), aber erst die Monopolkultur zerlegt sie in Zeichen, synthetisiert Figuren und Handlungen aus »zeichenhaften Eigenschaften«, vermag srrat »konsistenter Stereotypen« gänzlich heterogene Versatzstücke, Repräsentanzen singulärer, funktionalisierter Phantasiedimensionen zu montieren: das »good-bad girl« oder die »geschichtslosen Schemen« des Italowestern zum Beispiel.

Action, Gewalt, Dynamisierung gelten wie Moral, Liebe, Macht, Geld und Leiden-



schaft als solche stets wiederkehrende modale Phantasiewerte; sie faszinieren und fixieren die Phantasietätigkeit und das Bewußtsein der Rezipienten immer wieder, nicht dumpf, wie überhebliche Intellektuelle oder »Studierte der Sozialwissenschaften« argwöhnen, sondern mit einem wachen »taktischen Sinn« für die präsentierten Herausforderungen, die 'sportlichen' Leistungen und die Fähigkeiten, die scheinbar bedrohte Ordnung wieder ins Lot zu bringen. Abermals greift Prokop auf Resultate der empirischen Sozialforschung zurück, reichlich unbekümmert trotz der nachgelieferten Einschränkungen: Der Nutzenansatz scheint ihm ohne weiteres geeignet, die Bedürfniskonstellationen der Rezipienten zu erhellen, obgleich er bekanntermaßen weder über einen analytischen Begriff des Bedürfnisses ('need') noch über einen des Bewußtseins ('attitude') verfügt, nicht einmal über solch pauschale, deskriptive, mit denen Prokop allenthalben operiert: »Bewußtsein« als institutionalisiertes Wertesystem« und als »individuelle (zugleich gesellschaftlich vermittelte) Erfahrung« (125). Aber soziologische Kategorien waren bereits eingangs abgeplattet worden: »Zu den 'Massen' zähle ich mich ebenso wie den Leser« (1); »sozialstrukturelle Bedingungen« werden angesichts der totalen Fixierung durch die massenkulturellen Monopolprodukte weitgehend unerheblich, ja die so präparierten »Massen« mutieren zum Subjekt sui generis: sie sind nämlich »schlauser, bösarziger, machtbewußter, realitätstüchtiger, als so mancher moralische Mensch es gerne sieht« (100). Ob Le Bon, der frühe Funktionalismus oder die Kulturanthropologie für diesen stupenden Satz Pate gestanden sind, soll hier nicht weiter erforscht werden. Aus der bekannten Israel-Studie von Katz/Gurevitch/Haas und einer Auswertung der hiesigen Publikumsdemoskopie konstruiert Prokop eine statistisch umfangliche Typologie der Fernsehzuschauer, vom Fernsehbedürftigen (!) bis zum Fernsehfeind (Variablen: einfache Schichttriade, Alter, Geschlecht). Aber damit nicht genug: aus Burdas 'Kommunikationsforschung' 1974 läßt sich gar mit nur geringen Vorbehalten eine »Typologie der Wünsche« erstellen, die Charaktermasken wie den »Realisten«, die »gepflegte Erscheinung«, die »Offenherzige«, den »Macher«, die »Häusliche«, die »alleinstehende alte Dame«, die »Farblose«, den »Protestler« und die »Bildungsbeflissene« nicht nur für Markt und Warenästhetik konstituiert, sondern angeblich auch etwas für die Ermittlung von Bewußtseinsstrukturen hergibt. Denn ungeachtet der objektiv bestehenden Klassenantagonismen sei eine »qualitative Zielgruppen-Marktforschung« durchaus in der Lage, die sich von der strukturellen Lage zunehmend lösenden Bewußtseinsformen als »durchschnittlich vothandene Einstellungen und Stimmungen« zu erfassen und zu klassifizieren. So geschöpfte Wünsche und Phantasien werden von den Monopolprodukten auf äußerlich vielfältige, wesentlich immergleiche Weise verarbeitet (womit sich auch der Zirkel der Argumentation schließt): Phantasiewerte werden klischeehaft bestimmt und reproduziert, oder die Phantasietätigkeit wird durch klare Schemata, eindeutige Handlungen einerseits und durch künstlich erzeugte Spannungen andererseits in synthetischen Zeichen und Symbolen repräsentiert, wie sie sich etwa in den Figuren der Comics oder in der Periodizität der Schlager manifestieren.

Eine »empirisch fundierte Theorie der Massenkultur, die es vermeidet, monolithische Zusammenhänge zu konstruieren und die Massenkultur durchweg abzulehnen« (8), will Prokop mit dieser Arbeit begründen. Die Dokumentation und Bearbeitung einer gewaltigen Fülle von Sekundärliteratur (rund 1000 Titel füllen ein Fünftel des Buchumfangs) ist dafür gewiß ein imposanter und gewichtiger Zeuge. Aber Theorie setzt zuerst die Bildung präziser und nachvollziehbarer Begriffe voraus und verlangt in sich konsistente Deduktionen — was Prokop in diesem Fall nicht so recht gelungen ist. Vorgelegt hat er eine respektable Synopse und Darstellung der einschlägigen, besonders der angloamerikanischen Forschungsliteratur, die sich mit der gegenständlichen Seite der Medienkultur befaßt — und weniger mit der, die gesellschaftlichen und sozialpsy-

chologischen Entwicklungen und Dispositionen nachspürt; eine Synopse, die trotz ihrer gelegentlichen Verkürzungen — oft ersetzen Literaturhinweise Argumente — und ihrer am Ende bemühten Abstraktionen auch dem Laien einen breitgefächerten Einblick in die herrschende Medienkultur zu vermitteln mag. Hans-Dieter Kübler (Bielefeld)

**Faulstich, Werner (Hrsg.): Kritische Stichwörter zur Medienwissenschaft.** Werner Fink Verlag, München 1979 (437 S., br., 28,— DM).

In seinen Einleitungs-»Thesen zum Verhältnis von Literaturwissenschaft und Medienwissenschaft« (9-25) konstatiert Faulstich einen Paradigmawechsel von der »Literatur« zu den »Medien« in der Literaturwissenschaft. Nun ist unbestreitbar, daß mit Trivalliteratur- und Rezeptionsforschung, mit Literatursoziologie und der verstärkten Einbeziehung massenmedialer Produkte in den Deutschunterricht neue Gegenstandsbereiche für diese Disziplin akut wurden. Die Vorlesungsverzeichnisse und Prüfungsordnungen lassen jedoch von einer grundlegenden Umorientierung nichts spüren. Daß das so ist, mag *auch* an der Unklarheit über Gegenstandsbereich und Methodik dessen liegen, was als »Medienwissenschaft« tituliert wird und wozu dieser Band »kritische Stichwörter« verspricht. Der Herausgeber relativiert denn auch: das Buch solle einen »informativen Überblick« geben, »eine breitere Reflexion und Diskussion über Medien (nicht: Medienwissenschaft, A.S.) initiieren« (22).

Ob selbst der zuletzt genannte Anspruch erreicht wird, erscheint mir fraglich angesichts der unverbunden nebeneinander stehenden Kurzaufsätze zu einzelnen Medien; die Überblicksabsicht ist dagegen durchweg erfüllt. Von Spezialisten werden Brief, Buch, Fernsehen und Film, Heftchen, Hörfunk und Plakat sowie Schallplatte/Tonband, Theater, Zeitschrift und Zeitung behandelt. In gedrängter Form sind die wichtigsten Informationen zu Begriff, Theorie und Geschichte des jeweiligen Mediums zusammengetragen, verbunden mit Erörterungen zu Bedingungen der Produktion, Distribution und Rezeption. Insgesamt bieten diese Artikel — jeweils abgerundet durch knapp kommentierte Literaturhinweise und ergänzt durch ein Gesamtregister — einen guten Einstieg für die Beschäftigung mit einzelnen Medien; manchmal allerdings (so bei Küblers Fernseh-Artikel und im 1. Teil des Beitrags von Knilli/Reiss/Zielinski zum Hörfunk) unnötig erschwert durch komplizierte Schreibweise.

Einige Anmerkungen: Kübler übernimmt unbedenken die gesetzliche Absichtserklärung, daß das bundesdeutsche Fernsehen »dem Schutz und der Kontrolle der gesellschaftlich relevanten Gruppen unterliegt« (87), bringt im weiteren jedoch präzise Belege für die Diskrepanz zwischen Norm und ökonomisch-politischer Realität. In seinem Artikel ist die Laxheit der Verlagskorrektur besonders drastisch spürbar: aus »Pay-TV« wird »Play-TV« (113), bei der Aufschlüsselung der Programmanteile der einzelnen Funkanstalten wurde der Hessische Rundfunk (8 %) vergessen, usw. Kreimeier gerät bei seiner »Wesens«-beschreibung der Film unversehens zum Subjekt: er »strebt danach, ... die Gesamtheit der zwischenmenschlichen Beziehungen seinen Kategorien zu unterwerfen« (127). Für ihn dirigieren die »Gesetze der Kapitalverwertung« auch und besonders in den Ländern des »sogenannten 'realen Sozialismus'« den Prozeß der »Massenkommunikation« (141). Knilli weitet in seiner vor allem die physikalischen Grundlagen verständlich darlegenden Beschreibung den Medienbegriff unpraktikabel aus, wenn er die in den Fabriken »proletarisierten Menschenmassen ... zum wichtigen Massenmedium der Arbeiterbewegung« erklärt (244). Seine Vorschläge für fächerübergreifende Medienerziehung als »Schulung für den Informationsverkehr« und Einführung in Mediengeschichte und -kultur als Geschichte ihrer Klassenbedingtheit sollten weiterverfolgt werden (248f.).

Der Stichworteinteilung liegt ein »technischer Medienbegriff« (23) zugrunde: nur so ist gerade noch verständlich, daß auch der »Brief« als Medium auftaucht (dazu noch mit

einem bombastischen Begriffsapparat behandelt) — weniger begründet ist damit das Fehlen anderer 'technischer' Medien, z.B. des Telefons. Weiteres Indiz für die medienwissenschaftliche Theorielosigkeit des Konzepts ist das Fehlen gesonderter Erörterung von »Massenmedien/Massenkommunikation«.

August Soppe (Berlin/West)

**Patzold, Ulrich (Hrsg.): Kabelkommunikation. Organisation und Programme** (Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Bd. 2). Verlag Ölschläger, München 1978 (152 S., br., 24,— DM)

Entscheidungen »fast so groß wie Gorleben« schwanen jenem alerten Konservativen mit dem fast schon idiosynkratischen Gespür für neuralgische Klippen und Bruchstellen der mühsam gestützten Legitimationsfassade dieses Staates, wenn er an das Kabelfernsehen denkt. Droht nach der ökologischen Verseuchung nun die geistige? Ebenso wie in der Kernenergie sind die 'kommunikationstechnischen Sachzwänge' bereits weitgehend und »hinter verschlossenen Türen« (20) festgeklopft, in diesem Fall von einem delikaten Konsortium des Staatsbetriebes Bundespost und der elektrotechnischen Industrie, das jenen aus anderen Subventionsbereichen in seinen Verteilungspraktiken kaum nachsteht: Die öffentliche Hand trägt die investiven Vorleistungen und das Risiko für den sukzessiven Ausbau der Verkabelung, die Profite, so es welche gibt, machen die Unternehmen — vorerst von der Lieferung der Leitungstechniken, später vielleicht auch von den sog. soft wares, den Kommerz-Programmen und Kabeldiensten. Bürgerbeteiligung, die noch in der Planung stehenden Pilotprojekte und (sozial)wissenschaftliche Begleituntersuchungen geraten da notwendigerweise zur Farce — wie ja schon die Arbeit der »Kommission für den Ausbau des technischen Kommunikationssystems (KtK)« weitgehend als »Legitimationshilfe für bereits getroffene Entscheidungen« (Böckelmann, 114) firmierte.

Wie unanfechtbar und gefestigt mittlerweile die Dominanz der 'technischen Eigen-dynamik' ist, das offenbart der vorliegende Band unfreiwillig im ganzen und plastisch im Detail: 150 Mitarbeiter des von Bund und Ländern gleichermaßen finanzierten Heinrich-Hertz-Instituts für Nachrichtentechnik arbeiten an den (technischen) Grundlagen für künftige Telekommunikationssysteme, beziehen aber »auch (die) zugehörige(n) wirtschafts- und sozialwissenschaftliche(n) Fragestellungen« (81) mit ein. Doch: außer einigen betriebsökonomischen Untersuchungen sind keine nennenswerten Studien bewilligt worden, obgleich besagter Laborversuch, wie kürzlich verlautete, bis Ende 1979 rund 10 Mill. DM verschlungen haben wird.

Dieses »auch« nämlich, d.h. die additive oder nachtarockende Zufügung kommunikations- und sozialwissenschaftlicher Fragestellungen und Kritik an bereits eingetretenen oder für unabwendbar gehaltenen Entwicklungen, durchzieht gleich einem hohlen Kabel diesen Reader der auf der 17. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft am 11. und 12. Juni 1976 in Hagen gehaltenen, hier nur unwesentlich aktualisierten Referate, die um zwei Aufsätze aus jener technologischen und aus 'soziologischer' Sicht, um eine chronologische Auswahl (1976-1977) von Stellungnahmen betroffener Interessengruppen und um aktuelle Thesen wichtiger Interessenvertreter (Bundespostministerium, Rundfunkanstalten, Verleger, DGB, Journalistenverband) ergänzt wurden.

»Man neigt dazu, die elektronischen Neuerungen wie mehr oder weniger überraschende Geschenke zu behandeln — wie Dinge, die nun einfach da sind und einen dazu zwingen, mit ihnen irgend etwas anzufangen«, schreibt F. Böckelmann über die Arbeit der KtK in dem wohl fundiertesten Beitrag des Bandes (108f.); aber dieses Urteil gilt hier nicht minder. Es rächt sich mithin, daß sich keiner der Autoren auf eine gründliche Analyse der Verkehrs- und Kommunikationsverhältnisse dieser Gesellschaft einläßt, weder die Entstehungsbedingungen noch die Verwertungsgesetze technologischer

Innovationen untersucht, sondern sie alle in mehr oder weniger kritischer Distanz an den Vorgaben des KtK-Berichts entlangschreiben. Auch Böckelmanns Hinweis, »technische Erfindungen und Weiterentwicklungen (seien) Ausdruck der Erfordernisse des historischen Organisationsniveaus gesellschaftlicher Arbeit und der Schwierigkeiten der Kapitalverwertung«, bleibt doch recht pauschal und führt kaum weiter (109). Stattdessen wird man gleich an mehreren Stellen über die Anforderungen und Leistungen der »postindustriellen«, hochdifferenzierten, »Wissensgesellschaften« — d.s. Gesellschaften, wo die Produktion materieller Güter von der Produktion »kommunikationsintensiver Dienstleistungen« überflügelt wird — unterrichtet, die bei wachsender Dezentralisierung und Selbstverwaltung der Integration und Steuerung, der »Krisenfrühwarnung und (der) Minimierung von Planungswiderständen, also auch (der) Rückkoppelung von den Objekten der Planung zu den Planern« (so auch Böckelmann, 109!) bedurften. Und eines der geeigneten Mittel dafür sei die Kabelkommunikation, die — so der Herausgeber in seinem Beitrag über »publizistische Nutzungsplanung von Kommunikationsnetzen« — nur dann realisiert werden sollte, wenn sie die »Dialogqualität zwischen den Menschen« erhöht, mithin Partizipation und kritische, kommunale Öffentlichkeit, »doppelt-gegenstrukturelle Kommunikationsformen«, ermöglicht. Wie das geschehen soll, wo die Machtfrage — zumindest vorerst — längst entschieden ist, dafür bieten die Autoren freilich keine Konzepte. Da man die Leute mit den herkömmlichen empirischen Methoden nicht danach fragen kann, was sie nicht kennen und — wie man hinzufügen muß — womit sie zur Veränderung ihrer ökonomischen und politischen Lage auch nichts anfangen können, soll der Bedarf nach den neuen Kommunikationstechnologien systemtheoretisch ermittelt werden: aus dem »gesellschaftlichen Strukturwandel« (114) oder — wie es Paetzold unergründlich formuliert — »als Reaktion von soziologisch meßbaren Systemen (soziale Systeme)« (123). Unumwundener ist das die HHI-Perspektive: Da sich unter den Telediensten ohnehin niemand etwas praktisch vorstellen könne und ebensowenig »brauchbare Bedürfnis- oder Bedarfsäußerungen der heutigen Fernsehteilnehmer vorliegen«, habe man sich entschieden, »gleich einige der möglichen Dienste komplett und anschaulich zu realisieren« (85). Die sogenannte Akzeptanzforschung folgt dann postwendend!

Eindeutiger fielen auch die Erfahrungen bei den ausländischen Kabelversuchen aus: Als sich die politischen Konstellationen nach der Abwahl der konservativen Regierung in Großbritannien änderten, entzogen die privaten Interessenten, vor allem Kabelindustrie- und Fernseh-Mietfirmen, den als »Köder« für ihre kommerziellen Fernsehpläne ausgelegten »lokalen Gemeinschaftsfernsehexperimenten« ihre finanziellen Zuwendungen mit dem Ergebnis, daß von den geplanten fünf nur eines, nämlich Swindon Viewpoint, in seiner ursprünglichen Form die vorgesehene Zeitspanne überleben konnte. Doch auch dieses — wie die sechs Versuche in den Niederlanden — konnten sich nur mit öffentlicher Unterstützung tragen. Allesamt blieben sie — zumindest vorerst — Artikulationsangebote an ohnehin schon politisch aktive Gruppen und Bürger vorwiegend aus der Mittelschicht, verunsicherten und verbesserten mit ihren Programmen ein wenig die bestehenden lokalen Kommunikations-, vor allem Repräsentationsformen (durch Übertragung der Gemeinderatssitzungen, Kritik an Verwaltungsmaßnahmen, durch eigene Initiativen und Problem Darstellungen), erfüllten aber beileibe keine der hierzulande so hochgesteckten Erwartungen und Versprechungen.

Liest man den Band so ein wenig gegen den Strich, kann man ihm also durchaus einige Informationen entnehmen, vor allem in faktischer und terminologischer Hinsicht, wie sie das ehemalige KtK-Mitglied Bernd-Peter Lange in seiner einführenden Bestandsaufnahme darlegt. Der Verzicht auf eine eigentlich von diesem Gremium zu erwartende Grundlagenarbeit hat ihn allerdings rascher veralten lassen als nötig; die Planung ist — nach allem was man weiß — viel weiter gediehen. So muter die eingangs ge-

stellte Frage des Herausgebers »Stehen wir den vielfältigen Möglichkeiten und Interessen bei der Einführung der Kabelkommunikation neutral gegenüber oder haben wir Anlaß, uns kritisch mit der praktischen Aneignung der neuen Technologie zu beschäftigen?« (11) ebenso wie die euphorische These, bei der praktischen Durchführung der Pilotprojekte sei die wissenschaftliche Arbeit — erstmalig in der Bundesrepublik — »zum integralen Bestandteil einer politisch folgenreichen Experimentalphase gemacht worden« (123) unbedarfter an, als man es 1976/77 angesichts der bereits eingetretenen Entwicklungen sein mußte. Es ist schade, daß der im Covertext angekündigte Pluralismus (»die Breite der Diskussion und die Breite wissenschaftlicher Fragestellungen und Forschungsprogramme«) der DGPK eben nur von der blinden Akklamation bis zur kritischen Distanz oder gar Resignation gegenüber den ökonomisch-technisch gesetzten *faits accomplis* reicht. Das Dilemma einer so verstandenen und begrenzten Sozialwissenschaft macht er jedenfalls überdeutlich.

Hans-Dieter Kübler (Bielefeld)

**Hömberg, Walter (Hrsg.):** Journalistenausbildung. Modelle, Erfahrungen, Analysen. Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Bd. 1. Verlag Ölschläger, München 1978 (245 S., br., 39,— DM).

Der Reader geht auf die Salzburger Tagung »Studieninhalte, Curricula, Studienordnungen« der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaften (1976) zurück. Die nachträglich aufgenommenen Beiträge (u.a. Berichte über das »Münchener« und das »Stuttgart-Hohenheimer Modell«) deuten schon an, daß seither der Trend zur hochschulgebundenen journalistischen Professionalisierung weiter zugenommen hat. Die Probleme, die diese »Verwissenschaftlichung« der Journalistenausbildung aufgeworfen hat, sind durch inzwischen realisierte »Journalistik«-Studiengänge (z.B. in Dortmund) eher noch deutlicher geworden.

Zentral geht es dabei um das Problem der Integration von Theorie und Praxis innerhalb eines solchen Ausbildungsganges. Abseits — oder besser: ungeachtet der kommunikationswissenschaftlichen Diskussion über die Rolle der »Praxis« zur »Theoriebildung über öffentliche Kommunikation« oder über »Gemeinsamkeiten und Unterschiede von Theorie und Praxis öffentlicher Kommunikation« (vgl. den Aufsatz von M. Rühl, S.95ff., hier: S.100) lassen vor allem die Erfahrungen mit der »fortgeschrittensten« Variante hochschulgebundener Journalistenausbildung in Dortmund (dort wurde aufgrund vertraglicher Vereinbarungen bisher jedem Studierenden auch ein Volontariat vermittelt) erkennen, daß die Kernfrage der Praxis-Integration weniger ein theoretisches oder curriculares Problem ist: Prägendes Moment der praktizierten Integration ist, daß die — schon im »klassischen« Volontariat angelegte, durch die Hochschulausbildung zugespitzte — Kollision von Ausbildungs- und Verwertungsinteressen, z.B. im einzelnen Zeitungsverlag, eine Dynamik entstehen läßt, die man schwerlich durch theoretische Antizipation im Rahmen der Hochschule in den Griff bekommen kann.

Der Grundkonsens im Hinblick auf das zu erreichende Ausbildungsziel wird so beschrieben: »Nicht mehr der 'Allround-Journalist' mit 'Alter-Hasen-Mentalität' soll ausgebildet werden, sondern der 'kritische Fachjournalist' mit möglichst breitem wissenschaftlichen Verständnis für politische, ökonomische und gesellschaftliche Zusammenhänge. Ein Journalist, der zur Reflexion der eigenen Berufsrolle fähig ist, ...« (S.14). Die kürzlich erfolgte Gründung der »Gruner + Jahr-Journalistenschule« hat gezeigt, daß die Verleger (oder zumindest die Magnaten unter ihnen) die Gefahr erkannt haben, die ihnen langfristig von einer rationaleren Vermittlung der Berufsrolle: Journalist drohen muß. Hier wird versucht (Gruner + Jahr läßt sich diesen Versuch immerhin jährlich eine siebenstellige Summe kosten), das Verlegerimage durch ein scheinbares Zugeständnis an den Trend zur wissenschaftlichen Fundierung der Journalistenausbildung aufzupolieren — bei gleichzeitigem Festhalten am alten Berufsbild des »Indivi-

dual-Publizisten« (und an einem »begabungsdarwinistischen« Ausleseverfahren; für beide reformfeindliche Prinzipien ist der ehemalige Springer-Topjournalist Wolf Schneider Garant). Der Vorgang unterstreicht auch, daß der Ausgang einer Reform der Journalistenausbildung in der Bundesrepublik derzeit noch offen ist — und daß über ihn letztlich nicht auf dem Felde der Konzept- oder »Modell«-Diskussion entschieden werden wird.

Das Buch vermittelt einen guten Überblick über die z.Zt. in der Bundesrepublik laufenden reformierten Ausbildungsgänge (seit Erscheinen des Bandes ist noch der Mainzer Studiengang hinzugekommen), sowie die relevanten Weiterbildungs-Angebote. Es ist dennoch nicht unbedingt als Studienführer für potentielle Publizistik- oder Journalistik-Studenten zu empfehlen, weil zum einen praktische Hinweise auf Bewerbungsverfahren etc. fehlen, und zum anderen die Beiträge zur Kommunikatorforschung oder zu den theoretischen Problemen der journalistischen Professionalisierung nur Lesern zugänglich sind, die in der fachwissenschaftlichen Diskussion und Terminologie zu Hause sind.  
H.Gerd Würzburg (Dortmund)

**Dumrauf, Klaus:** Vorschulfernsehen und Kleinkinder. Eine kommentierte Bibliographie. Verlag Volker Spiess, Berlin 1979 (400 S., br., 60,— DM).

Dumrauf gliedert in dieser ausführlich kommentierten Bibliographie die Literatur nach folgenden Gesichtspunkten: 1. Einführungsliteratur zum Thema Kind und Fernsehen, worin ein Überblick über Entwicklung und Stand des Kinderfernsehens in der BRD gegeben, die Diskussion um den gesellschaftlichen Stellenwert und die Funktion des Kinderprogramms dokumentiert und die Pro- und Contra-Argumentation zur Einführung von besonderen Kinderprogrammen dargestellt wird; 2. Literatur zur Bedeutung von Fernsehsendungen in der Vorschulerziehung — dabei geht es um den Einsatz audiovisueller Medien innerhalb der vorschulischen Sozialisation, um die Entwicklung einer speziellen darauf basierenden Didaktik und um deren Effektivität; 3. Literatur zur Rezipienten- und Wirkungsforschung, wobei noch einmal getrennt wird nach eher spekulativer, quasi-empirischer und empirischer Wirkungsforschung; 4. spezielle Kleinkindsendungen des Fernsehens, wobei Dumrauf die jeweilige Literatur unterteilt nach den intendierten Lernzielen der Programmacher, empirischen Untersuchungen und kritischen Auseinandersetzungen mit den Sendungen »Sesamstraße«, »Die Rappelkiste«, »Die Sendung mit der Maus«, »Maxifant und Minifant« usw.; 5. Alternativen zum bestehenden Kinderprogramm, wobei nur konstatiert werden kann, daß eine Umsetzung entsprechender Vorschläge in konkrete Projekte kaum erfolgte.

Dumrauf legt zur Beurteilung der Literatur inhaltsanalytische Kriterien zugrunde wie Trennung zwischen Beschreibung — Analyse — Bewertung, Angabe eines eigenen Maßstabs der Kritik, sachliche Wiedergabe der Information, Vermeidung von Redundanz, Systematisierung des untersuchten Stoffs, Allgemeinverständlichkeit, Konsens zwischen Titel und Inhalt. Die Kriterien für die Beurteilung empirischer Studien beziehen sich auf die Legitimation des Ansatzes und der Hypothesenerstellung, auf deren Operationalisierung, die Durchführung der Untersuchung und die Interpretation der Resultate (vgl. 12).

Diese Maßstäbe hat der Autor nicht durchgängig einhalten können. Der Eindruck der Subjektivität der Beurteilung wird verstärkt durch die mitunter recht saloppe Sprache, deren er sich bedient. Dennoch stellt diese Arbeit — vor allem aufgrund ihrer relativen Vollständigkeit und leichten Lesbarkeit — einen wichtigen Beitrag für alle Pädagogen dar, die einen Überblick über die Flut von Veröffentlichungen zum Thema »Kind und Fernsehen« gewinnen wollen.  
Barbara Weißbach (Berlin/West)

## Soziologie

Clæssens, Dieter, und Karin Clæssens: *Kapitalismus als Kultur. Entstehung und Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft.*

Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1979 (220 S., br., 10,— DM).

Dieter Clæssens hat (z.B. mit »Instinkt, Psyche, Geltung«, 1. Aufl., 1970) Hervorragendes geleistet. Das vorliegende, zum erstenmal 1973 erschienene, Buch entbehrt nicht der Problematik, ist aber ebenfalls bemerkens- und lesenswert. Der glücklich gewählte Klammerbegriff (»Kapitalismus als Kultur«) wird stets gegenwärtig gehalten und bewahrt den in soziologischem Denken unerfahrenen Laienleser, um den es den Verfassern explizit geht, vorm Ertrinken in der Fülle des problemreichen Stoffes. Verallgemeinernde Schlüsse und Thesen werden durchweg von anschaulich geschilderten tatsächlichen Lebens-, Gesellschafts-, Wirtschafts- und Herrschaftsverhältnissen her entwickelt, wobei in Bereichen unverzichtbarer Differenzierung auch hin und wieder »mit der Lupe« sondiert wird, etwa beim Herausarbeiten des gegenüber England und Frankreich grundanderen, späten deutschen (»gemütlichen«) Kapitalismus bis 1871. Die seit Hobbes vorgeahnten, später von Marx tiefgreifend und gesellschaftskritisch ans Licht gebrachten zerstörerischen, ausbeuterischen, im Namen von Freiheit versklavenden Tendenzen des Kapitalismus werden schonungslos erörtert und ihre lebensentwurzelnenden Wirkungen (breite, in Subkultur, Heimat- und »Familienlosigkeit« verstoßene Menschenmassen zugleich erzeugend, entrechtend, verschleißend) in vielen Aspekten beleuchtet, auch hinsichtlich des Sprengstoffs an eigenen Paradoxien, die sie, mitsamt der sie tragenden Bürgerklasse und bürgerlichen Kultur, der Selbstvernichtung und jedenfalls immer gewaltigeren Katastrophen zutreiben. Im Bemühen, die komplizierten Zusammenhänge in eine griffige Perspektive zu bekommen, wird außer auf Marx auch auf Max Webers religionssoziologische Erörterungen und auf E. Schraepler und Macpherson, unausgesprochen auch auf Sombart und Schumpeter, zurückgegriffen (etwa: Monotheismus als Vater des Besitzindividualismus und damit des Konkurrenzprinzips; wirtschaftlicher Erfolg als Erweis gnädigen göttlichen Wohlwollens, mithin auch der Berechtigung zu gutem Gewissen).

Während einige großperspektivische Bahnen (auch historische Entwicklungen) anschaulich vor Augen geführt werden, fehlen ebenfalls naheliegende (und auch in der Literatur bereits erörterte) andere. Anlässlich eines Hinweises auf mangelnde eigenschöpferische Kraft des Kapitalismus hinsichtlich Religion, Recht (?) und Baustil hätte der zuschauerhafte Historismus der kapitalistischen Kultur als für sie wesentliches Moment der Erörterung bedurft: die Aneignung fremder und geschichtlich zurückliegender Kulturgüter in ästhetizistischer Haltung (Konsumentenhaltung, nicht echt-existentielle Beteiligung), und dies geradezu im Sinne von Entwertung, Verschleiß, Verbrauch (Beispiel: die Entwürdigung von Eingeborenenfolklore zur Globetrotterunterhaltung). Der Einbezug dieses Bereichs könnte neben Gebrauchs- und Tauschwert-Einstellung geradezu noch eine dritte, die »Freizeitwert«- oder »Beiwert«-Einstellung diskutabel machen. Im gleichen Zusammenhang vermißt man die Behandlung der radikal zerstörerischen Auswirkungen des abendländischen Kapitalismus auf die Kolonialländer. Hier legt sich der Terminus »Kapitalismus als Kulturzerstörer« nahe, wobei allerdings der Zusammenhang mit der vorkapitalistischen Geschichte hätte einbezogen werden müssen. Auch eine nicht nur beiläufige Abhandlung der Gegner des Kapitalismus, der Gewerkschaften und Arbeiterparteien und der Sowjetunion, wäre erwünscht gewesen — UdSSR als ein zwar fragwürdiges »Gegensystem« zur kapitalistischen Gesellschafts- und Marktorganisation, aber dessen ungeachtet für den Gesamtzusammenhang kaum weniger wichtig als die breite Darstellung des vorausgegangenen »Gegensystems«, des Feudalismus. Auch der Gegenbegriff zur Marktwirtschaft, der der

»Planung«, den die Verfasser selbst als »Gegensatzbegriff zur Selbststeuerung des Marktes« und als bedeutenden »Feind« des Kapitalismus einstufen, wird nicht intensiv abgehandelt.

Alledem entwächst die Frage, ob das Thema »Kapitalismus als Kultur« nicht einfach zu groß für eine wissenschaftlich ambitionierte Taschenbuchdarstellung ist. Dabei verfolgen die Verfasser sogar noch ein weiteres anspruchsvolles Ziel: die schein-objektive Einstellung des bürgerlichen Wissenschaftlers und damit die Bedrohung durch die korrumpierende Wirkung des »profitablen Milieus« für ihre Person zu durchbrechen. Es gelingt ihnen nur zum Teil. Immerhin sichern sie sich ab, z.B. wenn sie Marxsche Begriffe und Gedankengänge einbeziehen: »Es sind diejenigen ..., die das Bürgertum für seine eigene Befreiung eingesetzt hatte als Argumente gegen die Bevormundung durch den Adel. Warum sollen wir sie hier nicht anwenden?« Nicht als Absicherung (nach »rechts«), sondern positiv werte ich die Verteidigung der »Echtheit« des »guten Wissens« des »klassischen« Kapitalisten, der Stabilität seines Identitätsgefühls, seines »elitären« Bewußtseins (»Gott wohlgefällig« und »ein Ehrenmann« zu sein). Einleuchtend, wie, hiervon ausgehend und wahrhaft unzeitgemäß, das Positive, Lebenswirkliche und -wahre konkreter kapitalistischer Kultur ausgerollt wird: die »flankierenden Kräfte« kapitalistischer gesellschaftlicher Existenz in Familienkultur, Freundschafts- und Gesellschaftspflege, systemkonformem Wissenschaftsbetrieb und technokratischem Denken, solider Handwerksarbeit und Wohnkultur. Beamten-»Treue«, Literatenwesen und Presse, Bildungs-, Kunst- und Traditionspflege einschließlich formaler Kirchentreue und »Redlichkeit im Kleinen« — und wie dieses, das Selbstgefühl stabilisierende Kulturwesen, so makaber es auch »im Großen« sich darstellt, sogar mitgetragen wird von flankierenden Nebenklassen (Nichtkapitalisten: Diensthelfer, Angestellten). »Ja, so war es!« wird der Ältere, der das alles noch ein bißchen miterlebt hat, nachdenklich bestätigen; subjektiv gesehen herrschte nicht einmal »doppelte Moral«, wenngleich objektiv ohne Zweifel.

Gelegentlich erschrecken die Verfasser durch zynisch wirkende Behauptungen: »Der Arbeitskraft-Verwerter konnte (wirklich) ... ein gutes Gewissen haben ... rettete er (doch) in der Tat in vielen Fällen durch seine Initiative ... Menschen vorm Verhungern ...« Auch »milderte sich die moralische Frage, ob man menschliche Arbeitskraft kaufen dürfe, dadurch, daß dieses Verhältnis doch vom Arbeiter freiwillig (sic!) als Lohnverhältnis eingegangen wurde.« Mehrfach betonen die Verfasser diese »Freiwilligkeit«. Die realistische Schilderung der Folgen bereinigt das nicht nur moralische, sondern auch sachliche Analysedefizit nicht. Damit hängt zusammen, daß die eigentlich entscheidende Frage des Ganzen nur beiläufig gestellt, aber gar nicht zu beantworten versucht wird, nämlich die Frage nach einem »wertmaßstablichen« Kulturbegriff, der »eine Kultur danach bemißt, was sie ... für alle Menschen leisten können müßte oder leistet«. So fehlt auch jede Andeutung eines Ausblicks auf die Zukunft, den ich mir erhofft hatte, als ich, 6 Jahre nach der Lektüre der Erstausgabe, nun die neue in die Hand nahm, die (auf S.1) den verheißungsvollen Vermerk enthält: »Für die Neuauflage überarbeitet«. Das ist nun schlicht hochgestapelt. Hinzugefügt sind (auf S.208f. und am Schluß) je zwei gänzlich unwesentliche, kleinere Absätze. Geändert ist außerdem (a) 1 Wort (172), (b) ein Komma (208), (c) ein Konjunktiv in einen Nominativ (188). Außerdem enthält das Literaturverzeichnis fünf neue Titel. Mehr investierte Neuarbeit habe ich nicht entdecken können.

Jens Rohwer (Lübeck)

**Rosenbaum, Heidi (Hrsg.): Seminar: Familien- und Gesellschaftsstruktur. Materialien zu den sozioökonomischen Bedingungen von Familienformen.** Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1978 (511 S., br., 16,— DM).

Die Herausgeberin hat bislang in einer Reihe von Publikationen versucht, aus einer



Kritik der westdeutschen Familiensoziologie einen eigenen Ansatz, »... historisch fundierte familiensoziologische Forschung« (9), zu entwickeln. Ein Abriss ihrer methodologischen Überlegungen und einige Anwendungsmöglichkeiten bilden die Einleitung zu dem vorliegenden Band. Historisch fundierte Forschung im Sinne von Rosenbaum richtet sich gegen zwei in der Familiensoziologie häufig anzutreffende Arten der Begriffsbildung: a) gegen eine — oft biologisch argumentierende — Anthropologisierung eines Grundsachverhaltes 'Familie', der dann in den verschiedensten sozialen Ausdifferenzierungen betrachtet wird; b) gegen ein — oft oberflächliches — Offenhalten der Definition von Familie. Zu a) Eine Position, die Form und Funktion von 'Familie' »... grundlegend geprägt sieht durch den gesellschaftlichen Zusammenhang, in dem Familie existiert« (9), differenziert Familie *allgemein* nach Gesellschaftsformationen und besonders nach deren konstitutiven Merkmalen, denn »... klassen- und schichtspezifische Faktoren bringen diese Strukturen in ihrer historischen Besonderheit erst hervor« (9). Die Begriffe 'Familie' oder 'moderne Familie' sind unzulässige Verallgemeinerungen, spezifischere Bezeichnungen sind erforderlich. Kriterium ist für die Verfasserin die Entwicklungsstufe und Organisationsform von Arbeit; so bildet sie die Familien-Kategorien: Bauern, Heimarbeiter, Arbeiter, Bürgertum, Aristokratie. Zu b) Eine offene Definition wird abgelehnt, da sie keine Kriterien zur Abgrenzung und Erfassung des Gestandes bietet und Familienformen nicht beliebig in der Geschichte existieren. Gefordert wird eine Analyse der Familie unter den Voraussetzungen der sie umgebenden gesellschaftlichen Verhältnisse. Das Problem des viel diskutierten Funktionsverlustes stellt sich so in veränderter Weise: Kann man zum Beispiel feudalistische Bauernfamilie und die Arbeiterfamilie des 19. Jahrhunderts funktional vergleichen als hätte man über hunderte von Jahren die gleichen Gegenstände vor sich? Dies hieße Funktionen unhistorisch zu setzen, was von Rosenbaum konsequenterweise abgelehnt wird. Eine weitere verbreitete Sichtweise, die Interdependenz von Familie und Gesellschaft (wobei zunächst eine Unabhängigkeit impliziert wird), wird durch ihren Ansatz abgelehnt, der Familie als »Teilstruktur« (19) beschreibt. Obwohl die der Einleitung folgenden Texte »dem explizierten methodischen Anspruch nicht genügen« (27), geben diese Anregungen und Hinweise für eine historisch arbeitende Familiensoziologie. Ein »Allgemeines« betitelter Teil dokumentiert unterschiedliche theoretische Auffassungen von Methode und Gegenstand: Neben dem auf dem Ansatz der Hausökonomik beruhenden Aufsatz von Otto Brunner »Vom 'ganzen Haus' zur 'Familie'« (83-91) finden sich u.a. Norbert Elias' Überlegungen »Zum Zusammenhang von Triebkontrolle und Familienform bzw. Gesellschaftsstruktur« (152-160). Die Texte von Michael Mitterauer »Zur Problematik des Begriffs 'Familie' im 17. Jahrhundert« (73-82) und »Der Mythos von der vorindustriellen Großfamilie« (128-151) geben Hinweise zur historisch spezifischen Bestimmung des *Gegenstandes* 'Familie' und zerstören die in der Familiensoziologie weitverbreitete Vorstellung von der Großfamilie für die Zeit des Übergangs vom Feudalismus zur bürgerlichen Gesellschaft. Die zu den einzelnen schon genannten Familientypen von der Herausgeberin zusammengefaßten Charakteristika werden durch materialreiche Texte erläutert, wobei diese neben der Behandlung von Einzelfragen, wie z.B. »Zur Stellung der Diensthofen in der bürgerlichen Familie im 18. und 19. Jahrhundert« von Rolf Engelsing (413-424), vor allem das Verhältnis von Ökonomie, Gesellschaft, Politik, Familie und Persönlichkeitsstruktur thematisieren; z.B. »Vom Zusammenhang von Erwerbsleben und bürgerlicher Familienstruktur« von Eric J. Hobsbawm (404-412) oder von Hans Medick »Haushalts- und Familienstruktur als Momente des Produktions- und Reproduktionsprozesses« (285-305). Der Band zeigt (mit der Einschränkung zu holzschnittartiger Kategorien) den Weg zu einer gesellschaftstheoretischen Orientierung der Familiensoziologie.

Manfred Herzer (Mainz)

**Wichterich, Christa:** *Unsere Nachbarn heute abend. Familienserien im Fernsehen.* Campus Verlag, Frankfurt/M. 1979 (178 S., br., 19,80 DM).

Das Fernsehprogramm legitimiert sich, wie kaum ein anderes Medium, wesentlich durch die Vorstellung einer Trennung von Unterhaltung und Information, unverfänglichem Amusement und Dienstleistungsfunktion für die Information und Meinungsbildung des mündigen Bürgers. Zweifel an dieser neutralen Funktion sind nicht neu. Insbesondere die Funktion der Unterhaltung als des dominanten Bestandteils des Programms wurde zunehmend kritisch hinterfragt. Obwohl es der kritischen Massenkommunikationsforschung, in erster Linie Dröge und Holzer, in den letzten Jahren gelungen ist, eine systematische Theorie der Massenmedien auszuarbeiten, mangelt es dieser Kritik weitgehend an einer Ergänzung durch empirische Untersuchungen, die konkrete Inhalte von Unterhaltungsproduktionen erfassen und in einen systematischen Zusammenhang der gesellschaftlichen Kommunikation und darüber vermittelter Bewußtseinsbildungsprozesse stellen. Ablenkung von gesellschaftlichen Problemen und Vorspiegelung einer falschen Realität wurden der Unterhaltung durch Massenmedien inzwischen zwar häufig vorgeworfen, doch der Ideologievorwurf blieb zu abstrakt, und die Einschätzung, welche gesellschaftliche Bedeutung massenkommunikative Unterhaltung hat, zu vage.

Die Studie von Christa Wichterich über die von der ARD produzierten Familienserien geht inhaltsanalytisch der Frage nach, welche Prolongierungsfunktion Medienerzeugnissen für Einstellungen und Verhaltensweisen, damit für die Stabilisierung der bestehenden Gesellschaftsordnung, zukommt und wie sie inhaltlich eingelöst werden.

Nach einem kurzen Abriss, in welchen Vorstellungen über bürgerliche Gesellschaft sich die Bedingungen und Gesetze kapitalistischer Produktionsverhältnisse umsetzen, eben welches ideologische Bewußtsein diese Gesellschaft entwickelt, besteht der Hauptteil der Studie in einer Inhaltsanalyse der sieben Familienserien, die die ARD zwischen 1954 und 1976 produzierte und mit enormem Publikumserfolg ausstrahlte, von der (*Wirtschaftswunder-*)'Familie Schölermann' bis zu (Ekel) 'Alfred'.

Aus der vordergründigen Präsentation familiärer Privatheit schält sie als das tragende Gerüst die Substrate des Selbstverständnisses bürgerlicher Gesellschaft heraus. Auf sie lassen sich die Problemkonstellationen und vorgespielten Lösungsmöglichkeiten, die persönlichen Beziehungen innerhalb der Familien und ihre Außenkontakte, die bevorzugten Wertorientierungen und Handlungsdispositionen in hohem Maße zurückführen. Es ist zum Teil verblüffend, wie die Analyse hinter der Spielhandlung den Blick auf die Verwendung der einfachsten und plattesten Aushängeschilder bürgerlicher Gesellschaft eröffnet: prästabilisierte Harmonie, Sachzwang, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit, in denen die nicht zu verleugnenden, eher negativen Erscheinungen wie Konkurrenz, Leistungsdruck und Abhängigkeitsverhältnisse ihre Rechtfertigung erfahren. Besonders aufschlußreich ist dabei, daß sich dies nicht nur für die frühen, noch ganz von der Aufschwungseuphorie in der Bundesrepublik geprägten Serien nachweisen läßt, sondern mit spezifischen Brechungen und Modifikationen auch für die späten Familienserien gilt, die als Antwort auf aufbrechende Widersprüche in der bundesrepublikanischen Gesellschaft eine Abkehr vom Klischee der heilen Familienwelt versuchen.

Im Kontrast zur Szenerie der Privatsphäre in den Serien, in der die 'Außenwelt' explizit ausgeschlossen und abgetrennt ist, bleibt somit die Gesellschaft ständig präsent. Der Rückzug auf das Private, den die Serien vorstellen und mit dem sie wahrscheinlich Bedürfnisse der Zuschauer nach Flucht aus den Realitäten des Berufslebens und der Politik entsprechen, erweist sich so als Schein. Die bestimmenden Momente der gesellschaftlichen Realität werden in dieser Präsentationsform zwar verdeckt, jedoch nicht beseitigt. Was sich in den Familienserien ausbreitet, ist somit keine ablenkende Gegen-

welt privaten Glücks oder rein persönlicher Schicksalsschläge, sondern das Selbstverständnis bürgerlicher Gesellschaft, in den Rahmen familialer Konstellationen und Ereignisse verpackt. Hier präsentiert sich kapitalistische Gesellschaft selbst, ins Gewand familialer Problemwelt gekleidet.

Indem es der Inhaltsanalyse gelingt, diese spezifische Umsetzung ideologischen Bewußtseins in den Serien stringent und systematisch herauszuarbeiten, zeigt sie, wie die massenmediale Kommunikation zugerichtet ist und also durch ihre impliziten Aussagen beständig das 'Einverständnis' über diese Gesellschaft reproduziert. Mit dem Aufweis dieser Befrachtung der Familienserien erreicht der methodische Ansatz, der der Untersuchung zugrundeliegt, dann allerdings seine Grenze: er liefert keine fundierten Ergebnisse mehr über die aktuelle Wirksamkeit dieses ideologischen Trommelfeuers beim Zuschauer. Die praktische Relevanz, die diese Studie dennoch hat, indem sie dem Leser den kritischen Blick für die vielfältigen Formen, in denen ständig und verborgen das Lob der bürgerlichen Gesellschaft verkündet wird, schärft, wird allerdings durch das z.T. hohe Abstraktionsniveau eingeschränkt. In der Präsentation zeigt sich leider einmal mehr, wie sich eine von der theoretischen Fundierung her befriedigende Auseinandersetzung mit konkretem Material noch immer schwer tut. Doch lohnt sich die Mühe, die Argumentation der Inhaltsanalyse nachzuvollziehen; sie wird insbesondere denjenigen, die selbst aktiv in der Medienarbeit stehen, Anregungen bieten.

Uwe Hoering (New Delhi)

**Nahrstedt, Wolfgang (Hrsg.): Freizeitdienste, Freizeitberufe und Freizeitwissenschaften in den USA. Modelle für die Bundesrepublik Deutschland?** Edition Freizeit, Düsseldorf 1978 (230 S., br., 24,— DM).

Die hier vorgelegten Materialien eines Symposiums in Bielefeld verfolgen zwei Zwecke: 1. Die Darstellung des Freizeitbereichs in den USA; 2. die kritische Auseinandersetzung im Hinblick auf mögliche Perspektiven für die Bundesrepublik Deutschland. Mehr als ein Drittel des Textes wird von einem Aufsatz des Herausgebers eingenommen, der Freizeitcurricula, Freizeitforschung und Freizeiteinrichtungen in den USA zum Gegenstand hat. Es werden eine Fülle von Informationen gegeben, wobei auffällt, in welch kurzem Zeitraum (ca. 20 Jahre) die neue Hochschuldisziplin »Leisure Studies« etabliert wurde, die derzeit an 10 % der US-Hochschulen vertreten ist und über mehrere Fachzeitschriften verfügt. Die Sensibilität für Marktbedürfnisse ergibt »eine gegenwärtig stark ausbildungsorientierte und zu schwach forschungsorientierte Situation des neuen Faches«, die »durch erste arbeitslose Bachelors (Absolventen) einerseits, nicht zu besetzende Dozentenstellen andererseits« charakterisiert wird (13). In Lehre und Forschung wird das Berufsfeld Freizeit pädagogisch, soziologisch, planungstheoretisch und ökonomisch angegangen sowie weiter differenziert nach Fächern (Sport, Kunst usw.), Methoden (Freizeitberatung, Programmgestaltung usw.), Einrichtungen und Trägern (Kommune usw.), Zielgruppen (Kinder, Senioren usw.). »Die wissenschaftstheoretische Ausrichtung ist vorrangig behavioristisch, positivistisch, empirisch, weniger hermeneutisch, kaum gesellschaftskritisch« (39). Dieser pauschale Befund wird unterstrichen durch Einzelberichte zur Freizeitpsychologie, -soziologie und -geographie in den USA (von Mai, Schmitz-Schercher und Scheuch). Solche Freizeitwissenschaft erwächst auf dem Boden einer »Freizeitkultur«, die gekennzeichnet ist von »fun«, Sport und Fernsehen; leider ist ihr nicht so viel Raum gewidmet wie der Freizeitwissenschaft und den Freizeitdiensten sowohl im pädagogischen als auch im administrativen Bereich. Hierzu werden Materialien ausbreitet aus Gebieten wie »Structure and Administration of Leisure Services« (Twardzik), »Therapeutic Recreation« (Goldstein, Compton) und »Industrial Recreation« (Sielken).

Gemessen an seinen Ansprüchen ist an dem Buch zu bemängeln, daß eine breitere

und kritischere Beschäftigung mit der US-Freizeit zu erwarten gewesen wäre. Gleichwohl ist zu loben, wieviel Information aus den verschiedenen Beiträgen entnommen werden kann. Bezogen auf den Untertitel »Modelle für die Bundesrepublik Deutschland?« ergibt sich m.E. die Antwort, daß aus den USA wohl kaum Modelle für unsere Freizeitgestaltung und -wissenschaft importiert werden können, daß aber klar wird, was hierzulande an weitgehend gar nicht wahrgenommenen Aufgaben für Freizeitwissenschaft und -pädagogik vorhanden ist.

Volker Gransow (Bielefeld)

**Hollstein, Walter:** Die Gegengesellschaft. Alternative Lebensformen. Verlag Neue Gesellschaft, Bonn 1979 (160 S., br., 18,— DM).

Der Titel »Die Gegengesellschaft« läßt ein Konzept oder eine Vorstellung vermuten, in der »alternative Lebensformen« zu einer Gesellschaftskritik entfaltet werden, durch die eine grundlegende Gesellschaftsveränderung denkbar und machbar wird. Dem Autor geht es allerdings nicht um eine systematische Theorie der »Gegengesellschaft«, sondern um eine Auseinandersetzung mit Formen des unkonventionellen Lebens in den westlichen Ländern in Hinblick auf ihre Verbreitung, ihre Praxis, ihre Vorstellungen und ihre mögliche Bedeutung für eine linke Politik. Die unkonventionellen Lebensweisen der Nachkriegszeit werden in ihrer geschichtlichen Entwicklung (von der »Beat-Generation« bis hin zur »Gewalt-Szene«) angedeutet. Hierbei wird vom Autor versucht, die Alternativbewegungen als unmittelbare subjektive Reaktion, vor allem von mittelständischen Jugendlichen, auf entfremdete Lebensverhältnisse zu fassen. Aus dieser Unmittelbarkeit ist sowohl die emotionale Kraft als auch die für bestimmte Alternativen typische theoretische Anspruchslosigkeit zu begreifen. Die konkret-sozialen Alternativen zum gewöhnlichen Alltagsleben werden einer Kritik hinsichtlich ihrer politischen Beständigkeit und ihrer gesamtgesellschaftlichen Bedeutung unterzogen. Diskutiert werden die Kommerzialisierung von Alternativen, die Reaktionen der Umwelt (Unterdrückung, Integration, Kriminalisierung durch die Gesellschaft) ebenso wie die »inneren« Widersprüche der Alternativbewegungen: Individualismus, Theoriedefizite, utopische Vorstellungen über »Selbstbefreiung« und »Natürlichkeit« und Probleme der materiellen Grundlagen der Bewegungen.

So sehr die Stärke des Textes darin liegt, einen Überblick über Alternativbewegungen der Nachkriegszeit zu geben, so sehr muß die durchgängige Vorstellung der »Gegengesellschaft« und der »gegengesellschaftlichen Bewegung« fragwürdig genannt werden. Die Trennung von Teilbereichen der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion in den Alternativbewegungen qualifiziert sie noch nicht als Gesellschaft in der bzw. gegen die Gesellschaft. In dem Maße, in dem die Gesellschaft nicht in ihrer konkreten Gesamtheit in einer geschichtlichen Entwicklung gefaßt wird, müssen Vorstellungen über eine Alternative, eine Negation der überlebten Verhältnisse, verkürzt und zu sehr behaftet an den aktuellen Erscheinungen bleiben. So muß eine kritische Lesart des Textes unterscheiden zwischen der nicht abgeleiteten und die Erfahrungen der Arbeiterbewegung unberücksichtigt lassenden Vorstellung der »Gegengesellschaft« einerseits und andererseits einer notwendigen Diskussion über eine Befruchtung der linken systemüberwindenden Theorie und Praxis durch konkret-soziale Alternativen der Alternativbewegungen.

Raimond Reiter (Hannover)

**Goudsblom, Johan:** Soziologie auf der Waagschale. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1979 (238 S., br., 12,— DM).

Spätestens seit 1970, dem Erscheinungsjahr der vielbeachteten Studie von A.W. Gouldner über »The Coming Crisis of Western Sociology«, wird nicht nur von Soziologen, sondern auch von einer breiten Öffentlichkeit eine »Krise der Soziologie« (2) festgestellt. Mit der Krise der Gesellschaft ist auch die Wissenschaft von ihr in eine Krise

geraten. Und doch müssen die zahlreichen Behauptungen einer solchen Krise unenergig bleiben, solange sie sich nicht auch auf eingehende Analysen stützen können. Die hier vorliegende Arbeit des holländischen Soziologen J. Goudsblom kann als ein Versuch verstanden werden, eine solche Analyse zu leisten. In dieser Intention wendet sie sich nicht nur an »professionelle Soziologen« (2), sondern versteht sich auch als »Einführungstext« (2) für Nicht-Soziologen. Letzteren soll nicht das Image einer intakten und gegen alle Kritik immunen Wissenschaft vorgesetzt werden, sondern vielmehr die reale, vielfach zerrissene und zersplitterte Verfassung der gegenwärtigen Soziologie.

Die »gegenwärtige Verwirrung« (9) innerhalb der Soziologie wird für den Autor vor allem in der Tatsache sichtbar, daß eine Unmenge von empirischen Einzeluntersuchungen immer weniger in einen gemeinsamen Rahmen gestellt werden können. Die Soziologie muß sich somit die Frage stellen lassen, ob sie der Gesellschaft überhaupt noch Orientierungsmöglichkeiten liefern kann, »oder vergrößert sie nur unsere Verwirrung und Ratlosigkeit« (9). Nur durch eine »Neubesinnung« (14) könne dieser Zustand zugunsten einer gesellschaftlich relevanten Neubestimmung der Soziologie überwunden werden. Für den Autor bedeutet dies, die von der Soziologie selbst erhobenen Ansprüche als Kriterien zur Beurteilung ihrer eigenen Entwicklung zu verwenden. Als Hauptkriterien werden genannt: der empirische Gehalt, die theoretische Systematisierung und die Reichweite soziologischer Aussagen sowie die gesellschaftliche Relevanz der Soziologie. Mittels dieser vier Kriterien soll die Geschichte der Soziologie erfaßt werden. Als Beurteilungsgrundlage dient dem Autor hierbei seine eigene, an N. Elias orientierte Position: Soziologie befaßt sich demzufolge »mit Menschen ..., verwickelt in Konstellationen, die beständig in Bewegung sind« (15). Teil dieser dynamischen Perspektive ist auch das menschliche Wissen und damit auch die Soziologie als »ein Moment der andauernden Versuche der Menschen, sich innerhalb der Figurationen zu orientieren« (16).

Es ist hier nicht möglich, die Argumentationslinie nachzuzeichnen. Doch soll versucht werden, das Resultat der historischen Analyse kurz zusammenzufassen. Grob gesehen unterteilt der Autor die Geschichte der Soziologie in zwei große Abschnitte: das 19. Jahrhundert, verbunden mit Namen wie K. Marx, A. Comte und H. Spencer, und das 20. Jahrhundert mit Soziologen wie E. Durkheim und M. Weber. Idealtypisch werden diese beiden Abschnitte der soziologischen Entwicklung mittels der genannten Kriterien einander gegenübergestellt. Das 19. Jahrhundert: das sind die groß angelegten Entwicklungstheorien, gekennzeichnet durch ihre große Reichweite und ihre gesellschaftliche Relevanz. Diese Theorien, die sich zwar in äußerst kohärenten Systemen zusammenfassen lassen, untereinander jedoch kaum in Beziehung stehen, stellen sich noch als Versuche gesamtgesellschaftlicher Analysen dar. Der empirische Gehalt kommt hierbei zu kurz und man begnügt sich nur allzuoft mit dem »kleinlichen Wiedergeben« (49) von Fakten. Die Soziologie des 20. Jahrhunderts tritt demgegenüber schon bescheidener auf. Nun stehen »Meinungen zu begrenzten Fragen und Ergebnissen« (30) im Vordergrund einer zur akademischen Disziplin aufgestiegenen Soziologie. Man ist es seinem Ansehen als akademisches Fach schuldig, daß man das Augenmerk primär auf die exakte empirische Begründung ausgewählter Bereiche legt. Reichweite und gesellschaftliche Relevanz werden zurückgenommen zugunsten der Exaktheit in Form empirischer Fundierung und theoretischer Formalisierung der soziologischen Aussagen. Kritisch anzumerken bleibt bei diesem Resultat, daß die Vermittlung zwischen der Geschichte der Soziologie und der sozialen Entwicklung nur sehr pauschal erfolgt. Die Gelegenheit, Soziologie als Wissenschaftsgeschichte einzubetten in die Gesellschaftsgeschichte, wird kaum wahrgenommen, obwohl diese Möglichkeit in der Position des Autors bereits enthalten ist. So muß dem Leser letztlich die Entwicklung der Soziologie als eine von der Gesellschaft mehr oder weniger unabhängige erscheinen.

Dieses Buch als Einführungstext zu präsentieren, erscheint mir gewagt. Es werden klassische Arbeiten und Theorierichtungen der Soziologie verarbeitet, doch geschieht dies nur allzuoft in Form eines kurzen Referats. Derjenige Leser, der über kein Vorverständnis der Materie verfügt, dürfte beim Nachvollzug der Argumentation erheblich überfordert sein. Als Diskussionsbeitrag zur Krise der Soziologie scheint mir die Arbeit wichtige, wenn auch nicht neue Anregungen zu enthalten. Die Forderungen, die der Autor entwickelt, können durchaus zu einer Neubesinnung der Soziologie beitragen, etwa wenn er ein Festhalten an der »Idee der Totalität« (210) verlangt. Ergänzt durch das Konzept »sensibilisierender Begriffe« (112), das der Realität besser gerecht werden soll, erscheint es dem Autor als möglich, zwei Ansprüche der Soziologie erneut in den Vordergrund zu rücken: eine erhöhte Reichweite und die gesellschaftliche Relevanz soziologischer Aussagen. Zwar mögen diese Forderungen recht pauschal und abstrakt erscheinen, doch ist es zumindest ein Verdienst dieser Arbeit, sie mit solchem Nachdruck betont zu haben.

Gerd-Uwe Watzlawczik (München)

**Lisch, Ralf, und Jürgen Kriz:** Grundlagen und Modelle der Inhaltsanalyse. Bestandsaufnahme und Kritik, Rowohlt, Reinbek 1978 (217 S., br., 13,80 DM).

Obwohl Inhaltsanalyse als »Methode« gegenüber Befragung, Beobachtung und Experiment eher eine Randexistenz fristet, weisen die Autoren nach, daß in allen Bereichen der empirischen Soziologie, wo überhaupt sprachliches Material verarbeitet wird, inhaltsanalytisch vorgegangen wird. Insbesondere kritisieren sie die Unterstellungen, die streng standardisierende Fragebogentechniken vornehmen, da die vorgegebenen Antworten eben eine vorweggenommene Inhaltsanalyse darstellen (31). Inhaltsanalyse wird von ihnen als ein Sammelbegriff zur Erforschung gesellschaftlicher Kommunikationsprozesse aufgefaßt. Dabei weisen sie ein nachrichtentechnisches Kommunikationsmodell zurück, mit dem herkömmliche inhaltsanalytische Vorgehensweisen beschrieben werden, weil die Sender-Nachricht-Empfänger-Kette in erster Linie technische Optimierungsaspekte beschreibe, aber schon versage, wenn die Kodierungs- und Dekodierungsregeln selbst ins Kalkül der Kommunikationsstrategie einbezogen würden. Insofern entsprächen daher Sinnggebung und Bedeutungsinterpretation in einer Face to face-Kommunikation viel eher einer sozialen Situation, in der 'Zeichen' benutzt, interpretiert, zurückgewiesen oder sonstwie verarbeitet werden. Daraus ergeben sich weitreichende Konsequenzen: »Sowohl die Beschreibung als auch die Veränderung von Gesellschaft setzen eine (jeweils vorläufige) Entscheidung über die Frage voraus, welche Zeichen in der sozialen Interaktion wie wirken. Es scheint notwendig, daß Sozialwissenschaftler diese Entscheidungen nicht vorwiegend auf intuitive unreflektierte Vorurteile aus der Alltagserfahrung gründen, sondern dieser Frage mehr Aufmerksamkeit, Systematik und Forschungskapazität zuwenden« (52). Bei diesem semiotischen Appell allerdings bleiben die Autoren dann stehen.

Wer sich immanent an den bisherigen Inhaltsanalyse-Vorstellungen abarbeiten will, dem bietet das Buch reiches und sauber dokumentiertes Material. Über die Probleme einer Stichprobe und deren Auswahl (56ff.), Grundsätze und Beispiele für Auswahlkategorien-systeme (69ff.), darunter Bush (1960: allgemeine Nachrichteninhalte), Warr/Knapper (1965: überregionale Tageszeitungen), Barcus (1962: Advertising in the Sunday Comics), Bales (1950: psychiatrische Interviews) und Bandura/Lipsher/Miller (1960: dito), wird der Leser ausreichend informiert. Reliabilität und das Mißverständnis der gleichgeschalteten Kodierer werden kritisch festgehalten (88ff.); zur Frage der Validität wird der Vorschlag vorgetragen, Kategoriensysteme auf das, was sie repräsentieren sollen, dadurch zu testen, daß man mit ihrer Hilfe Texte generiert, die mit den ursprünglichen Texten verglichen werden können (101ff.). Freilich bleibt der Hinweis auf die notwendige Explikation des theoretischen Rahmens (104), in dem eine Untersu-

chung steht, als die eigentliche Validitätsprüfung im luftleeren Raum hängen, so als ob theoretische Rahmen irgendwie frei verfügbar seien und vom Inhaltsanalytiker nur herbeizitiert werden müßten. Der Abschnitt »Inhaltsanalyse und EDV« belegt, wie konventionell noch der Computer in der Inhaltsanalyse eingesetzt wird. Er dient vor allem als Sortierwerk sowie zum Auffinden von Wörtern in Texten, zur Auszählung und Zuordnung und zur Formalstatistik bei manuellen Analysen. Probleme der Wörterbuch-Konstruktion (»The General Inquirer« und »Hamburger kommunikationssoziologisches Wörterbuch«) werden allzu kurz vorgeführt, EDV bei Semantikprozeduren in der Linguistik werden nur erwähnt, die Ansätze werden (mit Hinweis auf die mangelnde sozialwissenschaftliche Rezeption!) nicht weiterverfolgt. Die Richtung und Intensität von Einstellungsäußerungen in Texten als wichtige inhaltsanalytische Untersuchungsgegenstände werden in verschiedenen Ansätzen diskutiert. Den Schluß bilden drei Modelle zur sogenannten Lesbarkeitsforschung (177ff.).

Lisch und Kriz geben wichtige Denkanstöße: sie weisen der Inhaltsanalyse *den* zentralen Platz innerhalb der empirischen Soziologie zu; sie machen immer wieder klar, daß die »Objektivität« jeglichen Messens von der *Explication* der Ausgangspunkte abhängt und nicht von der 'Übereinstimmung' sorgfältig instruierter Kodierer; sie fordern dazu auf, EDV nicht blindlings einzusetzen, sondern die Voraussetzungen jeweiliger Programme genau zu studieren. Dem Problem empirischer Sozialforschung, daß sie mangelnde gesellschaftstheoretische Fundierung durch perfekte Instrumentalisierung ihrer 'Werkzeuge' wettmachen will, haben auch sie keine 'Lösung' entgegenzusetzen.

Christoph Sauer (Delft/NL)

## Psychologie

Jacobson, Edith: Das Selbst und die Welt der Objekte. Übers. aus dem Amerik. von K. Kennel. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1978 (267 S., br., 10,— DM).

Jacobson unternimmt es in diesem zuerst 1964 in New York erschienenen Buch, einen »Beitrag zur Psychoanalyse der normalen Entwicklungsvorgänge in Kindheit und Adoleszenz zu liefern«. — Im Zentrum ihrer Untersuchung steht die Identitätsbildung, die sie durch drei Phasen der psychischen Entwicklung, der präödiपालen und ödiपालen, frühkindlichen Phase, der Überichbildung und Latenzperiode und der Pubertät und Adoleszenz hindurch verfolgt. Für den Begriff der Identität gibt es in der Psychoanalyse keine allgemein anerkannte Definition; die Identitätsbildung wurde durch die wachsende Zahl von in Psychoanalysen behandelten Borderlinefällen, psychotischen Patienten und Neurotikern mit spezifischen narzißtischen Konflikten zunehmend zum Problem. Unter Identitätsbildung versteht Jacobson den Prozeß, »in dem sich die Fähigkeit bildet, die gesamte psychische Organisation — trotz ihrer wachsenden Strukturierung, Differenzierung und Komplexität — als eine hochindividualisierte, aber kohärente Einheit zu erhalten, die auf jeder Stufe der menschlichen Entwicklung Gerichtetheit und Kontinuität besitzt« (38). Normale Identitätsbildung hänge wesentlich von der Effektivität der synthetisierenden und organisierenden Ichfunktionen ab, schließe aber ebenfalls alle anderen Strukturbildungen des psychischen Apparates ein und beruhe auf der Fähigkeit der psychischen Organisation, »eine optimale sekundäre Autonomie von Ich und Überich in ihrem Umgang mit der Realität und den Trieben, mit intersystemischen Konflikten und mit Spannungen innerhalb aller Systeme zu entwickeln und als Erwerbung festzuhalten« (38). Jacobson geht aus von einem undifferenzierten »psychophysischen Ur-Selbst«, welches nach der Geburt durch zunehmende Besetzung der Wahrnehmungs- und Erinnerungssysteme, des Bewegungsapparates, von lustvollen und unlustvollen Empfindungen zu Kernen bisher unorganisierter und unverbundener

Erinnerungsspuren sich entwickelt. Wenn das Kind sprechen und laufen und die Kontrolle über die Ausscheidungsfunktionen gelernt hat, setzt ein organisierteres Stadium mit ersten Vorstellungen der Objekte und des Selbst ein. Erst jedoch, wenn die infantile Sexualität ihren Höhepunkt erreicht, die Legierung und Neutralisierung der sexuellen und aggressiven Triebe eingesetzt hat, bildet sich eine feste Vorstellung vom Selbst als einer Einheit, »die Kontinuität und Richtung besitzt« (64). Durch die Überichbildung schreitet die Entwicklung des Selbst im Prozeß der endgültigen »Bändigung, Neuprägung, Modifizierung und Organisation« der Affekte außerordentlich voran (65). Während der Latenzperiode wird durch den Einfluß der Eltern, Schule, etc. die Überichbildung und die Entwicklung allgemeiner Normen wünschbaren menschlichen Verhaltens abgeschlossen; dies bezeichnet das Ende der Periode infantiler Verdrängung und zugleich die Konsolidierung und Integration aller präödpalen und ödpalen psychischen Bildungen in eine organisierte Einheit (146). In der Pubertät und Adoleszenz führt der sexuelle Reifungsprozeß zu einer Wiederkehr präödpaler und ödpaler Triebregungen und infantiler Konflikte, die nun aber endgültig überwunden werden müssen, um den Heranwachsenden in stand zu setzen, die wichtigsten Entscheidungen seines Lebens zu treffen: die »Berufswahl, die seine Arbeit und seinen künftigen ökonomischen und sozialen Status bestimmen wird, und die Wahl eines Liebesobjektes — letztlich eines Ehepartners« (174). Jacobson zeigt in allen drei Phasen die verschiedenen Konflikte auf, die zur Selbst- und Identitätsentwicklung führen, diese aber auch beeinträchtigen und schädigen, ja sogar die Entwicklung eines Selbst verhindern können. Sie sieht allerdings die Entwicklung eines Selbst zu sehr als innerpsychischen und familiären Prozeß, die gesellschaftlichen Voraussetzungen und Bedingungen der individuellen Entwicklung kommen allenfalls am Rande zur Sprache. Insbesondere sind der Arbeitsprozeß oder, wenn man so will, für die infantilen Phasen die verschiedensten Tätigkeiten, durch welche das Verhältnis zwischen den Subjekten und den Objekten und für das Subjekt: die Objekte und es selbst wesentlich konstituiert werden, nicht berücksichtigt. Das Übergehen des gesellschaftlichen Prozesses führt zu Substanziierungen und schließt Mystifizierungen nicht aus, wie z.B., wenn Jacobson schreibt, daß ihrer »Meinung nach die Überich-Bildung ebenfalls von angeborenen Faktoren determiniert ist« (105). Bezeichnenderweise ist der Verdrängungsprozeß, den Freud als Aufnahme gesellschaftlicher Prozesse in die Psyche beschreibt (z.B.: *Ges. Werke*, Bd. VIII, S. 22ff. oder Bd. XI, S. 305), kaum berücksichtigt. Dadurch kommt die gesellschaftlich-historische Produktion der Psyche, die jeder individuell bis zu einem gewissen Grade gemäß den gesellschaftlich vorgegebenen Formen nachvollziehen muß, welche Erkenntnis eine der großen Vorzüge der psychoanalytischen Theorie der psychischen Entwicklung ausmacht, nicht ins Blickfeld und läßt die von Jacobson gemachten Ausführungen außerordentlich affirmativ erscheinen. Auch ist in der vorliegenden Arbeit das für die psychoanalytische Theoriebildung wichtige Verhältnis zwischen dem Begriff des Selbst und des Ichs nicht zum Problem gemacht, letztlich bleibt deswegen unklar, was das Selbst und was Identität eigentlich sei. Methodisch hat Jacobson ihre Erkenntnisse hauptsächlich in Psychoanalysen gewonnen; es bleibt zu fragen, ob die Entwicklungen der ersten Lebensjahre aus den Erinnerungen der Patienten ausreichend zu konstruieren sind und dies nicht vielmehr auch direkte Beobachtungen, wie R. Spitz es vorgeführt hat, erfordert. Jacobson kritisiert eindrucksvoll die von Erikson, Melanie Klein u. a. vorgebrachten Theorien zur psychischen Entwicklung an verschiedenen Stellen ihres Buches, die durch das ausführliche Register leicht aufzufinden sind. Ohne gute psychoanalytische Vorkenntnisse wird der Leser allerdings kaum den vollen Nutzen aus diesem Buch ziehen können.

Hartmut Zinser (Berlin/West)



Jacoby, Russell: Soziale Amnesie. Eine Kritik der konformistischen Psychologie von Adler bis Laing. edition suhrkamp, Frankfurt/M. 1978 (194 S., br., 7,— DM).

Inhaltlich akribisch und stringent, im Stil aggressiv und polemisch weist der Historiker Russell Jacoby die theoretischen Verkürzungen in »neo-« und »nachfreudianischer« Psychologie und Antipsychiatrie auf, die bewirken, daß sich diese Psychologien entgegen ihrer teilweise radikal antikonformistischen Intention in reine Apologie verkehren. Eine Auswahl seiner »Opfer«: Adler, Fromm, Allport, Rogers, A. Freud, Cooper, Laing. Jacobys Kritik kulminiert in dem Vorwurf, konformistische Psychologie produziere einen von Freud bereits überwundenen Reduktionismus — Psychologismus bzw. Soziologismus gleichermaßen —, der angelegt sei in einer grundlegend undialektischen Konzeption von Individuum und Gesellschaft. Sich hinter dem Postulat ihrer Fortschrittlichkeit und ihres Humanismus tarnend, verdrängen und vergessen Freuds Nachfolger seine Radikalität — die sich an seiner Kritik an der Vorstellung vom Individuum als Oase der Privatheit und seiner Entschleierung der Ideologie der Werte, der Normen und der Moral (55) festmachen läßt — zugunsten der vor-freudianischen »Idee des Individuums als einer von äußeren Kräften bestimmten autonomen Monade« (55), einer abstrakten Polarisierung von Individuum und Gesellschaft. Freuds Tiefenpsychologie wurde substituiert durch eine dem »gesunden Menschenverstand« verhaftete Oberflächenpsychologie, die der Monade im Schonraum ihrer Subjektivität »Werden«, »Sein«, »Liebe« und »Glück« verspricht und Lebensgestaltung und -veränderung als individuelles Problem suggeriert, wodurch galant einer fundierten Gesellschaftsanalyse ausgewichen, und Theorie durch Therapie ersetzt werden kann. »Je mehr die Entwicklung des Spätkapitalismus die realen Möglichkeiten des Selbst, der Selbsterfüllung und -verwirklichung hinfällig oder zumindest verdächtig werden läßt, um so stärker betont man sie, als könnten sie durch einen bloßen Willensakt wieder zum Leben erweckt werden.« (85) Jacoby entlarvt die von ihm behandelte Psychologie als klassischen Revisionismus, als theoretische Denkfähigkeit, als ein Abschwächen und Vergessen bereits gewonnener kritischer Einsichten: Altes wird durch noch Älteres zu überwinden versucht. Jacobys Buch ist freilich mehr als bloße Psychologiekritik. Sie ist ihm Medium zur Exemplifikation seiner genuin soziologischen These, die die Nicht-Zufälligkeit und Allgemeinheit des in der konformistischen Psychologie aufgespürten Gedächtnisverlustes behauptet: er ist sozial produziert. »Soziale Amnesie ist die Verdrängung der Erinnerung durch die Gesellschaft — die Verdrängung ihrer eigenen Vergangenheit.« (27).

Die Explosion der Produktion kurzlebiger Konsumartikel verschont die Wissenschaft nicht: Produktionen der Wissenschaft als sich reibungslos in die Hektik der kapitalistischen Warengesellschaft einfügende, auf Verschleiß geplante Waren. Das schnelle Wechseln der Moden erweckt den Anschein des Neuen — jedoch: »Was man an Dingen, Gedanken oder Menschen als modern und fortschrittlich verkündet, verdeckt das, was fort dauert: diese Gesellschaft« (26). Mit anderen Worten: »Wechsel ohne wirkliche Veränderung« (122).

Jacobys besondere Affinität zu Marcuse, Adorno und Horkheimer äußert sich nicht nur darin, daß er sie als Assistenten bei der Kritik der Psychologie zu Wort kommen läßt, ihre Gedanken wirken gleichfalls in seiner Forderung nach einer »objektiven Theorie der Subjektivität«, die gesellschaftliche und objektive Bestimmungen der Subjektivität und simultan eine das Individuum zerstörende Gesellschaft enthüllt. Erforscht eine Theorie der Subjektivität das Subjekt unter kapitalistischen Lebensbedingungen, muß sie jene objektiven gesellschaftlichen Konfigurationen aufdecken, die das Subjekt unterdrücken (20): Sie ist dann »eine Theorie eines subjektlosen Subjekts — oder einer noch nicht befreiten Subjektivität« (101), sie ist negative Psychoanalyse, »eine durch Marxismus gebrochene Psychoanalyse« (119).

Nun kann Jacobys Buch nicht beanspruchen, zu dieser Diskussion Originelles beige-

tragen zu haben. Nicht einmal mit der Explikation und Begründung der doch für seine eigene Position wichtigen — allerdings auch recht vorsichtig formulierten — These von der Notwendigkeit einer psychologischen Komponente im Marxismus gibt er sich hinreichend Mühe.

Angesichts der apogetischen Wendung der Kategorie der Subjektivität und der Hypertrophie von Therapie und Theoriefeindlichkeit — und das ist nicht nur amerikanische Wirklichkeit — verweist Jacobys Buch jedoch auf die Notwendigkeit, begonnene kritische Diskussionen am Leben zu erhalten und sie nicht zugunsten der scheinbaren Neuheit, die in Wahrheit rückschrittlich ist, als veraltet zu erklären. In diesem Sinne formuliert er den Wert seines Buches selbst: Es »ist ein Versuch, ins Gedächtnis zurückzuholen, was unter dem Druck der Gesellschaft ständig verloren geht; hartnäckig wehrt es sich gegen den geplanten Verschleiß des Denkens.« (17)

Wolfgang Böttcher (Bochum)

**Buchholz, Michael B., und Ulrike Buchholz:** *Ansätze einer historischen Psychologiekritik. Zur Geschichte der Individualitätsformen.* Focus-Verlag, Gießen 1977 (201 S., br., 14,80 DM).

Die Arbeit gliedert sich in zwei Teile: einen ersten, analytischen, der die methodischen und kategorialen Voraussetzungen bereitstellen soll, für die im zweiten Teil zu leistende historische Rekonstruktion der Individualitätsformen des bürgerlichen Menschen. Ansatzpunkt zur Kritik der Psychologie ist, daß diese Individualitätsformen von psychologischen Theorien unhinterfragt als selbstverständlich aufgegriffen und nicht in ihrer historischen Relativität betrachtet werden.

Im Anschluß an die Theorie Sohn-Rethels ist die Ausgangsthese der Autoren, daß die bürgerliche Form der Individualität unmittelbar mit der Warenproduktion korrespondiert (15) und die »Theorie des Warenfetischismus« damit quasi als Programm einer erst noch zu formulierenden »Ökonomie der Personen« (25) stehen könne. Auf dieser Grundlage wird konkret-historisch nachgezeichnet, wie mit dem Aufkommen der Geldwirtschaft und der Trennung der Produzenten von den Produktionsmitteln erst die materiellen Voraussetzungen für entscheidende Grundbegriffe der Psychologie, wie etwa den der Individualität oder das Bild der freien Selbstverwirklichung als »Ideologie« entstehen konnten. Die Subjektvorstellungen der Psychologie werden damit zwar insgesamt relativiert, doch sind einer vorwärtsweisenden Kritik an diesen enge Grenzen gesetzt, da das Augenmerk der historischen Analyse der Autoren allein auf das Zustandekommen derjenigen Eigenschaften des Menschen gerichtet bleibt, die dessen »Zurechtfinden in der Warenwelt« (38) garantieren. Dies aber erscheint mir als notwendiges Resultat der unzureichenden Voraussetzungen, auf denen das hier vorgestellte Programm einer Kritik der Psychologie fußt: Zwar wird dem Anspruch nach versucht, die Beschränktheiten der Theorie Sohn-Rethels zu überwinden, indem anstelle des Begriffs der gesellschaftlichen Synthesis von der Arbeit als grundlegender Kategorie ausgegangen wird; konkret aber wird die Entwicklung der Arbeit bloß nach ihrer formgenetischen Seite hin untersucht, nicht auch hinsichtlich ihres konkreten, gebrauchswertschaffenden Inhalts. Erst dadurch hätte sich zeigen lassen können, welche Beschränkungen *und Möglichkeiten* für die Individuen mit der Entwicklung der materiellen Basis der Gesellschaft geschaffen werden, wäre der Blick frei geworden auf die positiven Potenzen der Subjekte, die in den Menschenbildern der traditionellen Psychologie unterrepräsentiert sind.

Erwin Seyfried (Berlin/West)

**Harten, Hans-Christian:** *Der vernünftige Organismus oder gesellschaftliche Evolution der Vernunft. Zur Gesellschaftstheorie des genetischen Strukturalismus von Piaget.* Syndikat Verlag, Frankfurt/M. 1977 (256 S., br., 28,— DM).

Harten versucht, die gesellschaftstheoretischen Vorstellungen und das Menschenbild, die in Piagets Werk implizit und explizit enthalten sind, herauszuarbeiten und zugleich den Beitrag von Piagets genetischer Erkenntnistheorie für den historischen Materialismus zu bestimmen. Er sieht sich dabei gezwungen, idealtypisch »zwei gegensätzliche Modelle« (183) darzustellen: eine kritisch-dialektische Gesellschaftstheorie beim frühen Piaget, die jäh umschlägt in eine kybernetisch-szientistische Grundlegung der Wissenschaften. Das Unterfangen weckt Interesse, da in der Tat Piagets Werk bereits bei oberflächlicher Lektüre als zweigeteilt erscheint und eine Erklärung des Phänomens wichtige Aufschlüsse erbringen könnte.

Harten faßt zuerst in übersichtlicher Weise die genetische Epistemologie Piagets zusammen, wie sie in seinen epistemologischen Hauptwerken niedergelegt ist. Die anschließende Kritik zeigt auf, daß Piaget »die Analyse des wissenschaftlichen Denkens auf die 'wissenschaftliche Methode', also auf einen technischen Aspekt (reduziert)« und wissenschaftsphilosophische und -soziologische Fragestellungen als unwichtig betrachtet, während doch, so Harten, »Wissenschaft wesentlich (bestimmt) wird von Idealen der Naturordnung und sozialpolitischen Interessen.« (63) Entsprechend wird in der genetischen Psychologie auch nicht nach den konkreten Bedürfnissen der Subjekte gefragt. »Alle Bedürfnisse reduzieren sich letztlich darauf, nach der optimalen Adaptation an jenes Universum zu streben, das die logisch-mathematischen Strukturen konstituieren.« (77) Piaget identifiziere zu umstandslos das Erkenntnissubjekt mit dem biologischen Organismus. Das Geschichtsverständnis und der politische Gehalt eines solchen Ansatzes zeigen sich mit aller Deutlichkeit in seiner »Erkenntnistheorie der Wissenschaft vom Menschen«: Die Behandlung der Geschichte kontingenter Ereignisse wird als unwissenschaftlich ausgeklammert. Geschichte wird so im wesentlichen zu einer Evolutionslehre logisch-mathematischer Strukturen einerseits, Geschichte von Strukturen, die prinzipiell unabgeschlossen sind (ökonomische, juristische) andererseits. Bei Piaget gibt es jedoch dabei — und das unterscheidet ihn von den Strukturalisten — ein Bezugssystem in Gestalt der vollständig logisch-mathematischen Gesellschaft, der »geordneten« Gesellschaft, »dem sich auch die politisch ökonomischen Strukturen in unendlicher Progression annähern.« (114) Es sind letztlich Strukturen, die erlauben, jegliches Ereignis, jeden Inhalt zu antizipieren und zu verarbeiten. Struktur ist in diesem Sinne »Bewältigung und Ausschaltung des Konkreten, oder wie Piaget gerne sagt: die Befreiung des Subjektes vom Inhalt.« (117) Solche Vorstellungen beinhalten letztlich eine »kybernetische Ordnungslehre«, deren Funktion die Erhaltung des stabilen Ganzen ist. Das Subjekt in diesem Konstrukt kann nur noch als Monade erscheinen: »Sein ganzes Streben dreht sich nur um seine Selbsterhaltung gegenüber einer prinzipiell bedrohlich und störend perzipierten Umwelt.« (123)

Harten fragt dann, wem dies nützt. Piaget wolle »das Unberechenbare ausschließen, um den reibungslosen Ablauf des Warenverkehrs zu sichern ... Der Abstraktion von Inhalten entspricht die Abstraktion von konkreter Stofflichkeit im Warentausch ... Die Selbstregulation wird ganz natürlich zur Metapher für den Staat.« (132f.) Dem Piaget, der so tief gesunken ist, wird im zweiten Teil der gute Piaget entgegengesetzt. In seinem Frühwerk dienen die kognitiven Strukturen noch dazu, herrschaftsfreie Kommunikation und moralische Kooperation zu ermöglichen, statt nur in logisch-mathematische Strukturen sich aufzulösen. Die Individuen sind immer schon gesellschaftlich vermittelt, weil sie sich nur in sozialer Interaktion entwickeln können ... (aber sie haben) die spontane Tendenz zur herrschaftsfreien und zwangslosen Vergesellschaftung ... die

Basis emanzipatorischen und gesellschaftlichen Fortschritts.« (160) Die Veränderung der Kooperation im Laufe der Geschichte führt denn auch von einem phänomenistischen, egozentrischen Denken bei den Primitiven zum konkreten, soziozentrischen Denken unserer Epoche, das seinen Ausdruck findet in Klassenideologien. Das Ziel aber ist das formale, dezentrierte Denken beruhend auf der »Universalisierung der reziproken Kooperation.« (185)

In einem abschließenden Kapitel versucht Harten, die genetische Epistemologie des Frühwerks von Piaget für den historischen Materialismus fruchtbar zu machen. Zu diesem Zwecke schlägt er eine Theorie der kognitiven Vergesellschaftung vor: Der Prozeß der Entwicklung der Kooperation erzeugt eine Entwicklung der Erkenntnisformen. Dabei kann man von der plausiblen Hypothese ausgehen, »daß sich der von Piaget aufgedeckte Prozeß der kognitiven Strukturierung in der Ontogenese auch in der Phylogenese wiederfinden läßt.« (236) Historischer Fortschritt des Erkennens wäre dann so zu denken, »daß die objektiven Möglichkeiten des Individuums immer über die gesellschaftlich realisierten Möglichkeiten hinausreichen, weil es von seiner biologischen Konstitution her immer schon Kompetenz, d. h. die Kritikfähigkeit mitbringt, die aber erst im Rahmen der kognitiven Vergesellschaftung angeeignet wird.« (237) Was dies noch mit historischem Materialismus zu tun hat, bleibe dahingestellt, vor allem auch, wenn man einen Klassenstandpunkt von vorneherein als soziozentrisch und damit eingeschränkt brandmarkt (s. o.).

Zwei Fragen stellen sich: ist der Fall Piagets wirklich so tief? Wenn nein, warum wird er so gezeichnet? — Man hat in der Tat bei der Lektüre des ganzen Buches Mühe, die beiden Phasen im Werk Piagets als »zwei gegensätzliche Modelle« zu sehen. Zu stark ist die Kontinuität: Aequilibration und Adaptation als fundamentale Kennzeichen allen Lebens. Bis in die Formulierungen Hartens hinein kann man dies feststellen (s. Zitate S. 130 und 160). Die Genese des Systems bleibt unbegreifbar und unbegriffen. Man spürt denn auch den Verdacht in sich aufsteigen, daß die vernichtende Kritik des späten Piaget fast so etwas wie eine vorweggenommene Verteidigung ist: Wenn man jemanden so stark als Technokraten angreift, kann man nicht selbst einer sein.

Bernard Schneuwly (Genf)

**Krieger, Rainer:** Determinanten der Wissbegier. Verlag Hans Huber, Bern/Stuttgart/Wien 1976 (257 S., br., 38,— DM).

Zentrum dieser Arbeit ist eine Kritik der Konzeption von intrinsischer Motivation. Zentrale These ist: Es gibt keine genuin »intrinsische« oder »extrinsische« Motivation. »Intrinsisches« ist vielmehr eine Komponente in allen Motivierungsprozessen. Es ist durch die Interaktion zwischen Reizgegebenheiten und den Fähigkeiten zur Reizverarbeitung bestimmt, wird jedoch erst auf der Grundlage einer Relevanzscheidung wirksam. Krieger wendet sich gegen das mechanische Konzept der reizinduzierten Motivation, in dem das Individuum nicht als handelndes Subjekt vorkommt, sondern als stimuliertes Objekt verstanden wird, dem dann das klassische Reiz-Reaktionsmodell adäquat ist.

Oft wird die Leistungsmotivation als ein genuines Beispiel für intrinsische Motivation angeführt. Bei der Untersuchung der Auswertungsanleitung zu den Geschichten, die zu projektivem Material (Tafeln des Thematischen Apperzeptions-Tests) erzählt werden, zeigt Krieger jedoch: Keines der Kriterien für Leistungsmotivation impliziert, daß die in den Geschichten handelnden Personen sachbezogen motiviert sein müssen, d. h. die Tätigkeit um ihrer selbst willen aufnehmen oder ausüben. Dem Leistungsmotivierten geht es nicht um die Sache selbst, die sozialen Determinanten der Leistungsorientierung sind vielmehr Überlegenheit, Status, Prestige. Zwar sind die ontogenetischen Vorläufer der Leistungsmotivation, die in der frühen Kindheit auftretende Funktions-

lust und die Kompetenzmotivation als autonome Leistungsorientierung zu verstehen, in der Ontogenese, die als Vergesellschaftung des Individuums zu fassen ist, kommen jedoch extrinsische Komponenten, die sozialen Determinanten, *hinzu*. — Ein anderes häufig angeführtes Paradebeispiel für intrinsische Motivation ist das Neugierstreben. Krieger beschäftigt sich kritisch mit den Konzepten von Neugier als Trieb, als Trait und mit den Vorstellungen von Neugier als reizinduzierte Motivation. Im Rahmen des letzteren stellt er ausführlich die Theorie von Berlyne vor. Aus den inneren Widersprüchen dieses Ansatzes und den Überlegungen von Mowrer, der die Wichtigkeit der Antizipation betont, kommt Krieger zu einer Unterscheidung zwischen Wißbegier und der Suche nach Reizvariation. Als Wißbegier wird eine konvergente Neugier bezeichnet, dabei wird eine strukturierte Situation antizipiert. Ihr entspricht das Streben beim Problemlösen. Die Suche nach Reizvariation wird demgegenüber als divergente Neugier bezeichnet, hier werden variierte Reizeindrücke antizipiert (Abwechslung und Unterhaltung).

Kompetenzmotivation und reizinduzierte Wißbegier scheinen die Bedingungen des Intrinsischen zu erfüllen. Während die Wißbegier das motivationale Agens ganz in die Situation verlegt, bezieht die Kompetenzmotivation die jeweils relevanten Fähigkeiten einer Person als Bedingungen der Motivationsgenese mit ein. Motivation entsteht demzufolge in der Interaktion der individuellen Kapazitäten mit Merkmalen der Situation. Dies zeigt sich z.B. in der Tatsache, daß dieselbe Reizvorlage bei Individuen mit unterschiedlicher kognitiver Ausstattung unterschiedliche Interessiertheit evoziert. Dieses Konzept der Interaktion zwischen Stimuli und kognitiven Strukturen wird von Krieger als verkürztes Interaktionskonzept zurückgewiesen. Damit ist seine Grundthese begründet: Die Interaktion zwischen Reizmerkmalen und kognitiven Strukturen ist lediglich notwendig für die Genese von Motivation (optimaler Grad subjektiver Ungewißheit, Passung, Zone der nächsten Entwicklung), die Nützlichkeitsentscheidung des Individuums muß hinzutreten (Relevanz). — Anhand dieser Überlegungen entwickelt Krieger ein Arbeitsschema, in dem er den Interaktionsprozeß der verschiedenen Determinanten der Wißbegier zusammenstellt. Eine Reizvorlage wird mit einer aktuellen Erwartungshaltung verglichen. Entsteht eine Diskrepanz, so kommt es zum Vergleich mit den individuellen Wertorientierungen, liegt eine Relevanz vor, dann kommt es zu einem Vergleich mit den spezifischen Informationsverarbeitungskapazitäten, liegt zudem eine optimale subjektive Ungewißheit vor, so entsteht Wißbegier. — Krieger führte 4 empirische Untersuchungen mit Schülern durch, um die Begründetheit seines Arbeitsschemas nachzuweisen. Als wichtigstes Ergebnis ist zu nennen: »Die Interaktion zwischen kognitiven Ausstattungen und situativen Aufforderungen vollzieht sich auf der Grundlage einer Relevanzentscheidung, die von affektiven Bewertungsstrukturen aus getroffen wird« (209). »Die 'affektgereinigte' subjektive Ungewißheit, die man als Ausdruck des rein kognitiven Konflikts bezeichnen könnte, ist daher diesen Befunden zufolge, für sich betrachtet, nicht als Bedingung von Wißbegier anzusehen, wie es die Vorstellung von einer intrinsischen Motivation impliziert« (211).

Kriegers Konzept der Wertorientierungen, die sich als Bündel zu subjektiven Leitbildern verfestigen, ist allerdings sehr problematisch. »Es ist zu betonen, daß das subjektive Leitbild keine Fundamentalkategorie darstelle, da es in jedem individuellen Fall die Erfahrung gesellschaftlicher Verhältnisse, gebrochen durch spezifische Bedingungen, vor allem der primären Sozialisation, als Voraussetzung impliziert« (125). Dem kann nicht zugestimmt werden, denn zwischen der Ebene der Gesellschaft und der des Individuums gibt es die der Individualitätsformen (objektive Anforderungsform entsprechend der Stellung im gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozeß), die zwar von jedem Individuum unterschiedlich realisiert werden können, die doch andererseits die Grundlage für *wesentlich gleiche Erfahrung* darstellen. Hier käme es darauf

an, verschiedene Formen der Motiviertheit als Entwicklungsprodukte der individuellen Vergesellschaftung (Ontogenese) herauszuarbeiten. Als Beispiel: Unter welchen Lebensbedingungen bzw. unter welcher Aneignung welcher Lebensbedingungen kommt es zur Entwicklung von Leistungsmotivation?

Die Bedeutung von Kriegers Arbeit liegt im Nachweis, daß die Motivation ein eigenständiger Gegenstand der Psychologie ist, den man nicht einfach auf Kognitives oder Wahrnehmungsbedingtes zurückführen kann. Kriegers Kritik an der bestehenden bürgerlichen Motivationstheorie ist treffend. Seine Alternative geht jedoch nicht aus von einer entfalteten Theorie der objektiven Lebensbedingungen und ihrer Widerspiegelung in der Persönlichkeit, sondern von einer Konzeption der Wertorientierungen, die in Gefahr steht, subjektivistischen Interpretationen Vorschub zu leisten.

Hans Schindler (Fernwald)

## Geschichte

**Kaelble, Hartmut:** *Historische Mobilitätsforschung. Westeuropa und die USA im 19. und 20. Jahrhundert.* (Erträge der Forschung 85). Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1978 (199 S., br., 21,— DM).

Der Forschungsbericht referiert die Entwicklung der historischen Mobilitätsforschung in Westeuropa und in den USA und stellt damit zugleich eine Einführung in deren wichtigste Problemstellungen und Arbeitsmethoden dar. In der Einleitung (Kap. I) zählt Kaelble Gründe für die zunehmende Bedeutung der historischen Mobilitätsforschung auf: Der Zusammenhang zwischen sozialer Mobilität und Industrialisierung (stieg das Mobilitätsniveau »in modernen Industriegesellschaften im Vergleich zu traditionellen Agrargesellschaften«? 3); das Problem der Chancengleichheit sowie das Interesse an der Rekrutierung von politischen und wirtschaftlichen Eliten. Außerdem erweist sich die historische Mobilitätsforschung als »eines der wichtigsten Erprobungsfelder für Quantifizierung in der Sozialgeschichte« (5). Der Hauptteil des Buches befaßt sich mit vier Schwerpunkten der historischen Mobilitätsforschung. »Der Trend der sozialen Mobilität« (Kap. II) im 19. und 20. Jahrhundert ist umstritten: Während einige Untersuchungen die Hypothese einer sprunghaften Zunahme der Mobilität mit der industriellen Revolution stützen, begründen v. a. jüngere Untersuchungen Zweifel an dieser »optimistischen« Annahme; demzufolge nahm wenn dann die Abwärtsmobilität — d. h. der soziale Abstieg — gegenüber der vorindustriellen Zeit zu. Für die Einschätzung des Trends der sozialen Mobilität im 20. Jahrhundert stehen sich die Annahme einer langfristigen Stagnation und die eines leichten Anstiegens gegenüber. Der Forschungsüberblick Kaelbles zeigt, daß diese Kontroverse nicht einheitlich entschieden werden kann, sondern daß vielmehr unterschiedliche Bedingungen in den untersuchten Industrieländern unterschiedliche Trends zur Folge hatten. Diese Bedingungen sind: Die Bildungsexpansion, der »soziale Wandel« — womit v. a. die Zunahme der Angestellten und Beamten und der hochqualifizierten Berufe gemeint ist — sowie die Ansätze zu einer staatlichen Politik der »Chancengleichheit«. Bisher wenig untersucht wurden die Einflüsse von Konjunkturzyklen, schichtenspezifische Geburtsraten und »soziale Mentalitäten«. — Ein weiterer Schwerpunkt sind die Berufs- und Aufstiegschancen von Industriearbeitern (Kap. III), deren Untersuchung durch drei Problemstellungen motiviert ist: Die Auswirkungen von Aufstiegschancen auf das politische Verhalten der Arbeiterklasse, auf die Entwicklung des Lebensstandards und der Arbeiterkultur. Der Überblick über die Forschungen zu den USA, England, Frankreich und Deutschland zeigt, daß eine »pessimistische« Einschätzung überwiegt, wofür die hohe Kapitalbarriere zur wirtschaftlichen Selbständigkeit, mangelnde Ausbildung, die Mentalität der Arbeiter und

die Priorität der sozialen Sicherheit vor der Wahrnehmung von Aufstiegschancen als Ursachen angeführt werden (vgl. 67). — Die beiden folgenden Kapitel beschäftigen sich mit zwei Teilaspekten der sozialen Mobilität: »Die Entwicklung der Chancengleichheit im Bildungssektor« (IV) und »Die Rekrutierung von Eliten« (V), wobei auch hier die Auswirkungen der industriellen Revolution und die Entwicklung im 20. Jahrhundert im Vordergrund stehen.

Lobenswert ist die Übersichtlichkeit und Klarheit, mit der Kaelble die Forschungsergebnisse zu den jeweiligen Problemkomplexen zusammenfaßt und einander gegenüberstellt. Es gelingt ihm, die meist recht unterschiedlich angelegten Untersuchungen so zu erfassen, daß ihre Ergebnisse im Rahmen der zentralen Problemstellungen gemeinsam diskutierbar sind. Anhand der dadurch möglichen Forschungsbilanz entwickelt er dann jeweils die noch ungelösten und unbehandelten Aspekte und Fragestellungen. — Im Gegensatz dazu wird der Leser über die theoretischen Voraussetzungen der Mobilitätsforschung weitgehend im Unklaren gelassen. Die Ausführungen zur Methode beschränken sich lediglich auf die Verwendung von Begriffen und Indikatoren, die in einem Anhang (Kap. VI) erläutert werden. Dies mag seine Ursache in der bisherigen historischen Mobilitätsforschung selbst haben: Die dargestellten Kontroversen drehen sich meist um die Entwicklung der Mobilität im Sinne von Aufstiegsmöglichkeiten, wobei die Realität an den Idealen der Chancengleichheit gemessen wird. Soziale Mobilität im Zusammenhang mit der Umwälzung von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen zu untersuchen und zu erklären; nicht unter dem Gesichtspunkt: Wieviel oder wiewenig Chancengleichheit, sondern: Wie entstehen und wie verändern sich die gesellschaftliche Reproduktion tragenden Klassen? Dies ist nicht das Ziel dieser Forschung; derartige Fragestellungen tauchen eher am Rande der empirischen Untersuchungen auf. — Dadurch wird die Nützlichkeit dieses umfassenden und trotzdem konzentriert geschriebenen Forschungsberichtes jedoch nicht geschmälert.

Thomas Lindenberger (Berlin/West)

**Haupt, Heinz-Gerhard (Hrsg.): »Bourgeois und Volk zugleich? Zur Geschichte des Kleinbürgertums im 19. und 20. Jahrhundert.** Campus-Verlag, Frankfurt/M.-New York 1978 (184 S., br., 22,— DM).

Das Thema »Kleinbürgertum« ist aktuell; nicht im Sinne einer resignativen Nabelschau der Linken (»Wir Kleinbürger«), sondern im Blick auf die gesellschaftlichen Polarisierungsprozesse und die Bündnisperspektiven der Arbeiterbewegung. Indem der vorliegende Reader historisch-empirische und theoretisch-methodische Ansätze zur intensiveren Erforschung kleinbürgerlicher Interessenlagen und Verhaltensweisen bereitstellt, hilft er jene aktuelle Diskussion sozialhistorisch zu fundieren, d.h. zu verwissenschaftlichen.

In der umfangreichen Einleitung des Herausgebers, die diesen Kontext am Beispiel Chiles und Westeuropas ausdrücklich mitreflektiert, werden zunächst die Schwierigkeiten historischer Klassenanalyse erörtert und dann ein Programm materialistischer »Kleinbürgerforschung« entworfen. Dabei grenzt sich Haupt kritisch von Ansätzen ab, die — in einer leider alten Tradition der Arbeiterbewegung stehend — das Kleinbürgertum kurzschlüssig mit der »Entwicklungslogik« des Kapitalismus konfrontieren und ihm aufgrund seiner »Perspektivlosigkeit« jede strategische Relevanz zumal an der Seite der Arbeiterklasse absprechen. Stattdessen gelte es, überhaupt erst einmal sozialhistorische Analysen vorzunehmen, die nicht bloß der Illustration kategorialer »Ableitungen« dienen, sondern die vorhandene Begrifflichkeit differenzieren und möglicherweise revidieren helfen. Aufgrund seiner Heterogenität — vom Handwerker über den kleinen Krämer bis zum »freien« Rechtsanwalt oder Arzt — und seiner politischen Zerrissenheit bilde das Kleinbürgertum geradezu einen »Härtestest für jede Klassenanalyse« (14). Ob-

wohl hierbei Hauptkritik an der geschichtsphilosophischen Deklassierungs- und Polarisierungsthese, wie sie zuletzt von A. Leppert-Fögen (*Die deklassierte Klasse*, 1974) vertreten wurde, gewiß zuzustimmen ist, bleibt einzuschränken, daß mit einem solchen Plädoyer für Reanalysen der Begriff der Klassenpolarisierung als solcher nicht unbedingt hinfällig wird; er kann nämlich durchaus auch nicht-fatalistisch und nicht-teleologisch verwandt werden, wie der in *Argument* 106/1977 abgedruckte Aufsatz von E. Balibar gezeigt hat (vgl. bes. S.183). Ansonsten besteht nämlich auch die Gefahr, daß die Klassenanalyse zur positivistischen Klassifizierung verflacht, während der eben stets »polarisierende« Klassenkampf außen vor bleibt.

Die einzelnen Beiträge behandeln schwerpunktmäßig das deutsche und französische Kleinbürgertum im 19. und 20. Jahrhundert. (Die recht intensive Forschung über die englische Entwicklung ist z.T. in die Einleitung eingearbeitet.) Unter den Texten, die zunächst eine begriffliche Klärung bringen sollen, sticht v.a. der Auszug aus dem Buch von Baudelot/Establet/Malemort hervor (*La petite bourgeoisie en France*, 1974), der ein Programm für die marxistische Analyse des heutigen französischen Kleinbürgertums entwirft. Zwei Aufsätze von J. Gaillard und A. Noll behandeln die unterschiedlichen Auswirkungen der Industrialisierung auf die Entwicklung des Handwerks im Paris des 2. Kaiserreichs einerseits und im westfälischen Raum andererseits. Ein Beitrag des Herausgebers über den französischen Kleinhandel vor 1914 versucht, die eingangs formulierten Forschungsperspektiven erstmals einzulösen, beschränkt sich aber ausdrücklich auf die ökonomischen Aspekte (Kapitalisierung, Konkurrenz durch Warenhäuser und Konsumvereine, Kreditwesen etc.). Sozialpolitische Fragen oder die spezifischen politisch-ideologischen Verhaltensweisen der Kleinhändler bleiben zunächst ausgeklammert.

Sie stehen dafür im Vordergrund des 3. Teils des Buches. Dort skizziert H.A. Winkler die verbandspolitische Entwicklung der deutschen »Mittelstandsbewegung« von der Jahrhundertwende bis 1933. Die belgische Historikerin P. Delfosse versucht anhand einer Verbandszeitung den »präfaschistischen Diskurs« einer Kleinbürgerfraktion mittels semantischer Analyse herauszuarbeiten. Am Ende des Bandes steht schließlich ein kleiner Essay von Roland Barthes, der aus dem Komplex der »Mythologiques« stammt, in die deutsche Ausgabe der »Mythen des Alltags« (1964) jedoch nicht aufgenommen wurde. Brillant wie immer dekonstruiert Barthes darin die Ideologie des gesunden Menschenverstandes am Beispiel »einiger Worte von Herrn Pujade«, dem Führer der französischen Mittelständler der 50er Jahre. »Der gesunde Menschenverstand ist wie der Wachhund der kleinbürgerlichen Gleichungen. Er verschließt alle dialektischen Lösungen, definiert eine homogene Welt, wo man zu Hause ist, geschützt vor Unruhen und Fluchtversuchen des 'Traums'« (183).

Dieser empfehlenswerte Reader ist gewissermaßen eine Zwischenbilanz der komparativen sozialhistorischen Kleinbürgerforschung. Er dokumentiert keine fertigen Ergebnisse, sondern Anfänge und Ansätze, die inhaltlich und methodisch zwangsläufig heterogen sind. Das macht seine Lektüre manchmal etwas schwierig, ermöglicht andererseits aber einen guten Einblick in das vorhandene Forschungsspektrum.

Peter Schöttler (Bremen)

**Fischer, Fritz:** *Der Erste Weltkrieg und das deutsche Geschichtsbild. Beiträge zur Bewältigung eines historischen Tabus.* Aufsätze und Vorträge aus drei Jahrzehnten. Droste Verlag, Düsseldorf 1977 (368 S., br., 58,— DM).

Die zwischen 1948 und 1975 verstreut veröffentlichten Beiträge konzentrieren sich auf den zentralen Gegenstand der Forschungen Fischers: auf das Thema Deutschland und der Erste Weltkrieg (9) in der Kontinuität historischer Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert (17ff.); sie enthalten nicht nur Fischers wichtigste Thesen, mit denen er in



den 60er Jahren eine heftige wissenschaftliche und publizistische Kontroverse auslöste, sondern zeigen auch, wie und auf welcher methodologischen Grundlage der Autor seine wissenschaftlichen Aussagen entwickelte. Konstitutiv für Fischers Fragestellung ist der von ihm konstatierte Gegensatz zwischen der liberal-demokratisch geprägten Entwicklung des politischen Lebens in Westeuropa und der obrigkeitstaalich geprägten »Sonderentwicklung der deutschen politischen Kultur« (9, 37); diesen Gegensatz erklärte er zunächst geisteswissenschaftlich orientiert mit dem Hinweis auf die, entsprechende politische Traditionen begründende Verschiedenheit der Einführung und Durchsetzung der Reformation: Dem Gedanken des Widerstandsrechts dort (Calvin) wird das Postulat der Gehorsampfligkeit gegenüber der Obrigkeit hier (Luther) entgegengestellt (37ff., 47ff.).

Durch die damals »neuen Methoden« der us-amerikanischen Politik- und Geschichtswissenschaft beeinflusst (10, 89ff.) und als »Ertrag eines zweijährigen Studiums der Akten der deutschen Zentralbehörden« (152) legte Fischer dann 1959/60 zwei materialreiche Aufsätze (denen 1961 sein Buch »Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des Kaiserlichen Deutschland 1914/18« folgte) über die deutsche Kriegs- und Kriegszielpolitik im Ersten Weltkrieg vor, in denen er nunmehr auch das Gewicht sozioökonomischer Faktoren stärker betonte (151ff., 207ff.). Darin belegt Fischer nicht nur detailliert Art, Ausmaß und Durchsetzungsstrategie der globalen ökonomisch-politischen Expansions- und Annexionspläne des deutschen Imperialismus, sondern er unterstreicht — entgegen der in der tonangebenden traditionellen westdeutschen Geschichtswissenschaft bis dahin herrschenden Meinung — auch »die Kontinuität des Kriegszielprogramms« seit Ausbruch des Krieges (177, 207) sowie die Tatsache, daß die extensiven und aktiv verfolgten Kriegsziele nicht nur von den Militärs und einer rechtskonservativen Minderheit, sondern von einer »breiten Front« gesellschaftlicher Kräfte und Gruppierungen getragen wurden (155, 213ff.), deren politischer Exponent die zivile Reichsleitung war (156). In späteren Arbeiten (255ff.) weitete Fischer seine Fragestellung zugunsten einer stärkeren Einbeziehung auch der Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges aus (vgl. auch die Rezension seines 1969 erschienenen Buches »Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911 bis 1914«, in: *Das Argument*, 70, S.288ff.). Weltpolitik und Weltmachtstreben (255) erscheinen nun als Schlüsselbegriffe für die Politik des deutschen Imperialismus sowohl im als auch vor dem Ersten Weltkrieg (313); der Entschluß zum Krieg lag in der Konsequenz der »geistigen, politischen und wirtschaftlichen Gesamtlage des Reiches in Europa« (309) und war eine sowohl materiell als auch ideologisch planmäßig vorbereitete (299ff.) »bewußte politische Entscheidung« (312) der politischen und militärischen Führung, die der Durchsetzung der Expansions- und Hegemonialpolitik diene und damit zugleich auch »die Machtstellung der herrschenden Schichten« sichern sollte (347).

Es verwundert nicht, daß solche Aussagen auf eine »vorwiegend negative« (223) und zum Teil diffamierende Kritik der traditionellen westdeutschen Geschichtswissenschaft stießen (223ff.), denn sie implizieren die Kontinuität einer historisch-gesellschaftlichen Entwicklung, die es verbietet, nationalsozialistische Gewaltherrschaft und Zweiten Weltkrieg als eine »Art Betriebsunfall der jüngeren deutschen Geschichte« bzw. als »schärfsten Ausdruck der Diskontinuität« zu interpretieren (350). Fischer selbst thematisierte diese umfassendere Ebene der Kontinuität explizit allerdings erst später — nicht zuletzt offenbar unter dem Eindruck der mit erbitterter Schärfe geführten Auseinandersetzung (223ff.) —. Er verweist nunmehr (zuletzt auf dem Historikertag 1978; vgl. *Das Argument*, 113, S.120f.) auf eine Kontinuität konservativer, militaristischer, antiparlamentarischer und antidemokratischer Machtstrukturen in Wirtschaft, Staatsapparat und Gesellschaft vom kaiserlichen bis zum nationalsozialistischen Deutschland (316ff., 352ff.) und konstatiert im Hinblick auf eine ebensolche Kontinuität machtpo-

litisch-expansionistischer Komponenten (358ff.) in einem »Vergleich der deutschen Kriegsziele in den zwei Weltkriegen« (364ff.) ein hohes Maß an Übereinstimmung.

Fischers Aussagen stehen auf einem soliden empirischen Fundament; die enge Quellenorientiertheit seines Vorgehens markiert allerdings zugleich bestimmte Erkenntnisgrenzen: Sie korrespondiert mit expliziten Warnungen vor einem »Modelldenken« und impliziter Distanz zu systematischen, theoretisch fundierten Verallgemeinerungen. Basis seiner Bewertung der deutschen »Sonderentwicklung« (9, 346) ist eine relativ unkritische positive Fixierung auf die westeuropäisch-amerikanische parlamentarische Demokratie (37ff., 106ff.). Folgerichtig bedeutet ihm die konstatierte »Demokratisierung in Staat, Wirtschaft, Gesellschaft und Lebensstil« (20) Westdeutschlands nach 1945 und dessen »rechtliche und geistige Eingliederung« in »Westeuropa« bzw. die »Atlantische Welt« (321) ein Ende dieser, für seine Fragestellung konstitutiven, »Sonderentwicklung«. — abgesehen von der Warnung vor »gegenläufigen Tendenzen in der jüngsten Zeit«, in denen er »eine langzeitige Fortwirkung des Obrigkeitsstaates« (20) erblickt. Damit ist die Schärfe seiner Kritik aber auch ihres Gegenstandes verlustig gegangen, da eine prinzipielle Kritik der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung bzw. die Möglichkeit einer grundsätzlichen Alternative ihm nicht in den Blick kommt. Damit soll jedoch das entscheidende Verdienst Fischers, mit realistischer Offenheit einen wirkungsvollen Beitrag zur Bewältigung eines auch nach 1945 noch tradierten »historischen Tabus« geleistet zu haben, nicht bestritten werden.

Peter W. Reuter (Duisburg)

### Soziale Bewegung und Politik

**Khan, Khushi M., und Volker Matthias:** *Collective Self-Reliance: Programme und Perspektiven der Dritten Welt. Einführung und Dokumente.* Institut für Allgemeine Überseeforschung, Reihe Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen, Diskussionsbeiträge Nr. 14. Weltforum-Verlag, München 1978 (222 S., br., 32,— DM).

Der Band enthält neben zwei Einführungsaufsätzen insgesamt acht vollständig oder auszugsweise übersetzte Dokumente der Konferenzen blockfreier Länder, der UNCTAD-Expertengruppe sowie der »Gruppe der 77« aus den Jahren 1970 bis 1976. Die Entwicklung und Herausbildung der Ziele und Inhalte der Forderungen der sogenannten Entwicklungsländer in Bezug auf eine Neue Weltwirtschaftsordnung und der gemeinsam angestrebten Emanzipationsstrategie »autozentrierter Entwicklung als kollektiver Strategie für Gruppen von Entwicklungsländern« (Definition Khan, 5) lassen sich anhand dieser Texte verständlich und überschaubar verfolgen. Die beiden Einführungsaufsätze der Herausgeber konzentrieren sich einerseits auf die ökonomische Problemdimension der Collective Self-Reliance sowie deren Bedeutung als alternativer Entwicklungsstrategie (Khan), und andererseits auf die vorrangig politischen Aspekte ihrer Umsetzung und damit verbundener Schwierigkeiten (Matthies).

In seinem Aufsatz zeichnet Khan skizzenhaft die Entwicklung der Staaten der Dritten Welt im Kontext der Weltwirtschaft bis zur Durchsetzung der Erkenntnis nach, »daß nur auf der Basis einer breiten Solidarität entscheidende Verbesserungen ... im internationalen System zu erreichen sind« (5). Aufgrund der bestehenden Ungleichheiten unter den Entwicklungsländern selbst — vor allem hinsichtlich gesellschafts- und bündnispolitischer sowie interner ökonomischer Faktoren und Unterschiede — kann jedoch die Collective Self-Reliance »immer nur eine Politik des größten gemeinschaftlichen Nenners sein« (5). Die Erarbeitung des einer solchen Basis entsprechenden Forderungskatalogs zeichnet Khan anhand der Konferenz-Stationen Lusaka (1970), Algier

(1973), Colombo und Mexiko (jeweils 1976) nach. Angesichts der gegenwärtigen Strukturen der internationalen Arbeitsteilung gelangt er zu dem Ergebnis: »Um zu einer Umstrukturierung der Produktion im Hinblick auf nationale Bedürfnisse und Rohstoff-Ausstattung zu gelangen und eigenständige Entscheidungen treffen zu können, wird die 'Collective Self-Reliance' für die Entwicklungsländer zu einer Notwendigkeit.« (12f.)

Davon ausgehend problematisiert Khan die aus der Heterogenität der Staaten in der Dritten Welt resultierende potentielle Interessenskollision im Lager der Entwicklungsländer. Darin sieht er die Gefahr, »... daß eine Intensivierung der Beziehungen zwischen Entwicklungsländern innerhalb der Dritten Welt Zentrum-Peripherie-Beziehungen reproduziert« (16). Als weitere Problemdimension wertet Khan die in den Entwicklungsländern herrschenden Eliten, deren Eigeninteressen sich mit einer gesamtgesellschaftlichen Emanzipation nur partiell decken. Er gelangt so zu der abschließenden Prognose, »... daß sich zunächst jene Elemente der 'Collective Self-Reliance' durchsetzen, die im Interesse der herrschenden Gruppen sind; andererseits dürften sich langfristig mit der Stärkung der Position der Dritten Welt im internationalen System auch die Chancen oppositioneller Gruppen verbessern, die sich an den Interessen der armen Massen orientieren« (21).

Matthies knüpft in seinem Beitrag an dieses Problem national unterschiedlicher Ausgangs- und Interessenslagen innerhalb der Dritten Welt sowie der Existenz nationaler Herrschafts- und Machteliten mit jeweils spezifischen Eigeninteressen an. Sein Augenmerk richtet sich auf die Möglichkeiten und Grenzen zur Realisierung dieses Konzeptes der Collective Self-Reliance unter dem Aspekt, daß der Solidarität unter den Entwicklungsländern Grenzen gesteckt sind und die Collective Self-Reliance zur zumindest teilweisen Verwirklichung ihrer Absichten notwendigerweise auch auf die Formulierung und Umsetzung eines Konzeptes individueller Self-Reliance angewiesen ist. Dies bedeutet, daß die Erstellung und Inangriffnahme konkreter Emanzipationsstrategien im nationalstaatlichen Rahmen komplementär zur gemeinsamen Haltung aller Entwicklungsländer auf internationaler Ebene zu erfolgen hat.

Mit geringen Ausnahmen sieht Matthies diese Entwicklung noch nicht verwirklicht, und er äußert die Vermutung, »daß Versuche zur Schaffung einer kollektiven Self-Reliance dem Bemühen um eine individuelle Self-Reliance eher vorangehen als nachfolgen« (43). Sein abschließendes Resümee: »Im Unterschied zu den Süd-Süd-Beziehungen (= politische, wirtschaftliche und sozio-kulturelle Beziehungen zwischen Entwicklungsländern in bi- und multilateraler Form) ... gibt es eine Collective Self-Reliance der Entwicklungsländer in der sozialen Wirklichkeit bisher nicht, sondern zunächst noch nur in wissenschaftlichen Theorien, politischen Programmatiken und praxeologischen Handlungsanweisungen.« (48)

Nicht nur aufgrund des dokumentarischen Wertes, sondern auch durch die Sachlichkeit der verständlich und nüchtern formulierten Beiträge von Khan und Matthies ist diese Publikation als sinnvolle und konstruktive Ergänzung der entwicklungspolitischen Literatur in deutscher Sprache zu werten. Nur schade, daß der Verbreitung dieses Buches der unverständlich hohe Kaufpreis im Wege steht.

Henning Melber (Berlin/West)

**Wallerstein, Immanuel:** *The capitalist world-economy*. Cambridge University Press 1979 (305 S., br., 10,- \$).

Seine zentralen Thesen entwickelt Wallerstein im ersten Kapitel des Buches. Demnach hat sich das »kapitalistische Weltssystem« im sog. »langen« 16. Jahrhundert (1450-1640) entwickelt und ist an dessen Ende zu voller Ausbildung gelangt. »Kapitalistisch« ist dieses System, weil es an Profit orientierte Produktion von Waren für einen Welt-

markt ist. Das System als ganzes bildet eine einzige Produktionsweise, welche in ihrer Totalität die einzig mögliche Einheit der historisch-materialistischen Analyse darstellt. Nationalstaatliche Gesellschaften als Analyseeinheiten zu behandeln verbietet sich deshalb, weil deren Strukturen bestimmt werden durch ihre Funktion für den Weltmarkt. So hatte Polen im 16. Jh. die Funktion des Rohstoff-(Getreide-)Lieferanten für den industriell entwickelteren Westen zu übernehmen, welcher im Austausch dagegen Fertigprodukte exportierte — die klassische Arbeitsteilung zwischen Zentrum und Peripherie, welche, wie Wallerstein nachweisen will, ein konstitutives, notwendigerweise von Anfang an gegebenes Wesensmerkmal der kapitalistischen Produktionsweise darstellt. Der Entwicklung hin zur freien Lohnarbeit im Westen entspricht dabei als unerläßliches Korrelat die »zweite Leibeigenschaft« im Osten. Der im wesentlichen gewaltfreie Ablauf des ökonomischen Prozesses im Westen kann nur funktionieren, weil er begleitet ist von auf außerökonomischer Gewalt beruhender Aneignung des bäuerlichen Mehrprodukts im Osten und dem Transfer dieses Mehrprodukts in die »starken« Staaten des Westens, erzwungen durch deren überlegene militärische Macht. Sowohl das »sogenannte Überleben feudaler Formen« in der Welt von heute als auch »die sogenannte Bildung sozialistischer Staaten« erweisen sich daher als »Pseudoprobleme«: es gibt nur *ein* — kapitalistisches — Weltsystem, in dem manche Gebiete mittels freier Lohnarbeit Waren für den Weltmarkt produzieren (Zentrum), manche mittels unfreier Arbeit (Peripherie), manche auf der Grundlage des Privateigentums an Produktionsmitteln (Zentrum), manche auf der des Staatseigentums (größtenteils »Semi-Peripherie«). Daß diese Formulierung überpointiert ist, weiß Wallerstein selbst; daß die Existenz von Staaten, welche das Privateigentum an Produktionsmitteln weitgehend abgeschafft haben, für die regionalen wie weltweiten Entwicklungsmöglichkeiten einen gewaltigen Fortschritt bedeutet, betont er an anderen Stellen mit Nachdruck (z. B. 241ff.).

Bei der Lektüre der folgenden Kapitel wächst der Unmut des Lesers darüber, daß ihm lediglich immer erneute Zusammenfassungen der bereits dargestellten Thesen geboten werden, die man zudem aus Wallersteins Buch »The modern world system« schon kennr. Außer einem kläglichen Versuch zur Klärung des Verhältnisses von »Klasse«, »Rasse«, »Stand« und »ethnische Gruppe«, einer Rezension von zwei Arbeiten über die Sklaverei in den USA im 19. Jh. und einen immerhin diskutablen Aufsatz über Fabon kommt in dem gesamten Buch nichts Neues mehr.

Wallerstein mokiert sich — zurecht — über eine Betrachtungsweise, welche den Kapitalismus als quasi-natürliche, immer schon gegebene Form der gesellschaftlichen Organisation ansieht — aber tut er nicht etwas sehr ähnliches, wenn er Kapitalismus gleichsetzt mit »Warenproduktion für den Weltmarkt«? Waren die alten Kreter, Phönizier, Athener etc. oder z. B. die Araber des 11. Jh. Kapitalisten? Es geht nicht an, die kapitalistische Produktionsweise unter souveräner Ignorierung des Produktionsbereichs alleine von der Zirkulationssphäre her zu definieren. Wallersteins Verteidigung dieser Vorgehensweise — auch im Fall der Sklaverei und der Leibeigenschaft sei die Arbeitskraft eine Ware (17) — ist unsinnig; die Arbeitskraft des Sklaven wie des Leibeigenen gehört dem Herrn von vornherein, sie kann gar nicht an ihn verkauft werden. Konsequenz dieser Fixierung auf den Zirkulationsbereich ist es, daß Wallerstein zwar einen Mehrwert-Transfer aus der Peripherie in die Metropolen konstatiert, aber nicht sieht, daß es sich dabei in allererster Linie um ein Problem der Mehrwertumverteilung zwischen verschiedenen Ausbeuterklassen handelt, ein Problem, welches die Mehrwertproduzenten nur indirekt betrifft. So erklärt sich weiter, daß er der Tatsache, daß auch das Proletariat der Metropolen Mehrwert produziert, zur Leistung unentgeltlicher Mehrarbeit gezwungen ist, überhaupt keine Beachtung schenkt und dementsprechend eine »major contradiction« zwischen dem »lebenslang lohnempfangenden« Proletariat (insbesondere) der Metropolen und dem »nur zeitweise Lohn empfangenden« Semi-Prole-

tariat der Wanderarbeiter, Gastarbeiter und Marginalisierten aus der Peripherie konstituiert (264f.).

Trotz all dieser Einwände: Wallerstein muß diskutiert werden. Die früher weitgehend übliche, totale Ausklammerung des Bereichs der weltweiten Warenzirkulation kann ebenso wenig akzeptiert werden wie seine Hypostasierung durch Wallerstein. Daß die Einbeziehung in den kapitalistischen Weltmarkt auch die Strukturen der Gesellschaften bzw. Sektoren beeinflussen muß, deren Produktion nicht kapitalistisch organisiert ist, läßt sich kaum bestreiten. Die Konsequenzen dieses Zusammenhangs für die Verhältnisse in den sozialistischen Staaten bedürfen ausführlicher Erörterung. Wallersteins Konzept des »kapitalistischen Weltsystems« bietet einen theoretischen Rahmen für die Diskussion all dieser Probleme.

Gerhard Hauck (Landau)

**Becker, Jörg (Hrsg.): Free Flow of Information.** Informationen zur Neuen Internationalen Informationsordnung. Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik, Frankfurt/M. 1979 (318 S., br., 18,80 DM).

»Es entspricht unserem Forschungsstand zur Problematik des Kulturimperialismus, daß in der Bibliographie keine einzige Veröffentlichung aus der BRD enthalten ist, die etwas zum Thema zu sagen hat.« Meine Einschätzung zu dem 1977 in Rom erschienenen Buch Cees Hamelinks zur Rolle transnationaler Unternehmen in der internationalen Kommunikation (vgl. *Argument* 116) ist hinfällig geworden. Jörg Beckers Sammelband füllt in mehrfacher Hinsicht hervorragend das eklatante Defizit auf, welches die bundesrepublikanische Medien-Diskussion gekennzeichnet hat:

Zum Teil erstmals in deutscher Sprache sind die wohl wichtigsten Autoren versammelt, die sich seit Jahren mit der wachsenden Bedeutung des »Medienimperialismus« auseinandersetzen. Der Amerikaner William H. Read (Harvard University) skizziert am Beispiel der Printmedien und des internationalen Fernseh-Konsums den Einfluß »Multinationaler Medien« (37ff.) auf die weltweite Kommunikationsstruktur. Ihm geht es vornehmlich um die Verdeutlichung des Stellenwerts, den us-amerikanische Medienkonzerne dabei haben. »Politisch und ökonomisch von den Vereinigten Staaten abhängige Nationen sind (...) auch in eine kulturelle Abhängigkeit geraten.« (49) Sowohl der Import von US-Druckerzeugnissen und -Fernsehprogrammen als auch die enge Anlehnung an deren Standards bei jeweiliger nationaler Eigenproduktion sei eine »Bedrohung für die kulturelle Integrität« (48) der betroffenen Länder. — Herbert Schiller (University of California, San Diego) konzentriert sich in seinem Beitrag — »Werbung und internationale Kommunikation« (51ff.) — auf die Bedeutung der größten Werbeagenturen für die Vorherrschaft des Medienkapitals in dem Prozeß, den Read beschreibt. Auch hier spielen die US-Konzerne die führende Rolle: »1975 sind 22 der 25 größten Agenturen der Welt in US-Besitz oder eng mit dem US-Kapital verbunden« (55). Schiller konstatiert, daß die Aktivitäten dieser Giganten weit über das Insertions-Geschäft hinausgehen und ebenso »Markt- und Werbeforschung, Public Relations, Datenverarbeitung und Verbraucherumfragen« (56) umfassen. Der Begriff der »totalen Kommunikation« (56f.), mit dem er diesen kulturellen Herrschafts-Zustand beschreibt, ist dennoch fragwürdig. Er läßt die mehr oder minder starken Gegenbewegungen in den betroffenen Ländern unberücksichtigt. — Der Finne Tapio Varis (Direktor des Tampere Peace Research Instituts) stellt den materialreichsten und fundiertesten Beitrag zur Verfügung. Als Ausgangspunkt benutzt er die Definition der Vereinten Nationen von 1974 für einen »Transnationalen Konzern« (72): Sie umreißt einen solchen als eine »Gesellschaft, die Produktions- und Dienstleistungsbetriebe außerhalb des Landes besitzt oder kontrolliert, in dem sie ihren Standort hat. Solche Gesellschaften müssen nicht notwendig als Aktiengesellschaft eingetragen oder privat sein, sie können ebenso die Form von Kooperativen haben oder sich in Staatsbesitz befinden.« (72).

Konkretisiert auf den Kommunikations-Bereich seien die Aktivitäten solcher TNKs in drei Kategorien zu beschreiben: »Besitz oder Kontrolle von Medienindustrien (Verlagen, Rundfunkstationen etc.) im Ausland; Besitz oder Kontrolle von Marketing-Netzen (Verteilersysteme, Büros etc.) im Ausland und Kontrolle der Auslandsverkäufe von Medienprodukten (beherrschende Stellung auf den Weltmärkten).« (73) Neben einer soziologisch-historischen Analyse der Herausbildung solcher Konzerne enthält der Beitrag eine Fülle von Fall-Beispielen, etwa zu den TNKs »Philips«, »Hachette«, oder den US-Giganten ITT und IBM. — Der in Frankreich lebende Exil-Chilene Armand Mattelart beschäftigt sich vor allem mit dem internationalen Handel mit audiovisuellen Bildungs-Programmen und pädagogischen Kommunikations-Systemen (101ff.). Das Geschäft mit der »Software«, den Programmen, macht dabei deutlich, daß seine Bedeutung weit über die Ebene der unmittelbaren Verwertung hinausgeht, wird doch nicht nur Technologie transferiert. Vor allem im Hinblick auf die Länder der Dritten Welt geht es um den Export komplexer Bildungssysteme aus den entwickelten kapitalistischen Ländern, die von Alphabetisierungs-Programmen, über technische Bildung, Ausbildungskurse in »Unternehmensführung« bis hin zu Grundschul-Konzepten und »umfassende(r) Modernisierung des (jeweiligen, S.Z.) nationalen Bildungssystems« (112) reichen.

Am Modellfall Chile werden sodann die manifesten politischen Konsequenzen illustriert, welche die Unterwerfung der massenmedialen Kommunikation unter die Gesetze von Profit und ideologischer Herrschaft hat. Fred Landis (University of Urbana) schildert die »psychologische Kriegführung« (135ff.), welche die USA — wesentlich vermittelt über die bürgerlich besetzten Massenmedien Chiles — gegen die Unidad Popular betrieben. Er konzentriert sich besonders auf die Aktivitäten des CIA und den wichtigsten Medien-Konzern der chilenischen Konterrevolution, »El Mercurio«. — Ein zweiter Aufsatz A. Mattelarts schildert die Versuche der Unidad Popular, Konzepte der kulturellen Eigenständigkeit Chiles zu entwickeln. Die wenigen Ansätze (wie etwa der sozialistisch organisierte Printmedien-Verlag »Quimantú« oder der Fernseh-Sender der UP) trafen auf den erbitterten Widerstand des US- und einheimischen Kapitals. Mattelarts Versuch, »einige Schlußfolgerungen zu ziehen und einige Perspektiven aufzuzeigen, die neue Gesichtspunkte für die Beurteilung der Umwandlung und der Anwendung von Massenmedien in der Übergangsphase zum Sozialismus ergeben« (163), entstand 1973, noch vor dem faschistischen Putsch und konnte nicht weitergeführt werden. — Der Freiburger Ethnologe Jakob A. Rösel beschließt diesen Teil des Bandes mit einer kritischen Replik auf die Darstellung des »Putsch(es) gegen die Regierung Allende in der Presse der Bundesrepublik Deutschland« (187ff.).

Ein Material-Teil dokumentiert anhand ausgewählter Resolutionen und Stellungnahmen die internationale und bundesrepublikanische Auseinandersetzung um eine progressive Veränderung des status quo der globalen Informations-Ordnung. Dabei macht insbesondere der internationale Teil deutlich, wie stark der Widerstand der herrschenden Medienindustrien — organisiert wesentlich von den politischen Repräsentanten der USA über die einschlägigen Kommissionen der UNO — gegen eine »Neue Internationale Informations-Ordnung« (NIIO) ist. Die Entwicklung der letzten sechs Jahre, von der Erklärung der Blockfreien Länder über die Rolle der Massenmedien von 1973, über die Entwürfe zu einer Medien-Deklaration der UNESCO von 1976 bis hin zu deren Verabschiedung in Paris 1978, beschreibt das schrittweise Zurückdrängen der wesentlichen Forderungen der Dritten Welt und der Blockfreien nach einer »Umorganisation der gegenwärtigen Kommunikationsflüsse, die ein Erbe der kolonialen Vergangenheit sind und die bislang freie, direkte und schnelle Kommunikation gehemmt haben« (203), zugunsten der internationalen Medienkonzerne. Die Dokumente aus der Bundesrepublik illustrieren nicht zuletzt den Anteil von Regierung und Opposition an die-

sem Prozeß gegen den gesellschaftlichen Fortschritt.

Sowohl die beiden Aufsatz-Teile, als auch die Dokumente machen deutlich, daß der »free flow of information« als Beschreibung des internationalen Kommunikations-Flusses nicht taugt. Im Gegenteil: Er entpuppt sich als ideologische Konstruktion, welcher die Wirklichkeit der ökonomischen Herrschaft und der kulturellen Hegemonie der entwickelten Industrie-Staaten — vor allem der USA, die den Begriff geprägt haben — gegenübersteht. »Free flow of information« bedeutet den weitgehend ungehemmten Einfluß kapitalistisch bestimmter Massenkommunikation auf die unterentwickelten Länder.

Die Nützlichkeit der ausgewählten und übersetzten Aufsätze und Dokumente, einschließlich der ausführlichen thematisch gegliederten Bibliographie, wird stark angereichert durch den einleitenden Beitrag Jörg Beckers »Zur Rolle der Massenmedien im Nord-Süd-Konflikt« (7ff.). Der Herausgeber liefert nicht nur einen komprimierten Überblick über den internationalen Stand der Forschung und die darin implizierten gesellschaftlichen Interessen. Er kristallisiert auch in dankenswerter Klarheit den Anteil der Bundesrepublik an der medialen Hegemonie der Medienkonzerne und ihrer politischen Repräsentanten über die Dritte und Vierte Welt heraus.

Sorgfältig redigiert hat den Band P.C. Hall, Redakteur der Zeitschrift »medium«, in dessen Dokumentations-Reihe das Buch erschien. Das Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik hat sich damit einmal mehr als ein Verlag erwiesen, der für die kritische Auseinandersetzung mit den Massenmedien in der Bundesrepublik und darüber hinaus unentbehrlich ist. Siegfried Zielinski (Berlin/West)

**Ingrao, Pietro:** Massenbewegung und Politische Macht.

VSA, Hamburg 1979 (220 S., br., 16,— DM).

Mit der deutschen Ausgabe von »Masse e potere« (Ed. Riuniti, Roma 1977) liegt ein weiterer, ohne Zweifel zentraler »eurokommunistischer« Text vor, diesmal von Ingrao, dem wohl exponiertesten Repräsentanten der KPI-Linken, der wieder in die aktive Politik zurückgekehrt ist, nachdem er 1976 mit seiner durchaus in taktischer Absicht erfolgten Wahl zum Präsidenten der Abgeordnetenkammer für politisch tot erklärt wurde. Die Übersetzung nimmt die von Ingrao bestimmte transnationale Bedeutung der Erfahrungen des italienischen Kommunismus vorweg und trägt dazu bei, die letzten pitoresken Klischees vom »Fall Italien« abzubauen. Im Zentrum seiner Aufmerksamkeit stehen die Begründung einer spezifisch westeuropäischen Strategie der sozialistischen Umwälzung, ihre historischen Ursprünge (VIII. Parteitag der KPI 1956) sowie ihre theoretische Qualifikation (Verhältnis von Demokratie und Sozialismus).

Gegenüber der liberalen Kritik am Stalinismus oder jener der »neuen Philosophen« hebt Ingrao den »Klassengehalt der Kritik an Stalin« (56) hervor, die ihrem Anspruch nach ein völlig neues theoretisches Kostüm und eine neue Strategie der westeuropäischen Arbeiterbewegung entwickelte. Ihre wichtigste Leistung bestand in der *Entzauberung* der Rolle der Partei, die im selben Moment sowohl eine theoretisch-praktische Bedeutungsverschiebung vom Politischen zum Sozialen als auch eine unzweideutige Höherbewertung der »in der Verfassung genannten Repräsentativorgane« (89) implizierte. Darüber hinaus bemerkt Ingrao zutreffend, daß die Partei als Avantgarde auch *realgeschichtlich* durch das inzwischen erreichte Niveau »autonomer« Masseninitiativen eine bescheideneren Funktion ausübt als noch zu Beginn des Jahrhunderts (108).

Es unterstreicht die Bedeutung Ingraos, das zentrale Problem der Arbeiterbewegung auf den Begriff gebracht zu haben. Das Schwierige ist, die Arbeiterkämpfe und die militanten Initiativen im Reproduktionsbereich, die eine uneingelöste Möglichkeit der Selbstregierung dokumentieren, »politisch umzusetzen« (107). Aus dem Ansatz der Klassenautonomie wird keine »generelle, politische Autonomie« (Masse e potere,

pp. 324-325. Der wichtige Aufsatz über den *interclassismo* der Democrazia cristiana ist in der deutschen Auswahl nicht enthalten.). Immer noch ist die Staatsmacht der Schlüssel zum Revolutionsproblem, jedoch werden die leninschen Kategorien von Ingrao anders pointiert. Auf der Tagesordnung steht, die politische Macht, die geradezu zum Konstituens des kapitalistischen Reproduktionsprozesses geworden ist (18, 113, 171), einer nach vorne drängenden Klassenbewegung preiszugeben. Die Staatsmacht hat zwar ihre »Fähigkeit zur Autonomie« (114) erhöht, zugleich aber und in scheinbarem Widerspruch dazu ihre privaten und »korporativen« Züge verschärft (Masse e potere, p. 329), sie ist somit kein Antipode zur Kapitalmacht, vielmehr deren gleichnamiger, transfigurierter Ausdruck.

Gemäß den Begriffen Ingraos durchstößt die Revolution keine »chinesische Mauer« (172) zum Sozialismus, sondern stellt sich dar als eine kontinuierliche, sich selbst übersteigende »Massenbewegung«, als eine sukzessive »Vergesellschaftung der Politik« (37, Hervorh. von Pngrao). Deren konsensstiftendes Pendant ist die Partei, die den Staat von innen her in Schach hält, »im selben Moment paktierend und kämpfend« (Masse e potere, p. 229). Mag Ingrao auch die Innovationsfähigkeit der kapitalistischen Vertretungskörperschaften überschätzen, so weiß er doch, und darin teilt er den »Arbeiterstandpunkt«, daß die Repräsentanz der Kommunisten ohnmächtig, ja sogar contraproduktiv ist ohne die hegemoniale und selbstbewußte »Präsenz der Arbeiter« (119). Die Partei ist niemals *per se* die Figur eines idealen Gesamt-Arbeiters, in der Klasse enthalten wie in einem Vexierbild. Sie muß gewissermaßen »von außen« durch autonome Massenorganisationen in Atem gehalten werden, um eine »Verschmelzung von Demokratie und Sozialismus« (179) vermitteln zu können. Ohne die Arbeiterautonomie droht die Demokratie den Sozialismus zu verschlingen. Man erinnere sich der unlängst bekräftigten Forderung Gianni Agnellis, die Fabrik zu demokratisieren im Interesse der Wiederherstellung ihrer *Regierbarkeit* (cf. La Repubblica, 20.10.1979).

Insbesondere die Klassengewerkschaften müssen diesseits der Parteienlogik als autonome Organe des Masseneinflusses und nicht als »Transmissionsriemen« einer politischen Elite fungieren (146). Die Strategie des historischen Kompromisses hat nur in dem Maße einen *antagonistischen Sinn*, wie die Arbeiter ihn ihr verleihen. Eine »reaktionäre Indienstnahme der Gewaltenteilung« (90) und die Aushöhlung des oppositionellen Potentials der Partei »angesichts aller Implikationen der dem System eigenen Logik« (113) wäre das Resultat eines um sich greifenden sozialen Friedens. Der Diskurs der Repräsentanten muß durch die Praxis der Repräsentierten, die innerhalb und außerhalb der Fabrik »die Strukturen der Unterdrückung zerbrechen« (123), aktualisiert werden.

Volker M. Heins (Firenze)

**De Giovanni, Gerratana, und Paggi:** Gramsci-Debatte I. Hegemonie, Staat und Partei. Mit Beiträgen von Gruppi, Spriano, Luporini, Ingrao u.a. VSA, Hamburg 1978 (192 S., br., 16,— DM).

Das Buch enthält Referate und Diskussionsbeiträge eines Studienseminars über Antonio Gramsci, das im Januar 1977 vom PCI veranstaltet wurde. Es dokumentiert das politisch-ideologische Bedürfnis der offiziellen Theorie, auf der Basis des Hegemonie-Konzepts von Gramsci das Verhältnis der Partei zur Klasse und der Klasse zum Staat neu zu überdenken. Die Gramsci-Debatte ist, wie Ingrao zurecht bemerkt, »eine Diskussion über die Gegenwart« (130). Allerdings bekommen die Auseinandersetzungen dadurch, daß die Problematik weitgehend darauf reduziert wird, ob sich Gramscis Texte »als eine theoretische Grundlage unserer gemäßigten Politik« (Paggi, 14) ausweisen lassen, etwas engherzig Apologetisches. Wir lernen mehr über den PCI als über Gramsci. De Giovanni zweifelt nicht daran, daß Gramsci »die große Flexibilität des parlamentarischen Staates« (61) erkannt hat. Gerratana beeilt sich zu behaupten, daß die Theo-



rie der Hegemonie nichts mit der Theorie der proletarischen Diktatur zu tun hat (35), und von Natta erfahren wir, daß »die Vorstellung vom Übergang zum Sozialismus als Eroberung des Staates« (163) von Gramsci ausgedacht wurde. Der bürgerliche Staat ist nunmehr »das Terrain, auf dem sich die politische Produktivität der Klassen und ihres Antagonismus konstituiert« (De Giovanni, 52).

Die Autoren rechtfertigen unter Berufung auf Gramsci eine sozialistische Strategie, die sich strikt an die »Durchsetzung der Rechtsnormen« (Natta, 156) hält. Die recht unbestimmte Aufwertung des politisch-ethischen Willens (ibid.), die sich auf Gramsci glaubt stützen zu dürfen, läuft freilich Gefahr, unter falschem Namen ein Erbe zu aktualisieren, das in Wirklichkeit auf Croce zurückgeht. Der parlamentarische Voluntarismus neigt dazu, »die *strukturellen* Schranken der bürgerlich-liberalen Demokratie« (Paggi, 29) zu unterschätzen; die bürgerliche Gesellschaftsform als *Totalität* läßt eine graduelle »Einführung« (62, 77) des Sozialismus nicht zu. Die Aufgabe der Partei, deren Vertreter »in den Staat eintreten und dort bleiben wollen« (Ingrao, 143), soll darin bestehen, das alte Feindbild zu revidieren (71). Die PCI-Autoren unterstellen der italienischen Arbeiterklasse eine heimliche Affinität zu den sogenannten »demokratischen Institutionen« (60) des Staates. Insofern die kommunistische Partei zum »institutionellen *Vermittler* des neudefinierten Verhältnisses der Massen zum Staat« (53) schrumpft, verändert sich *a fortiori* ihr Verhältnis zu den Arbeitern: sie hört schließlich auf, bloß »Ausdruck einer einzigen Klasse« (161) zu sein.

Allmählich enthüllen sich uns die objektiven gesellschaftlichen Rückwirkungen einer Politik des *compromesso storico*. Die konstitutionelle Strategie tendiert dazu — und sei es wider den guten Willen ihrer Agenten —, die innerorganisatorische Dynamik ebenso wie »die Dialektik in der Gesellschaft« (142), d.h. die Entfaltung der Klassenkämpfe zu restringieren. So beginnt die Partei, Ansprüche *gegenüber* der Klasse zu vertreten. Hier rächt sich der bürgerliche Staat für seine falsche Hypostasierung: er ist nicht neutral, aber neutralisierend. Immerhin konzidiert De Giovanni, daß es in der Frage der Neufassung des Verhältnisses der Partei zum bürgerlichen Staat »zwischen Gramsci und Togliatti keine lineare Kontinuität« (59) gibt. Leider werden in dem Buch aufschlußreiche philologische Bezüge der Schriften Gramscis nur am Rande erwähnt, so das Verhältnis zu Sorel (22) oder zu Michels (30). Dennoch eröffnet sich uns ein Einblick in die Versuche der größten westeuropäischen kommunistischen Partei, ein neues politisches Selbstverständnis zu formulieren.

Volker M. Heins (Firenze)

**Mandel, Ernest:** Kritik des Eurokommunismus. Revolutionäre Alternative oder neue Etappe in der Krise des Stalinismus? Verlag Olle & Wolter, Berlin/West 1978 (216 S., br., 12,80).

**Timmermann, Heinz (Hrsg.):** Eurokommunismus, Fakten-Analysen-Interviews. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 1978 (204 S., br., 4,80).

Mandels Buch enthält eine Sammlung verschiedener Artikel zur aktuellen eurokommunistischen Debatte (die z.T. bereits in der »Internationalen Pressekorrespondenz« der IV. Internationale veröffentlicht worden sind). H. Timmermanns Buch enthält neben Beiträgen von Horst Ehmke (SPD-Parteivorstand), Walter Haubrich (FAZ-Redaktionsmitglied und Spanienkorrespondent) u. a. auch drei Interviews mit führenden Vertretern der außenpolitischen Abteilungen der KPI, KPF und der KPSP über aktuelle Fragen zur Strategie und Praxis.

Mandel sieht den historischen Ursprung des Eurokommunismus darin, daß der Sozialismus zunächst nur in einem Land aufgebaut wurde, wodurch die SU zwangsläufig als »alleiniges Zentrum« der Arbeiterbewegung entstand. »Der mit der 'Verteidigung der Sowjetbastion' gleichgesetzte 'proletarische Internationalismus' führte zur 'Entstehung von Nationalkommunismen'« (16), die Mandel als Keimzelle des späteren »Poly-

zentrismus« innerhalb der kommunistischen Weltbewegung und als Keimzelle der Legitimität von »Nationalkommunismen« begreift (Kap. 1). Die Herausbildung des Eurokommunismus sieht er vor allem im Zusammenhang mit dem Prozeß der politischen Verarbeitung der Krisen stalinistischer Bürokratien (China-, Jugoslawien/SU-Konflikt, 17. Juni 1953, 1956 Ungarn, 1968 CSSR, 1970/1972 Polen) seitens der westlichen KPen. Mit dem sukzessiven politischen Emanzipationsprozeß einiger dieser KPs von der Sowjetbürokratie ist seiner Meinung nach allerdings eine Annäherung an die jeweilige nationale Bourgeoisie einhergegangen, die Mandel mit Begriffen wie »Klassen-Kollaboration« u. a. charakterisiert. Die Mitarbeit an nationalen Konzepten zur Überwindung gesellschaftlicher und ökonomischer Krisen wie z. B. den »historischen Kompromiß« sieht Mandel nur unter dem Aspekt eines Beitrags zur Stabilisierung der »Logik des bürgerlichen Profitsystems« und bezeichnet diese Politik der Eurokommunisten als Prozeß einer »graduellen Sozialdemokratisierung« (Kap. 2). Als Beleg für seine These führt er die Unmöglichkeit von Reformpolitik als Mittel von Krisenlösungen unter hochentwickelten kapitalistischen Produktionsverhältnissen an; Reformpolitik ist seiner Meinung nach nur in Phasen des Aufschwungs nicht aber in Krisenzeiten möglich (166ff.). Wenn die Eurokommunisten beim Versuch der Durchsetzung langfristiger infrastruktureller Reformkonzeptionen sich zeitweilig auch gegen Lohnkämpfe der Arbeitenden aussprechen, opfern sie nach Mandel »die unmittelbaren Tagesinteressen der Lohnabhängigen auf dem Altar der Klassenversöhnung mit der Bourgeoisie...« (44/45). Die KPen befinden sich somit heute in der Tradition von Kautsky's »Ermattungsstrategie« (Kap. 9). Die im »graduellen Prozeß der Sozialdemokratisierung« befangenen Eurokommunisten unterscheidet er von der bundesdeutschen Sozialdemokratie gegenwärtig noch in ihrem Verhältnis zur SU und zum internationalen Imperialismus sowie in ihrem Festhalten am demokratischen Zentralismus als Parteiaufbauprinzip (vgl. 44). Positiv würdigt Mandel die »zaghafte Kritik« der Eurokommunisten an den politischen Verhältnissen in und zwischen den sozialistischen Ländern sowie ihre Versicherungen zur Erhaltung der erkämpften demokratischen Freiheitsrechte, weil diese Politik »Rückwirkungen« auf die Herausbildung von antibürokratischen Arbeiteroppositionen in der SU und in den anderen Volksdemokratien hat. Diese antibürokratische und prodemokratische Haltung der Eurokommunisten rührt nach Mandel daher, »daß die Eurokommunisten gleichzeitig dem kleinbürgerlich-reformistischen Druck von rechts und dem antibürokratischen Druck von links Zugeständnisse machen müssen.« (51).

Hauptsächlich unter dem Aspekt möglicher *Rückwirkungen* rezensiert Mandel die »Ostberliner Konferenz«, Elleinsteins »Geschichte des Stalinismus«, Carillos »Eurokommunismus und Staat« und Bahros »Alternative«. Als wirklich sozialistische Alternative zur sog. »Ermattungsstrategie« der Eurokommunisten schlägt Mandel einen »Frontalzusammenstoß« als Resultat »der bewußten systematischen Herbeiführung der revolutionären Krise« vor, die die »spontanen Explosionen« der Arbeiter auf der ganzen Welt zu einer »Sturmstrategie« zusammenfaßt (Kap. 9). Mandels Revolutionsstrategie des totalen Zusammenbruchs des Kapitalismus und des anschließenden Aufbaus einer ganz anderen Gesellschaftsordnung — orientiert an der Revolution von 1917 — entspricht seinem Nicht-Begreifen des *Entwicklungszusammenhangs* zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Mandel ignoriert, daß im Rahmen kapitalistischer Produktionsverhältnisse bereits materielle und ideelle Elemente für die nächst höhere Gesellschaftsform entwickelt werden. Dies zeigt sich z. B. an seiner Politikbestimmung für Krisenzeiten, wo er nur zwei einander ausschließende Strategien für möglich hält: entweder schafft man durch eine Politik »alle Bedingungen für eine befriedigende Kapitalverwertung« entgegen den Interessen der Arbeiterklasse (Stützung der »Logik der bürgerlichen Gesellschaft« [136, 137]) oder man schafft Bedingungen »für eine Wiederaufnahme einer vergesellschafteten und geplanten Wirtschaft« (137) unter der Leitung der Arbeiterklasse,

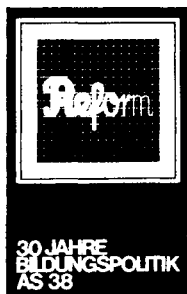
was zugleich bedeutet: Durchsetzung der »Logik einer vergesellschafteten und geplanten Wirtschaft«.

Da er davon ausgeht, daß alles, was dem Kapital nützt, der Arbeiterklasse nur schaden kann, muß seine Einschätzung der von den Eurokommunisten geforderten und getragenen langfristigen Infrastrukturprojekte notwendig beim Vorwurf des »Klassenverrats« enden.

Wo Mandel seine *Vorwürfe* bezüglich eines »graduellen Sozialdemokratisierungsprozesses« formuliert, setzen Timmermann, Ehmke, Haubrich und andere ihrerseits vorsichtige *Hoffnungen* auf eine Sozialdemokratisierung der westeuropäischen kommunistischen Parteien. Mandels Unterscheidungskriterien der Eurokommunisten von der Sozialdemokratie (Verhältnis zur UdSSR, Haltung zur Nato und demokratischer Zentralismus) werden hier als Prüfungskriterien für die Beurteilung der Entwicklungen der KPen genommen. Mit Hilfe dieser Prüfsteine wird in den verschiedenen Beiträgen der Prozeß der Sozialdemokratisierung »gemessen«. Am weitesten fortgeschritten erscheint den Autoren die Sozialdemokratisierung der Italiener und Spanier, während sie den Eurokommunisten Frankreichs mit großer Skepsis begegnen. Dennoch schließt z.B. Ehmke im Vorwort eine Bündnispolitik zwischen SPD und KPI bzw. KPSp z.B. auf EG-Ebene *explizit* aus (12). Trotz der unterschiedlichen Standpunkte von Mandel und den Autoren des von Timmermann herausgegebenen Buchs wird von allen die Möglichkeit und Notwendigkeit eines Dialogs mit den eurokommunistischen Parteien betont — was einen kleinen, aber nicht zu unterschätzenden Fortschritt für die gespaltene internationale Arbeiterbewegung darstellt.

Angesichts des von derart entgegengesetzten politischen Positionen aus festgestellten Sozialdemokratisierungsprozesses der eurokommunistischen Parteien, gilt es zu prüfen, ob und inwiefern die damit verbundenen Vorwürfe und Hoffnungen in der Sache selbst begründet sind. Nach dem Selbstverständnis der Eurokommunisten stellt ihre Politik den Versuch dar, mit einer antikapitalistischen, (tendenziell) *systemüberwindenden Reformstrategie* gesellschaftliche und ökonomische Krisen durch massenhaft einsichtige perspektivische Problemlösungsstrategien zu überwinden, wobei zugleich politische und ideologische Terraingewinne hegemonialer Art durchgesetzt werden. Wenn die Eurokommunisten diese Politik zugunsten einer rein integrativen Praxis aufgeben, ist ein entscheidendes Kriterium des Sozialdemokratisierungsprozesses gegeben. Ein schlüssiger Nachweis für eine solche rein sozial-integrative Politik wird weder von Mandel noch von den Autoren des zweiten Buches als Repräsentanten dieser bloßen Integrationspolitik geleistet.

Eberhard Göbel/Beate Guthke (Berlin/West)



Niederes Schulwesen und niedere Erziehung, Schulreform. Lehrpläne Geschichte, Chemie. Bildungschancen, Sonderpädagogik. VHS, Weiterbildung. Politische Bildung: Gesellschaftsbilder  
15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-).

Wolfgang Fritz Haug **DER ZEITUNGSROMAN** oder  
**Der Kongreß der Ausdrucksberater**

---

»Warum nennst Du das Buch einen Roman?«

»So wie man im Alltag sagt 'erzähl mir keinen Roman!', ist hier der Roman dargestellt, den uns die Zeitung erzählt.«

»Hast Du das alles erfunden?«

»Nein und ja. Nein, denn fast jeder Text ist um ein Zitat herum aufgebaut, das ich in der Zeitung gefunden habe. In diesem Sinne kann man sagen, es ist gefunden, aber nicht erfunden. Ja, denn die Zeitung berichtet alles anders, vor allem verschweigt sie ihren eignen Roman und dessen Fabrikation. Insofern ist alles erfunden.«

»Man fragt sich, wen Du mit den Personen meinst, wer hinter Kurt Rheuma oder Kurt Georg Biermann steckt.«

»Niemand bestimmtes, sondern ich habe, wie es von einem antiken Bildhauer erzählt wird, geeignete Züge von vielen Personen genommen und zu Kunstfiguren zusammenmontiert. Auch die Zeitungen sind — trotz der etwas plumpen Anspielung bei der 'Fabrikanten-Zeitung (Fa.-Z.)' — aus verschiedenen Zeitungen zusammenmontiert. Man sollte also nie fragen, wer gemeint ist, sondern immer, *was* gemeint ist. Auf den Zusammenhang in diesem Durcheinander kommt es an.«

»Eine ganz andere Frage: Warum kommt das Volk nicht zu Wort? Warum läßt Du die nicht sprechen, die alles produzieren?«

»Wenn Du unter 'Volk' diejenigen verstehst, die nicht herrschen und nicht die Werktätigen ausbeuten, dann kommt das Volk im *Zeitungsroman* dauernd vor.«

»Meinst Du in Sprichwörtern und gewissen entlarvenden Benennungen?«

»Ja, aber nicht nur. Das Volk ist das, um was die Ausdrucksberater und die von ihnen beratenen Politiker und Versilberer ständig herumsprechen. Ihre Aktionen sind immer Reaktionen auf das Volk.«

»Aber schläft das Volk nicht in Wirklichkeit?«

»Es gibt vorwegnehmende Reaktionen, also solche, die auf erwartete Aktionen im voraus reagieren, um ihnen zuvorzukommen.«

---

rotpunkt verlag zürich. Auslieferung für BRD und Berlin/W.: Argument-Vertrieb; ca. 180 S., br., 12,80 DM; für Abonnenten des *Argument* oder der *Argument-Sonderbände* 11, — DM (April 1980). Bestellung: Bitte den errechneten Betrag zuzüglich 1,50 Versandkosten überweisen und auf dem Zahlungsabschnitt bestellen! *Argument-Vertrieb* Tegeler Straße 6, 1000 Berlin 65. — Konten: Postscheck Berlin-West 5745-108; oder Bank für Gemeinwirtschaft Berlin/West 1114401300, BLZ 10010111.




---

## 1 '80

- M. Opperskalski: Revolutionärer Aufwind im Iran  
 W. Brönnner: Zur Palästina-Konferenz in Lissabon  
 Y. Arafat: Der Friede von Camp David  
 B. Shakaa: PLO auf der Westbank  
 J. Reusch: Chinas Modernisierungskonzept  
 W. Ritter: Südkorea nach dem Sturz Park Chung Hees  
 FIDEF: Demirel-Machtantritt in der Türkei  
 L. A. Heinrich: Zur Lage des Bourgeoisimus in Tunesien  
 O. C. Garcia/R. Valladares: Mittelamerika nach dem Sieg in Nikaragua  
 P. Jacobs: Probleme des Neuanfangs in Nikaragua (I)  
 J. Ostrowsky: Multis in Südafrika  
 H. Blasenbri: Reiseeindrücke aus Guinea-Bissau (II)

## Sonderheft 1 / 1980

- F.J. Strauß und die CDU/CSU- Weltpolitik**  
 R. Kühnl: Konzeption und Funktion des F.J. Strauß  
 R. Falk: Weltpolitik und Entwicklungspolitik der CDU/CSU  
 J. Ostrowsky: Kontinuität imperialistischer Afrikapolitik  
 J. Soto: CDU/CSU - Stütze der chilenischen Militärjunta  
 J. Reusch: F.J. Strauß und die »chinesische Karte«  
 J. v. Freyberg: »Orkan der Barmherzigkeit« gegen Vietnam  
 11. Jg 1980

---

Herausgeber: D. Boris, W. Breuer, J. v. Freyberg, W. Gehrcke, M. Jansen, G. Kwiatowski, B. Landefeld, H. Lederer, E. Rudolf, P. Tanzmeister, F. Werkmeister, E. Wulff. Erscheint monatlich, Einzelheft 2,— DM; Doppelheft 3,50 DM; Jahresabo 20,— DM. AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg

---

## 1 '80

- K. P. Craemer: Lehrer ohne anerkanntes Staatsexamen.  
 H. O. Wiebus: »Einheitsvolksschule«  
 I. Fetscher: Erziehen unsere Schulen fürs Leben?  
 J. Zimmer: Einige Vorschläge zur inneren Schulreform  
 E. Stengel: Schulvorfälle in Hannoversch-Münden - Stadtdirektor muß widerrufen.  
 S. Russig-Kallfaß: Kommunale Schulreform als pädagogischer Prozeß  
 W. Stascheit: Junglehrer '80. Strebsame Duckmäuser?  
 Lehrprobe: Es ist falsch, Marx zu behandeln  
 Reportage: Theater als pädagogische Instanz.  
 Kinder- und Jugendtheater in der SU  
*Sonderheft Rezensionen.* Themenschwerpunkte: Schülerbeurteilung, Lehrer, Didaktik, Unterricht, Sozialisation und Berufsausbildung

## 2 '80

- b:e Thema: Was ist von der Fernschule geblieben?  
 R. Neudeck: Vom Niedergang der Vorschulziehung im Fernsehen  
 J. Barthelmes/I. Herzberg: Fernschule und Kindergarten  
 Umfrage: Einstellungen von Erzieherinnen zur Fernseherziehung  
 3. Berliner Hochschule: Durchlauferhitzer oder Dauerbrenner?  
*Rezensionen*  
 13. Jg 1980

---

Erscheint monatlich im Beltz Verlag, Postfach 1120, 6940 Weinheim - Einzelheft DM 5,—, Jahresabo DM 48,—, Studentenabo DM 38,—, Probeabo (4 Hefte) DM 10,—

# Blätter für deutsche und internationale Politik

---

## 1 '80

### *Kommentare und Berichte*

B. Greiner: Amerikanische Krisenpolitik. Ursachen und Vorwände

R. Kühnl: Zur Initiative »Gemeinsam gegen Rechts-Stopp! Strauß jetzt!«

A. Horné: Der (verbotene) RFFU-Streik

R. Falk: Zimbabwe nach der Londoner Konferenz

### *Hauptaufsätze*

G. Kade: Die Brüsseler NATO-Entscheidung und die Entwicklung der internationalen Beziehungen

L. Samjatin: Die Welt braucht militärische Entspannung

K. Steinhaus: Auferstehung einer Großmacht? Gefahren und Grenzen bundesdeutscher Machtpolitik

A. Krims: Zur Auseinandersetzung um eine internationale Informationsordnung

G. Herde: F. J. Strauß, die Vertriebenenverbände und Paneuropa-Union des Otto v. Habsburg

K. Hekking: Entbürokratisierung? Zur Funktion der aktuellen konservativen Bürokratismuskritik

Deppe / Fülberth / Harrer: Kritik und Antikritik. Zur aktuellen Diskussion über die Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung

### *Medienkritik*

G. Giesenfeld: Familienkino

### *Wirtschaftsinformation*

J. Goldberg: Arbeitszeit- und Beschäftigung

### *Dokumente zum Zeitgeschehen*

*Ergebnisse der Landtagswahlen 1979*

25. Jg 1980

## 2 '80

### *Kommentare und Berichte*

L. Semejko: US-Militärstützpunkte

W. Schmitz: »Rohstoff Geist«. F. J. Strauß und die Bildung

### *Hauptaufsätze*

D. Bredthauer: High Noon. Afghanistan, Europa und der Wilde Westen

H. Rasch: Entspannung - jetzt erst recht!

N. Paech: Zur Entwicklung in Afghanistan

B. Greiner: »Aggressiv, natürlich auf friedliche Weise«. Die Außenpolitik der Regierung Carter

D. Hensche: Strauß und die Gewerkschaften

S. Güldenpfennig: Olympische Spiele in Moskau. Sportpolitik als Schauplatz der internationalen Auseinandersetzung

J. August u. a.: Krieg ist kein Spiel!

### *Wirtschaftsinformation*

J. Goldberg: Ölpreise und Dollarkurs (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)

### *Dokumente zum Zeitgeschehen*

»Warum ich die Nachrüstung ablehne« - Schreiben von Generalmajor Gert Bastian an Bundesverteidigungsminister Hans Apel von 16. Januar 1980 (Wortlaut)

Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen zur Lage in Afghanistan vom 14. Januar 1980 (Wortlaut)

25. Jg 1980

---

Hg.: Fhrz. v. Bredow, H. Deppe-Wolfinger, J. Huffschild, U. Jaeggi, G. Kade, R. Kühnl, J. Menschik, R. Opitz, M. Pahl-Rugenstein, H. Rauschnig, H. Ridder, F. Straßmann, G. Stuby. - Red.: K. Bayertz, K. D. Bredthauer, P. Neuhöffer, J. Weidenheim. - Erscheint monatlich. - Einzelheft 5,30 DM, im Jahresabo 3,80 DM, für Studenten 3,30 DM. - Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51.

blätter des informationszentrums  
**dritte welt**

**Demokratische  
Erziehung**

---

**81 / 1979**

Eritrea: Befreiungskampf  
Tansania: Praxiserfahrung von Entwicklungshelfern  
Brasilien: Deutsche Atomtechnologie  
Medien: Werner Herzog und die Indianer  
Mexiko: Folgen des Booms durch Erdgas und Öl

**82 / 1979**

Information als Deformation: Über die Vorherrschaft der westlichen Agenturen  
Chile: Die Unterdrückung bleibt  
Brasilien: Multis und Repression  
Kamerun: Stabilität durch Unterdrückung

**83 / 1980**

Afghanistan: Zur jüngsten Entwicklung  
OPEC-Konferenzen  
Pharmazie-Multis: Das Geschäft mit dem Blut der Armen  
*Außerdem:* Nachrichten und Kurzberichte, Rezensionen, Tagungshinweise etc.

---

**1 '80**

*Kommentare und Berichte*

K. Bunke: Zwischenbilanz im Kampf um Arbeitszeitverkürzung  
J. Harms: Der Streik in Hessen

**Bildungspolitik in der Rechtentwicklung**

R. Kühnl: Konzeption und Funktion des F. J. Strauß  
K. Faller: Liebe zu Strauß als Lernziel?  
M. Altland/E. Roßmann: Der KMK-Beschluß zur deutschen Frage  
H. Putzhammer: Bildungspolitische Gegenreform in Bayern  
R. Wimmer: Das programmgemäße Scheitern der Gesamtschule in Bayern  
G. Bitterwolf: Zur Behandlung von Frieden, Abrüstung und Faschismus an Bayerns Schulen  
K. Liebe-Harkort: Modell Bayern: Gettoschulen für ausländische Kinder  
P. Kurz: Die bayrische Praxis der Berufs- und Ausbildungsverbote  
H. Schindler: Die Familientheorie der Christa Meves  
L. Bäuerle: Geschichtsunterricht und -lehrpläne in Baden-Württemberg  
F. W. Geiersbach: Fend-Gutachten - Argumente gegen die Gesamtschule?  
Rezensionen, Kommentare und Erfahrungsberichte zur »Demokratischen Erziehungspraxis«

6. Jg 1980

---

Jahresabonnement bei 8 Nummern mit 40-60 Seiten:  
DM 28,— / ÖS 200,— / Sfr 28,80 (für Studenten, Zivil-  
dienstleistende und andere einkommensschwache Grup-  
pen nach Selbsteinschätzung: DM 20,— / ÖS 140,— /  
Sfr. 20,40) Informationszentrum Dritte Welt, Postfach  
5328, D-7800 Freiburg, Tel.: 0761 / 74003

---

Redaktion: K. H. Heinemann, W. Rügemer. - Alle zwei  
Monate - Einzelheft 5,— DM, im Jahressabo 3,50 DM.  
Pahl-Rugenstein-Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51

# ECONOMY AND SOCIETY

8'79

- N. Bukharin: Notes of an economist  
 C. de Crisenoy: Capitalism and agriculture  
 A. Cutler et. al.: An imaginary orthodoxy (debate)  
 P. Dews: The Nouvelle Philosophie and Foucault  
 J. Ennew: The material of reproduction (review article)  
 B. Fine: On Marx's theory of agricultural rent  
 L. Harris: The theory of value and the value of theory (debate)  
 P. Hirst: The necessity of theory  
 G. Jones: British scientists, Lysenko and the Cold War  
 G. Littlejohn: State, plan and market in the transition to socialism: the legacy of Bukharin (review article)  
 M. Long: Hindess and the Critique of Social Phenomenology  
 C. MacCabe: On discourse  
 K. Nield and J. Seed: Theoretical poverty or the poverty of theory: British Marxist historiography and the Althusserians (review article)  
 M. Weber: Developmental tendencies in the situation of East Elbian rural labourers

*book reviews*

# MARXISTISCHE BLÄTTER

ZEITSCHRIFT FÜR PROBLEME  
DER GESELLSCHAFT, WIRTSCHAFT UND POLITIK

1'80

- Strauß stoppen - aber wie?  
 Nach Andrej Gromykos Besuch in Bonn  
*Zum Thema*  
 F. Schmid / C. Schuhler: Strauß - Mann des großen Geldes  
 H. Bausch: F. J. Strauß und die Atomrakete  
 M. Dohmen: CDU/CSU und Gewerkschaften  
 M. Charlier: Die »Deutschlandpolitik« des F. J. Strauß  
 H. Stein: Die Bundestagswahlen und die Bewegung gegen die Berufsverbote  
 V. Achenbach: Jugend gegen Strauß  
 G. Herde: Entspannungspolitik hilft Strauß stoppen  
 H. Müller: Wie die »Ostverträge« durchgesetzt wurden  
 N. Dolleshal / J. Korjakin: Die Kernenergiewirtschaft: Errungenschaften und Probleme  
 H.-W. Bartsch / J. Kahl / K. Füssel: Möglichkeiten und Schwierigkeiten des Bündnisses von Christen und Kommunisten

11. Jg 1980

Erscheint vierteljährlich. - Jahresabo £8,50. (Institutionen £10,50) - Routledge Journals, Broadway House, Newtown Road, Henley-on-Thames, Oxon, RG9 1EN, England.

Hrsg.: R. Eckert, W. Gerns, F. Krause, H. Lederer, W. Orczykowsky, U. Piepkorn, M. Schäfer, R. Steigerwald, O. Wagner - Red.: F. Krause - Alle zwei Monate. Einzelpreis 4,- DM, Jahresabo 18,- DM, Studenten 20% Ermäßigung. - Vlg. Marxistische Blätter, Hedderheimer Landstr. 6'a, 6000 Frankfurt/Main 50.



# psychologie heute

## 1 '80

Moral - eine Frage der Intelligenz?  
 Psychotherapie: Laien so gut wie »Profis«?  
 M. Argyle: Die Sprache der Augen  
 R. Schmid: Wolfskinder und die Wissenschaft  
 Gesundheit und Umwelt  
*Rezensionen*

## 2 '80

T. Seifert: Lernen sich selbst zu ertragen  
 C. Rubinstein, P. Shaver, A. Pepplau: Einsamkeit: Die Kluft zwischen Wunsch und Wirklichkeit  
 O. Negt: Die verlorenen Söhne kehren nicht mehr heim.  
 Probleme der Jugendlichen  
 R. Grossarth-Maticek: Krebsforschung: Mit halber Kraft voraus  
 A. Lowen: Sexuelle Befreiung. Der Ausbruch aus dem Körperpanzer  
 M. Bosch: Zensur und Selbstzensur  
 W. Pauls: Mehr Demokratie wagen. Aktionsforschung als Methode für eine emanzipatorische Psychologie  
 J. Rowan: Humanistische Psychologie: Zusammenhang von persönlicher und politischer Befreiung  
*Rezensionen*

7. Jg 1980

Redaktion: S. Brockert, H. Ernst, M. Moebius, B. Nitzsche, A. Roethe. - Monatlich. - Einzelheft 3,- DM. Jahresabo 45,- DM. - Beltz Verlag, Postfach 1120, 6940 Weinheim

# NEUES FORVM

INTERNATIONALE ZEITSCHRIFT  
 ENGAGIERTER CHRISTEN  
 UND SOZIALISTEN

## 311/312

M. Siegert: Neue Jugendbewegung in Wien  
 Z. Zoltau/F. Tamas: Ungarn - Konsum frisst Arbeiter  
 M. Siegert: CSSR - Prozesse in Prag  
 P. Kohut: CSSR - Kampf um die tschechische Staatsbürgerschaft  
 V. Havel: CSSR - Auszüge aus den Stücken: »Das Gartenfest«, »Audienz«, »Der Prozeß«, »Protest«.  
 I. Klima: Auszug aus »Der Gnadenrichter«  
 J. Tesar: Politischer Mißbrauch der Psychiatrie in der CSSR  
 G. Geyrhofer: Auge Gottes: Kameraliteratur  
 M. Siegert: Zombi. Film der gespaltenen Arbeiterklasse  
 26. Jg 1979


## 313/314

J. Dvorak: KÜng - Kosmischer Dschingis-Khan  
 J. Steffen: Keine Angst vor Strauß  
 M. Siegert: SPD-Parteitag - Leben zum Tode  
 G. Nenning: Grundwerte in SP-Programmen  
 Hegedüs/Földvari/Zsille: Ungarn - Krach im Osten?  
 Interview mit Noam Chomsky: USA — schlimmer, als ihr denkt  
 Diskussion zur Psychiatrie-Reform in Österreich  
 H. Pataki: Frauenbewegung heute  
 P. Weibel: Der Wiener Aktionismus vor Gericht

27. Jg 1980

Herausgeber: Günther Nenning. - Redaktion: F. Geyrhofer, M. Hopp, H. Pataki. - 12 Hefte im Jahr. Einzelheft 6,50 DM. 44 ÖS. Jahresabo 48,- DM. 320 ÖS. Studentenabo 36,- DM. 240 ÖS. - Neues Forum, Museumstr. 5, A-1070 Wien.

# Prokla

Zeitschrift für politische Ökonomie  
und sozialistische Politik 

# rote blätter

## 38

Neustrukturierung bürgerlicher Herrschaft?

Editorial: Korporativismus als Form der Neustrukturierung bürgerlicher Herrschaft?

H.J. Funke / B. Zeuner: Profit aus der Angst — Ökonomie und »Psychologie« in der Wahlkampfstrategie der CDU/CSU

K.E. Lohmann: Strauß, die Grünen und das sozialistische Wahldilemma

K. Hübner / D. Moraal: Zwischen Verbändegesetz und »Konzertierter Aktion« — Korporativismus in der BRD

B. Blanke: Reproduktion des Kapitals als Verfassungsproblem — Die Unternehmensmitbestimmung in der grundrechtlichen Sicht des Bundesverfassungsgerichts: politischer Konsens und ökonomische Stabilität als »Funktionsbedingung« ihrer Verfassungsmäßigkeit.

H. Kastendiek: Neokorporativismus? — Thesen und Analysekonzepte in der westdeutschen und der internationalen »corporatism«-Debatte

M. Salvati / G. Brosio: Politik und Markt in der Krise: Die industriellen Beziehungen im Europa der siebziger Jahre

G. Armanski: Militarismus und Soldatenphantasien

P.v. Oertzen / Redaktion Prokla: Kontroverse zur Bahro / Abendroth-Resolution in Prokla 36

10. Jg 1980

## 1 '80

Bundesweiter Schnüffelskandal  
M. Opperskalski: Ring Freiheitlicher Studenten (RFS)

U. Kniekrehm: Zur Diskussion über Hochschulpolitik unter HRG-Bedingungen

Tagebuch: Streik- und Aktionstage

B. Gäbler: Hitler und die TAZ

H.P. Brenner: Die Grünen - eine Alternative?

R. Scheringer: Nationalsozialismus und Sozialismus

DDR-Serie: Studentinnen

B. Gäbler: Zur Rezeption von »Sackgassen und Irrwege«

U. Maske: Strauß auf Schallplatten?

J. Hagen: Portrait Dietrich Kuttner

## 2 / 3 '80

Titelstory: Was ist los in Afghanistan?

A. Cunhal: Portugal nach den Wahlen

H. Lederer: Welche Bedeutung hat Rudi Dutschke für die Studentenbewegung?

B. Müller: Nato-Ratstagung. Rückkehr zum kalten Krieg?

P. Wahl: Zimbabwe: Eine Chance mit Risiken

Gespräch mit H. Kipphardt: Das Buch als Ware und die Forderungen der Zeit an den Schriftsteller.

A. Goeb: »Drogenkarriere«

10. Jg 1980

Herausgegeben von der »Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V.« — Redaktion: E. Altwater, G. Armanski, B. Blanke, E. Hildebrand, J. Hoffmann, U. Jürgens, W. Spohn, F.O. Wolf. — Erscheint viermal im Jahr. — Einzelheft 9,- DM, im Abo 8,- DM. — Rotbuch Verlag, Potsdamer Str. 98, 1000 Berlin 30

Hrsg.: Bundesvorstand des MSB Spartakus. - Redaktion: F. Sommerfeld, K. Deititz, H. Ferber, D. Riechert. - Erscheint monatlich. Einzelheft 1,50 DM, Jahresabo 14,80 DM. - Bestellungen über Weltkreis-Verlag, Bruderweg 16, 4600 Dortmund

# TEXT+KRITIK

65/66

Uwe Johnson

Jahrestage: Zwei Kapitel »aus der letzten Lieferung«

T. Buck: Anstände mit der Wahrheit, oder Von einem Autor, der es sich und seinen Lesern nicht leicht macht

W. Schmitz: Grenzreisen. Der hermeneutische Realismus Uwe Johnsons

N. Mecklenburg: Leseerfahrungen mit »Jahrestage«

P. Bekes: Gefällt dir das Land nicht, such dir ein anderes. Zum Verhältnis von Moral und Politik in Johnsons »Jahrestagen«

J. Nedregard: Gedächtnis, Erfahrung und »Foto-grafische Perspektive«. Zu den »Jahrestagen«

R. Post-Adams: Von Mecklenburg bis Manhattan. Amerikabilder in den »Jahrestagen«

K. Siblewski: Alltag und Geschichte. Anmerkungen zum Frühwerk Uwe Johnsons

B. Neumann: Die Suche nach dem wahren Jakob. Über den Einfluß frühmarxistischer Gedankengänge auf Uwe Johnsons »Mutmaßungen über Jakob«

N. Riedel: Kommentierte Auswahlbibliographie 1959 - 1979

*Notizen*

Herausgeber: H.L. Arnold; redaktionelle Mitarbeiter: I. Laurien, U. Voskamp. - Erscheint jährlich in 4 Hefen. - Preis 6,50 DM. - edition text + kritik, Postfach 80 05 29, 8000 München 80

# WECHSELWIRKUNG

Zeitschrift

für

TECHNIK NATURWISSENSCHAFT  
GESELLSCHAFT



**SCHWERPUNKT:** Im Dienst an Volk und Rasse - Naturwissenschaft und Technik im Faschismus \* Kräutergarten und KZ \* Naturwissenschaftler im Widerstand: R. Havemann/H. Wieland \* Verfall und Untergang: K. Lorentz 1933-45 \* „Ich dien“, der Weg der Ingenieurvereine ins Dritte Reich \* „Das bedeutet Krieg“ (Interview) \*

Weitere Themen:

Die Energie, das unbekannte Wesen \* KWU \* Antarktis \* Angst vor der Wissenschaft \* Biomasse \* Interview mit D. Marcella \* u.a.

Bestellungen an Reinhard Behnisch  
Hauptstraße 31, 1000 Berlin 62  
DM 5 - Einzelheft, DM 20.- Abonnement  
für 4 Hefte (incl. Versandkosten)

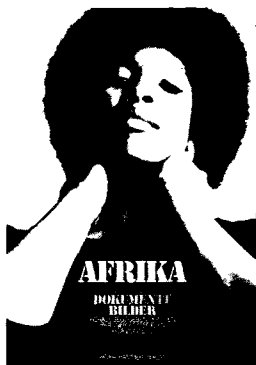
erscheint vierteljährlich

# Dritte Welt.

**Die Geschichte  
Schwarz-Afrikas**  
Joseph Ki-Zerbo



776 Seiten  
kartoniert: 56.- DM  
Leinen: 68.- DM



210 Seiten  
Großformat  
22.80 DM

Peter Hammer Verlag · Wuppertal

<p>Werner Jung Ulrich Laube <b>Die alleingelassenen Belegschaften</b> Betriebsvereinbarungen und gewerkschaftliche Tarifpolitik</p>	<p>Hugo Reister <b>Profite gegen Bleisatz</b> Die Entwicklung in der Druckindustrie und die Politik der IG Druck</p>	<p>Gerhard Marquardt <b>Ein Großmarkt macht dicht</b> Erfahrungsbericht über eine Betriebsstilllegung</p> <p>Verlag Die Arbeitswelt</p>
<p>W. Jung/U. Laube <u>Die alleingelassenen Belegschaften</u> Betriebsvereinbarungen und gewerkschaftliche Tarifpolitik Schriftenreihe Gewerk- schaftspolitische Studien Band 9, 1977, 13,80 DM</p>	<p>Hugo Reister <u>Profite gegen Bleisatz</u> Die Entwicklung in der Druckindustrie und die Politik der IG Druck Schriftenreihe Gewerk- schaftspolitische Studien Band 16, 1980, 16,80 DM</p>	<p>Gerhard Marquardt <u>Ein Großmarkt macht dicht</u> Erfahrungsbericht über eine Betriebsstilllegung 1979, 8 DM</p>
<p><b>Verlag Die Arbeitswelt</b></p> <p>Grimmstr. 27 · 1000 Berlin 61</p>		



**Uwe Naumann (Hrsg.)  
Sammlung — Jahrbuch 2  
für antifaschistische  
Literatur und Kunst**

264 Seiten, zahlr. Abb., kart., 15,- DM  
**SAMMLUNG**, das erstmals zur Buchmesse 1978 erschienene neue „Jahrbuch für antifaschistische Literatur und Kunst“ ist zu einem Erfolg geworden. Schon jetzt ist — nicht zuletzt ablesbar an der Resonanz in Rundfunk und Presse — festzustellen, daß **SAMMLUNG** zu einer kulturpolitisch unentbehrlichen Institution wird. Auch für **SAMMLUNG 2** gilt: Dieses Jahrbuch will beitragen zur kontinuierlichen Analyse und Bekämpfung des Faschismus, und zwar im spezifischen Bereich künstlerischer Auseinandersetzung mit historischem wie aktuellem Faschismus. Kompetente Autoren untersuchen antifaschistische Werke aus Literatur, Film und bildender Kunst, machen mit vergessenen Autoren und Künstlern bekannt, analysieren aktuelle Entwicklungen, setzen sich auseinander mit gefährlichen profaschistischen oder „hilflos antifaschistischen“ Tendenzen.  
 Besonders positiv reagierten zahlreiche Lehrer auf die Unterrichtsmaterialien des ersten Bandes. Dieser Bereich wurde im neuen Jahrbuch noch erweitert, wobei die in **SAMMLUNG 2** enthaltenen Unterrichtsvorschläge keineswegs nur für Lehrer bestimmt sind. So ist beispielsweise die umfassende, kommentierte Auflistung der heute greifbaren antifaschistischen Filme einmal von hohem informativem Wert, zugleich eine bisher nicht vorhandene Grundlage für schulische und außerschulische Bildungsarbeit.

**Noch lieferbar:  
SAMMLUNG — Jahrbuch 1  
für antifaschistische  
Literatur und Kunst**  
 230 S., mit zahlr. Abb., kart., 12,- DM

Darauf  
kommt

es jetzt **die**  
an: **tat**

Antifaschistisch  
Antimilitaristisch



Sie sollten uns mal  
kennenlernen

... und die antifaschistische  
Literatur aus dem

**R**  
**V**  
**RÖDERBERG-  
VERLAG GmbH.**  
 Postfach 4129  
 6000 Frankfurt/Main 1

Ich bestelle  
 ..... Ex. Sammlung 2 15,-  
 ..... Ex. Sammlung 1 12,-

Ich wünsche kostenlos  
 Probeexemplare der „tat“  
 Röderberg-Verlagsprospekte

\_\_\_\_\_  
Name  
 \_\_\_\_\_  
Straße  
 \_\_\_\_\_  
PLZ, Ort  
 \_\_\_\_\_  
Datum                      Unterschrift

# Englisch Amerikanische Studien

Zeitschrift für Unterricht, Wissenschaft & Politik

1/79

**Heftthema Englisch an Gesamt- und  
Hauptschulen**

*Christoph Edelhoff* Englisch an Gesamtschulen  
**Dokumentation: Fend-Projekt** \* *Hans Eberhard Piepho* Englischunterricht an Hauptschulen: Ein Positionsbericht \* *Inge Christine Schwerdtfeger* Fremdsprachenunterricht für alle: Eine Trendanalyse \* *Heike Rautenhaus* Lernschwäche  
Unterrichtseinheit

*Peter Mohr* "I am looking for a jumper": Unterrichtsprojekt für den Anfangsunterricht mit heterogenen Lerngruppen

*Außerdem in diesem Heft:* Anglistik und Studienreform: Die Empfehlungen des Wissenschaftsrats zur Differenzierung Studienangebots \* Literaturrezeption in der Fremdsprachenlehrerbildung: Vorschläge zum Arbeitsprogramm "Anglistik und Raggae in Modern Youth Culture" \* Anglistik und Didaktik \* Vor der normativen Wende: FS-Mögen und Attack: The 1978 Strike \* *Und immer*: Lexikalisches Stichwort zum Thema, Case Studies in Language Use, Kommentar, Archiv mit Glossar, Kongreßberichte, Fachzeitschriften, Informationen, Rezensionen, Zeitschriftensozial

2/79

**Heftthema: Differenzierung im Englisch-  
unterricht**

*Christoph Edelhoff, Jürgen Heim, Michael Krüger* Differenzierung und Selektion im Fremdsprachenunterricht \* *Marianne Niebling* Englisch ohne äußere Differenzierung? *Helmut Brammerts, Brigitte Wölfrath* Differenzierung und Lehrerausbildung \* *Jörg Zinken* speck Differenzierung und Schulstruktur *Peter Mohr* Differenzierung  
Unterrichtseinheit

*Wolfgang Thiel* "Let's Play Darts!": **Reinhold** für den Englischunterricht in Klasse 7 und 8 *Außerdem in diesem Heft:* Curricula-Revision und Unterrichtsinhalte \* Reportage und Interesse: Zur dokumentarischen Schreibweise in Orwells *Homage to Catalonia* \* Der schottische Handwerker A. J. Macdonald als Historiker nordamerikanischer "social and co-operative experiments" Materialien 1841/42 bis 1854 \* "Hague County, USA" \* "There are no Berufsverbote in Germany" \* Fascism in Britain Today: The National Front

3/79

**Heftthema: American Dream**

*Malte C. Krugmann* Zur Genese und Struktur des Amerikanismus (I) \* *Wolf Wagner* Die Bedeutung des American Dream für das heutige amerikanische Alltagsbewußtsein \* *Klaus H. Köhling* American Dream of Success in der neueren amerikakundlichen Literatur der Bundesrepublik \* Lexikalisches Stichwort:

American Dream  
Unterrichtseinheit

*Peter Bischoff* "The Star of Empire" und "The Star of Destiny and American Dream": Ein Vergleichsbaukasten zum American Dream in der zweistufigen amerikanakundlichen Unterstufe der Bundesrepublik \* *Malte C. Krugmann* Die Americanische West: "The American Pioneer"

*Außerdem in diesem Heft:* Toleranz durch Sprachen? Zur Gewinninformation im Fremdsprachenunterricht \* *Reinhold* im Englischunterricht \* Die Streiks 1978/79: Großbritannien und das Ende der Labour-Regierung \* *Reinhold* in der English Folk Revival \* Studenten und Zwickauer Prüfung \* Industrial Relations Legislation: Tories and Social against Unions

4/79

**Heftthema: Literarische Wertung**

*Gerit Mattenklatt* Ästhetische Wertung \* *Hans Robert Spitzmann* Probleme der Shelley-Rezeption in der Literaturkritik \* *Harald Raykowski* George Orwell und seine Kritiker  
Unterrichtseinheit

*Jens Ulrich Davids, Peter Schmoll* "Now, what I want is Facts": Romanbehandlung unter dem Aspekt der Wertung am Beispiel von Dickens' **Hard Times**

*Außerdem in diesem Heft:* Freinet-Pädagogik im Fremdsprachenunterricht \* Zur Problematik fachdidaktischer Tendenzberichte \* Problems of Songwriting in England A Conversation with Labour-MP Frank Allaun \* "How the Cold War was Played" \* "Day of action on Berufsverbote"

Diese Zeitschrift erscheint 4 x im Jahr, Jahresabo DM 30,- (Schüler, Studenten, Studienreferendare DM 25,-) + Porto, Einzelpreis DM 9,-. Zu beziehen durch jede Buchhandlung und durch Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51

# Die Ratte, die Geschichte schrieb...



1967. Rudolf Augsteins Projekt einer liberalen Zeitung für Berlin, als Antwort auf die große Koalition, wird - kaum 1 Jahr alt - eingestellt. Der Spiegel toleriert niemanden links von sich. Die Leute des Projekts „Heute“ gründen daraufhin das „berliner EXTRA-Blatt“, das vier Monate später pleite ist. Grund: Boykott der Kioske, überhasteter Aufbau und zu schmale Finanzdecke.

**Sie kommen wieder.** Der „berliner EXTRA-dienst“ erscheint 2x wöchentlich und entwickelt sich in der Folge zu einem „Organ zur Verbreitung höheren Orts unerwünschter Nachrichten“ (Tagespiegel). **Böll und Wallraf** äußern sich **positiv** und publizieren im ED. **Walser** bezeichnet den ED als „**einziges Blatt**, das er von der ersten bis zur letzten Zeile liest.“ Auch andere Prominenz meldet sich zu Wort. **F.J. Strauß** identifiziert sich in einem rotierenden Hakenkreuz des Kankatunsten Rainer Hachfeld und **klagt**. Die **Polizeiführung** befindet auf „Zersetzung der Polizei“ und **klagt** ebenfalls. Die **Berliner SPD** findet Wortprotokolle ihrer Vorstandssitzungen und **ärger** sich. **Schering** fühlt sich **brüskiert**, als der ED den Duogynon-Skandal aufdeckt und muß das Präparat vom Markt ziehen. Der Wanderpreis des ED, die „Unterwanderatte“, alljährlich an besonders heftige „Unterwanderungsgläubige“ verliehen, macht

die Runde. Der Polizeipräsident, der SPD-Vorstand und der Intendant des SFB haben die zweifelhafte Ehre. Das

**Auswärtige Amt** in Bonn fühlt sich **schmerzlich auf den Fuß getreten**, als der ED anhand von Telegrammen der Lissaboner Botschaft den Nachweis der Einmischung in die Portugiesische Revolution erbringt. Das von der **Bundesanwaltschaft** eingeleitete Verfahren wegen „**landesverräterischer Fälschung**“ wird eingestellt. Die Telegramme sind echt. Einige Diplomaten, vom AA als Informanten des ED verdächtigt, müssen den Dienst quittieren.



Nach mehr als 10 Jahren können die Leute vom ED ihre Supervision einer Tageszeitung realisieren. Als DIE NEUE im September 1978 erstmals als Nullnummer erscheint, **gratuliert auch die Justiz**. - Mit einem **Untersuchungsverfahren**. Grund: DIE NEUE zitiert aus den Akten im Fall des einem Lauschangriff ausgesetzten Kernphysikers Traube. Der beabsichtigte Prozeß fällt unter den Tisch. Seit Mai 1979 erscheint DIE NEUE täglich außer sonntags und montags. **Ihr entscheidender Vorteil: Brisante Themen, die andere scheuen.**

Das NEUE-Abonnement kostet im Vierteljahr DM 46,50. Nutzen Sie aber zunächst unser Angebot zum Kennenlernen: DIE NEUE eine Woche kostenlos ins Haus. Postkarte genügt. Name und Adresse nicht vergessen.

DIE NEUE  
Abteilung W/21  
Oranienburger Str. 170/172  
1000 Berlin 26



## Über die Autoren

*Albers, Detlev*, Prof., Dr. phil., geb. 1943; Studium der Rechts- und Sozialwissenschaften in Bonn und Hamburg, seit 1974 Hochschullehrer am Fb Arbeitslehre/Politik an der Uni Bremen, 1977-79 Konrektor, Veröffentlichungen: *Klassenkämpfe in Westeuropa* (mit W. Goldschmidt, P. Oehlke, 1971); *Italienische Gewerkschaftsbewegung 1943 bis 1972* (in: AS 2, Gewerkschaften im Klassenkampf, 21976); *Demokratie und Sozialismus in Italien* (1978); *Otto Bauer und der dritte Weg* (1979); Herausgeber der Arbeiten von Bruno Trentin und Pietro Ingrao.

*Alfs, Günter*, vgl. Argument 113

*Bechmann, Arnim*, Prof., Dr. rer.pol., geb. 1943; Professor für Landschaftsökonomie an der TU Berlin, Wichtigste Veröffentlichungen: *Wirtschafts kybernetik und Makroökonomie* (1976); *Nutzwertanalyse, Bewertungstheorie und Planung* (1978), Arbeitsgebiete: Umweltökonomie, Politische Ökonomie, Landschafts- und Raumplanung, Mitglied in GEW und BdWi.

*Biermann, Werner*; zwei Jahre wiss. Assistent am Institut f. Soziologie der Universität Münster; Sen. Lect. für »African Development Studies« an The University of Zambia.

*Boehm, Ulrich*, Prof., Dr. rer.pol., geb. 1940; Professor für Bildungs- und Gesellschaftswissenschaften in der Berufsschullehrerausbildung der Uni Bremen, jüngste Veröffentlichung: *Gespräch mit Robert Jungk: Beiträge zum Veränderungsunterricht gegen den Atomstaat* (in: *Jahrbuch für Lehrer*, 1980), Mitglied der Partei Die Grünen.

*Böttcher, Wolfgang*, geb. 1953; Dipl. Sozialwissenschaftler, Mitarbeiter an der Fernuniversität Hagen, Arbeitsbereich Soziologie und Soziologie der Erziehung; Doktorand, Arbeitsgebiete: Verhältnis von soziologischer und pädagogischer Theorie, Semiologie.

*Bollenbeck, Georg*, Dr. phil., geb. 1947; wiss. Assistent an der GHS Siegen, Wichtigste Veröffentlichungen: *Zur Theorie und Geschichte der Arbeiterlebenserinnerungen* (1976); *Armer Lump und Kunde Kraftmeier. Der Vagabund in der Literatur der Zwanziger Jahre* (1978), Arbeitsgebiete: materialistische Literaturtheorie; Till Eulenspiegel, Mitglied in GEW und BdWi.

*Chahoud, Tatjana*, vgl. Argument 114

*Ehrig, Detlev*, vgl. Argument 114

*Elfferding, Wieland*, vgl. Argument 109

*Enderwütz, Ulrich*, vgl. Argument 109

*Friedrich, Jürgen*, vgl. Argument 112

*Gähler, Bernd*, geb. 1953; Studium der Politologie und Geschichte in Marburg, Mitglied in GEW und MSB Spartakus.

*Göbel, Eberhard*, vgl. Argument 110

*Gransow, Volker*, vgl. Argument 110

*Guthke, Beate*, vgl. Argument 111

*Hauck, Gerhard*, vgl. Argument 114

*Herzer, Manfred* (Mainz), vgl. Argument 119

*Knobloch, Clemens*, Dr. phil., geb. 1951; Angestellter am Institut für deutsche Sprache, Bonner Forschungsstellen, Wichtigste Veröffentlichung: *Orientierung und Koordination. Zur Steuerung von Gemeinschaftstätigkeiten durch Wahrnehmungsprozesse* (1980), Arbeitsgebiete: Kommunikationssoziologie, Sozialphilosophie, Mitglied der GEW (Betriebsrat).

*Kübler, Hans-Dieter*, Dr. phil., geb. 1947; wiss. Assistent am Seminar für deutsche Sprache und Literatur und ihre Didaktik an der PH Westfalen-Lippe, Wichtigste Veröffentlichungen: *Unterhaltung und Information im Fernsehen* (1975); Aufsätze, Arbeitsgebiete: Medienwissenschaft, Kommunikations- und Medienpädagogik, Kulturtheorie, Didaktik des Deutschunterrichts, Mitglied in GEW, SPD, Deutsche Gesellschaft für Publizistik und Kommunikationswissenschaft, Kulturpolitische Gesellschaft.

*Lindenberger, Thomas*, vgl. Argument 114

*Melber, Henning*, geb. 1950; Dipl. Politologe, Ab 1967 mehrjähriger Aufenthalt in Namibia; Redakteurstätigkeit in Windhoek, Entlassung aus politischen Gründen; z.Zr. Promotion an der FU Berlin zum Erziehungswesen Namibias; Tätigkeit als Familienhelfer, Veröffentlichungen zu Namibia und Südafrika, Seit 1974 Mitglied der SWAPO of Namibia.

*Mischkowski, Gabriela*, geb. 1953; Studium der Geschichte an der TU Berlin, Arbeitsgebiet: Unterschichten im Kaiserreich.



*Preiswerk, Roy*, Prof. Dr., geb. 1937; sieben Jahre Tätigkeit im eidgenössischen Amt für Auswärtige Angelegenheiten der Schweiz, davon ein Jahr in Afrika und drei Jahre als Professor am Institute of International Relations, University of West Indies (1966-69); von 1974-1977 Präsident der Schweizerischen Vereinigung für Politische Wissenschaft; seit 1969 Professor am Institut universitaire de Hautes Etudes internationales, Genf; seit 1975 Direktor des Institut universitaire d'études du développement, Genf.

*Reiter, Raimond*, geb. 1953; Chemielaborant; Studium der Politik und Germanistik in Hannover, z.Zt. Zivildienst. Mitglied in der IG Chemie, Papier, Keramik und in Hochschulorganen.

*Reuter, Peter W.*, Dr. phil., geb. 1940; wiss. Assistent für Geschichte/Politische Bildung an der GHS Duisburg. Veröffentlichung: *Die Balkanpolitik des französischen Imperialismus 1911-1914* (1979). Arbeitsgebiet: Französische Geschichte, 19. und 20. Jahrhundert.

*Riedmüller, Barbara*, Dr., geb. 1945; wiss. Mitarbeit in einem Forschungsprojekt zur Psychiatriereform. Veröffentlichungen auf dem Gebiet der Gesundheits- und Sozialpolitik. Arbeitsgebiete: Sozialpolitik, Sozialpsychiatrie, Gesundheitsversorgung.

*Rohwer, Jens*, vgl. Argument 113

*Rütten, Ursula*, Dr. phil., geb. 1950; MA in Pädagogik; Rundfunkjournalistin in Köln.

*Sauer, Christoph*, vgl. Argument 117

*Schindler, Hans*, vgl. Argument 116

*Schmidt-Schemel, Hansgeorg*, vgl. Argument 113

*Schneuwly, Bernard*, vgl. Argument 109

*Schöffhale, Traugott*, vgl. Argument 110

*Schöttler, Peter*, Dr. phil., geb. 1950; wiss. Mitarbeiter an der Uni Bremen. Veröffentlichungen: *Münchhausen-Effekt. Von der Materialität der Ideologie* (Mitautor, 1978); *Sozialpolitik vs. Klassenkampf? Untersuchungen zur Entstehungsgeschichte der »Bourses du Travail«* (1978); Herausgeber der Buchreihe *Positionen* (VSA-Verlag). Arbeitsgebiete: Französische und deutsche Sozialgeschichte, politische Theorie.

*Seppmann, Werner*, geb. 1950; nach Bäckerlehre und Sonderbegabtenprüfung Studium der Soziologie und Philosophie in Bochum; z.Zt. Doktorand. Arbeitsgebiete: Soziologie der Arbeiterklasse, Theorie und Entwicklung des Historischen Materialismus. Kunstsoziologie. Mitglied der GEW.

*Seyfried, Erwin*, vgl. Argument 116

*Simons, Thomas*, geb. 1943; wiss. Mitarbeit am Institut f. ausländisches und internationales Sozialrecht der Uni. München. Arbeitsgebiete: vergleichendes Sozialrecht: Italien, Lateinamerika.

*Soppe, August*, geb. 1950; 1. Staatsexamen Germanistik/Politik in Marburg; Redaktionssekretär des *Argument*. Veröffentlichung: *Der Streit um das Hörspiel 1924/25. Entstehungsbedingungen eines Genres* (1978). Arbeitsgebiete: Rundfunkgeschichte, Medienpolitik. Mitglied der HBV.

*Sukup, Victor*; unterrichtet Nationalökonomie am Institut für Politische Wissenschaften der Universidad de Los Andes, Merida, Venezuela; Mitarbeit an einem Forschungsprojekt über den Andenpakt. Aufsätze u.a. im *Wiener Tagebuch*.

*Watzlawczik, Gerd-Uwe*, geb. 1956; Studium der Soziologie, Volkswirtschaft und Politologie in München. Arbeitsgebiete: Stadtsoziologie und Alternative Bewegungen.

*Weißbach, Barbara*, vgl. Argument 116

*Woetzel, Harold*, vgl. Argument 109

*Würzberg, H. Gerd*, vgl. Argument 119

*Zielinski, Siegfried*, vgl. Argument 113

*Zinser, Hartmut*, geb. 1944; Lehrbeauftragter an der FU Berlin. Wichtigste Veröffentlichung: *Mythos und Arbeit* (1977). Arbeitsgebiete: Mythenrezeption. Psychoanalyse, Theorie der Gesellschaft.

**Sprach- und Literaturwissenschaft**

<i>Labrousse, Gerd (Hrsg.):</i> Zur Literatur und Literaturwissenschaft der DDR ( <i>V. Gransow</i> ) .....	269
<i>Bogdal, Klaus-Michael:</i> Der Arbeiter im Blick des Bürgers ( <i>G. Bollenbeck</i> ) .....	270
<i>Sloterdijk, Peter:</i> Autobiographien der Zwanziger Jahre ( <i>H. Schmidt-Schemel</i> ) .....	271
<i>Mayer, Hans:</i> Reden 1945-1977 ( <i>G. Alfs</i> ) .....	272

**Kunst- und Kulturwissenschaften**

<i>Prokop, Dieter:</i> Die populären Medien ( <i>H.-D. Kübler</i> ) .....	273
<i>Faulstich, Werner (Hrsg.):</i> Kritische Stichwörter zur Medienwissenschaft ( <i>A. Soppe</i> ) .....	276
<i>Paetzold, Ulrich (Hrsg.):</i> Kabelkommunikation ( <i>H.-D. Kübler</i> ) .....	277
<i>Hömberg, Walter (Hrsg.):</i> Journalistenausbildung ( <i>H.G. Würzberg</i> ) .....	279
<i>Dumrauf, Klaus:</i> Vorschulfernsehen und Kleinkinder ( <i>B. Weißbach</i> ) .....	280

**Soziologie**

<i>Claessens, Dieter, und Karin Claessens:</i> Kapitalismus als Kultur. Entstehung und Grundlagen der bürgerlicher Gesellschaft ( <i>J. Rohwer</i> ) .....	281
<i>Rosenbaum, Heidi (Hrsg.):</i> Seminar: Familien- und Gesellschaftsstruktur ( <i>M. Herzer</i> ) .....	282
<i>Wichterich, Christa:</i> Unsere Nachbarn heute abend. Familienserien im Fernsehen ( <i>U. Hoernig</i> ) .....	284
<i>Nahrstedt, Wolfgang (Hrsg.):</i> Freizeitdienste, Freizeitberufe und Freizeitwissen- schaften in den USA ( <i>V. Gransow</i> ) .....	285
<i>Hollstein, Walter:</i> Die Gegengesellschaft. Alternative Lebensformen ( <i>R. Reiter</i> ) .....	286
<i>Goudsblom, Johan:</i> Soziologie auf der Waagschale ( <i>G.-U. Watzlawczik</i> ) .....	286
<i>Lisch, Ralf, und Jürgen Kriz:</i> Grundlagen und Modelle der Inhaltsanalyse ( <i>C. Sauer</i> ) .....	288

**Psychologie**

<i>Jacobson, Edith:</i> Das Selbst und die Welt der Objekte ( <i>H. Zinser</i> ) .....	289
<i>Jacoby, Russell:</i> Soziale Amnesie ( <i>W. Böttcher</i> ) .....	291
<i>Buchholz, Michael B., und Ulrike Buchholz:</i> Ansätze einer historischen Psycho- logiekritik ( <i>E. Seyfried</i> ) .....	292
<i>Harten, Hans-Christian:</i> Der vernünftige Organismus oder gesellschaftliche Evo- lution der Vernunft ( <i>B. Schneuwly</i> ) .....	293
<i>Krieger, Rainer:</i> Determinanten der Wißbegier ( <i>H. Schindler</i> ) .....	294

**Geschichte**

<i>Kaelble, Hartmut:</i> Historische Mobilitätsforschung ( <i>T. Lindenberger</i> ) .....	296
<i>Haupt, Heinz-Gerhard (Hrsg.):</i> Zur Geschichte des Kleinbürgertums im 19. und 20. Jahrhundert ( <i>P. Schöttler</i> ) .....	297
<i>Fischer, Fritz:</i> Der Erste Weltkrieg und das deutsche Geschichtsbild ( <i>P.W. Reuter</i> ) .....	298

## Soziale Bewegung und Politik

<i>Khan, Khushi M., und Volker Matthies: Collective Self-Reliance (H. Melber)</i> .....	300
<i>Wallerstein, Immanuel: The Capitalist World Economy (G. Hauck)</i> .....	301
<i>Becker, Jörg: Free flow of Information (S. Zielinski)</i> .....	303
<i>Ingrao, Pietro: Massenbewegung und Politische Macht (V.M. Heins)</i> .....	305
<i>De Giovanni, Gerratana und Paggi: Gramsci-Debatte I (V.M. Heins)</i> .....	306
<i>Mandel, Ernest: Kritik des Eurokommunismus (E. Göbel/B. Guthke)</i> .....	307
<i>Timmermann, Heinz (Hrsg.): Eurokommunismus (E. Göbel/B. Guthke)</i> .....	307

## Ökonomie

<i>Weltbank (Hrsg.): World Development Report (T. Chaboud)</i> .....	179
<i>Eckey, Hans-Friedrich: Strukturorientierte Konjunkturpolitik (D. Ebrigg)</i> .....	225
<i>Finking, Gerhard: Grundlagen der sektoralen Wirtschaftspolitik (D. Ebrigg)</i> .....	225
<i>Kock, Heinz u. a.: Konzepte der Konjunktursteuerung (D. Ebrigg)</i> .....	225
<i>Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel: Wirtschaftlicher und sozialer Wandel in der Bundesrepublik Deutschland (D. Ebrigg)</i> .....	225
<i>Markmann, Heinz, und Diethard B. Simmert (Hrsg.): Krise der Wirtschaftspolitik (D. Ebrigg)</i> .....	225
<i>IG Metall (Hrsg.): Technologie-Tagung 1977 (D. Ebrigg)</i> .....	225
<i>IG Metall (Hrsg.): Strukturwandel in der Metallindustrie (D. Ebrigg)</i> .....	225
<i>Kapp, William K.: Volkswirtschaftliche Kosten der Privatwirtschaft (A. Bechmann)</i> .....	235
<i>Frey, Bruno: Umweltökonomie (A. Bechmann)</i> .....	235
<i>Pearce, D.W. (Hrsg.): Environmental economics (A. Bechmann)</i> .....	235
<i>Siebert, Horst: Ökonomische Theorie der Umwelt (A. Bechmann)</i> .....	235
<i>Siebert, Horst: Das produzierte Chaos (A. Bechmann)</i> .....	235
<i>Siebert, Horst (Hrsg.): Umwelt und wirtschaftliche Entwicklung (A. Bechmann)</i> .....	235
<i>Fassing, Werner: Planungssystem in der Umweltpolitik (A. Bechmann)</i> .....	235
<i>Isard, Walter, u. a.: ecologic-economic analysis for regional development (A. Bechmann)</i> .....	235
<i>Sachverständigenrat für Umweltfragen: Umweltgutachten 1974 (A. Bechmann)</i> .....	235
<i>Thoss, Rainer: Sonderforschungsbereich Raumordnung und Raumwirtschaft (A. Bechmann)</i> .....	235
<i>Autorenkollektiv: Umweltprobleme und staatsmonopolistischer Kapitalismus (A. Bechmann)</i> .....	235
<i>Krusewitz, Knut, und Gerhard Kade: Anti-Enzensberger (A. Bechmann)</i> .....	235
<i>Littmann, Konrad: Umweltbelastung — Sozialökonomische Gegenkonzepte (A. Bechmann)</i> .....	235
<i>Nowotny, Ewald: Wirtschaftspolitik und Umweltschutz (A. Bechmann)</i> .....	235
<i>Siebert, Horst: Analyse der Instrumente der Umweltpolitik (A. Bechmann)</i> .....	235
<i>Stamer, Peter: Niveau- und strukturorientierte Umweltpolitik (A. Bechmann)</i> .....	235
<i>Hödl, Erich: Wirtschaftswachstum und Umweltpolitik (A. Bechmann)</i> .....	235

Wir bitten, in *Argument* 119 beim Aufsatz von Monty Johnstone u.a. (Konflikte zwischen sozialistischen Ländern) folgenden Satzfehler zu berichtigen:

S. 70, 2. Zeile v. oben, lies: Somalia griff Äthiopiens Provinz Ogaden an,